Schleswig-Holsteinischer Landtag **Plenarprotokoll 18/79**
18. Wahlperiode

Plenarprotokoll

79. Sitzung

Donnerstag, 22. Januar 2015

Regierungserklärung zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit 6558

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa..... 6558
Astrid Damerow [CDU]..... 6563
Birte Pauls [SPD]..... 6565
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6568
Dr. Ekkehard Klug [FDP]..... 6570
Torge Schmidt [PIRATEN]..... 6573
Lars Harms [SSW]..... 6574
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 6579

Kein Ausbluten der Hochschulmedizin 6580

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2619

Keine Kürzung der Hochschulmedizin 6580

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2653

Christopher Vogt [FDP]..... 6580, 6601
Daniel Günther [CDU]..... 6585, 6609
Martin Habersaat [SPD]..... 6586, 6602
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6588, 6608
Uli König [PIRATEN]..... 6590
Lars Harms [SSW]..... 6592
Dr. Heiner Garg [FDP]..... 6594, 6604
Tobias Koch [CDU]..... 6594, 6603
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 6596
Jürgen Weber [SPD]..... 6597

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung..... 6598
Wolfgang Kubicki [FDP]..... 6606
Uli König [PIRATEN], zur Geschäftsordnung..... 6610

Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/2619
2. Annahme des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/2653. 6610

Energiewende- und Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein - Eckpunkte und Zeitplanung 6610

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2580

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.. 6610
Olaf Schulze [SPD]..... 6612
Heiner Rickers [CDU]..... 6613
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6615
Oliver Kumbartzky [FDP]..... 6616
Angelika Beer [PIRATEN]..... 6617
Flemming Meyer [SSW]..... 6618
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung..... 6620

Beschluss: Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung..... 6620

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung des Vertrauens in die Unabhängigkeit der Mitglieder des Landtags 6620

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/608

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/2504

Barbara Ostmeier [CDU], Berichterstatterin..... 6620
Dr. Axel Bernstein [CDU]..... 6620
Peter Eichstädt [SPD]..... 6621
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6623
Dr. Ekkehard Klug [FDP]..... 6624
Wolfgang Dudda [PIRATEN]..... 6624
Lars Harms [SSW]..... 6625
Wolfgang Kubicki [FDP]..... 6627

Beschluss: Ablehnung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/608..... 6628

Gemeinsame Beratung

a) Eine Strategie für den Nordseeraum entwickeln 6628

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2496

b) Umsetzung der Resolutionen des 12. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kaliningrad und der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz in Olsztyn 6628

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2393 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Europaausschusses
Drucksache 18/2606

Peter Lehnert [CDU], Berichterstatter..... 6628
Regina Poersch [SPD]..... 6628
Volker Dornquast [CDU]..... 6630
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6630
Dr. Ekkehard Klug [FDP]..... 6632
Angelika Beer [PIRATEN]..... 6633
Jette Waldinger-Thiering [SSW]... 6634
Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa..... 6635

Beschluss: 1. Überweisung des Antrags Drucksache 18/2496 an den Europaausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss
2. Annahme des Antrags Drucksache 18/2393 (neu)..... 6636

Planungssicherheit schaffen - Gesundheitsinfrastruktur zukunftsfähig machen 6636

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2609

Dr. Heiner Garg [FDP]..... 6636, 6644
Tobias Koch [CDU]..... 6637
Bernd Heinemann [SPD]..... 6639
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6641
Torge Schmidt [PIRATEN]..... 6643
Flemming Meyer [SSW]..... 6643
Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung..... 6645

Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss und den Finanzausschuss..... 6646

Bekämpfung der Einbruchskriminalität 6646

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2585

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten..... 6646
Dr. Ekkehard Klug [FDP]..... 6648
Dr. Axel Bernstein [CDU]..... 6648
Simone Lange [SPD]..... 6650
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6651
Wolfgang Dudda [PIRATEN]..... 6652
Lars Harms [SSW]..... 6653
Wolfgang Kubicki [FDP]..... 6653
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 6655

Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 18/2585 an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung..... 6656

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen einen guten Morgen und darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen. - Ich eröffne die heutige Sitzung.

Bevor wir in die Debatte zu dem gesetzten Tagesordnungspunkt zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit eintreten, darf ich Sie bitten, mit mir gemeinsam Gäste auf der Tribüne zu begrüßen: den Repräsentanten der Volksgruppe der deutschen Minderheit in Kopenhagen, Jan Diedrichsen, und die Minderheitenbeauftragte der Landesregierung, Renate Schnack. - Herzlich willkommen hier im Kieler Landtag!

(Beifall)

Mit ihnen gemeinsam auf der Tribüne sitzen Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Schafflund. - Auch euch sage ich ein herzliches Willkommen hier im Landeshaus in Kiel!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Regierungserklärung zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit

Ich erteile das Wort der Frau Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die deutsch-dänische Zusammenarbeit ist seit Langem eine feste Grundkonstante der schleswig-holsteinischen Landespolitik. Sie wird flankiert und ergänzt von einer gewachsenen Vielzahl grenzüberschreitender Zusammenarbeit auf zahlreichen Feldern und vielfältigen Ebenen. Aus Sicht der Landesregierung ist es jetzt an der Zeit, eine **Neubestimmung** ihrer eigenen **deutsch-dänischen Zusammenarbeit** vorzunehmen. Die Voraussetzungen dafür sind besser denn je. Wir können aufbauen auf den etablierten partnerschaftlichen Kooperationen mit den dänischen Nachbarregionen Süddänemark und Sjælland.

Mit dem neuen und größeren EU-Programm INTERREG Deutschland-Danmark können jetzt Projekte der Zusammenarbeit in einem Raum gefördert werden, der auf deutscher wie auf dänischer Seite grob die Hälfte der Landesflächen umfasst, und mit der dänischen Regierung steht heute ein Partner bereit, der ein stetig steigendes Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein signalisiert.

Diese wirklich guten Voraussetzungen wollen, ja müssen wir im Interesse unseres Landes nutzen. Daher hat die Landesregierung erstmals in der Geschichte der Landespolitik Schleswig-Holsteins eine **Rahmenkonzeption** für die deutsch-dänische Zusammenarbeit erstellt. Mit diesem Plan setzen wir ein deutliches Zeichen für unsere Partner in Dänemark, dass die deutsch-dänische Zusammenarbeit ein Schwerpunkt dieser Regierung ist und bleiben wird.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir setzen damit aber auch ein Zeichen für die Wirtschaft, für die Wissenschaft, für die Bildung, für die Kultur und deren Verbände, für die Institutionen und Interessenvertretungen in unserem Land selbst, und wir setzen ein Zeichen für die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein. Wir zeigen auf, wie wir uns diese Zusammenarbeit vorstellen. Damit setzen wir nicht nur einen neuen Kurs, sondern ergänzen und unterstützen gleichzeitig die aktuelle Initiative der dänischen Regierung, die sich zielgerichtet für eine stärkere Kooperation mit Schleswig-Holstein engagiert.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung legt mit diesem Rahmenplan eine Konzeption vor, die von dem **Leitgedanken einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit** zum beiderseitigen Vorteil getragen ist. Dieser Rahmenplan ist dabei kein statisches Instrument. Wir wollen ihn kontinuierlich weiterentwickeln und vertiefen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die kommenden Jahre bestimmen wir klare **Schwerpunkte**. Wir wollen eine immer engere Verflechtung der Wirtschaftsräume. Dabei geht es uns insbesondere darum, starke Wirtschaftscluster grenzüberschreitend aufzustellen und um eine zunehmend engere Abstimmung von Infrastrukturplanungen, einen deutlich intensiveren deutsch-dänischen Austausch in Bildung und Forschung, mehr grenzüberschreitende Mobilität in Beruf und Alltag und um mehr grenzüberschreitendes kulturelles Miteinander mit sichtbaren Zeichen der kulturellen Zusammenarbeit. Daran wollen wir gezielt arbeiten. Dabei kommt den Minderheiten in der Grenzregion unverändert eine besondere Bedeutung zu.

(Ministerin Anke Spoorendonk)

Mit diesem Rahmenplan wollen wir also kein funktionierendes Feld und kein bestehendes Forum der deutsch-dänischen Zusammenarbeit infrage stellen, aber wir sagen klar und deutlich, wo wir Schwerpunkte setzen, was wir anstreben und welche Schritte wir uns als Erstes vorgenommen haben; auch als Angebot an Partner in Dänemark und Deutschland, hieran mitzuwirken.

Unser **Leitgedanke** dabei ist: Faktisch ist Schleswig-Holstein ein Teil des europäischen Nordens. Das müssten wir stärker sichtbar machen und zum Vorteil Schleswig-Holsteins nutzbringend einsetzen. Das ist ein Ziel, das unserem Nachbarn Dänemark gleichfalls von Nutzen ist.

Der Rahmenplan zielt daher auf eine neue Qualität der deutsch-dänischen Zusammenarbeit des Landes. Neu daran ist auch, dass eine Landesregierung nicht nur Wünsche an eine deutsch-dänischen Zusammenarbeit hat, sondern an deren Umsetzung arbeitet, nicht einfach zusammensammelt, was ohnehin an Projekten läuft, sondern sich **Schwerpunkte** setzt und diese auch in den **Dialog mit der dänischen Regierung** einbringt, nicht länger nur diesseitig denkt, sondern mit den Interessen unseres Landes im Gepäck selbstständig mit dänischen Partnern konkrete Vorhaben und Kooperationen anstrebt und anschiebt, also das beiderseitige Bedenken der schleswig-holsteinisch-dänischen Zusammenarbeit.

Neu daran ist die Funktion des vorliegenden Rahmenplans. Wir bekennen uns klar zu einem Prozess, mit dem wir die **Zusammenarbeit ausbauen und intensivieren** wollen. Wir benennen klar, dass wir dafür die uns zur Verfügung stehenden Foren und Kulissen der schleswig-holsteinisch-dänischen Zusammenarbeit strategisch - und teilweise neu - definieren wollen. Die Frage dabei muss sein: Was können wir mit wem am besten erreichen?

Das heißt konkret: Noch immer ist die Idee in Schleswig-Holstein verbreitet, dass Ernährungswirtschaft in Jütland stark ist. Wir aber wissen, dass Zusammenarbeit in diesem Bereich am besten mit Seeland und rund um Kopenhagen gelingen kann.

Oder: Alle sprechen über die Öresund-Region, wenn es um Boom-Regionen in Dänemark geht. Wir aber wissen, dass das Städteband rund um Aarhus oder das Dreiecksgebiet zwischen Kolding, Vejle und Fredericia genauso wirtschaftsstarke Regionen sind.

Und: Wir sagen deutlich, dass diese Zusammenarbeit dort, wo es in unserer Macht steht, professionell ausgestaltet sein muss, zum Beispiel durch ein differenziertes Dänemark-Bild anstelle oft wiederholter Pauschaleinschätzungen.

Meine Damen und Herren, die **Kernvorgaben**, die wir uns gegeben haben, sind also deutlich: Wir konzentrieren uns auf Themen, in denen eine Zusammenarbeit mit Dänemark einen Mehrwert für Schleswig-Holstein erwarten lässt. Das ist das Neue: Wir wollen die politische Zusammenarbeit mit der dänischen Regierung stärken. Auch die Signale der dänischen Regierung sind eindeutig. In den Gesprächen, die Ministerpräsident Torsten Albig und ich in den vergangenen Monaten mit beinahe der gesamten dänischen Ministerriege unter Staatsministerin Helle Thorning-Schmidt geführt haben, wurde immer deutlich gemacht: Schleswig-Holstein soll als Brückenbauer nach ganz Deutschland hinein dienen.

Wir als Landesregierung wiederum haben in diesen Gesprächen immer wieder betont: Schleswig-Holstein versteht sich als einer der ersten Ansprechpartner für Beziehungen und Kooperationsinteressen aus Dänemark nach Deutschland hinein und umgekehrt.

Welche Ziele wollen wir nun zuerst anpacken? Mit der dänischen Regierung sind wir uns einig, dass wir mit den **Themenbereichen** Arbeitsmarkt, bei der Mobilität für Grenzpendler, berufliche Bildung, beim Aufbau von neuen gemeinsamen Berufsausbildungsgängen, Verkehrs- und Infrastruktur, Fehmarnbelt-Querung und Jütland-Achse sowie Forschung und Hochschulen, nämlich bei der Entwicklung gemeinsamer deutsch-dänischer Studiengänge und Forschungsprojekte unsere Zusammenarbeit konkret beginnen wollen. Zum Teil sind wir auch schon dabei.

Schleswig-Holstein und Dänemark haben viele und enge Bezüge zueinander. Aber gerade in den eben genannten Zielgebieten ist eine noch intensivere Kooperation geradezu zwangsläufig absehbar.

Dänemarks einzige Landgrenze dockt an Schleswig-Holstein an. Demnächst führt mit der festen Fehmarnbelt-Querung eine neue wichtige Achse für Skandinavien nach Kontinentaleuropa ebenfalls durch unser Land.

Für Dänemark ist Deutschland der wichtigste **Handelspartner**, noch vor Schweden. Und umgekehrt ist Dänemark für Schleswig-Holstein regelmäßig ebenfalls Handelspartner Nummer eins und verbindet die Handels- und Verkehrsströme auf Jütland-Route ebenso wie auf der absehbar an Bedeutung noch zunehmenden Fehmarnbelt-Achse bis hinauf nach Kopenhagen und Malmö.

(Ministerin Anke Spoorendonk)

Vergessen wir in diesem Zusammenhang nicht, dass unabhängig von den bilateralen Wirtschaftsdaten volle 80 % aller dänischen Importe durch Schleswig-Holstein über unsere Straßen, Brücken und Schienen rollen.

Das alles zusammen wird sich noch tiefgreifender als bisher auch auf die von uns ausgewählten konkreten Arbeitszielfelder auswirken, zumal wir in Schleswig-Holstein wie in Dänemark spätestens ab 2030 die umfänglichen Folgen des demografischen Wandels im Hinblick auf die soziale Versorgung der Älteren zu bewältigen haben, auf die jetzt schon existierende Behebung von Engpässen auf dem Fachkräftemarkt. Dies wollen wir in die **Landesentwicklungsstrategie 2030** aufnehmen. Neu dabei ist auch, dass wir hier Dänemark als Entwicklungspartner gewinnen wollen.

Gemeinsam stehen wir daher, gesellschaftlich und wirtschaftspolitisch betrachtet, vor denselben Herausforderungen und müssen dafür Lösungsansätze finden. In diesem Kontext können wir in Kooperation viel voneinander lernen und von unserem Wissen gegenseitig profitieren. Eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet bietet sich geradezu an. So können wir im Bereich der Versorgung im Alter - Stichwort: Life-Science - von unserem nördlichen Nachbarn einiges abschauen.

Der stark ausgeprägten und modernen **Innovations- und Gründerkultur** in Dänemark stehen in Schleswig-Holstein Stärken in den Bereichen **Produktion, Normierung und Zulassung** neuer Produkte und Dienstleistungen gegenüber. Mit grenzübergreifendem Transfer von Erfahrung, also Best Practice, können wir davon gemeinsam profitieren. Ein Projektantrag hierfür mit unserem Cluster Life-Science Nord ist in Vorbereitung.

Ebenso bietet sich das gemeinsame Ausschöpfen von **wirtschaftlichen Potenzialen** an, etwa im Ernährungsgewerbe oder wenn es um maritime Wirtschaft, Life-Science, erneuerbare Energien, Tourismus und Logistik geht oder aber um Kultur und Kreativwirtschaft. In all diesen Bereichen sind Schleswig-Holstein und Dänemark gut aufgestellt.

Ich will ein Beispiel näher beschreiben, wie diese Kooperation funktionieren kann, nämlich im Bereich der regenerativen Energien bei Wind und Offshore, speziell bei der Energieeffizienz und Leistungselektronik. Hier haben Studien nachgewiesen, dass sich Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen beiderseits der Grenze gegenseitig befruchten und wir somit gemeinsam eine der führenden Regionen in diesem Bereich sind. Wir selbst haben nur noch nicht erkannt, dass wir uns durch ein Zusammenwirken unserer Cluster beiderseits der Grenze weltweit wesentlich stärker behaupten können.

Deshalb streben wir als Erstes die Vorhaben einer **gemeinsamen Cluster-Kooperation im Energiebereich** an. Ein Projektantrag hierfür liegt bei INTERREG A schon vor. Eine solche gemeinsame deutsch-dänische Cluster-Kooperation könnte dann auch als Vorbild für die Bereiche Lebensmittelwirtschaft, Kultur und Kreativwirtschaft und Logistik dienen. Auch dies sind Bereiche, in denen wir gemeinsam stark sind und die wir als nächstes anschieben wollen.

Meine Damen und Herren, von Vorteil für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und dieser Cluster-Kooperation ist es, dass auf schleswig-holsteinischer wie auf dänischer Seite ausgeprägte mittelständische Wirtschaftsstrukturen bestehen. Die Anforderungen an eine qualifizierte Ausbildung ähneln sich. Sie können sich gegenseitig ergänzen. Doch dafür müssen wir - ich habe es schon angedeutet - auch gute **gemeinsame Rahmenbedingungen** schaffen; denn die Wirtschaft stellt hier berechtigte Anforderungen an die Politik, und zwar in den Bereichen Infrastruktur, Hochschulen und Ausbildung. Im Klartext: Es geht um Logistikoptimierung und Fachkräfteentwicklung. Auch hier können wir voneinander profitieren, direkt wie indirekt, und wir tun es bereits.

Zur **Infrastruktur**: Unsere dänischen und skandinavischen Nachbarn sind abhängig von einer funktionierenden Infrastruktur bei uns. Deshalb sind Projekte und Vorhaben wie der Ausbau der A 7, der Ersatzbau für die Rader Hochbrücke, die angestrebte A 20 oder die feste Fehmarnbelt-Querung nicht nur wichtig für Schleswig-Holstein. Sie binden den europäischen Norden zusammen und sind unverzichtbar für die dänische Wirtschaft. Kopenhagen macht dies auch gegenüber Berlin deutlich. Dieser essenziell **europapolitische Aspekt** stärkt auch unsere Position gegenüber Berlin, wenn es um die Aufteilung begrenzter Infrastrukturmittel geht.

Im **Hochschulbereich** ergänzen wir uns ebenfalls. Die dänische Regierung hat neue Vorgaben für vorrangige Studiengänge in Dänemark erstellt, die unter Umständen bestehende deutsch-dänische Studiengänge beeinträchtigen könnten. Umso mehr freut es mich, dass ich vor 14 Tagen mit der dänischen Wissenschaftsministerin verabreden konnte, dass beide Regierungen gemeinsam relevante Akteure im Hochschulbereich wie aus der interessierten Wirtschaft möglichst rasch zu einem gemeinsa-

(Ministerin Anke Spoorendonk)

men Dialog einladen wollen, um neue Wege für die Weiterentwicklung deutsch-dänischer Studiengänge zu finden. Dies kann auch ein Beitrag werden, um im aufkommenden Standortwettbewerb um die Köpfe von morgen und übermorgen gemeinsame Stärken zu entwickeln.

Im Bereich berufliche Bildung unterstützen wir die Initiative der IHK Flensburg, Auszubildenden aus Dänemark einen Ausbildungsplatz gleich hinter der Grenze anzubieten. Nicht zuletzt deshalb, weil es in Dänemark an Praktikumsplätzen mangelt, werden Auszubildende - also die Fachkräfte von morgen - für die Unternehmen in unserem Land Mangelware werden. In der Perspektive sollen erste Ansätze für völlig **neue deutsch-dänische Ausbildungslehrgänge** entwickelt werden, die trotz der völlig unterschiedlichen Berufsausbildungssysteme in Deutschland und Dänemark und anderen praktischen Problemen den Zugang zu beiden Arbeitsmärkten diesseits und jenseits der Grenze ermöglichen sollen.

Meine Damen und Herren, unsere Zusammenarbeit wird und darf nicht auf den umfassenden Bereich der Ökonomie begrenzt sein. Wir müssen auch unseren Bürgerinnen und Bürgern das für sie Positive dieser Zusammenarbeit erfahrbar machen. Das tun und wollen wir. Ich will hier nur wenige konkrete Maßnahmen und Perspektiven aufzeigen.

Mehr **organisierter Studierendenaustausch** mit dänischen Hochschulen schafft attraktive Angebote in der unmittelbaren Nachbarschaft statt in einer weiter entfernten europäischen Nachbarschaft.

Die noch junge Initiative der IHK Flensburg im Bereich **beruflicher Bildung** wird, perspektivisch weitergedacht, einen deutlich einfacheren Zugang zum benachbarten dänischen Arbeitsmarkt ermöglichen.

Mehr **kulturelle Kooperation und Begegnung** macht unsere deutsch-dänische Grenzregion noch lebenswerter. Denn ein vitales Kulturleben ist auch ein Kraftstoff, um auf anderen Feldern erfolgreich zu sein.

Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich ist kein purer Selbstzweck. Hierüber wollen wir Arbeitsplätze zumindest sichern, wenn nicht gar neue schaffen. Augenfälliges Beispiel dafür sind **Ansiedlungsgewinne** von kleinen und mittelständischen **Unternehmen im Bereich Energieeffizienz** in der nördlichen Grenzregion.

Die Sicherung des grenzüberschreitenden Rettungshubschraubereinsatzes in Niebüll oder grenzüberschreitende Behandlungsangebote sind kein Landesthema, aber für die Menschen in der Grenzregion ein wichtiger Bestandteil des Alltags. Wenn wir die Erfahrung Dänemarks mit IT-Lösungen im **Gesundheitsbereich** in unseren dünn besiedelten ländlichen Räumen künftig übernehmen, dann können wir Menschen einige lange Wege zum Arzt ersparen. Unser Institut für E-Health und Management im Gesundheitswesen an der FH Flensburg arbeitet daran.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, vor diesem Hintergrund werden wir über die skizzierten Projekte hinaus deutlich mutiger werden müssen. Bei der Fortschreibung unseres Rahmenplans wollen wir folgende **Perspektiven** prüfen: ob und wie wir das Landesprogramm Wirtschaft auch gezielt für die Anbahnung praktischer Kooperationsprojekte zwischen schleswig-holsteinischen und dänischen Partnern nutzen, eine eigene Schleswig-Holstein-Repräsentanz in Kopenhagen einrichten können - etwa unter dem Dach der deutsch-dänischen Außenhandelskammer -, einen Beobachterstatus beim Nordischen Rat anstreben, um darüber unser Bekenntnis zu Schleswig-Holstein als Teil des europäischen Nordens zu unterstreichen. Wir werden uns anschauen, ob wir nicht Folgendes in Angriff nehmen sollten: ein gemeinsames Marketing für den Tourismus- und Wirtschaftsstandort anzustreben, nicht zuletzt auch mit Blick auf den Fachkräftemangel; ein gemeinsames schleswig-holsteinisches-dänisches Lobbying in Brüssel zu betreiben, wenn es um gezielte Einwerbung von EU-Fördermitteln geht; ein international anerkanntes Forschungszentrum im Bereich erneuerbare Energien anzustreben; eine abgestimmte Verkehrsplanung nicht nur auf längeren Strecken, sondern auch im grenznahen Bereich grenzüberschreitend zu versuchen; eine Beratungsstelle für Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der gesamten Grenzregion einzurichten, ergänzt um ein gemeinsames Arbeitsmarkt- und Bildungsportal.

Unsere Nachbarn in der Kommune Tondern haben seit dem Jahreswechsel Deutsch als Pflichtfach ab der Vorschule eingeführt, in Apenrade ab der dritten Klasse. Sollten wir nicht ähnlichen Mut beweisen? **Sprachkompetenz** ist ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg.

Dies alles, meine Damen und Herren, klingt zunächst kühn. Aber wir sollten es, wenn es uns sinnvoll und machbar erscheint, auch wagen. Nur wer anpackt, erzielt Ergebnisse und kann gewinnen, und das wollen wir.

Meine Damen und Herren, der von der Landesregierung erstellte Rahmenplan ist klar und konkret.

(Ministerin Anke Spoorendonk)

Er ist perspektivisch angelegt und benennt deutlich unsere Chancen und Potenziale und die aller Akteure unserer Zusammenarbeit. Ich sagte es eingangs: Wir arbeiten aus eigenem Interesse der dänischen Regierung und ihrer Initiative für eine verstärkte Zusammenarbeit entgegen. Einen vielversprechenden Ausgangspunkt für das Ausloten eines gemeinsamen Wegs stellt die **Auftaktveranstaltung** am 16. Februar 2015 in Sønderborg dar, zu der die dänische Regierung zusammen mit der Landesregierung einlädt. Im Mittelpunkt steht dort die Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Wirtschaftsentwicklung in beiden deutsch-dänischen Grenzregionen. Dabei sollen, gestützt auf das Erfahrungswissen der Akteure in beiden Grenzregionen, ganz konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen gesammelt und aufgearbeitet werden. Erklärtes Ziel ist eine gemeinsame deutsch-dänische **Ministererklärung** Mitte des Jahres, in der die Zielrichtung und die ersten konkreten Schritte auf dem neuen Weg dorthin festgehalten werden sollen.

Unsere Kooperation wird somit auf ein neues Level gehoben. Mit diesem Vorhaben wollen wir keine funktionierenden Strukturen schädigen oder Kooperationen torpedieren. Nein, die Kooperation ist ein Upgrade. Sie wird eine neue Dynamik erhalten. Damit entsprechen wir auch Forderungen unserer kommunalen und regionalen Akteure in Schleswig-Holstein. Denn diese haben immer wieder eingefordert, dass die grenzüberschreitende Kooperation in höherem Maße auch auf nationalstaatlicher Ebene wahrzunehmen und zu begleiten sei. Diese Initiative kommt dieser Forderung entgegen. Auch das ist neu und wichtig. Denn bei uns ist kaum bekannt, dass in Dänemark eine Debatte über eine Neuordnung der regionalen Strukturen begonnen hat, die eine Auflösung der Regionen zur Folge haben könnte. Dadurch würde das Wegbrechen einer der tragenden Säulen der schleswig-holsteinisch-dänischen Zusammenarbeit drohen. Dies wiederum ist auch der dänischen Regierung bewusst, die sich in diesem Kontext gern immer auch hinter den schleswig-holsteinischen Nachbarn Süddänemark und Sjælland versammelt hat.

Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt das **Interesse der dänischen Regierung** an der **schleswig-holsteinisch-dänischen Zusammenarbeit** aufgreifen. Dieses offene Tor zur dänischen Regierung hat die Landesregierung in den vergangenen Monaten gezielt und gewinnbringend genutzt. Als kleinerer Partner eines größeren Nachbarlandes - alles relativ gesehen; so realistisch sollten wir aber trotzdem sein, wenn es um Schleswig-Holstein und Dänemark geht - haben wir Dinge bewegt, die anderswo, etwa in Berlin, zu Gehör gebracht wurden, und Dinge, die wir sonst so wirksam nicht hätten positionieren können. Die Ersatzbauten für die Rader Hochbrücke und die Fehmarnsund-Brücke sind zwei aktuelle Beispiele.

Gerade das ist für uns in Schleswig-Holstein wichtig, zumal wir mit der Fehmarnbelt-Achse vor einer völlig neuen Entwicklungsperspektive für Teile Dänemarks und Schleswig-Holsteins stehen, nicht zuletzt für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die grenzüberschreitend tätig sind und es künftig vermehrt sein werden. Hier gilt es, **Beratungsangebote** für Themen wie Steuern und Märkte zu verschaffen, ähnlich wie wir es bisher an den nördlichen Landesgrenzen getan haben und wie wir es dort kennen.

Ich möchte daher die Initiative der dänischen Regierung nutzen, um schnellstmöglich einen **Dialog** mit der **Regierung** und den **Gebietskörperschaften beiderseits der Grenze** einzuleiten. Es geht darum sicherzustellen, dass unser bestehendes Know-how für die Kooperation am Fehmarnbelt genutzt werden kann, wie wir das Kompetenzzentrum im dänischen Bau nahe Flensburg hierfür weiterentwickeln können. Es geht darum, Parallelstrukturen zwischen unseren beiden Grenzregionen zu vermeiden, und das zum Vorteil aller Bürgerinnen und Bürger, die in die Wirtschaft, die Wissenschaft, im Bildungsbereich oder auf dem Arbeitsmarkt beiderseits der Grenze eingebunden sind oder es künftig werden.

Wir wollen, dass unser Land, dass unser dänischer Nachbar und die Menschen beider Länder die schleswig-holsteinisch-dänische Zusammenarbeit als Gewinn verstehen und daran teilhaben. Mit diesem Pfund wollen und können wir wuchern, auch gegenüber anderen Regionen.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies schließt selbstverständlich die Minderheiten mit ein. Dabei geht es auch um die Frage, welche Rolle sie als Standortfaktor für die zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Grenzregion spielen können.

Schleswig-Holstein und Dänemark verbindet eine lange, wechselhafte Geschichte und eine gemeinsame, sich gegenseitig befruchtende Kultur. Schleswig-Holstein und Dänemark verbindet eine wachsende Freundschaft, auf jeden Fall aber auch eine gute und verlässliche Partnerschaft. Eine Partnerschaft ist eine Beziehung, bei der beide Seiten ge-

(Ministerin Anke Spoorendonk)

winnen. Die Landesregierung wird auf der Basis ihres Rahmenplans und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften diese deutsch-dänische Zusammenarbeit noch weiter ausbauen und noch weiter vertiefen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin, oder, um den Kollegen Flemming Meyer zu zitieren, jo tak.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache und erteile der Frau Kollegin Astrid Damerow das Wort, die für die CDU-Fraktion spricht.

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung einmal mehr die wichtige Zusammenarbeit und Partnerschaft auf allen Ebenen zwischen Schleswig-Holstein und unserem Nachbarland Dänemark beschrieben. Unterstützend haben wir gestern Nachmittag von Ihnen einen 16-seitigen sogenannten **Rahmenplan** für die **deutsch-dänische Zusammenarbeit** des Landes erhalten.

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit ist und war für Schleswig-Holstein von großer Bedeutung und muss natürlich permanent gepflegt und ausgebaut werden. Ich denke, darin sind wir uns in diesem Haus alle einig. Eine lange gemeinsame Geschichte, ein gemeinsames Grenzland mit starken, selbstbewussten Minderheiten auf beiden Seiten, gemeinsame Verkehrswege als Lebensadern unserer Wirtschaft, vielfache Zusammenarbeit in Medizin, Forschung, Bildung und Kultur sowie ein immer stärkeres Zusammenwachsen Europas bilden ein gemeinsames Fundament dieser wichtigen Arbeit für unser Land.

Aus diesem Grund haben auch die vorherigen CDU-geführten Landesregierungen die Zusammenarbeit mit Dänemark und insbesondere mit den Grenzregionen kontinuierlich verstärkt und weiterentwickelt. Besondere Priorität haben dabei die Verkehrsinfrastruktur für die Jütland- und Fehmarnroute, der grenzüberschreitende Arbeits- und Auftragsmarkt, die Sprachkompetenz, die grenzüberschreitende Hochschulkooperation, die Gesundheitswirtschaft, der Energie- und Klimaschutz, der Tourismus, die Forschung und Entwicklung, die EU-Förderstrukturen und die Kulturarbeit. So wurden die Themen in der **Dänemark-Strategie** der CDU-geführten Landesregierung von 2011 definiert. Heute lauten die **Ziel- und Handlungsfelder** dieser **Landesregierung**: starke Wirtschaftscluster, Wirtschafträume enger miteinander verflechten, gemeinsame Infrastruktur abgestimmt planen, Bildung und Forschung ausbauen, grenzüberschreitende Mobilität, kulturelles Miteinander und so weiter.

Schauen wir gemeinsam unter diese doch sehr ähnlich klingenden Überschriften und sehen uns die Ausführungen und konkreten Punkte an, erkennen wir sehr schnell: Die Politik mit Dänemark ist von Kontinuität geprägt. Ich stelle fest: Unsere Dänemark-Strategie von 2011 war immerhin so gut, dass sie im Rahmenplan dieser Landesregierung ihre Fortsetzung findet.

(Beifall CDU)

Die Projekte, Partnerschaften und Kooperationen werden fortgeschrieben und entwickeln sich weiter. Dabei bestimmen vor allem nach wie vor die **EU-Förderprogramme** INTERREG A und B und die neue Förderperiode bis 2020 im neuen gemeinsamen Förderraum beider Grenzregionen wesentlich die konkrete Umsetzung unserer Zusammenarbeit. Auch das ist keine neue Erkenntnis.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eine herausragende Bedeutung kommt der Verwirklichung der **Fehmarnbelt-Querung** zu. Sie hat für unsere dänischen Nachbarn, aber auch für den ganzen südskandinavischen Raum und darüber hinaus, hohe Priorität. Sie wird einen deutlichen Entwicklungsschub für die genannten Regionen, aber auch für Schleswig-Holstein und die Metropolregion Hamburg mit sich bringen. Es entsteht eine neue Grenzregion, die eine stärkere Kooperation mit sich bringen wird.

Gerade deshalb ist es wichtig, dass die Landesregierung und die regierungstragenden Parteien hier endlich mit einer Stimme sprechen. In Ostholstein Nein und in Kiel Ja zur festen Belt-Querung zu sagen, ist ein höchst fragwürdiges und auch unseriöses Spiel.

(Beifall CDU)

Noch heftiger allerdings waren die Missklänge während der Fehmarnbelt Days im Herbst 2014. Wir konnten die Schlagzeile lesen:

„Albig lächelt, Habeck ätzt."

Weiter heißt es - ich zitiere -:

„Habeck … ist der einzige Podiumsgast bei der Eröffnung der ‚Fehmarnbeltdays 2014', der erkennbar keine Lust hat, in das Hohelied

(Astrid Damerow)

auf den geplanten Ostseetunnel zwischen Deutschland und Dänemark einzustimmen."

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das war für ganz Schleswig-Holstein einfach nur peinlich.

(Beifall CDU und FDP)

Dänemark möchte diese Belt-Querung, und wir brauchen diese Belt-Querung. Das haben Sie nun auch in ihrem neuen Rahmenplan sehr deutlich und ausführlich dargestellt. Ich hoffe nur, Sie sind sich darin alle einig.

(Wortmeldung Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich lasse keine Zwischenfragen zu. Wir warten darauf, dass Sie endlich entsprechend handeln und es Ihnen gelingt, den Kollegen Tietze auf diesem Weg mitzunehmen.

Neben der Belt-Querung kommt natürlich nach wie vor der **Jütlandroute** hohe Bedeutung zu. Gerade durch die Zusammenarbeit im Bereich Südjütland und Nordschleswig ist ein dichtes Netz mit grenzüberschreitenden Kontakten und wichtigen Projekten entstanden. Diese vertrauensvolle Zusammenarbeit muss weiterentwickelt werden. Die Kooperationen bieten gleichzeitig zahlreiche positive Beispiele für die Fehmarnregion.

Eine Verstetigung des **Ausbaus** und die **Neukonzipierung** der **deutsch-dänischen Zusammenarbeit** muss, wie in der Vergangenheit, permanent stattfinden. Das ist gut und richtig; denn Stillstand würde Rückschritt in den Beziehungen bedeuten. Schon immer galt in unserer Zusammenarbeit, dass beide Seiten gemeinsam beraten und beide Seiten von Initiativen profitieren sollen. Das ist nicht neu. Angesichts dieser Fakten und des Wissens um den engen Kontakt vorheriger Landesregierungen mit der dänischen Regierung und anderen Entscheidungsträgern in Dänemark lädt die ständige Ankündigung der Landesregierung, die Zusammenarbeit mit Dänemark auf neue Füße zu stellen, in ein neues Zeitalter zu führen und endlich richtig voranzubringen, doch etwas zum Lächeln ein.

Allerdings geht die jüngste große Initiative zur Verbesserung der Kooperation und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen allein von Dänemark aus. Im Juni letzten Jahres hat Dänemark eine deutsch-dänische Initiative angestoßen und neben Vertretern der Bundesebene natürlich auch Vertreter der Landesregierung, der Grenzkreise und Städte, also zahlreiche Vertreter Schleswig-Holsteins zum Mitmachen eingeladen. Diese Initiative ging von Dänemark aus; das war nicht Ihr Verdienst. Uns wundert allerdings die kurzfristige Einbindung der Landesregierung bei dieser Initiative. Wir gehen eigentlich immer davon aus, dass Sie herausragende Kontakte zu Dänemark pflegen. Hier scheinen die aber nicht so ganz funktioniert zu haben. Der Auftakt wird schon nächsten Monat in Sønderborg mit einer großen Konferenz gemacht.

Welch ein Zufall: Nun legen Sie uns mit einem Refreshing der Dänemark-Strategie diesen **Rahmenplan** vor, der unsere Zusammenarbeit mit Dänemark hervorhebt. Hinsichtlich der Entstehung dieses Rahmenplans stellen sich uns allerdings einige Fragen: Wer war außer der Landesregierung an der Erstellung beteiligt? Sind die am Ende des Plans aufgestellten Partner bei der Erstellung eingebunden worden? Gibt es Stellungnahmen der Partner zu diesem Plan? Seit wann wurde an diesem Rahmenplan gearbeitet? Begann die Erstellung vor der dänischen Initiative? Ist Dänemark in irgendeiner Form in die Erstellung des Plans eingebunden oder darüber informiert worden? Hierzu und zu weiteren Aspekten erwarten wir gespannt die Ausführungen der Ministerin im Europaausschuss.

Ich stelle also fest: Der vorgestellte Rahmenplan ist nicht falsch. Er schreibt Vorhandenes fort. Er aktualisiert und zeigt wie bisher Handlungsfelder auf. Aber, meine Damen und Herren, eine neue Verpackung schafft eben noch keinen neuen Inhalt.

(Beifall CDU)

Die Ministerin verkündet uns hier permanent, dass jetzt alles ganz anders, ganz neu und ganz toll wird. Wir stellen fest: Es wird kontinuierlich weitergearbeitet. Ich habe gerade gesagt, das ist nicht falsch. Aber es ist kein Anlass für diese Begeisterung.

Die CDU steht stets zu einem weiteren kontinuierlichen Ausbau unserer Beziehungen zu Dänemark. Auf allen genannten Arbeitsfeldern gilt es, die Potenziale noch besser zu nutzen, aktuelle Entwicklungen aufzugreifen und im Interesse aller Beteiligten fortzuführen. Vor dem Hintergrund des Koalitionsvertrages dieser Landesregierung, zahlreichen Regierungsberichten, insbesondere dem Ostsee-Bericht und den Europa-Berichten, sowie umfangreicher Reden stellen wir allerdings nach fast drei Jahren Regierungszeit fest, dass diese Landesregierung Bewährtes fortführt - das ist ja richtig -, aber ansonsten in Ankündigungen und im Übrigen sich ständig wiederholenden Formulierungen verharrt. Wir fordern Sie auf, nach nunmehr drei Jahren mit den

(Astrid Damerow)

Ankündigungen aufzuhören und vielleicht endlich mit der Arbeit zu beginnen.

(Beifall CDU)

Präsentieren Sie uns doch dafür zur Abwechslung endlich einmal die **Umsetzung konkreter Maßnahmen**. Ich denke, das ist für die Zusammenarbeit mit Dänemark ein wesentlich nachhaltigerer Impuls als Ihre ständig wiederkehrenden Verkündigungen und Papiere. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun die Kollegin Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Bedeutung der deutsch-dänischen Zusammenarbeit für Schleswig-Holstein ist in der Vergangenheit oft unterstrichen worden. Aber wohl selten wie heute und von dieser Regierung - liebe Frau Damerow, besonders auch in den letzten Monaten - wurde diese Zusammenarbeit mit so viel Leben, Dynamik und Ideen gefüllt.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dafür möchte ich unserer Landesregierung, aber ganz besonders auch unserer Europaministerin Anke Spoorendonk ganz herzlich danken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Frau Ministerin, Sie haben die deutsch-dänische Zusammenarbeit nicht nur mit einer nicht zu übersehenden Nähe und Liebe zum dänischen Nachbarn, seiner Sprache und Kultur, sondern auch mit sehr viel Sachverstand und Wissen in Detailfragen und dem notwendigen politischen Fingerspitzengefühl mit neuem Leben erfüllt. Alles andere hätte mich allerdings auch überrascht. Also, nochmals ganz herzlichen Dank für Ihren unermüdlichen Einsatz auch an dieser Stelle.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wollen neben dem vielen bislang Erreichten und Bewährten besonders auch die zukünftigen weiteren Möglichkeiten und Chancen im Bereich von Wachstum, Beschäftigung, Bildung, kultureller Gestaltungskraft und dem Ausbau der Daseinsvorsorge gemeinsam definieren und diese aktiv nutzen, um die Zukunft unserer gemeinsamen Region zu gestalten.

Dabei klang das von CDU und FDP in diesem Zusammenhang gebrauchte Wort - die Frau Kollegin hat es eben auch mehrmals wiederholt - „**Dänemark-Strategie**“ eher wie eine Angriffstaktik als wie eine Basis gemeinsamen Miteinanders. Wir ruhen uns auch nicht auf wohlformulierten Sonntagsreden aus, frei nach dem Motto: „war schön, sich mal wieder gesehen zu haben“, ganz zu schweigen von den unnötigen nationalen Spannungen zwischen Kopenhagen und Berlin aufgrund der Minderheitenpolitik der Vorgängerregierung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nein, wir wollen, dass auch die Grenze im Kopf in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens verschwindet. Darauf ist unsere Dänemark-Politik ausgerichtet.

Lassen Sie mich dabei nur einige Bereiche benennen, die aus unserer Sicht für ein Verschwinden der Grenze als psychischer Barriere besonders wichtig sind, weil sie alltägliche spürbare Auswirkungen auf die Menschen haben.

Für viele Menschen besteht diese **Landesgrenze** tatsächlich nur noch auf der Karte. Ich schaue einmal Richtung Tribüne, wo uns Zuschauerinnen und Zuschauer aus der Schule in Schafflund zuhören. Sicherlich bewegen sie sich regelmäßig in Dänemark beziehungsweise kennen sie Menschen, die das regelmäßig tun. Das ist bei uns da oben in der Region tägliche Routine. Viele pendeln regelmäßig, sogar täglich über die Grenze: insgesamt 12.308 EU-Bürger, davon 8.700 aus Deutschland, und aus Dänemark kommend, Richtung Deutschland circa 1.300 - mit steigender Tendenz.

Obwohl die **Pendlerzahlen** sich nach den Jahren eines Negativtrends jetzt wieder nach oben stabilisiert haben, gibt es nach wie vor bürokratische Hemmnisse für den **grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt**, die meist in der Unterschiedlichkeit von sozial-, versicherungs- oder steuerrechtlichen Systemen liegen. Diese werden regelmäßig identifiziert.

So erstellt unter anderem das **Infocenter Grenze in Bov** regelmäßig eine Broschüre zu Mobilitätsbarrieren auf dem deutsch-dänischen Arbeitsmarkt, die die aktuellen Probleme benennt. Dort im Infocenter finden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer individuelle Beratung zu ihren Fragen und Problemen. Die Lektüre der Zusammenstellung der aktuellen

(Birte Pauls)

Barrieren lohnt sich, zeigt sie uns doch einige politische Handlungsfelder auf, mit der sich die SPD in nächster Zeit beschäftigen will.

Ein ganz herzliches Dankeschön auch an die dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die vielen Beratungen kompetent ausführen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gleiches ist in **Ostholstein** in Vorbereitung; denn die Fehmarnbelt-Region wird künftig durch die feste Fehmarnbelt-Querung zunehmend in den Fokus von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern rücken. Auch da gilt es, eine gute nachhaltige Nachbarschaft aufzubauen. Ich freue mich sehr, dass die Initiativen vom SPD-Kreisvorsitzenden und Kollegen Lars Winter Früchte tragen und sich Sozialdemokraten aus Ostholstein und von **Lolland** zu verschiedenen Themen austauschen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Genauso treffen wir Sozialdemokraten uns im Grenzland regelmäßig mit den dänischen Sozialdemokraten, wie zum Beispiel auch am Ende dieser Woche wieder. Auch das ist gelebte Nachbarschaft. Auch unsere Jusos sind im lebendigen Austausch mit den jungen Sozialdemokraten in Dänemark.

Aber all das steht und fällt immer wieder mit persönlichen Initiativen und Ansprechpartnern. Viel hängt vom persönlichen Engagement und den gerade handelnden Akteuren ab. Genau dieses gelebte Engagement der handelnden Akteure haben wir bei Schwarz-Gelb sehr vermisst.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sehr geehrte Damen und Herren, in der Fehmarnbelt-Region werden wir zwar künftig professionelle Tunnelbauer haben. Aber wir haben dort keine **Minderheiten**, die als **natürliche Brückenbauer** agieren können. Dass deutsche wie dänische Minderheiten sich jetzt aber angeboten haben, auch in der Fehmarnbelt-Region neben den vielen hauptamtlichen Initiativen, die dort bereits tätig sind, mitzuhelfen, Kontakte aufzubauen und zu festigen, zeugt von einer ungeheuren Stärke und Diplomatie. Für diese Bereitschaft möchte ich beiden Minderheiten ganz herzlich danken. Wir wissen, wie wichtig die Kompetenzen unserer Minderheiten gerade auch in der Ausgestaltung der deutsch-dänischen Kooperation sind und können mit Stolz auf sehr viele positive Erfahrungen zurückgreifen, diese auch für ein friedliches und konstruktives Miteinander in der Grenzregion und zukünftig in beiden Grenzregionen zu nutzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schleswig-Holstein ist Heimat von über 173.000 Menschen, die Mitglied einer Minderheit sind: Dänen, Deutsche, Friesen sowie Sinti und Roma. Damit zählt dieser Raum zu einer der sprachlich, aber auch kulturell vielfältigsten Regionen Europas, und er dient oft genug als Vorbild. Deswegen freuen wir uns auch sehr, dass das **ECMI** seinen Sitz in Flensburg hat, und unterstützen das Projekt, ein **Haus der Minderheiten** aufzubauen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Minderheiten im Grenzgebiet haben zu einem außerordentlich großen Teil zur heutigen Situation in der Grenzregion, die sehr viel vorzuzeigen hat, beigetragen. Gerade in diesen politisch bewegten Tagen wird deutlich, welch verbindende und zusammenführende Funktionen Minderheiten haben. Ich bin froh, dass wir mit der Gleichstellung der Minderheiten auf dem besten Weg sind, und möchte mich auch an dieser Stelle bei unserer Minderheitenbeauftragten Renate Schnack für ihre dauerhafte und sehr verlässliche Arbeit im Bereich Minderheiten, aber auch für das Grenzland bedanken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zum Thema feste **Fehmarnbelt-Querung** lassen Sie mich bitte noch eines sagen. Bei aller vorhandenen Kritik glaube ich, wir sollten uns nicht den Kopf der Dänen zerbrechen. Unsere Hausaufgaben liegen auf deutscher Seite. Ich finde, darauf sollten wir uns konzentrieren, selbstverständlich in enger Abstimmung mit unseren dänischen Partnern. Dänemark hat gute und viele Erfahrungen mit Großprojekten dieser Art. Ich konnte mich bei den **Fehmarnbelt Days** - Frau Kollegin Damerow, ich war dort übrigens die Einzige, von der CDU habe ich dort niemanden gesehen -, die im Oktober 2014 in Kopenhagen stattgefunden haben, erneut von der Professionalität der Planungen auf dänischer Seite überzeugen. Es war ein deutliches Zeichen und ist in Dänemark sehr positiv aufgenommen worden - im Gegensatz zu dem, was Sie eben gesagt haben -, dass mit den Ministern Robert Habeck und Anke Spoorendonk und unserem Ministerpräsidenten Torsten Albig gleich drei Regierungsmitglieder diese Veranstaltung nicht nur besucht, sondern auch mitgestaltet haben.

(Birte Pauls)

(Beifall SPD und SSW)

Bei allen Plänen im östlichen Teil der deutsch-dänischen Verkehrsanbindung ist und bleibt allerdings die **Jütlandroute** die wichtigste Verkehrsachse.

(Beifall SPD, SSW und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

80 % der Exportgüter werden über diese Route transportiert. Deswegen bleibt sie auch nach Fertigstellung des Tunnels Hauptverkehrsader zwischen Deutschland und Dänemark und nach Nordeuropa. Deshalb ist es gut und richtig, dass sich eine deutsch-dänische Verkehrskommission über die Verkehrsinfrastrukturentwicklung auf dieser Achse abstimmt. Ich danke Minister Reinhard Meyer herzlich dafür, dass diese Kommission wieder mit richtigem Leben erfüllt wurde und es im Februar eine gemeinsame Wirtschaftskonferenz geben wird.

(Beifall SPD und SSW)

Es freut mich auch sehr, dass sich der dänische sozialdemokratische Steuerminister Benny Engelbrecht mit gezielten Vorhaben für die gemeinsame Region einsetzt.

Lassen Sie mich noch kurz auf weitere Schwerpunkte der Zusammenarbeit eingehen. So kann die **Kooperation** im **Gesundheitsbereich** auf langjährige positive Erfahrungen zurückblicken. Schwerpunkte sind spezialisierte Gesundheitsdienstleistungen und die Etablierung neuer innovativer Behandlungsverfahren. Innovativ ist die Kooperation insbesondere bei der Entwicklung von E-Health-Angeboten und die Idee, eine deutsch-dänische Gesundheitskarte zu entwickeln.

Mit der Auslobung der Universität Flensburg zur Europa-Universität ist die Bedeutung der grenzüberschreitenden Hochschulkooperation noch einmal unterstrichen worden.

(Beifall SPD und SSW)

Wir wollen die Anzahl deutsch-dänischer Studiengänge erweitern und den Studierendenaustausch verstärken.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal betonen: Es ist gut und wichtig, dass die Politik einen Rahmen für die Kooperation vereinbart und gestaltet, aber ohne die Menschen, die sich vor Ort für ein friedliches Miteinander konkret einsetzen, ist Kooperation nicht gestaltbar. Eine gute partnerschaftliche, auf gegenseitigem Respekt beruhende und auf gemeinsame Interessen ausgerichtete Nachbarschaft lebt von den Menschen, die sich nicht nur auf gut gemeinte Worte zurückziehen, sondern die sie durch ihren persönlichen Einsatz und vielfältige Aktivitäten mit Leben erfüllen.

Deshalb sind gerade gemeinsame Aktivitäten im **kulturellen Bereich** so wichtig. Die interkulturellen Begegnungen von Mensch zu Mensch sind unersetzlich. Unterstützt wurden und werden diese Kontakte unter anderem durch die Projekte „Kulturbrücke“ und seit 2011 „Kulturdialog“. Ich freue mich, dass es im Rahmen des neuen INTERREG-Programms wieder möglich sein wird, solche Projekte zu fördern. Wichtig wird in Zukunft sicher auch sein, einen Fokus auf die Zusammenarbeit im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft zu legen.

Feststellen müssen wir aber auch immer wieder: Ohne das Beherrschen der Sprache des Nachbarn ist ein Miteinander gewissen Grenzen unterworfen. Deshalb ist es nach wie vor notwendig, die Sprachkompetenz auf beiden Seiten der Grenze zu erhöhen.

Lange und gute Tradition hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen dem Norden des Landes und Süddänemark. Hier haben sich in allen Bereichen Kooperationsstrukturen entwickelt, die es weiter auszubauen gilt. An dieser Stelle lohnt sich immer wieder ein Blick in den letzten Europabericht der Landesregierung, der dies eindrucksvoll darstellt.

Seit Jahren wird aber auch die Kooperation entlang der Fehmarnbelt-Achse intensiver. Mit dem neuen INTERREG-Programm, das beide Regionen fördert, stehen sogar mehr Mittel zur Verfügung. Das bietet mehr Chancen, die Kooperation insgesamt auszuweiten. Deshalb ist es richtig und wichtig, eine Rahmenkonzeption für die gesamte deutsch-dänische Zusammenarbeit zu entwickeln, wie die Landesregierung das jetzt tut.

Deshalb ist es auch richtig, den Blick insgesamt auf Dänemark als unseren Nachbarn zu richten und sich mit der dänischen nationalen Regierung über Schwerpunkte in der Zusammenarbeit zu verständigen. So erhält Schleswig-Holstein eine ganz besondere Rolle in der gesamten deutsch-dänischen Zusammenarbeit. Ich danke der Ministerin und der gesamten Landesregierung für ihren Einsatz, der Kooperation eine neue Qualität zu geben. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Abgeordneten Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich rede hier heute nicht nur als Fraktionsvorsitzende, sondern auch als Bürgerin des Hamburger Randes. Bevor ich in die Landespolitik gegangen bin, habe ich mich oft mehr als Hamburgerin gefühlt. Ich habe in Hamburg gearbeitet, ich habe dort Zeitung gelesen, bin dort jeden Tag als Schleswig-Holsteinerin reingependelt.

Das hat sich natürlich geändert. Dass ich mich mit Schleswig-Holstein identifiziere, hat viel damit zu tun, dass ich kennengelernt habe, welchen besonderen Schatz wir auch mit dem Norden Schleswig-Holsteins haben. Bevor ich hier aktiv wurde und kennengelernt habe, was wir an deutsch-dänischen Beziehungen haben, habe ich mit Dänemark Sommerurlaub verbunden, vielleicht auch einmal Winterurlaub und hohe Stromrechnungen im Ferienhaus, aber nicht das, was wir in Schleswig-Holstein als Schatz haben. Insbesondere unsere Minderheitenpolitik und die Minderheiten, die in Schleswig-Holstein leben, sind etwas ganz Besonderes, auf das ich als Schleswig-Holsteinerin stolz bin.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn wir über die **deutsch-dänische Zusammenarbeit** reden, reden wir über das Zusammenleben in einer **europäischen Region**, dann beschreiben und erleben wir ein kleines Stück Europa. Die letzten Jahre waren nicht immer einfach für Europa, für die Europäer und auch nicht für den Euro. Dieser Tage ist davon in den Nachrichten genug zu erleben. Die Krise der europäischen Volkswirtschaften, der drohende Absturz des Euro hat die Menschen zweifeln lassen. Skeptiker haben angefangen, Alternativen zu einem gemeinsamen Europa zu fordern.

Allzu häufig wird **Europa** aber auch in den Schulen über die **Institutionen** gelehrt: Europäischer Rat, Europaparlament, Zentralbank, Europäischer Gerichtshof - gern auch genutzt für Fragen bei Quizduell: Wie sind sie zusammengesetzt, wo tagen sie? Europa als Geschichte von Verträgen, Rom, Maastricht, Lissabon. All das ist wichtig - gar keine Frage -, aber - wie ich finde - herzlos und ohne Leidenschaft. Ein Blick in die Geschichtsbücher der EU macht es manchmal sogar schwerer, das europäische Geschenk zu fassen.

Deshalb lassen Sie uns die Bücher zuschlagen und einen Schritt vor unsere Haustür machen. Für mich setzt sich Europa aus den **Menschen** zusammen. Das zeigt sich unmittelbar und besonders gut in der Zusammenarbeit mit Dänemark. In den vielfältigen Kontakten zwischen Schleswig-Holsteinerinnen, Schleswig-Holsteinern, Däninnen und Dänen. Gemeinsam leben wir die europäische Idee, wie zum Beispiel die Menschen, die täglich den Grenzverkehr nutzen, Pendlerinnen und Pendler, die zu ihrem Arbeitsplatz fahren, die Einkaufsmöglichkeiten nutzen oder freundschaftliche und familiäre Kontakte knüpfen.

Gelebtes Europa ist auch die **Europa-Universität Flensburg**. Gemeinsame Bildung und gemeinsames Lernen sind eine Grundlage dafür, dass die nachwachsenden Generationen in einem gemeinsamen europäischen Geist aufwachsen. Das erreichen wir nicht nur mit ERASMUS-Studierenden, sondern auch mit grenzüberschreitenden Studiengängen im Bachelor und Master. Unser Norden und Dänemarks Süden machen vor, wie ein hochschulpolitisches Zusammenwachsen funktioniert.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt geht die Zusammenarbeit weit über die Universitäten hinaus. Auch die **kulturelle Zusammenarbeit** - ich denke zum Beispiel an die gemeinsame Bewerbung von Flensburg und Sønderborg als Kulturhauptstadt - zeigt, wie Grenzen Länder trennen und die Durchlässigkeit für gemeinsame Werte und Ideen trotzdem bewahren. Die Bewerbung zur Kulturhauptstadt mag gescheitert sein, im Jahr 2017 kommt es trotzdem zum Kulturfestival „Creating Countryside Metropolis“, auch die benachbarten Regionen werden sich an dem Projekt beteiligen. Mir zeigt das: Die Grenzregion arbeitet nicht nur für schöne Titel zusammen, sondern macht das aus Überzeugung.

Meine Damen und Herren, eine immer intensiver werdende Zusammenarbeit erleben wir nicht nur im Norden, die ganze Ostseeküste Schleswig-Holsteins steckt da mit drin.

Die Gebiete Lübeck, Ostholstein und Plön kooperieren über die bereits funktionierende Belt-Achse mit Sjælland. Ja, wir teilen in der Koalition nicht jede Begeisterung für eine **Fehmarnbelt-Querung**. Wir stehen dem Projekt ausgesprochen kritisch gegenüber, aber nicht, weil wir die Zusammenarbeit mit Dänemark an der Stelle kritisieren, sondern

(Eka von Kalben)

weil wir das Projekt grundsätzlich aus ökologischen und finanziellen Gründen ablehnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Insofern mögen Sie da gern versuchen, einen Keil zwischen uns zu treiben, ich glaube, dass man in einer Regierung durchaus auch eine Begeisterung für ein Projekt unterschiedlich deutlich ausdrücken kann.

Das **INTERREG-Programm** bietet zahlreiche Möglichkeiten zum Austausch und zur Vertiefung der Zusammenarbeit in unserem Norden und an der ganzen Küste. Das werden wir nutzen.

Für einen kurzen Zeitraum gab es nicht diese **offenen Grenzen**, sondern auf dänischer Seite Grenzkontrollen. Wir sind sehr froh, dass das Vergangenheit ist und dass sich das glücklicherweise nicht durchgesetzt hat. Im Gegenteil: Es gibt auch positive Zeichen, zum Beispiel auch bei grenzübergreifenden Streifen von dänischer und schleswig-holsteinischer Polizei. Das mag wie eine Belanglosigkeit klingen, und nicht jede Polizeistreife an der Stelle ist - so sage ich es einmal - grünes Wunschdenken, aber es zeigt, wie viel weiter wir in der Zusammenarbeit mit Dänemark gekommen sind. Hier gilt es, Dankbarkeit zu zeigen für Frieden, Vergebung und neues Vertrauen.

Gerade **wirtschaftliche Potenziale** lassen sich noch heben, etwa bei der Energiewirtschaft: zwei Länder mit viel Wind. Es ist nicht nur so, dass Schleswig-Holstein das Energiewendeland Nummer eins in der Bundesrepublik ist. Auch Dänemark bietet technologische Weltklasse bei den Erneuerbaren. Mit der Vertiefung der Kooperation kommt deshalb zusammen, was zusammenpasst und was zusammengehört. Wir wollen beim wohl wichtigsten Projekt dieses Jahrzehnts auch als kleines Land eine Schlüsselrolle spielen.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen zu der wirtschaftlichen Kooperation: Wir wollen nicht Transitland zwischen Dänemark und dem Rest der Welt werden, sondern wir wollen eine entscheidende Rolle spielen. Wir wollen nicht nur Waren und Urlauber transportieren, sondern wir wollen ein **Bindeglied** zwischen zwei wichtigen **Metropolregionen** sein: Hamburg als eine der strukturstärksten Regionen Europas und - drei Stunden davon entfernt - die pulsierende Metropolregion Kopenhagen/Malmö. Dazwischen leben 4 Millionen Menschen. Dazwischen liegen wir. Wir sind ein Dreh- und Angelpunkt, ein wichtiger Zulieferer und ein interessanter Standort für Unternehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ja, nicht zuletzt auch als Urlaubsregion sind der Süden Dänemarks und die schleswig-holsteinischen Angebote höchst interessant. Von einer gemeinsamen Tourismusstrategie etwa im Bereich des nachhaltigen Tourismus kann die ganze Region profitieren.

Meine Damen und Herren, das Engagement von Anke Spoorendonk zur kulturellen Integration zwischen Dänemark und Deutschland ist vorbildlich. Sie setzt europaweit Maßstäbe.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn ich aus der Haustür trete, dann sehe ich: Der Weg zu unseren Nachbarn ist gut ausgebaut. Die deutsch-dänische Grenzregion ist eine der kulturell und sprachlich vielfältigsten Regionen Europas. Die Menschen begreifen dies als eine besondere Stärke der Region.

Ich möchte aber auch sagen: Zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit gehört für mich, dass sich die dänische Minderheit, die Angehörigen der friesischen Volksgruppe, die deutsche Minderheit im Norden und auch die hier lebenden Sinti und Roma in dieser Region wohl und heimisch fühlen. Das war nicht immer so. Das ist nicht selbstverständlich. Nach dem Krieg wurde teilweise ein anderer Grenzverlauf gewünscht. Das ist heute nicht mehr so. Die politische Vertretung von Friesen und Dänen in Deutschland - liebe Anke, lieber Lars, lieber Flemming, liebe Jette - ist nicht mehr wegzudenken. Das ist gut so.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Zusammenarbeit mit **Minderheiten** hat uns geschult. Wir gehen anders an das Thema Integration von Minderheiten heran, als das woanders leider noch der Fall ist: nicht im Sinne einer Erwartung der Anpassung der Minderheiten an die Mehrheitsgesellschaft, sondern indem wir die Minderheitenkompetenzen fördern und diese auch in Entwicklungsstrategien mit einbeziehen. So wird Minderheitenpolitik zum Standortfaktor.

Die Zusammenarbeit ist gewachsen. Fehler unserer Vorgängerregierung in der Minderheitenpolitik sind korrigiert. Frau Damerow, die Zusammenarbeit mit Dänemark ist eben nicht nur bestimmt von einer eventuell kommenden Beltquerung, sondern sie hat ganz viel damit zu tun, wie der Umgang mit den Minderheiten im eigenen Land stattfindet.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich glaube, wir haben an der Stelle viel Gutes für die Zusammenarbeit mit Dänemark getan.

Diese Landesregierung setzt in der Zusammenarbeit mit Dänemark klare Schwerpunkte auch bei der **kulturellen Zusammenarbeit** und der Förderung des kulturellen Miteinanders, bei **Forschung und Hochschulbildung**, bei der grenzüberschreitenden Mobilität im **Arbeitsmarkt** und der **beruflichen Bildung**. Wir zeigen damit: Investitionen in die Köpfe und Herzen der Menschen sind mindestens ebenso wichtig - ich als Grüne sage ausdrücklich: wichtiger - als Investitionen in Beton. Ich begrüße es sehr, dass unsere Landesregierung besonders diese Themenfelder auch in die Kontakte mit der dänischen Regierung immer wieder eingebracht hat und immer weiter einbringen wird. In diesem Sinne: Herzlichen Dank und weiter viel Erfolg bei den Gesprächen!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren, Wochen und auch Tagen gab es zahlreiche Herausforderungen, in denen sich Europa bewähren und an denen sich Europa aufrichten konnte. Das mögen die Institutionen in Brüssel sein - fern und vielleicht auch fremd -, das mag der Krieg in der Ukraine sein oder der Terror in Paris - unvorstellbar und doch real. Aber Europa, das sind auch die Menschen, die jeden Tag selbstverständlich zwischen Flensburg und Sonderburg pendeln - zum Arbeiten oder zum Shoppen. Das sind die Ärzte, Rettungswagen und Hubschrauber, die ganz selbstverständlich den Menschen auf der jeweils anderen Seite helfen. Europa - das ist die Idee, wenn alle gleich frei sind, ist es niemandes Nachteil. Genau diese Idee bestimmt unsere Haltung in der Zusammenarbeit mit den Dänen hinter der Grenze und auch mit den Deutschen, die dänisch sind, vor der Grenze. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die **deutsch-dänische Zusammenarbeit** ist und bleibt für Schleswig-Holstein ein **Eckpfeiler der Landespolitik**. Sie betrifft grundsätzlich alle politischen Themenfelder - wenn auch sicherlich in unterschiedlicher Gewichtung. Frau Ministerin Spoorendonk hat dazu heute eine Regierungserklärung vorgelegt. Eine knappe halbe Stunde Redezeit hatte die Landesregierung angemeldet. Die Ministerin hat lange geredet. Die Anzahl der dabei übermittelten sensationellen Neuigkeiten ist allerdings ziemlich überschaubar.

(Beifall FDP, CDU und Torge Schmidt [PIRATEN] - Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gleichwohl war die Regierungserklärung reich an Superlativen: „erstmals in der Geschichte der Landespolitik“, „neue Qualität“, „neuer Kurs“, „neuer Level“, „Upgrade“, „neue Dynamik“. So haben also die Redenschreiber und Öffentlichkeitsarbeiter der Landesregierung fleißig ihre Zettelkästen ausgekippt und damit eine ganze Plakatwand neu beklebt. Vieles ist dabei allerdings alter Wein in neuen Schläuchen.

Vergleicht man zum Beispiel den parallel zugeleiteten **Rahmenplan** der Landesregierung für die deutsch-dänische Zusammenarbeit mit der **Dänemark-Strategie** der CDU-FDP-Landesregierung von Anfang 2011, die damals dem Landtag zugeleitete wurde - Sie können sie in Umdruck 17/1795 nachlesen -, so werden die Verwandtschaftsbeziehungen der beiden Dokumente sehr schnell deutlich. Schon die ersten 20 Zeilen des neuen Rahmenplans entsprechen nahezu wortgleich den Ausführungen in dem vier Jahre älteren Text nur mit aktualisierten Zahlen. Wir stehen eben alle auf den Schultern von Giganten.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN - Heiterkeit PIRATEN)

Ich will auch gar nicht behaupten, dass die Landesregierung, der ich angehört habe, nun in ihrer Dänemark-Strategie alles neu gemacht habe - keineswegs, auch wir haben auf dem aufgebaut, was frühere Landesregierungen in verschiedenen Politikbereichen in der Zusammenarbeit mit dem Nachbarn Dänemark und speziell in der Grenzregion entwickelt haben.

(Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, das olympische Motto - ich weiß, Sie werden schon unruhig - „schneller, höher, stärker“, das die spoorendonksche Regie-

(Dr. Ekkehard Klug)

rungserklärung wie einen roten Faden durchzieht, entspricht allerdings nicht immer der Realität.

Hatte sich die Regierung Carstensen - die Quelle hatte ich schon genannt - noch darauf bezogen, dass die **Exporte** von **Schleswig-Holstein nach Dänemark** einen Anteil von 8,7 % an den Ausfuhren unseres Landes ausmachen - das war vor vier Jahren -, so verweisen der Rahmenplan und die Regierungserklärung von Frau Spoorendonk auf einen Anteil von 7,6 %. Das heißt, das sind 1,1 Prozentpunkte weniger als noch vor vier Jahren. Mit anderen Worten: In relativer Hinsicht sind die Handelsbeziehungen unseres Landes nach Dänemark tatsächlich rückläufig.

Insofern ist die neue Dynamik, von der Frau Ministerin Spoorendonk spricht, auch dringend nötig. Es ist nur so, dass man von einer solchen Dynamik zur Halbzeit dieser Landesregierung noch nicht sehr viel spürt.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zuruf)

- Ja, ich lege Ihnen die Fakten gern vor. Es geht weiter. Was die Zahlen angeht, so ist noch zu ergänzen: Auch in umgekehrter Richtung, bei den **Exporten** aus **Dänemark nach Schleswig-Holstein**, zeigen die relativen Anteile eine Tendenz nach unten.

Ähnliches gilt auch für andere Bereiche, die die Landesregierung durchaus zutreffenderweise für sehr bedeutsam erklärt. In ihrer Regierungserklärung sagte Frau Spoorendonk:

> „Wir wollen ... mehr grenzüberschreitende Mobilität in Beruf und Alltag ...“

Und im Rahmenplan der Landesregierung heißt es dann noch präziser, **Grenzpendler** seien „ein wesentlicher Indikator funktionierender grenzüberschreitender Arbeitsmärkte“.

Während die alte Landesregierung Anfang 2011 noch von 13.000 Menschen berichten konnte, die täglich über die Jütlandroute zur Arbeit nach Dänemark fuhren, so nennt der Europabericht 2013/14 der jetzigen Landesregierung etwas mehr als die Hälfte, nämlich 7.300.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das ist der Europabericht 2013/14. Ich gehe davon aus, dass sich das auf das Jahr 2013 bezieht.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Ich glaube, Sie können nicht bestreiten, dass die Entwicklung in den letzten Jahren eindeutig rückläufig war. Dazu hat natürlich die gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Schleswig-Holstein wesentlich beigetragen. Es bleibt aber bei der Tatsache, dass der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt in den zurückliegenden Jahren einem sehr deutlichen Schrumpfungsprozess unterlegen hat.

Tatsache ist auch, dass Frau Ministerin Spoorendonk in ihrer Regierungserklärung einen Punkt komplett ignoriert hat, der nichts Gutes erwarten lässt, was die weitere Entwicklung der grenzüberschreitenden Mobilität betrifft. Sie hat nämlich die Pläne der schwarz-roten Bundesregierung zur Einführung einer **Pkw-Maut** mit keinem Wort erwähnt.

Ich verstehe, warum Frau Damerow diesen Punkt nicht erwähnt hat. Ob Frau Spoorendonk aus Rücksicht auf den Koalitionspartner SPD ihn nicht erwähnt hat, darüber will ich nicht weiter spekulieren. Aber es bleibt dabei: Ein Punkt, der dazu führt, dass wir massive Probleme bei der Mobilität in der Grenzregion für Arbeitnehmer, aber überhaupt auch ganz allgemein, haben werden - ich zitiere noch einmal Frau Spoorendonk: „Wir wollen mehr grenzüberschreitende Mobilität in Beruf und Alltag!“ -, wäre die Einführung einer Pkw-Maut. Das liegt doch auf der Hand. Dass die Landesregierung dazu schweigt in einer Erklärung, die die deutsch-dänische Zusammenarbeit und den Beitrag Schleswig-Holsteins betrifft, finde ich schon bemerkenswert.

(Beifall FDP - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir doch schon tausendmal besprochen! - Weitere Zurufe SPD)

Meine Damen und Herren, nach dieser Kritik möchte ich gern hinzufügen - damit Sie sich vielleicht zwischendurch ein bisschen beruhigen -, dass manche Vorhaben, die die Landesregierung angekündigt hat, unsere Unterstützung finden. Das gilt auch dann, wenn festzustellen bleibt, dass all dies zusammengenommen nicht die Bewertung verdient, die derzeitige Landesregierung leiste so etwas wie einen Quantensprung bei der Stärkung der Beziehungen unseres Landes zum Nachbarn Dänemark.

Positiv ist auf jeden Fall unter anderem die angestrebte Unterstützung der **Flensburger IHK-Initiative**, Auszubildenden aus Dänemark Ausbildungsplätze gleich hinter der Grenze anzubieten. Bei uns gibt es bekanntlich einen hohen Fachkräftebedarf, in Dänemark ist die Arbeitslosenquote bei den 15- bis 24-Jährigen ungefähr doppelt so hoch wie bei

(Dr. Ekkehard Klug)

uns. Das Projekt dürfte also im beiderseitigem Interesse liegen.

Positiv ist auch die Absicht, die Zusammenarbeit im **Hochschulbereich** zu intensivieren. Frau Spoorendonk hat allerdings darauf hingewiesen, dass neue Vorgaben der Kopenhagener Regierung unter Umständen sogar die bereits vorhandenen deutsch-dänischen Studiengänge beeinträchtigen könnten. Vor ein paar Tagen konnte man außerdem im „Nordschleswiger“ nachlesen, dass der Rektor der Süddänischen Universität die Streichung von 91 Studienplätzen am Campus Sonderburg bestätigt habe. Gleichwohl: Wir unterstützen die Landesregierung, wenn sie plant, die deutsch-dänische Kooperation im Hochschulbereich weiterzuentwickeln, und wir wünschen ihr dabei auch viel Erfolg.

Dieser Bereich der in der Vergangenheit vollzogenen und jetzt weiter stattfindenden Entwicklungen ließe sich im Übrigen auch noch besser einschätzen, wenn es Informationen darüber gäbe, wie sich die Zahlen und das Volumen der durchgeführten und geförderten Projekte im Laufe der letzten zehn, 15 Jahre verändert haben. Jede Landesregierung - das kann man auch verallgemeinern - nennt in den von ihr vorgelegten Berichten und sonstigen Papieren üblicherweise diese oder jene aktuellen Beispiele. Auf dieser Grundlage lässt sich aber überhaupt nicht einschätzen, wie sich die Hochschulkooperation in einer mittleren Zeitperspektive in quantitativer und qualitativer Hinsicht entwickelt hat. Es bedarf vielleicht bei der Analyse der Entwicklung der nachbarschaftlichen Beziehungen noch einer Untersuchung mit etwas mehr Tiefgang. Das wäre hilfreicher als immer bloß die Nennung einzelner herausragender und sicherlich lobenswerter Beispiele. Wie gesagt, das ist nicht nur eine Kritik an diesem Bericht, das kann man genauso auch auf frühere Berichte dieser Art beziehen.

Meine Damen und Herren, der Gesundheitsbereich zählt zu den Sektoren, in denen die deutsch-dänische Zusammenarbeit im Grenzraum ebenfalls nicht gerade durch das olympische Motto „schneller, höher, stärker“ gekennzeichnet werden kann. Frau Spoorendonk hat sich - das finde ich gut - dafür ausgesprochen, dass der **grenzüberschreitende Einsatz** des in Niebüll stationierten **Rettungshubschraubers** beibehalten bleiben möge. Die Ministerin vergaß dabei darauf hinzuweisen, dass dieses grenzüberschreitende Projekt auf einer Kürzungsliste der Region Süddänemark stand und dass sein Fortbestand derzeit nur bis zum Jahresende 2015 gesichert ist. Da gibt es also eine Baustelle.

Dass Flensburger Krankenhäuser künftig nicht mehr im bisherigen Maße Patienten von der anderen Seite der Grenze behandeln werden, ist bereits beschlossene Sache. Natürlich müssen wir solche Entscheidungen, die in Dänemark durchweg auf zentralstaatlicher Ebene getroffen werden, respektieren; es ist jedoch bedauerlich, wenn bewährte grenzüberschreitende Kooperationen dadurch beschnitten werden oder sogar möglicherweise komplett wegfallen.

Es wird sich erst noch zeigen, ob die Ankündigung der Kopenhagener Regierung, die deutsch-dänische Zusammenarbeit auch in der Grenzregion zur Chefsache machen zu wollen, solche negativen Entwicklungen aufhalten kann. Nachdem vor Jahren auf dänischer Seite die Ämter als Kooperationspartner verschwunden sind, wird nun - wie Frau Spoorendonk zu Recht in der Regierungserklärung angemerkt hat - in unserem nördlichen Nachbarland auch über die **Auflösung der Regionen** diskutiert. Ich teile die Einschätzung der Ministerin, dass dadurch das „Wegbrechen einer tragenden Säule der schleswig-holsteinisch-dänischen Zusammenarbeit“ drohen würde. Auch das ist ein Punkt, bei dem es darauf ankommt, dass wir zumindest versuchen - und das unterstütze ich, Frau Spoorendonk - darüber mit den Gesprächspartnern nördlich der Grenze zu reden.

Eine weitere tragende Säule dieser Zusammenarbeit, die mit Sicherheit in Zukunft auch eine herausragende Bedeutung haben wird, sind die **nationalen Minderheiten** auf beiden Seiten der Grenze. Weit über die Minderheitenpolitik hinaus sind sie seit Langem zu wichtigen Akteuren und Ideengebern bei der Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Kooperation geworden. Das wird auch dann so bleiben, wenn mit der Realisierung der festen Fehmarnbelt-Querung für unser Land ganz neue Perspektiven in der Zusammenarbeit mit unserem Nachbarn Dänemark und darüber hinaus mit Skandinavien entstehen.

Wir freien Demokraten begrüßen es, dass die Landesregierung ebenso wie die Vorgängerregierung das Projekt feste **Fehmarnbelt-Querung** zu den für unser Land wesentlichen Verkehrsprojekten zählt.

(Beifall Christopher Vogt [FDP])

Und wenn es darum geht, gegenüber dem Bund eine tatkräftige Unterstützung für die mit diesem Vorhaben verbundenen Infrastrukturinvestitionen einzufordern, dann hat die Landesregierung die

(Dr. Ekkehard Klug)

nachdrückliche Zustimmung und Unterstützung der FDP.

Es ist nur leider so, dass eine solche **Unterstützung aus den Reihen der Regierungsparteien** eher Mangelware ist. Die „Lübecker Nachrichten“ haben darüber erst kürzlich, am 18. Januar 2015, unter der Überschrift „SPD-Politiker stellen Tunnelbau infrage“ berichtet. Wenn sich mehrere Abgeordnete der Sozialdemokraten im Bundestag eher als Zweifler und Bremser profilieren, im Übrigen auch schleswig-holsteinische Parlamentarier wie Frau Hagedorn, dann ist das ebenso bemerkenswert wie entsprechende Querschüsse vonseiten grüner Landtags- oder Bundestagsabgeordneter. Natürlich ist beim Thema feste Fehmarnbelt-Querung in erster Linie die Bundesregierung gefordert, und da in erster Linie - Herr Stegner, das haben Sie neulich gesagt - der Bundesverkehrsminister.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber man kann doch nicht so tun, als sei das rotgrüne Störfeuer in den Parlamenten auf Bundes- und Landesebene völlig bedeutungslos.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, wenn die Führungsriege der rot-grün-blauen Koalition dieses Störfeuer aus den eigenen Reihen mit Schweigen übergeht, dann nährt sie in der Tat Zweifel an der eigenen Entschlossenheit, dieses für den Nachbarn Dänemark vorrangige, große Infrastrukturvorhaben zum Erfolg zu führen.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Ich stelle fest: Heute hat sich niemand aus der Führungsriege der Regierungskoalition zu dem Störfeuer aus den eigenen Reihen gegen die feste Fehmarnbelt-Querung geäußert,

(Beifall FDP und Peter Lehnert [CDU])

bisher jedenfalls nicht. Herr Stegner, vielleicht ergreifen Sie nachher dazu noch das Wort.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der PIRATEN hat das Wort der Abgeordnete Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, in diesem Haus besteht Einigkeit darüber, dass die Zukunft Schleswig-Holsteins in Europa liegt. Der europäische Gedanke ist heute wichtiger denn je. Das ist unstrittig und leitet unser tägliches politisches Handeln. Das war und bleibt so. Insofern bringt der **Rahmenplan** der Landesregierung, der uns erst gestern zur Verfügung gestellt wurde, nichts Neues.

Die Kollegin Damerow umschrieb die von Ihnen 2012 abgegebene Regierungserklärung mit den Worten „alter Wein in neuen Schläuchen“. Und was tun Sie? - Sie machen sich mittlerweile nicht einmal mehr die Mühe, den alten Wein in die besagten neuen Schläuche zu füllen.

(Beifall PIRATEN)

Heute hatten Sie den Versuch einer Regierungserklärung. Dabei versuchen Sie offensichtlich, es uns möglichst einfach zu machen, und sagen direkt, was in Ihrem Rahmenplan neu ist. Nur leider ist **das Neue** darin bereits Jahre alt. Aber Retro ist ja wieder modern, und ich freue mich für Sie, dass Sie mit der Mode gehen wollen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN - Christopher Vogt [FDP]: Ne, Vintage! Vintage nennt sich das!)

Streckenweise hatte ich den Eindruck, Sie haben einfach einmal geschaut, was auf der Website Ihres Ministeriums steht oder was ihr Vorgänger gemacht hat; das wollten Sie einfach gern einmal vorlesen.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Das Programm INTERREG V läuft seit 2014, und wir hatten schon 2013 darüber gesprochen. Das ist ebenfalls nichts Neues. Ihr Versprechen, endlich etwas zu tun und nicht nur Wünsche zu äußern, haben wir auch schon des Öfteren gehört. Gemeinsam konkrete Vorhaben und Kooperationen anschieben - ich habe, ehrlich gesagt, schon lange aufgehört, zu zählen, wie oft derartige Ankündigungen von der Regierung getätigt wurden.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Abseits dieser Aussagen scheinen Sie Ihre Politik eh mit heißer Nadel zu stricken. In der Kleinen Anfrage der Kollegin Damerow von der CDU vom 7. Januar dieses Jahres wurde zu genau diesem Thema gefragt, und Sie wussten damals anscheinend noch nicht von dem Rahmenplan, den Sie gestern vorgestellt haben.

(Angelika Beer [PIRATEN]: Das ist gerade zwei Wochen her!)

(Torge Schmidt)

- Es ist gerade zwei Wochen her, dass diese Kleine Anfrage gestellt wurde. - Wir können daraus entweder schließen, dass Sie das Ganze jetzt mit heißer Nadel gestrickt haben, oder wir müssen uns die Frage stellen, wie Sie mit den Informationsrechten dieses Parlamentes umgehen.

(Beifall PIRATEN)

Übrig bleibt bei mir die Erkenntnis: Schleswig-Holstein und Dänemark kommen gut miteinander aus, die machen da etwas zusammen und sind ansonsten im Großen und Ganzen auch toll. Aber schaut man einmal genauer hin, erkennt man: Es ist doch nicht so. Das Regionskontor in Sønderjylland hat Ihnen unter anderem sehr konkrete Empfehlungen gemacht, welche im Gegensatz zu Ihrem Rahmenplan wirkliche Verbesserungen bringen würden. Diese Empfehlungen warten auf eine politische Umsetzung. Das wäre sinnvolle Politik.

Ihre Rede zeigt, dass Sie vielleicht schon daran interessiert, aber noch nicht so weit gekommen sind. Insbesondere vor dem Hintergrund des 60. Jubiläums der Bonn/Kopenhagener Erklärungen in diesem Jahr und der Tatsache, dass Sie eine Vertreterin des SSW sind, habe ich, ehrlich gesagt, mehr von dieser Regierungserklärung erwartet.

Die **Fehmarnbelt-Querung** wurde hier angesprochen. Ich möchte an dieser Stelle sagen: Ich glaube, dass Minister Habeck in Kopenhagen durchaus richtige Worte gefunden hat. Ich finde es auch gut, dass man, wenn man in Dänemark vor Ort ist, nicht alles schönredet, sondern klar seine Meinung äußert. Ich unterstütze ihn da ausdrücklich.

(Beifall PIRATEN und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dennoch möchte ich einen Punkt ansprechen, der vielleicht uns alle beschäftigt und über den wir im Laufe dieser Plenartagung noch sprechen werden: die **Hinterlandanbindung** der Fehmarnbelt-Querung hier in Schleswig-Holstein. Wenn wir es nicht schaffen, diese vernünftig umzusetzen, sehe ich voraus, dass das sehr großen Streit und Zorn provozieren wird, was für die deutsch-dänische Zusammenarbeit nicht gerade förderlich wäre,

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

und das unabhängig davon, wie man zum Projekt der Fehmarnbelt-Querung steht.

Sie sagten heute in der Regierungserklärung sinngemäß: Neu sei es, dass eine Landesregierung nicht nur Wünsche habe, sondern auch an deren Umsetzung arbeite. - Aber in Ihrem Rahmenplan sind bisher auch nur Wünsche beschrieben. Es wäre toll, wenn Sie das nächste Mal etwas über die Umsetzung Ihrer Evaluation erzählen könnten.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie jetzt nicht damit langweilen, ebenfalls die wirklich vielen Projekte, die es in der deutsch-dänischen Region gibt, aufzuzählen. Ich glaube, meine Vorredner haben all diese Projekte aufgezählt. Ich glaube, alles was dort läuft, ist richtig und wichtig. Man kann so schön fragen: Wer hat denn etwas gegen die deutsch-dänische Zusammenarbeit? Ich glaube, wir alle hier im Haus sind in der Ansicht verbunden, dass diese Zusammenarbeit sinnvoll und notwendig ist.

Wie gesagt, Frau Ministerin: Ihr Bericht, Ihr Rahmenplan, ist nichts Neues; es steht aber auch nicht viel Falsches darin. Insofern bin ich gespannt, wie die weiteren Beratungen verlaufen. Ich glaube, dass wir in den nächsten zweieinhalb Jahren Regierungszeit bei der deutsch-dänischen Zusammenarbeit wirklich noch vorankommen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, Volker Dornquast [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Kollegen des SSW erteile ich dem Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich meine eigentliche Rede halte, möchte ich etwas zum Thema Mythenbildung oder Ähnliches sagen. Der Kollege Klug hat gerade eben von der **Pkw-Maut** und davon gesprochen, was ihre Einführung für den grenzüberschreitenden Verkehr bedeuten würde. Nur zu Ihrer Information, lieber Kollege Klug: Gestern hat der Bundesrat auf Antrag von Schleswig-Holstein mit den Stimmen von 14 zu 2 Ländern die Einführung einer Pkw-Maut abgelehnt, unter anderem mit Hinweis auf das deutsch-dänische Grenzland. Ich glaube, das ist wieder typisch für unsere Regierung; es ist ein Zeichen für eine gelebte deutsch-dänische Zusammenarbeit in dieser Frage, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Insofern hat sich jetzt schon der halbe Text der Rede von Herrn Klug erübrigt; aber das ist ja ganz gut.

(Lars Harms)

Jetzt komme ich zu meinem Redetext. - Für uns als SSW ist und bleibt die deutsch-dänische Zusammenarbeit ein wichtiger Bestandteil unserer Politik, und sie hat für uns logischerweise eine hohe Priorität. Was wir zu Beginn der Legislaturperiode vorgefunden haben, war ein politischer Scherbenhaufen, den uns die Vorgängerregierung in Bezug auf die deutsch-dänische Zusammenarbeit hinterlassen hat.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

In der Tat - andere haben es auch schon gesagt -: Die **Kürzung der Mittel** für die **dänische Minderheit** hat seinerzeit für viel politische Unruhe im Verhältnis zu Dänemark gesorgt. Dies wieder glattzubügeln und wieder für ein gutes Miteinander mit Dänemark zu sorgen, war daher eines der wichtigsten politischen Vorhaben dieser Landesregierung. Die Rücknahme der Kürzungen und die Gleichstellung der dänischen Schulen mit den öffentlichen Schulen waren die Voraussetzungen dafür, das Verhältnis zu Dänemark überhaupt wieder ins Lot rücken zu können.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen, dass auch die Kürzungen bei den Friesen oder bei den Sinti und Roma zurückgenommen wurden. Mit dem Bund Deutscher Nordschleswiger - das ist ganz wichtig - wurde ein **Zuwendungsvertrag** vereinbart. Damit wird die institutionelle Förderung von 2013 bis Ende 2016 gewährt. Somit wird der deutschen Minderheit für vier Jahre Planungssicherheit gegeben. Das ist in der Geschichte der deutschen Minderheit in Bezug auf die deutschen Zuschüsse zum ersten Mal so. Ich glaube, auch das ist ein Element der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Die Landesregierung hat wieder ein neues Vertrauen zu den Minderheiten und Verlässlichkeit aufgebaut. Dies gehört dazu, wenn wir über die deutsch-dänische Zusammenarbeit sprechen, denn Minderheitenpolitik ist auch gelebte Zusammenarbeit über beide Seiten der Grenze hinweg.

Der Austausch der Landesregierung mit der dänischen Regierung sowie der Region Syddanmark haben das Verhältnis zu Dänemark wiederhergestellt, und es ist inzwischen so gut wie seit Langem nicht mehr.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten Damerow?

Lars Harms [SSW]:

Sehr gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Damerow, bitte.

Astrid Damerow [CDU]: Danke. - Herr Kollege Harms, stimmen Sie mir zu, dass die Vereinbarung mit der deutschen Minderheit in Dänemark in der letzten Legislaturperiode erarbeitet worden ist, und zwar unter Einbeziehung des Gremiums der Nordschleswiger?

Lars Harms [SSW]:

Frau Kollegin Damerow, wenn Sie etwas getan haben, dann ist das schön. Wir haben es umgesetzt, und wir haben es schnell umgesetzt. Wir haben schnell Gespräche mit der deutschen Minderheit geführt. Es waren vertrauensvolle Gespräche. Im Übrigen ist die Zuschusssituation der deutschen Minderheit drolligerweise nach Übernahme der Regierung durch Rot-Grün-Blau hier in Schleswig-Holstein besser als je zuvor.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Das sind die Fakten. Mit diesen Fakten können wir es uns - so finde ich - zuschreiben, dass die Basis der deutsch-dänischen Zusammenarbeit, gerade was die Minderheitenpolitik angeht, bei uns in guten Händen gelandet ist. Vorher war sie nicht gut.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung der Frau Kollegin Damerow?

Lars Harms [SSW]:

Sehr gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön.

Astrid Damerow [CDU]: Herr Kollege Harms, ich möchte doch festhalten, dass die kompletten Vorarbeiten zu dieser Vereinbarung mit dem Bund der Nordschleswiger in der letzten Legislaturperiode im Gremium der Nordschleswiger geleistet worden sind.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Das wissen Sie auch ganz genau. Allein die Unterzeichnung der Vereinbarung fiel in die neue Legislaturperiode. Ich möchte darauf hinweisen, dass Sie sich hier nicht mit falschen Federn schmücken sollten.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Lars Harms [SSW]:

Liebe Kollegin, auch darauf gebe ich eine Antwort: Ich habe es nicht infrage gestellt, dass in der letzten Legislaturperiode daran gearbeitet wurde. Ich habe nur gesagt, dass wir dies schnell umgesetzt haben. Im Übrigen habe ich darauf hingewiesen, dass wir als rot-grün-blaue Koalition auch alle anderen Probleme, die es hier im Grenzland im Zusammenhang mit den Minderheiten gegeben hat, gelöst haben. Dies war die Basis dafür, mit Dänemark überhaupt wieder ein vernünftiges Verhältnis hinzubekommen. Das Verhältnis war unter Ihrer Regierung das schlechteste Verhältnis, das es jemals gegeben hat.

(Beifall SSW und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Quatsch!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Birte Pauls?

Lars Harms [SSW]:

Ja, selbstverständlich gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Pauls, bitte.

Birte Pauls [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege Harms, teilen Sie meine Auffassung, dass Minderheitenpolitik immer fraktionsübergreifend gedacht und gemacht werden muss?

Lars Harms [SSW]:

Zumindest bei uns in der rot-grün-blauen Koalition ist das fraktionsübergreifend der Fall. Ob dies mit anderen Fraktionen immer hinzukriegen ist? - Ich sage einmal, die Erfahrungen vor der rot-grün-blauen Koalition waren etwas anders.

(Beifall Birgit Herdejürgen [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Sie gestatten eine weitere Bemerkung der Frau Abgeordneten Pauls.

Birte Pauls [SPD]: Geben Sie mir recht, dass wir generell immer darum geworben haben, dass Minderheitenpolitik eine fraktionsübergreifende Sache ist und dass es letzten Endes ein Stück weit egal ist, wer wann was gemacht hat, dass die Hauptsache war, dass wir einig waren?

Lars Harms [SSW]:

Frau Kollegin, Sie haben selbstverständlich recht. Es ist auch immer das Bestreben der Minderheiten selbst, einen Konsens in allen gesellschaftlichen Fragen beziehungsweise mit allen gesellschaftlichen Gruppen hinzubekommen, das ist klar. Nur leider muss ich sagen, dass dies nicht immer geklappt hat. Deshalb ist es gut, dass wir die Regierung bilden und dass der SSW dabei ist.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD - Christopher Vogt [FDP]: Spärlicher Applaus von der Koalition!)

Da wir jetzt festgestellt haben, dass das Verhältnis zu Dänemark tatsächlich noch nie so gut war wie jetzt, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass dies natürlich nicht nur an den Fraktionen liegt, sondern dass dies unter anderem auch auf die **Besuche** von **Ministerpräsident Albig** und von **Europaministerin Spoorendonk** in Dänemark und Kopenhagen zurückzuführen ist. Ich weiß, dass dies gerade für unsere Ministerin Anke Spoorendonk eine Herzensangelegenheit ist. Ihrem unermüdlichen Einsatz und dem verstärkten Austausch mit allen Ressortministern in Kopenhagen ist es zu verdanken, dass das Verhältnis zu Dänemark nachhaltig gestärkt wurde. Daran hat unsere Anke wirklich einen riesigen Anteil.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Dadurch ist es in den letzten zweieinhalb Jahren gelungen, so manche Hürde abzubauen und im Gegenzug wieder eine Perspektive für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu entwickeln. Die Zusammenarbeit mit Dänemark wurde und wird weiter intensiviert, und die Kooperation wird weiter ausgebaut. Dies ist eine Aufgabe, die wir auch in den nächsten Jahren fortsetzen werden.

Auch auf **regionaler Ebene** wurde bereits vieles in Gang gesetzt. Hier ist die Zusammenarbeit mit der Region Syddanmark zu nennen. Es wurde für 2013/14 ein gemeinsamer Jahresplan mit konkreten Schwerpunkten der Zusammenarbeit zwischen der Region Syddanmark und Schleswig-Holstein erstellt. Wir haben die Bewerbung Sønderborgs als

(Lars Harms)

europäische Kulturhauptstadt unterstützt. Und auch das darf man nicht vergessen: Wir haben den 150. Jahrestag der Schlacht von Düppel gemeinsam begangen. Auch das ist eine Entwicklung im deutsch-dänischen Grenzland, die vor 20 oder 25 Jahren noch nicht möglich gewesen wäre, nämlich dass zum Beispiel ein schleswig-holsteinischer Ministerpräsident zu diesem Anlass spricht.

Darüber hinaus wurden die Grundlagen für eine intensivere Zusammenarbeit im Zusammenhang mit dem **Fehmarnbelt** geschaffen. Das soll heißen, es gibt mit der Unterstützung des neuen grenzüberschreitenden Tourismusnetzwerkes, das übrigens auch unter unserer Ägide geschaffen wurde, eine intensivere Kooperation im Bereich Tourismus. Drolligerweise ist das etwas, was es vorher nicht gegeben hat. Wichtige Impulse für die weitere Entwicklung der Fehmarnbelt-Region gab es im Oktober des letzten Jahres im Rahmen der Fehmarnbelt Days in Kopenhagen.

Es gibt in der Zusammenarbeit aber auch wirklich praktische Erfolge. Deshalb sei noch einmal erwähnt, dass es Ministerin Spoorendonk durch ihren Einsatz gelungen ist, die Sparpläne abzuwenden und somit den **Rettungshubschrauber** in Niebüll zu erhalten. So kann er weiterhin beiderseits der Grenze eingesetzt werden. Die Bürgerinnen und Bürger in der nördlichen Grenzregion werden sich also auch künftig darauf verlassen können, dass im Notfall schnelle und professionelle Hilfe aus Niebüll zur Verfügung steht. Sie sehen, die Zusammenarbeit mit Dänemark läuft auf allen Ebenen erfolgreich.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umso unverständlicher ist die **Entscheidung** des Ausschusses für Entwicklung des **Kreises Schleswig-Flensburg**, bei der Region Sønderjylland-Schleswig an der Kürzung von einer vergleichsweise kleinen Summe, 22.000 €, festzuhalten. Diese Entscheidung konterkariert nicht nur die Zusammenarbeit, sie bringt vielmehr die deutsch-dänische Zusammenarbeit in der Region in Gefahr. Laut Kooperationsvertrag mit der Region Sønderjylland-Schleswig bezahlen alle Partner den gleichen Anteil. Wenn hier nun ein Partner ausschert und seine Zahlungen kürzt, ist das ein Affront gegenüber den anderen. Dabei ärgert es mich auch, dass es seitens des Kreises keine klaren Aussagen darüber gibt, wie man sich in Zukunft die Zusammenarbeit vorstellt. Was dort im Kreis Schleswig-Flensburg entschieden wurde, ist überhaupt nicht nachvollziehbar.

Einzig positiv und hervorzuheben ist, dass der Kreis Nordfriesland und die Stadt Flensburg diesem Beispiel nicht gefolgt sind und an ihrem Anteil festhalten. Dort hat man das politische Verständnis und das Gespür, wie wichtig die Zusammenarbeit in der Region ist. Das ist in Schleswig-Flensburg derzeit leider abhanden gekommen. Wenn dieses Beispiel die Runde machen würde, müsste das Regionskontor circa 20 % seines Budgets einsparen. Das würde natürlich zur Reduzierung von Aufgaben und zur Kündigung von Personal führen. Damit wäre die gute Arbeit des Regionsbüros zum Beispiel bei der Pendlerberatung und bei der deutsch-dänischen Kulturzusammenarbeit oder bei der Umsetzung des deutsch-dänischen INTERREG-Programms in Gefahr.

Es würde mich daher schon interessieren, wie man sich im Kreis Schleswig-Flensburg die Zusammenarbeit mit Dänemark vorstellt und wie die Aufgaben gelöst werden sollen. Doch hierzu gibt es leider keine Aussagen von den politischen Akteuren, die dies zu verantworten haben. Der SSW wird daher weiter dafür werben und sich politisch dafür einsetzen, diesen Beschluss des Kreises Schleswig-Flensburg rückgängig zu machen.

Mit dem neuen großen **INTERREG-V-A-Programm** werden uns künftig knapp 90 Millionen € für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Verfügung stehen. Dies ist rund ein Drittel mehr an EU-Mitteln als in der vergangenen Förderperiode. Auch hier hat Europaministerin Spoorendonk sehr gute Arbeit geleistet. Die Zusammenlegung zu einem großen INTERREG-Programm zeugt von pragmatischer Weitsicht. Die Fehmarnbelt-Region und die erweiterte nördliche Grenzregion als ein gemeinsamer Programmraum werden voneinander profitieren. Es braucht keine Doppelstrukturen. Darüber hinaus wird die Fehmarnbelt-Region von den Erfahrungen aus der nördlichen Grenzregion ihren Nutzen ziehen.

Verantwortlich für die Durchführung von INTERREG Deutschland-Danmark sind die elf **deutsch-dänischen Programmpartner**. Es sind vier kreisfreie Städte und fünf Landkreise auf deutscher Seite sowie die Regionen Syddanmark und Sjælland auf dänischer Seite. Das schafft neue und einzigartige Möglichkeiten. Auch private Unternehmen werden nun an Projekten teilnehmen können. Dadurch schaffen wir weiteres Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung in der Region. Auch das ist ein Effekt des Regierungswechsels.

Aber auch die deutsch-dänische Kulturarbeit wird einen neuen Aufschwung erleben.

(Lars Harms)

Wenn wir über INTERREG reden, dann reden wir über Grenzregionen, also über **periphere Regionen**. Derartige Randlagen führen in den meisten Fällen dazu, dass sie aus wirtschaftlicher Sicht nicht immer Vorrang genießen. Die **verkehrliche Infrastruktur** ist daher eine wichtige Grundlage für wirtschaftliches Wachstum. Mit der **Fehmarnbelt-Querung** werden die Metropolregionen København und Hamburg künftig stärker miteinander verbunden. Auch wenn es hier noch Fragen gibt: Die feste Querung kommt, und sie ist vertraglich zwischen Deutschland und Dänemark geregelt. Die Fehmarnregion wird zu einem Brückenkopf beider Metropolregionen. Aus diesem Grund ist es richtig und wichtig, dass auf beiden Seiten der Grenze starke und verlässliche Partner sitzen. Das neue INTERREG-V-A-Programm schafft diese Möglichkeiten. Das können wir alle nur begrüßen.

Trotz Fehmarnbelt-Querung ist eines sicher: Die Hauptachse zwischen Deutschland und Dänemark ist und bleibt die **Jütlandroute**. Auch die Fehmarnbelt-Querung wird ihr den Rang nicht ablaufen können; denn der weit größte Teil der produzierenden Wirtschaft Dänemarks liegt westlich des Großen Belts. Daher wird der Güterverkehr - im Übrigen auch der norwegische - die Jütlandroute weiter nutzen.

Die **A 7** mit der festen Querung über den Nord-Ostsee-Kanal ist nicht nur die Nord-Süd-Verbindung Schleswig-Holsteins, sie ist auch die Verbindung Skandinaviens mit dem restlichen Europa. Damit zählt sie auch zu den wichtigsten europäischen Verkehrsverbindungen, und sie ist für die Wirtschaft diesseits und jenseits der Grenze von existenzieller Bedeutung. Aber die A 7 muss entlastet werden. Dafür brauchen wir entsprechende Voraussetzungen, unter anderem auch an der Westküste.

In Süddänemark gibt es bereits Pläne für eine **Westküstenautobahn** auf dänischer Seite. Die wird allerdings von der dortigen Regierung derzeit nicht mitgetragen, weil es keine konkreten Planungen für eine Fortführung südlich der deutsch-dänischen Grenze gibt.

Wir müssen den grenzüberschreitenden Schulterschluss üben. Erst wenn das nördliche Grenzland hinter dem Bau einer solchen Strecke steht, werden auch Kopenhagen und Berlin mitspielen. Deshalb ist es wichtig, dass beide Partner zusammenarbeiten, sowohl was den Ausbau der A 7 angeht als auch was die Möglichkeiten bei der B 5 an der Westküste angeht. Darüber muss man miteinander sprechen, um daraus vielleicht auch ein gemeinsames europäisches Projekt zu entwickeln. Denn ein solches grenzüberschreitendes Projekt eröffnet uns auf EU-Ebene dann auch neue finanzielle Möglichkeiten.

Damit wären wir dann auch schon bei der **A 20** mit der **westlichen Elbquerung**, weil diese ja eng damit verknüpft ist. Aus wirtschaftlicher Sicht ist dieses Projekt gerade für die Westküste - nördlich und südlich der Grenze - von großer Bedeutung. Daher ist dieses Verkehrsprojekt auch ein Schlüsselprojekt für Schleswig-Holstein und Dänemark.

Die verkehrliche Infrastruktur ist ein wichtiger Teil des wirtschaftlichen Wachstums, das ist klar. Zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gehört aber mehr. Um nationale Regionen miteinander zu verknüpfen und um sie zu verzahnen, brauchen wir das Wissen voneinander und übereinander. Hier kommen wieder die **Minderheiten** ins Spiel. Ihr Vorteil ist, dass sie beide Seiten kennen und wissen, wie die anderen ticken, was sie denken oder wie sie fühlen. Daher wundert es auch nicht, dass den Minderheiten eine Art Primus-Motor-Rolle in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zukommt und dass Nektar aus ihrem Wissen gesogen wird.

Auch aus diesem Grund hat die **kulturelle Zusammenarbeit** einen weitaus höheren Stellenwert als manche sich dies vorstellen. Daher ist es richtig, die grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit sichtbarer zu machen und zu verstetigen. Das ist eine Aufgabe, die wir als Land haben. Deshalb müssen wir auch die kulturelle Infrastruktur in der Region stützen, gerade auch bei uns in der nördlichen Region. Das geschieht unter anderem auch durch die Kulturstützpunkte, die wir dort jetzt neu schaffen werden. Ich glaube, das ist ein richtiger Weg.

Es ist aber auch richtig und wichtig, dass die Region Sønderjylland und Schleswig gerade jetzt auch Prioritäten setzt und endlich, wenn auch nur einen kleinen Haushaltsteil, der nur für grenzüberschreitende kulturelle Projekte angedacht ist, zur Verfügung gestellt hat, damit man überhaupt erst einmal beginnen kann. Ich glaube, in den Bereich müssen wir noch mehr Arbeit hineinstecken, damit das kulturelle Verständnis auf beiden Seiten der Grenzen noch größer wird.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die gelebte grenzüberschreitende Zusammenarbeit zeigt sich jeden Tag, wenn man die **Pendlerströme** sieht, die über die Grenze fahren, um auf der anderen Seite zu arbeiten. Die neuesten Zahlen belegen, dass es sich in der nördlichen Grenzregion um etwa

(Lars Harms)

10.000 Pendler handelt. Hiervon sind rund 8.700 deutsche Pendler und etwa 1.300 dänische Pendler.

Diese Zahlen wurden im Übrigen auch durch das **Regionskontor** der Region Sønderjylland-Schleswig ermittelt. Das Regionskontor leistet in allen Bereichen des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes eine hervorragende Arbeit. Das Kontor ist Anlaufstelle für Grenzpendler, die beispielsweise steuerrechtliche oder arbeitsrechtliche Fragen haben. Und es zeigt sich, dass das Regionskontor immer noch eine wichtige Rolle in Bezug auf den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt in der nördlichen Grenzregion hat.

Wir wissen, dass es auf dänischer Seite eine Initiative für eine verstärkte dänisch-deutsche Zusammenarbeit gibt. Die Landesregierung wurde in den Prozess eingebunden, sie wurde darüber informiert und um informelle Stellungnahmen zu den verschiedenen Themenbereichen gebeten. Das macht deutlich, dass die Zusammenarbeit mittlerweile auf einem vertrauensvollen Niveau angekommen ist. Am 16. Februar 2015 wird in Sønderborg hierzu eine Auftaktveranstaltung stattfinden, in der es darum geht, die verschiedenen Aspekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu konkretisieren.

Sicher, das ist erst ein Anfang. Aber es ist zum ersten Mal so, dass eine dänische Regierung auch auf uns zugeht, unsere Landesregierung als Partner ansieht und gemeinsame Projekte entwickeln will, für die wir dann natürlich auch auf europäischer Ebene werben müssen. Fakt ist jedoch, dass man zum ersten Mal auf den Gedanken kommt, über den wir hier schon oft geredet haben, nämlich eine **Region als Einheit** anzusehen. Man sieht nun auch in den Hauptstädten, gerade in Kopenhagen, diese Notwendigkeit. Ich glaube, das ist ein riesiger Schritt in der deutsch-dänischen Zusammenarbeit und hat auch etwas mit der Offenheit unserer Landesregierung zu diesem Thema zu tun.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen, meine Damen und Herren, zu guter Letzt: Wir müssen davon wegkommen, die Grenze als herkömmliche Trennlinie zu sehen. Erst durch die Grenze werden diese Regionen zu Randzonen degradiert oder dazu gemacht. Nun aber bietet sich die Chance, die Grenzregion als Brückenkopf zwischen Skandinavien und dem restlichen Europa aufzuwerten. Insoweit leistet unsere Regierung eine wichtige und erfolgreiche Arbeit, die auch eng mit dem Namen Spoorendonk verbunden ist. Für diese tolle Arbeit - nun habe ich dieses Wort endlich auch einmal benutzt - sagen wir alle mange tak, kære Anke.

(Lebhafter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Bevor sie gleich schon wieder die Tribüne verlassen, will ich noch schnell die Gelegenheit nutzen, weitere Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Schafflund hier im Kieler Landeshaus zu begrüßen. - Herzlich willkommen hier im Plenarsaal!

(Beifall)

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ralf Stegner von der SPD-Fraktion.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Liebe Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Parlamentarismus bedeutet ja auch, dass man reagiert, wenn so gewichtige und erfahrene Parlamentarier wie Herr Dr. Klug hier das Wort ergriffen haben. Deswegen will ich gern zu seinen beiden Bemerkungen etwas sagen.

Sie haben hier gesagt, dass mit dieser Regierung doch eigentlich gar nicht viel besser geworden sei; die Fakten seien ganz anders. Merkwürdigerweise sind die Fakten, die Sie genannt haben, solche, die entweder gar nicht so viel mit der Politik zu tun haben oder aber, wenn sie etwas mit der Politik zu tun haben, ganz anders gedeutet werden müssen. Wenn wir nämlich eine Rekordzahl von **sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten** bei uns haben und wir uns allmählich vom Niedriglohnland Schleswig-Holstein verabschieden - gegenüber Dänemark -, weil wir für Mindestlöhne eintreten, dann hat das etwas mit der Politik zu tun, die Sie bekämpft haben. Insofern sollten Sie das nicht kritisieren.

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Unsinn!)

Was den anderen Teil angeht, nämlich den Teil, den die Regierung wirklich unmittelbar beeinflussen kann, nämlich die **Minderheitenpolitik**, haben wir bei unseren Besuchen in Kopenhagen in der letzten Legislaturperiode immer wieder gehört, und zwar auch von Ihren konservativen und liberalen Parteikollegen, dass sie gar nicht verstehen könnten, warum man hier einen so großen Scherbenhaufen angerichtet habe, den wir nun beseitigt hätten.

(Dr. Ralf Stegner)

Das ist die Wahrheit. Der Kollege Harms hatte ja auch schon darauf hingewiesen.

Also, lieber Herr Klug, Schein und Sein sind genau andersherum, als Sie es hier dargestellt haben. Die Beziehungen waren richtig schlecht unter der schwarz-gelben Regierung, und wir haben das wieder in Ordnung gebracht. Und das ist die Chance für parteiübergreifende Übereinstimmung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Den nächsten Punkt, den Sie angesprochen haben, finde ich besonders bemerkenswert. Wir werden ja morgen hier eine Debatte über die **Fehmarnbelt-Querung** führen, in der ich mich noch zur Sache äußern werde. Aber dass ausgerechnet ein Liberaler sagt, dass es Störfeuer sei, wenn Abgeordnete aus der Region eine andere Auffassung verträten als die Mehrheit der Partei, man dürfe das nicht akzeptieren - und das mir gegenüber, dem Sie immer Machtpolitik vorhalten -, das finde ich schon etwas lächerlich, wenn so etwas ein Liberaler sagt. Das muss ich ehrlich sagen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich respektiere ausdrücklich, dass es Menschen in meiner **Partei** gibt, die in bestimmten Fragen in der Region **unterschiedliche Auffassungen** haben. Dies halten wir als Sozialdemokraten gut aus. Früher haben Liberale so etwas auch ausgehalten und haben sich hier sogar damit gebrüstet, dass sie bei Atomenergie und anderen Fragen durchaus auch schon einmal eine andere Auffassung hätten als andere in ihrer Partei.

Also lieber Kollege Klug, nicht wie es gerade passt, sondern ein bisschen konsequenter. Dann werden auch die Reden besser und nicht nur die deutsch-dänischen Beziehungen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich erkläre den Tagesordnungspunkt Regierungserklärung für beendet.

Frau Kollegin Damerow, Sie hatten angemeldet, dass Sie den den Fraktionen zugeleiteten Rahmenplan gern in den Ausschüssen diskutieren und deshalb überweisen lassen möchten. Das geht formal nicht, weil er dem Landtag noch nicht als Umdruck zugeleitet wurde, sondern lediglich den Fraktionen. In der Sache ist das aber überhaupt kein Problem. Denn Sie wissen ja, dass jeder Ausschuss diesen Rahmenplan im Rahmen der Selbstbefassung diskutieren kann. Ich denke, nach dem Verlauf dieser Debatte wird es allen Fraktionen ein wichtiges Anliegen sein, dies zu tun. Ich bitte Sie, in den Ausschüssen dann entsprechende Anträge zu stellen. - Okay, alles klar? Jo tak.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Kein Ausbluten der Hochschulmedizin

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2619

Keine Kürzung der Hochschulmedizin

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2653

Wird das Wort zu Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Christopher Vogt von der FDP-Fraktion das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte gleich mit der Tür ins Hohe Haus fallen: Die Koalition hat zu Beginn des Jahres 2015 nahtlos an das Chaosjahr 2014 angeknüpft.

(Beifall FDP und CDU)

- Der Applaus passt nicht ganz zu dem, was ich gerade sagen wollte. - Über diese Tatsache könnten wir als Opposition uns eigentlich freuen. Aber erstens sind wir natürlich nicht schadenfroh,

(Zurufe SPD: Oh!)

und zweitens waren die Anlässe für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wahrlich kein Grund zur Freude.

Ich möchte mich an dieser Stelle gar nicht groß darüber auslassen, wie intensiv oder nicht intensiv die Vorlagen der Landesregierung im Finanzausschuss im Allgemeinen gelesen werden. Aber wir haben uns in der FDP-Fraktion am vergangenen Dienstag den aktuellen **Bericht der Landesregierung an den Stabilitätsrat** genau angeschaut und trauten unseren Augen kaum, als wir darin lesen mussten, dass die Landesregierung den **Zuschuss** an die Universitäten für die Bereiche Forschung und Lehre

(Christopher Vogt)

der **Hochschulmedizin** um 10 Millionen € kürzen möchte. Nach der heftigen Auseinandersetzung im Jahr 2010 über die Zukunft der Medizinerausbildung in Lübeck konnten wir kaum glauben, dass sich die Landesregierung daran nicht mehr erinnert und den erneuten Widerstand, insbesondere der Lübecker, herausfordern will.

Die FDP-Fraktion hat noch am Dienstag mit dem vorliegenden Antrag auf die Pläne der Landesregierung reagiert und darauf gesetzt, dass diese Kürzungspläne von der Mehrheit hier im Hohen Hause schnell abgeräumt werden. Das ist ja auch passiert: Der Finanzausschuss hat die Landesregierung am vergangenen Donnerstag einstimmig aufgefordert, diese Pläne zurückzunehmen.

Wir freuen uns sehr darüber, dass das nun vom Tisch ist. Aber es bleibt wieder einmal ein bitterer Nachgeschmack. Fast noch mehr als die politische Plan- und Instinktlosigkeit der Landesregierung rufen bei uns die Reaktionen der Koalitionsvertreter auf die Veröffentlichung der Pläne Besorgnis hervor. Die Sozialdemokraten in Person von Herrn Dr. Stegner und von Herrn Habersaat wollten der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit zunächst weismachen, dass das alles noch Pläne der schwarz-gelben Vorgängerregierung wären. Das stimmt definitiv nicht. Ich empfehle jedem, sich die regelmäßigen Berichte der Landesregierung an den Stabilitätsrat einmal anzuschauen.

(Martin Habersaat [SPD]: Ein bisschen stimmt das schon! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Nein, es stimmt auch nicht ein bisschen!)

- Herr Habersaat, jetzt kommt die Stelle für Sie. Hören Sie gut zu! Die genannte Summe ist erstmals im Bericht aus dem September 2013 aufgetaucht. Ich weiß ja nicht, ob die Kollegen Rainer Wiegard oder Jost de Jager noch einen Schlüssel für die Ministerien haben. Aber ich glaube, wir können gemeinsam feststellen, dass das nicht von den schwarz-gelben Ministern kommt, sondern von Ihrer Landesregierung, Herr Habersaat. Insofern war das, denke ich, eine Nebelkerze, die nicht besonders seriös war.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Der Ministerpräsident erklärte beim **Neujahrsempfang der IHK in Lübeck** lapidar, dass niemand die Universität Lübeck gefährden würde und der entsprechende LN-Bericht so auch nicht richtig sei, dass man aber als Konsolidierungsland natürlich auch auf die Effizienz achten müsse. Letzteres bestreitet auch niemand. Aber immerhin hat der Kollege Rasmus Andresen sich noch an den Koalitionsvertrag erinnert und darauf hingewiesen, dass mögliche Effizienzgewinne natürlich den unterfinanzierten Hochschuletats zugutekommen müssten und nicht dem Landeshaushalt, so wie es das Finanzministerium meint.

Meine Damen und Herren, ich verstehe wirklich nicht, wie die Koalition intern arbeitet. Aber ich bin schon der Meinung, dass man erwarten darf, dass sich die grüne Finanzministerin bei solch bedeutenden Entscheidungen zumindest mit dem finanz- und hochschulpolitischen Sprecher ihrer Fraktion abgestimmt hat.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Das alles lässt unangenehm tief blicken.

Aber den Vogel hat wirklich die zuständige **Wissenschaftsministerin** abgeschossen. Am Mittwoch verteidigte sie die Regierungspläne noch und erklärte, dass man mit den Hochschulen ja noch im Gespräch und dass noch nichts entschieden sei und die Opposition wohl ein schlechtes Gedächtnis habe. Man sei ja schließlich Konsolidierungsland. Als hätten gerade wir diese Belehrung von Ihnen nötig, Frau Ministerin!

(Beifall FDP und CDU)

Am Donnerstag begrüßten Sie dann die Entscheidung des Finanzausschusses. Sehr konsequent. Da lagen ja auch ein paar Stunden dazwischen.

Meine Damen und Herren, von der besten Wissenschaftsministerin aller Zeiten sind wir noch ein wenig entfernt. Genauer gesagt: Es sind noch Lichtjahre.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Aber ich denke, es wurde wieder einmal deutlich, dass das Wissenschaftsressort im Sozialministerium nichts zu suchen hat.

Meine Damen und Herren, wir haben angeboten, einen gemeinsamen Antrag zu machen. Wir haben etwas vorgelegt. Sie hätten zustimmen können. Sie als Koalition haben jetzt einen eigenen Antrag gemacht, dem wir leider nicht zustimmen können, weil Sie dort den Punkt der vermeintlichen **Einigung mit den Hochschulen zur Neuordnung der Hochschulmedizin** eingefügt haben, die gesetzlich geregelt werden soll. Ich sehe das, ehrlich gesagt, kritisch, weil ich befürchte - die Universität Lübeck ist seit dem 1. Januar 2015 Stiftungsuniversität und muss jetzt Stiftungskapital einsammeln -, dass es nicht förderlich ist, um Stiftungskapital einzusammeln, wenn von campusübergreifenden Zentren die Rede ist.

(Christopher Vogt)

Wir könnten dem, was Sie dort hineingeschrieben haben, das Sie das nämlich begrüßen, gar nicht zustimmen, weil wir die Pläne gar nicht kennen.

(Beifall FDP und CDU)

Wir kennen eine dreiviertel Seite aus dem Wissenschaftsministerium, eine Pressemitteilung. Wie sollen wir etwas begrüßen, was wir gar nicht kennen? Ich denke, die Hochschulen wissen schon selber, wann sie zusammenarbeiten sollten. Sie brauchen keine gesetzliche Pistole auf der Brust, meine Damen und Herren.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Andresen?

Christopher Vogt [FDP]:

Ja, unbedingt.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Unbedingt“, das freut mich ja sehr. Dankeschön.

- Ich hoffe, dass ich den Rest meiner Rede in die Antwort einbauen kann.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Sie sind ja schon länger dabei und wissen, dass die Zeit angehalten wird. Ich weise jetzt kurz darauf hin, dass der Kollege Vogt genügend Zeit für die Antwort hat, ohne dass seine Redezeit dadurch in irgendeiner Weise eingeschränkt wird. Jetzt haben Sie das Wort, Herr Andresen.

- Vielen Dank. - Kollege Vogt hat mir bei anderen Reden ja auch schon assistiert.

(Heiterkeit)

Wir kommen zu der konkreten Ausgestaltung der Vereinbarung - dazu soll es ja ein Gesetz geben - noch im Rahmen der parlamentarischen Beratung später in diesem Jahr.

Ich möchte Sie aber jetzt erst einmal fragen, ob Sie es grundsätzlich gut finden, dass Wissenschaftsstaatssekretär Fischer es geschafft hat, in einem Prozess, der schon etwas andauert, eine Einigung mit beiden Hochschulen und dem UKSH - denn Sie waren ja beteiligt - herzustellen, dass die Presseerklärung, die es dazu gab, nicht nur vonseiten des Ministeriums herausgegeben wurde, sondern dass zum Beispiel auch der Kanzler der Universität Lübeck, Herr Grundei, wie aber auch Vertreter der Universität Kiel und des UKSH mit daran beteiligt waren, und dass es hier eine Einigung gab, die unsere Hochschulmedizin noch leistungsfähiger macht, als sie ohnehin schon ist?

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Kollege, zunächst einmal weiß ich nicht, wobei ich Ihnen schon assistiert habe. Ich hoffe, dass dadurch jetzt keine Gerüchte entstehen.

Zu der inhaltlichen Frage. Ich weiß nicht, ob das gut ist. Sie behaupten jetzt, dass das toll ist. Ich kenne das nicht, was dort genau vereinbart wurde. Ich kenne nur die **Pressemitteilung** der Landesregierung. Ich habe natürlich auch mit Hochschulvertretern gesprochen. Die Pressemitteilung ist, was die campusübergreifende Zusammenarbeit betrifft, sehr zurückhaltend. Ob das vonseiten der Landesregierung wirklich so zurückhaltend gemeint ist, weiß ich nicht. Aber für die Landesregierung war es vor allem eine kleine PR-Unterstützung angesichts der Ereignisse in den Tagen davor. Ob das gut ist, weiß ich nicht. Ich denke, die medizinischen Fakultäten könnten schon von selber zusammenarbeiten, wenn sie das für richtig erachten würden. Es brauchte, denke ich, diese gesetzliche Regelung nicht.

Noch einmal: Jetzt ist diese Sache in der Welt. Keiner weiß genau, was da passieren soll. - Meine Antwort ist übrigens immer noch nicht zu Ende. - Einen Tag vorher erklärt uns Staatssekretär Fischer, den ich, wie Sie wissen, sehr schätze, im Bildungsausschuss, das **Hochschulgesetz**, in dem das festgeschrieben werden soll, solle erst im zweiten Halbjahr dem Landtag zugeleitet werden. Ich weiß nicht, was diese Pressemitteilung am Freitag sollte. Keiner weiß jetzt etwas Genaues. Es steht jetzt etwas im Raum, und es ist offen, was da jetzt passieren soll.

Noch einmal: Die Universität Lübeck ist seit 1. Januar 2015 eine Stiftungsuniversität und muss jetzt Stiftungskapital einwerben. Das ist eine unsichere Situation.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Vogt, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Andresen?

Christopher Vogt [FDP]:

Ja.

(Christopher Vogt)

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meine Vorbemerkung in meinem ersten Redebeitrag bezog sich nur auf die Verlängerung von Redezeiten. Da haben Sie mir mit Zwischenfragen in der Vergangenheit schon einmal weitergeholfen. Aber das nur nebenbei.

Zum Sachverhalt: Ich möchte Sie bitten, zur Kenntnis zu nehmen, dass es ein lang angelegter Prozess ist, die Hochschulmedizin neu aufzustellen, dass sowohl das UKSH wie auch die beiden Universitäten Kiel und Lübeck auf Präsidien- oder Vorstandsebene beteiligt waren, dass sie alle, nachdem die Ergebnisse am Freitag vereinbart wurden, erklärt haben, dass dies eine gute Einigung sei, die die Universität und das UKSH in dem Rahmen, in dem sie sich bewegen - also auch im Fall der Stiftungsuniversität in Lübeck - sehr gut umsetzen könnten, und dass sie gern bereit sind, das zu tun. Das bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen. Das bedeutet nicht, dass Sie als FDP-Fraktion sich dem anschließen müssen; aber das bedeutet, dass hier ein sehr guter Dialog mit den Hochschulen stattgefunden hat, und nur darauf wollte ich hinweisen.

- Herr Kollege Andresen, in meiner Antwort auf Ihre Frage möchte ich Ihnen noch einmal Folgendes sagen: Die Universitäten wurden, wie das bei Pressemitteilungen so ist, quasi an den Tisch genötigt; so würde ich es fast sagen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Natürlich geben sie dann freundliche Erklärungen ab. Wenn man mit den Vertretern persönlich redet, klingt das alles nicht ganz so begeistert, wie Sie es hier darstellen. Insofern werden wir darüber, glaube ich, noch einmal sprechen müssen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Vogt, es gibt jetzt den Wunsch des Abgeordneten Weber, mit Ihnen über eine Zwischenfrage in den Dialog zu treten.

Christopher Vogt [FDP]:

Ich fühle mich geehrt, Herr Kollege.

Jürgen Weber [SPD]: Herr Abgeordneter, ich kann eine viel kürzere Zwischenfrage stellen als der Kollege vor mir.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Eine einzige kurze Frage, weil Sie gesagt haben, dass Sie nicht davon überzeugt seien, dass es Sinn macht, über gesetzliche oder andere Anstöße seitens der Regierung **Kooperationen** herbeizuführen: Ist Ihnen aus den letzten 20 Jahren ein einziges Beispiel dafür bekannt, dass Mediziner in Kiel und Lübeck ohne Anstoß der Landesregierung, ohne **gesetzliche Regelung** und ohne jeglichen anderen Anstoß von außen zu einer Kooperation gefunden haben, die für beide Seiten sinnvoll war, durch die Synergieeffekte erzielt werden konnten, sodass beide Seiten im Bereich der Hochschulmedizin nachher besser aufgestellt waren? Ist Ihnen dafür ein einziges Beispiel bekannt? Wenn ja, wäre ich dankbar, wenn Sie es mir schildern könnten.

- Herr Kollege Weber, Sie kennen sich mit den letzten 20 Jahren Hochschulpolitik, wie wir alle wissen, besser aus als ich. Mir ist kein Beispiel bekannt. Ich bin - das muss ich Ihnen auch ganz deutlich sagen - ein Anhänger der Hochschulautonomie.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Ich bin ganz klar dafür, dass die Universität Lübeck ihre Eigenständigkeit bewahrt und ein klares Profil behält. Gerade die Kombination aus Medizin und Informatik ist ein tolles Profil. Das wird wichtig sein, um Stiftungskapital einzuwerben. Deswegen halte ich diese gesetzliche Pistole auf der Brust der Universitäten für falsch.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Nun, Herr Abgeordneter Vogt, drängt es den Kollegen Habersaat, Ihnen eine Frage zu stellen.

Christopher Vogt [FDP]:

Ja, gern.

Martin Habersaat [SPD]: Herr Kollege Vogt, da Sie den Eindruck erweckt haben, Sie wüssten gar nicht, worüber Staatssekretär Fischer eigentlich mit den Hochschulen geredet hat, worum es in den Verhandlungen über die Hochschulmedizin eigentlich geht, frage ich Sie: Ist Ihnen das über 100-seitige Gutachten des Wissenschaftlichen Rates aus dem Jahr 2011 zur Weiterentwicklung der Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein bekannt?

(Christopher Vogt)

- Ja.

(Martin Habersaat [SPD]: Dann bin ich beruhigt!)

Präsident Klaus Schlie:

Jetzt möchte Ihnen der Kollege Dr. Garg eine Frage stellen. Oder wollen Sie noch weiter antworten?

Christopher Vogt [FDP]:

Nein, Herr Präsident, wir können gleich weitermachen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Dr. Garg, bitte.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herzlichen Dank, Herr Kollege Vogt. Ich will zurückkommen auf die Frage beziehungsweise Bemerkung des Kollegen Weber. Finden Sie es nicht auch bemerkenswert, dass die letzte große Aktion, mit der man versucht hat, die beiden Campus zur Kooperation zu bringen, nämlich die Fusion zum UKSH - damals federführend vorangetrieben vom Wissenschaftsstaatssekretär Dr. Ralf Stegner -, zu einem jährlichen Verlust in ungeahnter Höhe geführt hat? Die zwangsweise verordnete Kooperation hat also in Sachen Sanierung des UKSH nicht zwingend zum Erfolgt geführt.

Christopher Vogt [FDP]:

Ich bin ganz Ihrer Meinung, Herr Kollege. Wie könnte es anders sein?

Präsident Klaus Schlie:

Nunmehr, Herr Abgeordneter Vogt, wünscht Herr Dr. Stegner, Ihnen eine Frage zu stellen.

Christopher Vogt [FDP]:

Ja, selbstverständlich. Ich habe schon lange darauf gewartet, Herr Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Vogt, ich habe voller Begeisterung Ihrer Rhetorik zugehört, wir würden der Hochschule die Pistole auf die Brust setzen. Sind Sie nicht mit mir der Meinung, dass die schwarz-gelbe Pistole, die Sie der **Uni Lübeck** auf die Brust gesetzt haben, eine rauchende gewesen ist und sich Lübeck das Gegenteil von einer Schließung der medizinischen Fakultät gewünscht hätte? Im Vergleich dazu haben wir ausschließlich mit Palmwedeln gearbeitet, muss ich ehrlich sagen.

- Herr Stegner, ich kann Sie mir mit einem Palmenwedel gut vorstellen, aber ich muss doch ganz ehrlich etwas dazu sagen - zurück zur Wahrheit -: Ich bin, was 2010 angeht, ja sehr selbstkritisch. Ich glaube, an der Uni Lübeck weiß man, dass ich mich für die Zukunft der Hochschule sehr eingesetzt habe. Zur ganzen Wahrheit gehört aber auch, dass die ganzen gelben Flaggen, Plakate und so weiter, auf denen stand: „Lübeck kämpft für seine Uni“, nicht 2010 entstanden sind, sondern 2005. Alle fünf Jahre wird also die Zukunft der Universität Lübeck gefährdet.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Das ist ja wohl ein bisschen weit hergeholt!)

Es ging um die Landesuniversität. 2005 haben, glaube ich, Sie regiert. Wenn wir 2005, 2010 und 2015 aufrechnen wollen, Herr Dr. Stegner, dann steht es hinsichtlich der Gefährdung der Uni Lübeck zwei zu eins für Sie. Das möchte ich nur einmal sagen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Dr. Stegner würde Ihnen gern eine weitere Zwischenfrage stellen.

Christopher Vogt [FDP]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wenn Sie so antworten, muss ich anknüpfen an das, was der Kollege Weber formuliert hat. Er hat das etwas vornehmer formuliert, als ich das kann. Man mag ja kritisieren, dass die damalige Regierung, der ich angehört habe, die Fusion vorangetrieben hat und damit übrigens das Defizit kleiner gemacht hat. Ansonsten wäre es größer ausgefallen.

(Lachen FDP)

Jedenfalls wüsste ich gern von Ihnen, ob es seit der Gründung der Universität Lübeck als zweites medizinisches Universitätsklinikum - unter der Regierung von Herrn Lemke - einen einzigen Versuch gegeben hat, die medizinische Fakultät in Lübeck zu schließen, außer dem der Regierungskoalition, der Sie angehört haben?

(Christopher Vogt)

- Nein, aber die Eigenständigkeit der Universität Lübeck wurde dieses Jahr durch die Kürzungspläne erneut gefährdet, und 2005 wurde sie eben auch gefährdet. Und darauf habe ich hingewiesen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU)

Herr Dr. Stegner, abschließend, um etwas versöhnlicher zu werden - wir beide verstehen uns ja besser, als Herrn Kubicki das lieb ist -, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir heute geschlossen ein Signal aussenden sollten für die Unterstützung der Hochschulmedizin in unserem Bundesland. Das ist ein wissenschaftlicher Leuchtturm, auf den wir stolz sein sollten, den wir unterstützen sollten. Natürlich kostet das viel Geld, es bringt aber auch viel. Ich glaube, dieses wichtige Signal sollten wir heute aus dem Landtag aussenden. - Herr Dr. Stegner, ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Oppositionsführer, der Abgeordnete Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die letzte Woche haben die regierungstragenden Fraktionen nun weiß Gott überhaupt keinen Applaus verdient. Sie loben sich allen Ernstes jetzt dafür, dass 10 Millionen € im Bereich der Medizin in Kiel und Lübeck nicht eingespart werden. Sie loben sich dafür, dass der Bereich der Medizin in Lübeck nicht komplett ausgeblutet wird. Dafür loben Sie sich. Man bedenke, wie Sie in unserem Land angetreten sind, wie Sie uns kritisiert haben für das, was wir in der Vorgängerregierung gemacht haben.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Zu Recht!)

Und jetzt haben Sie in diesem Jahr1 Milliarde € mehr zur Verfügung. Denken Sie an das Pathos, mit dem Sie aufgetreten sind. Und jetzt loben Sie sich nur noch dafür, dass Sie keinen Kahlschlag im Hochschulbereich vornehmen. Was ist das für ein Armutszeugnis nach zweieinhalb Jahren Regierung?

(Beifall CDU und FDP)

Ich sage Ihnen: Die Hochschulen werden die Nummer, die Sie in der letzten Woche abgezogen haben, nicht vergessen. Sie werden nicht vergessen, dass Sie dafür verantwortlich sind, dass von den BAföG-Millionen nichts in die Hochschulen geht.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was Sie da angerichtet haben! Die werden nicht vergessen, dass Sie dafür verantwortlich sind!)

- Sie werden nicht vergessen, dass Sie dafür verantwortlich sind, dass von den 77 Millionen € Sondervermögen, die aus Einsparungen der Vorgängerregierung resultieren, nach zweieinhalb Jahren noch nichts in die Hochschulen gesteckt wurde, obwohl Sie wissen, dass im Jahr 2016 ein doppelter Abiturjahrgang ansteht. Durch Sie werden die Hochschulen überhaupt nicht auf dieses Problem vorbereitet.

(Beifall CDU und FDP)

Die Ereignisse der letzten Woche haben ein besonderes Licht auf die Landesregierung geworfen. Zur **Ministerin Alheit** hat der Kollege Vogt eben schon einiges gesagt; auch ich war darüber sehr erstaunt. Ich muss aber eines richtigstellen: Sie hat in einem „KN“-Interview eingeräumt hat, dass sie nicht die „beste Wissenschaftsministerin“ von Schleswig-Holstein werden wird. Das sollten wir ihr auch nicht mehr vorwerfen - das war der Ministerpräsident, der das behauptet hat -; aber sie taugt eben auch nicht als Stimme für die Hochschulen. Wer allen Ernstes in einer solchen Situation schon bei den BAföG-Millionen nichts für die Hochschulen erreicht, wer in einer solchen Lage, in der das öffentlich diskutiert wird, nicht Anwalt für die Hochschulen ist, wer am Mittwoch noch alles verteidigt und sagt: „Das ist alles richtig“, um am Donnerstag dann zu erklären: „Das ist ein positives Signal an die Hochschulen“, ist ein Leichtgewicht, das unsere Hochschulen im Land nun wirklich nicht verdient haben.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Günther, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Andresen?

Daniel Günther [CDU]:

Ich habe vorhin bemerkt, dass hier versucht wird, durch lauter Zwischenfragen von dem abzulenken, was Sie gemacht haben.

(Widerspruch SPD)

(Daniel Günther)

Deswegen werde ich Ihnen keine Chance dazu geben. Sie haben gleich die Möglichkeit, etwas dazu zu sagen.

(Beifall CDU)

Herr **Ministerpräsident**, ich frage mich, ehrlich gesagt, was eigentlich Ihre Aufgabe in der Landesregierung ist. Wo waren Sie eigentlich, als Frau Heinold diese Meldung abgegeben hat? Wo waren Sie eigentlich, als das im Kabinett besprochen wurde? Sie wussten das doch die ganze Zeit. Wo waren Sie bei der Kabinettssitzung? Wo war Ihre Führungsverantwortung, als Sie Frau Heinold damit vorgeschickt haben? Wo waren Sie bei den Verhandlungen, die in den letzten zwei Jahren stattgefunden haben? Das Einzige, was Sie zu der ganzen Debatte beigetragen haben, war, dass Sie das in einer Rede bei der IHK Lübeck am Mittwochabend als Falschmeldung der Zeitung titulierten. Das kann doch wohl wirklich nicht angehen.

(Beifall CDU und FDP)

Frau Heinold musste das im Ausschuss richtigstellen. Frau Heinold hat dort gesagt, das war kein Überraschungscoup; das ist zwei Jahre lang vorbereitet worden. Ich sage nicht nur an Ihre Adresse, Herr Albig: Wie gehen Sie eigentlich mit Ihrer Finanzministerin um, die zwei Jahre lang das verhandelt, was Sie verabredet haben, und dann fallen Sie ihr so in den Rücken? Das ist wirklich unverschämt.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Deswegen bleibe ich dabei: Akzeptieren Sie die Realitäten; es ist nicht der Ministerpräsident, der führt. Deswegen ist es unabdingbar notwendig, dass die Anmeldungen beim Stabilitätsrat vorher vom Parlament beschlossen werden, damit nicht mehr solche Peinlichkeiten passieren, dass Sie Falschmeldungen nach Berlin melden. Das ist doch peinlich für Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Wir werden einzig und allein dem Antrag der FDP nachher unsere Zustimmung geben; denn nach den Erfahrungen dieser Woche, in der Sie so taten, als wüssten Sie nicht, was die Regierung macht, wollen Sie heute allen Ernstes - ohne zu wissen, was die „beste Wissenschaftsministerin“ mit den Hochschulen dort ausgehandelt hat; das wissen Sie doch überhaupt nicht -, dass wir heute im Parlament beschließen, dass wir es begrüßen, was dort gemacht worden ist. Das können wir doch überhaupt nicht. Deswegen werden wir Ihrem Antrag unsere Zustimmung verweigern.

Wir lernen aus der letzten Woche eines - das durften wir auch schon in den Wochen davor erleben -: Die Hochschulen interessieren Sie überhaupt nicht. Frau Alheit fällt als Anwältin der Hochschulen aus. Der Ministerpräsident interessiert sich für überhaupt nichts bei uns im Land. Was ist das für ein Trauerspiel, meine Damen und Herren?

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Günther, lassen Sie sich doch einmal Steigerungsmöglichkeiten für Situationen, in denen wirklich etwas los ist. Sie sind hier bei jeder Gelegenheit maximal empört, zeigen maximale Aufregung und erheben maximale Rücktrittsforderungen und scheuen dabei nicht vor Geschichtsklitterung zurück. Gucken Sie sich einmal an, wann die Entscheidung gefallen ist, die BAföG-Millionen - das geschah übrigens aus gutem Grund - an die Schulen zu geben. Das war nicht in der Zeit, die Kristin Alheit als Wissenschaftsministerin zu verantworten hatte. Trotzdem stehen wir zu dieser Entscheidung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vermeiden Sie es doch bitte, auf Kosten künftiger - -

(Johannes Callsen [CDU]: Aber Herr Albig war zu der Zeit schon Ministerpräsident! - Weitere Zurufe)

- Selbstverständlich.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Habersaat,

(Unruhe)

- meine Damen und Herren! -, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten König?

Martin Habersaat [SPD]:

Mit Vergnügen.

(Martin Habersaat)

Uli König [PIRATEN]: Herr Habersaat, ich glaube, ich habe gerade nicht richtig zugehört.

- Das glaube ich auch.

- Ich habe die Rücktrittsforderung von Herrn Günther irgendwie verpasst. Vielleicht können Sie mir noch einmal sagen, wann er Rücktritte gefordert hat.

- Lesen bildet, Herr Kollege König. Wenn Sie einmal „Günther“ und „Rücktritt“ googeln, dann finden Sie nicht nur spannende Geschichten, die die CDU-Interna der vergangenen Jahre betreffen, sondern auch diverse Äußerungen zu dieser Koalition.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich finde es schlichtweg falsch und gefährlich, hier den Eindruck zu erwecken, unsere Hochschulen seien nicht auf den **doppelten Abiturjahrgang** vorbereitet. Alle Hochschulen in allen Bundesländern haben den doppelten Abiturjahrgang bisher wunderbar bewältigt. Es besteht überhaupt kein Grund zu der Annahme, dass das in Schleswig-Holstein anders sein wird. Es ist billiger Populismus zu versuchen, hier einen anderen Eindruck zu erwecken.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Unglaublich!)

Eigentlich wollte ich ganz anders einsteigen. Eigentlich wollte ich Ihnen einen Auszug aus Douglas Adams „Per Anhalter durch die Galaxis“ vorlesen, wo nämlich der Leiter eines vogonischen Bautrupps den Menschen mitteilt: Alle Bauleitpläne und Abrissverfügungen lagen in Ihrem örtlichen Planungsamt auf Alpha Centauri seit 50 Erdenjahren aus. Sie hatten also jede Menge Zeit, formalen Widerspruch einzulegen. Jetzt ist es zu spät. - Sprachs und sprengte die Erde.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Nun sind **Unterlagen** des **Finanzausschusses** für Bildungspolitiker nicht ganz so weit entfernt wie Alpha Centauri. Nun waren wir auch rechtzeitig entschlossen und schnell mit unserer Reaktion. Aber als Einstieg schien mir das trotzdem eigentlich passend.

Wir müssen ein paar Sachen vielleicht einmal klar festhalten:

Erstens. Kürzungen an unseren Hochschulen lehnen wir ab. Das steht so in unserem Koalitionsvertrag.

Zweitens. Wir haben nicht vor, Studienplätze abzubauen, weder im Medizinbereich noch anderswo. Im Gegenteil, im Rahmen des Hochschulpaktes III laufen dieser Tage Gespräche über den Ausbau von Studienplätzen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Drittens. Wir sind und bleiben im Dialog mit den Hochschulen. Dazu müssen wir diese nicht zwingen.

Es gibt allen Grund für einen zuversichtlichen Blick in die Zukunft: Wir haben im letzten Jahr ein **Stiftungsgesetz** verabschiedet; darauf wurde schon eingegangen. Über den Jahreswechsel konnten wir lesen, dass die erste Million bereits beisammen ist; diese ist bekanntlich am schwersten. Die ersten Projekte der Stiftungsuni gehen in die Umsetzung. Für den 18. Februar 2015 sind wir alle nach Lübeck eingeladen, um uns darüber informieren zu lassen.

Im letzten Jahr konnte der Vertrag zur **baulichen Erneuerung** des **UKSH** unterzeichnet werden. Ein Gesamtvolumen von 1,7 Milliarden € wird bewegt. Was ist das anderes als ein starkes Signal für den Forschungs- und Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Am 16. Januar 2015 nun teilte Ministerin Alheit gemeinsam mit Vertretern der Universitäten mit, man habe eine **Einigung** über die Zukunft der **Hochschulmedizin** getroffen. Endlich wird die Forderung der Universitäten berücksichtigt, die Wissenschaft stärker in das UKSH zu integrieren. Auch das ist ein positiver Punkt.

In der vergangenen Woche hatte ich die Gelegenheit, das **Center of Brain, Behavior and Metabolism** in Lübeck zu besuchen, eine interdisziplinäre Einrichtung der Universität zu Lübeck, ein künftiger Leuchtturm für das Wissenschaftsland Schleswig-Holstein, dessen Eröffnung im Jahr 2015 stattfinden wird.

Das campusübergreifende **Exzellenzcluster** „Entzündungen an Grenzflächen“ wird von der DFG bereits seit 2007 gefördert. Im Februar wird ein internationales Cluster-Symposium hier in Kiel stattfinden. Von diesem Cluster ist es nicht weit zum CSSB. Das ist ja auch so ein Punkt. Ich wollte heute gar nicht auf die vermeintliche Schließung durch Schwarz-Gelb, was die Uni Lübeck angeht, eingehen, sondern auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen.

(Martin Habersaat)

Jahrelang wurde von den Ländern Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsam mit dem Bund ein Zentrum auf dem **DESY-Gelände** geplant, das ebenfalls ein wissenschaftlicher Leuchtturm sein soll. Dann kommt Schwarz-Gelb und steigt da aus, eigentlich ohne Angabe von Gründen. Der derzeitigen Ministerin Alheit gelingt es, diesen schwarz-gelben Fehler rückgängig zu machen, und wir können auch da in Zukunft wieder ganz vorne mit dabei sein. - Vielen Dank, Frau Alheit!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, wir werden in diesem Jahr ausgiebig Gelegenheit haben, im Bildungsausschuss und anderswo über die **Novellierung** des **Hochschulgesetzes** und auch über das künftige Gesetz für die Hochschulmedizin zu beraten.

Schließen möchte ich mit einer klaren Aussage:

„Die Hochschulen in Schleswig-Holstein fordern … zu Recht mehr Kooperation, Unterstützung und Planungssicherheit. Wir werden sie ihnen geben...“

Da sind sich die Koalitionsfraktionen und die Regierung einig. Das steht nämlich auch in unserem Koalitionsvertrag. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Günther, ich warte bei Ihren Beiträgen, die ja rhetorisch sehr beeindruckend sind - das will ich gern eingestehen -, immer noch vergeblich auf zwei Sachen. Sie haben einmal angekündigt, dass Sie eigene Ideen präsentieren und die Regierung mit Gegenkonzepten stellen wollten. Für den Bereich Hochschulmedizin kann ich feststellen: Sie haben keine Ideen. Sie polemisieren hier wieder und kommen nicht mit eigenen Vorschlägen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie kommen nicht mit eigenen Vorschlägen, und Sie argumentieren zusätzlich noch unsauber. Ein Beispiel dafür hat der Kollege Habersaat gerade deutlich gemacht. Man könnte sagen, das ist halt so, wenn der Oppositionsführer redet. Allerdings hat Ihr Kollege Dornquast zu dem ganzen Bereich der **Hochschulmedizin** letzte Woche im Bildungsausschuss kein einziges Wort gesagt.

Unsere Hochschulmedizin ist leistungsstark. Gerade die Hochschulmedizin auf dem Campus Lübeck und allen voran der Medizinstudiengang an der Stiftungsuniversität zu Lübeck erhält international seit Jahren Top-Noten.

Trotzdem gibt es immer wieder Unklarheiten - darauf sind die Kollegen vor mir auch schon eingegangen - bei der Hochschulmedizin. So ist es auch letzte Woche wieder passiert. Wir alle, die Regierung, die Regierungsfraktionen, aber auch die Oppositionsfraktionen können sich zu dem Verfahren selbstkritische Fragen stellen. Glauben Sie mir eines: Wir Grüne tun das.

Es war deshalb auch richtig - das bleibt als Ergebnis aus der letzten Woche festzuhalten -, dass wir als **selbstbewusster Finanzausschuss** in der letzten Woche auf Antrag der Regierungsfraktionen deutlich gemacht haben, dass es mit dieser Koalition nach dem einstimmigen Beschluss - so kann man sagen - in diesem Parlament keine **Kürzungen im Hochschulbereich** geben wird. Dies gilt auch für die Hochschulmedizin.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Für uns Grüne ist es wichtig, dass bei den Hochschulen keine Mittel gekürzt werden. Im Gegenteil, wir wollen in dieser Legislaturperiode weitere Verbesserungen auch bei der Grundfinanzierung der Hochschulen hinbekommen.

Für die Nicht-Umsetzung der **10-Millionen-€-Maßnahme** in der Hochschulmedizin steht für uns allerdings auch fest, dass dem **Stabilitätsrat** zeitnah Ersatzmaßnahmen gemeldet werden müssen. Wir bedanken uns bei unserer Finanzministerin, die dies letzte Woche im Ausschuss und darüber hinaus auch in der Öffentlichkeit immer wieder deutlich gemacht hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Herr Kollege Günther, es ist schon interessant, dass Sie die Zustimmung zu unserem Antrag verweigern, dass Sie den Bereich ausblenden, nämlich eine **Ersatzmaßnahme** zu nennen, die Frage, wie es

(Rasmus Andresen)

mit der Meldung an den Stabilitätsrat jetzt weitergeht. Ihr Kollege Koch und auch der Kollege Sönnichsen haben das in den Ausschusssitzungen letzte Woche noch zum zentralen Moment hochspielen wollen; jetzt stimmen Sie einem Antrag zu, der sich zu Ersatzmaßnahmen für den Stabilitätsrat überhaupt nicht verhält.

(Beifall SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Christopher Vogt [FDP]: Ihr auch nicht! - Unruhe)

Wie passt das eigentlich mit dem zusammen, was Sie als finanzpolitische Linie immer vorgeben, Herr Koch? Wir begrüßen den Beschluss des Finanzausschusses. Herr Kollege Kubicki, darin ist eindeutig enthalten, dass wir Ersatzmaßnahmen brauchen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und vereinzelt SPD)

Deshalb verhalten wir uns zu dieser Fragestellung, Sie tun es nicht.

Wir sprechen uns aber auf der anderen Seite auch dafür aus, dass es im Bereich der **Hochschulmedizin Reformen** geben muss und geben darf. Wir begrüßen es deshalb, dass Wissenschaftsstaatssekretär Fischer in den letzten Jahren maßgeblich dazu beigetragen hat, dass es aus unserer Sicht - auch wenn wir bisher nicht jedes Detail kennen, man muss in der Argumentation vorsichtig sein - letzte Woche eine Einigung mit den Hochschulen und dem UKSH gegeben hat.

Es ist gut, dass die wissenschaftlichen Aspekte in Zukunft stärker in den Vorstand des UKSH eingespeist werden sollen. Es ist auch gut, dass die Hochschulmedizin zukünftig in die Ziel- und Leistungsvereinbarungen des Landes mit den Hochschulen übertragen werden sollen. Das sollte gerade für uns als Parlament wichtig sein, weil das mehr Transparenz für uns Abgeordnete schafft, egal ob im Bildungs- oder im Finanzausschuss.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Andresen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Vogt?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern, weil ich mit der Redezeit gerade in das gleiche Problem hineinlaufe wie der Kollege Vogt vorhin.

Christopher Vogt [FDP]: Ich werde Ihnen da jetzt aber nicht weiterhelfen. - Wo genau steht in Ihrem Antrag, dass es Ersatzmaßnahmen geben muss? Ist das nicht eigentlich eine Selbstverständlichkeit, und hat der Finanzausschuss das nicht schon gemeinsam ausgedrückt? Wo ist der Vorteil Ihres Antrags gegenüber unserem in dieser Frage?

- Wir begrüßen im ersten Satz den Beschluss des Finanzausschusses. Wir beziehen uns auf einen Beschluss, der deutlich sagt, dass dem Stabilitätsrat Ersatzmaßnahmen gemeldet werden müssen. Das wurde letzte Woche im Finanzausschuss beschlossen. Das bestätigen wir durch diese Formulierung noch einmal.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist selbstverständlich!)

- Herr Kollege Kubicki, wenn das eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre, hätten Sie das in den Antrag hineinschreiben können; das haben Sie aber nicht getan.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich weiß nicht, wo Ihr Problem ist. Gerade vor dem Hintergrund der Debatte, die wir im Finanzausschuss und zum Teil auch im Bildungsausschuss geführt haben über die Frage, was mit dem Bericht an den Stabilitätsrat passiert, kann man sagen, das ist eine Selbstverständlichkeit, wir müssen das nicht mehr aufnehmen, man könnte aber auch sagen, zur Wahrheit gehört auch, diesen Bereich mit zu nennen. Das tun Sie nicht, das kritisiere ich, ob es Ihnen passt oder nicht.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Christopher Vogt [FDP]: Wir haben Ihrem Antrag doch zugestimmt!)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Andresen, auch Herr Abgeordneter Habersaat möchte Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, auch das nehme ich natürlich gern an.

Martin Habersaat [SPD]: Vielen Dank. - Ich will es einmal aus einer anderen Perspektive versuchen, Herr Andresen. Müssen wir der FDP nicht eigentlich zu ihrem erfolgreichsten Antrag seit vermutlich Jahrzehnten

(Rasmus Andresen)

gratulieren, der ja im Prinzip schon umgesetzt ist, bevor er überhaupt das erste Mal im Landtag debattiert wurde und insofern mit Blick auf den Finanzausschuss durchaus zurückgezogen werden könnte?

(Vereinzelter Beifall SPD)

- So kann man den lesen, und so würde auch ich das lesen. Ich glaube allerdings, dass es auch wichtig ist, Oppositionsfraktionen darauf hinzuweisen, dass auch sie bei haushaltsrelevanten Anträgen in der Frage der Gegenfinanzierung eine Verantwortung haben. Das ist ein wiederholtes Beispiel dafür, dass sie dieser Verantwortung nicht im Ansatz gerecht werden.

(Zuruf FDP: Wo ist denn euer Vorschlag? - Anhaltende Unruhe)

- Wenn Sie mir eine Frage stellen wollen, können Sie das gern machen, aber dann müssen Sie sich schon ans Mikrofon bewegen, Herr Kollege. - Die Hochschulmedizin ist ein sehr **komplexer Themenbereich**, das gilt für die **Finanzierungsstruktur** wie auch für Fragen von **Forschung und Lehre**. Es ist nicht einfach, dort eine Trennkostenrechnung vorzunehmen, wie es von unterschiedlichen Seiten immer wieder gefordert wird.

Für uns Grüne ist auch wichtig, dass wir die Debatte in einem größeren Kontext sehen. Wir hatten einmal vor einigen Jahren die Idee eines **Hochschullastenausgleichs**. Es ist bekannt, dass Schleswig-Holstein gemessen an der Gesamtzahl der Studienplätze besonders viele Medizinstudienplätze hat und andere Bundesländer unterdurchschnittlich viele Medizinstudienplätze haben. Wir haben fast überall einen **Ärztemangel**. Das heißt, wir brauchen Medizinstudienplätze. Wenn man es gesundheitspolitisch betrachtet, bräuchten wir noch mehr Studienplätze. Wir laufen in das Problem hinein, dass wir die nicht allein finanzieren können. Deshalb glauben wir, dass Modelle eines Lastenausgleichs, bei dem Länder, die unterdurchschnittlich viele Medizinstudienplätze haben, durch eine Ausgleichszahlung andere Länder unterstützen können, die diese Last tragen, ein richtiger Weg sein könnten.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch die Aspekte der **Krankenhausfinanzierung** sind angesprochen worden; das will ich nicht alles wiederholen. All diese Fragen gehören in die Debatte, wenn man es ernst meint mit einer Debatte über Hochschulmedizin und nicht einfach nur Schaum schlagen will.

Ich freue mich auf die Debatte zu diesen Themen, wenn das Gesetz vorliegt, aber auch zur Frage des Stabilitätsrats im Finanzausschuss. Ich bin mir sicher, dass wir in der Koalition einen guten gemeinsamen Weg hinbekommen haben und im Sinne der Hochschulmedizin und für die Hochschulen noch vieles erreichen werden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Uli König das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es war ja eine sehr heiße Debatte bis jetzt. Ich hatte eigentlich gedacht, dass die Debatte etwas entspannter verlaufen würde, nachdem der Finanzausschuss beschlossen hat, dass die angekündigten Kürzungen zurückgenommen werden. Ich finde, das ist ein sehr schönes Beispiel dafür, wie gut unser Parlamentarismus funktioniert.

(Beifall Martin Habersaat [SPD])

Fassen wir einmal zusammen: Die Regierung hat einen **Bericht** an den **Stabilitätsrat** gegeben. Regierungsintern ist dieser Kürzungsvorschlag offenbar nirgendwo aufgefallen. Das ist dann so veröffentlicht worden. Die Finanzpolitiker haben sich den Bericht offenbar durchgelesen, aber bei niemandem sind die Alarmglocken angegangen. Die Hochschulpolitiker haben ihn sich offenbar nicht durchgelesen.

(Unruhe)

Ich fürchte, bei den Grünen hat auch der Finanzpolitiker ihn nicht aufmerksam genug gelesen.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Wir haben es gelesen, und im Finanzausschuss kam der Antrag! Wo ist das Problem?)

- Liebe Kollegin, ich versuche, gerade nett zu Ihnen zu sein und Sie nicht anzugreifen. Lassen Sie mich doch einfach einmal sagen, was ich zu sagen habe. Danach können Sie gern reinschreien. Ich habe mir vorgenommen, Sie heute nicht doll zu hauen.

(Zurufe)

(Uli König)

Der Kollege Habersaat war so ehrlich und hat gesagt, er habe den Bericht erst letzte Woche gelesen. Das rechne ich ihm hoch an. Auch der Kollege Andresen hat ganz klar gesagt, das sei ihm durchgerutscht. Ich finde es wirklich gut, dass Sie diese Kürzung im **Finanzausschuss** zurückgenommen haben.

Was ich nicht gut fand, war die Äußerung von Herrn Albig, der gesagt hat, es sei eine Falschmeldung der „LN“ gewesen. Das kann man sehen, wie man will.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wie dem auch sei - ich finde es gut, dass wir jetzt zu diesem Beschluss gekommen sind. Allerdings hat man danach den Eindruck, dass die Koalition ein bisschen orientierungslos war.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wieso „war“? - Anhaltende Unruhe)

Wir hatten am Ende vier Meinungen bei drei Koalitionspartnern. Das fand ich echt beeindruckend.

Was ich sehr spannend finde, ist die Frage, wie wir die angekündigten **Einsparungen gegenfinanzieren** wollen. Ich möchte Staatssekretär Nimmermann an der Stelle ein ausdrückliches Lob aussprechen, der uns versprochen hat, **unverzüglich und substanziell** darüber zu **informieren**, wie das gegenfinanziert wird. Ich bin gespannt. Ich hoffe, dass das wirklich funktioniert. Dann kann es in diesem Land gut weitergehen.

Das überdeckt allerdings nicht die **Probleme**, die wir in unseren **Hochschulen** haben, dass die BAföG-Millionen nicht an die Hochschulen gehen, dass die Gebäude marode sind. Der Kollege Günther, unser hochschulpolitischer Sprecher a. D., hat es hinreichend ausgeführt.

(Anhaltende Unruhe)

Wir müssen uns darum kümmern, dass unsere Hochschulen auskömmlich finanziert sind. Vor allem müssen wir uns auch darum kümmern, dass das Vertrauen da ist. Wenn die Uni Lübeck jetzt losrennt und versucht, Stiftungsgeld einzusammeln: Wie soll das funktionieren, wenn die Leute kein Vertrauen darin haben, dass die Uni Lübeck dauerhaft da sein wird?

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und FDP)

Wir sind uns doch alle einig, dass die Uni Kiel erhalten bleiben soll, dass die Uni Flensburg erhalten bleiben soll und dass die Uni Lübeck erhalten bleiben soll

(Martin Habersaat [SPD]: Und die Fachhochschulen!)

- und die Fachhochschulen -, dass wir keine Hochschule im Land dichtmachen wollen. So etwas ist einfach unglücklich.

Ich fand das Zitat von Herrn Habersaat aus „Per Anhalter durch die Galaxis“ sehr gut. Das hat sehr gut dargestellt, wie das hier gelaufen ist. Wir müssen in Zukunft besser werden. Wir müssen uns als Hochschulpolitiker auf die Fahnen schreiben, dass wir die Berichte der Finanzpolitiker in Zukunft genauer lesen, und auf der anderen Seite müssen wir auch die Finanzpolitiker darum bitten, dass sie ein bisschen darauf achten, dass uns keine komischen Kürzungen bei den Hochschulen durchrutschen.

Wir sehen: Die Kuh ist im Großen und Ganzen vom Eis. Ich würde vorschlagen, dass wir den Antrag der FDP für erledigt erklären, weil er eigentlich erledigt ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Sven Krumbeck [PIRATEN])

Zum Koalitionsantrag muss ich mich dem Kollegen Günther anschließen: Ich weiß nicht genau, was Sie da jetzt beschlossen haben. Ich möchte ungern den Antrag ablehnen und mich enthalten, sondern ich würde vorschlagen, dass wir den Antrag in den Ausschuss schieben, dann können Sie uns das in aller Ruhe erklären.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was?)

Dann werden wir weitersehen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter König, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Uli König [PIRATEN]:

Der wird mich jetzt bestimmt über die Geschäftsordnung belehren. Aber bitte!

Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, nein, ich will eine Frage stellen. Herr Kollege König, sind Sie aufgrund Ihrer bisherigen parlamentarischen Erfahrung der Auffassung, dass ein Beschluss eines Ausschusses einen Plenarbeschluss gänzlich ersetzen kann?

(Martin Habersaat [SPD]: Vorsicht, das könnte eine Fangfrage sein! - Dr. Heiner

(Uli König)

Garg [FDP]: Nun verraten Sie doch nicht alles! - Zuruf Peter Eichstädt [SPD] - Heiterkeit)

- Ein Ausschuss soll den Plenarbeschluss ersetzen?

- Ich frage Sie, ob ein Beschluss eines Ausschusses einen Plenarbeschluss ersetzen kann.

- Nicht, dass ich wüsste.

- Gut.

- Aber an der Stelle möchte ich sagen: Ich habe hinreichend Vertrauen in das Wort dieser Regierung, dass wir nicht im Ausschuss das eine beschließen und sie das andere macht. Ansonsten können wir das gern im Plenum noch einmal thematisieren und sie - so sage ich es einmal - an Körperteilen durch die Manege ziehen. - Vielen Dank.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Oliver Kumbartzky [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schaut man auf die nackte Zahl von 10 Millionen €, die im Prozess der Neuordnung der Hochschulmedizin als Konsolidierungsbeitrag im Raum stand, dann ist das natürlich ein Punkt, der von uns politisch so nicht gewollt war. Dass aber genau jene am lautesten schreien, die noch vor Kurzem massive und sogar existenzgefährdende Kürzungen an unseren Hochschulen durchgedrückt haben, ist in meinen Augen ziemlich bemerkenswert.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was heißt denn vor Kurzem? 2010?)

- Mein Kurzzeitgedächtnis reicht mindestens bis 2010 zurück, lieber Kollege Kubicki. Das, was Sie machen wollten, nämlich den medizinischen Teil der **Uni Lübeck** zu schließen, ist bei mir noch nicht in Vergessenheit geraten.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Garg?

Lars Harms [SSW]:

Von Kollegen Garg immer!

Dr. Heiner Garg [FDP]: Lieber Kollege Lars Harms, herzlichen Dank. Sagen Sie jetzt einmal ganz ehrlich unter uns, die anderen müssen jetzt einmal weghören, damit Sie ganz offen und ehrlich sein können:

- Ja klar, wir sind ja ganz unter uns!

Ist Ihnen das nicht langsam peinlich, dass Sie Ihre miserable Politik permanent damit entschuldigen müssen,

(Peter Eichstädt [SPD]: Noch miserabler! - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Noch miserabler!)

dass die letzte Landesregierung angeblich dieses Land in Grund und Boden regiert hat? Sie sind jetzt seit drei Jahren an der Regierung.

(Beifall FDP und CDU)

Müssen Sie immer noch auf die vermeintlichen Fehlleistungen der letzten Regierung verweisen, um Ihre Politik schönzureden?

- Lieber Kollege Garg, es geht um zweierlei Dinge.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Es geht einerseits darum: Wenn Sie mit solch massiver Kritik kommen, aber in der Vergangenheit wesentlich Schlimmeres mit denjenigen vorhatten, über die Sie heute reden, dann finde ich, dass die Menschen gern noch einmal gesagt bekommen dürfen, wie schlimm das war.

(Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP] und Christopher Vogt [FDP])

- Lieber Kollege Kubicki, Sie können gern eine Zwischenfrage stellen, damit habe ich keine Schmerzen. Jetzt antworte ich erst einmal Ihrem Kollegen Garg. Es wäre vielleicht ganz nett, wenn Sie mir erst einmal diese Gelegenheit geben würden, weil er doch ein Informationsbedürfnis geäußert hat.

Das Zweite ist: Selbstverständlich verkünden wir auch all die Wohltaten, die wir natürlich für die Hochschulen tun. Wenn Sie einmal an das Sondervermögen für die Hochschulen denken, wenn Sie an die Zusage denken, dass wir den Hochschulpakt III weiter finanzieren wollen, wenn Sie daran denken, dass wir besondere Mittel insbesondere auch für die CAU zur Verfügung stellen, dann sind das richtige Hausnummern im dreistelligen Millionenbereich, die wir uns hier aus dem kleinen Haushalt herrausschneiden, wo wir sagen: Da wollen wir eine Priorität setzen. Priorität für diese Koalition ist

(Lars Harms)

Bildung, sowohl in Kindergarten und Schule, als auch in den Hochschulen. Wir tun da was, und das verkünde ich immer wieder gern, Kollege Garg.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eins ist in der Tat auch völlig richtig: In puncto **Hochschulfinanzierung** haben sich SSW, Grüne und SPD klar und unmissverständlich darauf geeinigt, dass wir die aus einer Reihe von Faktoren resultierende Unterfinanzierung der Hochschulen nicht nur anerkennen, sondern diese auch abbauen wollen. Kürzungen an unseren Hochschulen lehnen wir deshalb entschieden ab.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf den **Beschluss des Finanzausschusses** sage ich deshalb deutlich, dass die damals geplante Absenkung des Zuschusses für Forschung und Lehre im Widerspruch zu unserem Koalitionsvertrag stand. Auch wenn es sich hier nicht etwa um eine fixe Idee handelt, sondern das aus den Zwängen der Schuldenbremse hervorging und in seiner Geschichte durchaus auch noch Bezüge zur alten Regierung hatte, ist es gut und richtig, dass dieses Vorhaben jetzt endgültig vom Tisch ist.

Natürlich ist es immer wieder notwendig, dass die verschiedenen **Probleme** innerhalb der **Hochschullandschaft** thematisiert werden; denn auch wenn es kaum verwundern kann, gibt es hier und heute in der Tat eine ganze Reihe von Baustellen. Wir müssen vor dem Hintergrund der Schuldenbremse nicht nur für Tarifsteigerungen und steigende Betriebskosten Entscheidungen treffen, sondern vor allem auch ausreichend Mittel für Investitionen in die Infrastruktur bereitstellen. In den kommenden Jahren erwartet uns noch dazu ein weiterer Anstieg der Studierendenzahlen.

Keine Frage: All dies kann und all dies muss hier natürlich erwähnt werden. Was aber den Stil betrifft, mit dem man seine Kritik vorbringt, gibt es durchaus noch Luft nach oben. Wer bei der Sanierung unserer Hochschulen dermaßen geschlafen hat, wer Studienplätze verschachern und ganze Standorte schließen wollte wie CDU und FDP,

(Lachen CDU und FDP - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

täte wirklich gut daran, etwas mehr Demut zu zeigen - auch Sie, lieber Kollege Kubicki. Das tut vielleicht weh, lieber Kollege Kubicki, aber mit der Wahrheit ist es eben so: Die muss man auch ertragen können, lieber Kollege Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: 40 Jahre SPD! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Jetzt schon 40 Jahre? - Weitere Zurufe)

Wir haben eine klare Verantwortung für unsere Hochschulen, eine Verantwortung, die wir nicht nur sehen, sondern der wir auch gerecht werden. Maßnahmen wie Sondervermögen, massive Investitionen in die Hochschulinfrastruktur, Übernahme von Tarifsteigerungen oder Auflösung des Sanierungsstaus am UKSH durch das ÖPP-Modell sind klare Belege dafür, dass nicht nur der Gesamtbereich Bildung, sondern vor allem auch der Bereich Hochschule für diese Koalition einen enorm hohen Stellenwert hat.

(Beifall SSW, SPD und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Kein Zweifel, meine Damen und Herren, wir packen die Dinge an und setzen die notwendigen Maßnahmen Stück für Stück um. Dass es dabei aber auf der einen Seite noch weitere durchaus wichtige und sinnvolle Wünsche gibt, wir auf der anderen Seite aber auch die Vorgaben der Schuldenbremse erfüllen müssen, dürfte allen klar sein.

Wer die Dinge also halbwegs unvoreingenommen sieht, wird dieser Regierung kaum eine Vernachlässigung der Hochschulen oder gar ein Ausbluten einzelner Bereiche vorwerfen können. Wir werden gemeinsam eine **Alternative** für den **Konsolidierungsbeitrag** finden, und wir werden die Hochschullandschaft gemeinsam mit den Universitäten weiterentwickeln.

Unser klares Ziel ist es, die Universitäten im Land auch und gerade in Zeiten steigender Studierendenzahlen fit für die Zukunft zu machen. Hier spielt die umfassende **Novelle** des **Hochschulgesetzes**, die gerade im Dialog mit den Betroffenen erarbeitet und die für weitere strukturelle Verbesserungen sorgen wird, eine zentrale Rolle.

Auch mit Blick auf die **Hochschulmedizin** und damit den eigentlichen Stein des Anstoßes wird es natürlich substanzielle Veränderungen geben; denn auch wenn klar ist, dass die in diesem Bereich angestrebten Synergieeffekte den Hochschulen selbst zugutekommen müssen, braucht es selbstverständlich weitere Maßnahmen. Wie Sie vielleicht wissen, hat die entsprechende Arbeitsgruppe gerade getagt und sich auf so wichtige Dinge wie etwa die Einbindung der Hochschulmedizin in das System der Ziel- und Leistungsvereinbarungen oder eine verstärkte campusübergreifende Zusammenarbeit verständigt. Das bringt für die Universitäten und insbesondere für den medizinischen Bereich Planungssi-

(Lars Harms)

cherheit. Genau diese Planungssicherheit hatte man unter Schwarz-Gelb bisher nie erreicht.

An der Nutzung solcher Synergieeffekte wird auch in Zukunft weiter gearbeitet werden, um die Hochschulen noch zukunftsfähiger aufzustellen. Am Ende stehen die Hochschulen unter Rot-Grün-Blau besser da als je zuvor. Da mögen Kollege Günther und inzwischen auch andere brüllen und meckern, es geht trotzdem weiter voran. Das ist auch und gerade das Ergebnis einer guten Politik von Ministerin Alheit und Staatssekretär Fischer.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich erkläre Ihnen nicht 40 Jahre SPD, die können Sie sich bestimmt selber erklären, Herr Dr. Stegner,

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

sondern ich möchte Ihnen herzlich zu einem wirklich glanzvollen Start in das politische Jahr gratulieren. Sie schließen nahtlos dort an, wo Sie im letzten Jahr aufgehört haben, nämlich im Chaos - insgesamt und auch in der Bildungs- und Hochschulpolitik.

(Beifall Christopher Vogt [FDP] und Volker Dornquast [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte insbesondere den Blick auf die **Nummer 21** der **Meldung an den Stabilitätsrat** lenken, die heute noch nicht besprochen wurde, die aber unmittelbar im Zusammenhang mit den 10 Millionen € steht, die heute debattiert wurden. Denn die Nummer 21 geht auf der nächsten Seite weiter, wie die Frau Wissenschaftsministerin - die jetzt gerade nicht anwesend ist - sicherlich weiß.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Da sitzt sie doch!)

- Da sitzt sie schon, sehr schön. Dadurch werden nämlich dem UKSH weitere 10 Millionen € entzogen werden, wie Sie sicherlich gesehen haben, durch vermutete Effizienzgewinne, die durch einen nicht näher beschriebenen Prozess erwirtschaftet werden sollen.

In der Summe plant diese Koalition, die sich damit schmückt, dass es weder dem UKSH noch den Universitäten nie besser gegangen sei als unter ihrer Regierung, strukturell dem UKSH spätestens ab 2020 jährlich 20 Millionen € zu entziehen - und das vor dem Hintergrund, dass das UKSH vor seinem schwersten und größten Umbruch steht, den dieses Universitätsklinikum jemals erlebt hat. Das nenne ich eine vorausschauende Gesundheitspolitik für eine älter werdende Gesellschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Frau Ministerin Alheit, Sie lassen allen Ernstes zu, dass dem Stabilitätsrat diese weiteren 10 Millionen € unter Hinweis auf eine Effizienzrendite gemeldet werden, die hier im Landtag - da war noch Frau Wende, an sie erinnert sich noch kaum jemand, Ihre Vorgängerin, da; und wir haben ihr vorgerechnet, wie hoch die Effizienzrendite sein müsste, nämlich mindestens 60 Millionen €, um zu der berühmten Null zu kommen - damals schon kritisiert worden ist. Und jetzt packen Sie noch einmal 10 Millionen € drauf. Das ist so blamabel, wie Sie sich bisher nicht für das UKSH eingesetzt haben, Frau Ministerin,

(Beifall FDP und CDU)

dass es jetzt wirklich Zeit ist, dass Sie persönlich, nicht immer nur Ihr Staatssekretär, endlich einmal anfangen zu begreifen, mit welchem Juwel für die schleswig-holsteinische Gesundheitspolitik, für den schleswig-holsteinischen Gesundheitsstandort, wir es hier eigentlich zu tun haben.

Die Tatsache, dass Sie innerhalb von 24 Stunden, oder sogar innerhalb von 12 Stunden, Ihre Auffassung über die erste Kürzung in Höhe von 10 Millionen € komplett ändern, fand ich schon erstaunlich, aber richtig schlimm fand ich, dass Sie es einfach unwidersprochen zulassen, dem UKSH insgesamt jedes Jahr 20 Millionen € entziehen zu wollen. Das zeugt bedauerlicherweise nicht von einer vorausschauenden Gesundheitspolitik, sondern von einer Gleichgültigkeit, die ich nie vermutet hätte. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie ernst und wie wichtig es den Regie-

(Tobias Koch)

rungsfraktionen mit den jetzt zu benennenden Ersatzmaßnahmen ist, kann man vermutlich daran ablesen, dass sie nicht den Mut hatten, den Wortlaut des Beschlusses des Finanzausschusses heute in ihrem Antrag zu wiederholen, sondern sich hinter der Drucksachennummer verstecken. Das ist ja auch ein peinlicher Vorgang, wenn man der eigenen Regierung damit die Rote Karte zeigt.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Hä?)

Kollege Andresen, wir hatten im Ausschuss beantragt, zeitnah, unverzüglich, schnellstmöglich diese **Ersatzmaßnahmen** zu benennen. Sie haben das im Ausschuss abgelehnt, um es heute hier mit demselben Wort, „zeitnah“, zu fordern. Die Finanzministerin hat dankenswerterweise angekündigt, dass sie bis Ende Februar Ersatzmaßnahmen feststellen wird. Dann hätten Sie auch genauso unserer Formulierung im Ausschuss zustimmen können.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Lars Harms [SSW])

Aber noch dreister ist es, uns heute fehlende Alternativen vorzuwerfen. Abgesehen davon, dass wir uns da von Ihnen überhaupt nichts vorwerfen lassen müssen, benennen wir als Opposition im Zweifelsfall immer noch mehr Kürzungen als Sie es mit Ihren Haushaltsanträgen gemacht haben, wo Sie Ihre Mehrausgaben mit neuen Schulden finanziert haben. Wir machen Kürzungsvorschläge.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ja, in der Tat, da haben Sie jetzt ausnahmsweise recht! - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber wir haben Ihnen doch im Finanzausschuss angeboten, diese Ersatzmaßnahmen gemeinsam im Ausschuss zu beraten, bevor sie dem Stabilitätsrat gemeldet werden, sie gemeinsam zu identifizieren und zu beraten. Wer hat das denn abgelehnt? - Das waren doch Sie, die das abgelehnt haben. Sie wollten damit doch nichts zu tun haben, Sie wollten sich doch nicht die Finger schmutzig machen.

(Beifall CDU und FDP)

Lieber wieder die Finanzministerin losschicken und zu ihr sagen: Melde doch einmal irgendetwas! Unangenehmes laden wir bei der Regierung ab, dann gucken wir hinterher einmal drauf, was da gemeldet wurde und zücken dann das nächste Mal die Rote Karte, wenn uns das auch wieder nicht gefällt. - Das war doch Ihre Vorgehensweise im Ausschuss.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Andresen?

Tobias Koch [CDU]:

Sehr gern.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Sie sind mutiger als Ihr Fraktionsvorsitzender. Ich würde Sie gern fragen, ob Ihnen bekannt ist - Sie waren ja schon zu schwarz-gelben oder zu schwarzen Regierungszeiten; die waren ja etwas länger als das Trauerspiel mit der FDP; Finanzpolitiker -, dass jemals ein Finanzminister oder der ehemalige Finanzminister und jetzige Kollege Wiegard gemeinsam mit der Opposition - ich gehe davon aus, das war damals Frau Herdejürgen und für unsere Fraktion auf jeden Fall Frau Heinold - über die Maßnahmen beraten hat, die die damalige Landesregierung dem Stabilitätsrat melden musste? Das ist meine erste Frage. Und meine zweite Frage ist: Oder könnte es nicht einfach sein, dass hier die Fraktionen unterschiedliche Schwerpunkte haben, und dass die Regierungskoalition hier andere Schwerpunkte hat als die Opposition und es deshalb vielleicht auch kein untypisches Verfahren ist, dass wir als Koalition jetzt gemeinsam beraten, welche Ersatzmaßnahmen wir melden?

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Beifall Lars Harms [SSW])

- Herr Kollege Andresen, ich kann mich an keine einzige Situation erinnern, in der die schwarz-gelbe Landesregierung den Koalitionsvertrag gebrochen hätte. Das ist hier aber offenkundig der Fall. Nach Ihren eigenen Aussagen ist das hier geschehen. Die Finanzministerin bricht den Koalitionsvertrag. Wenn aber so etwas passiert - in unserer Regierungszeit ist es nicht vorgekommen -, ist es dann nicht geboten zu sagen, bevor wir jetzt die Regierung wieder allein loslaufen lassen, schauen wir erst einmal als Parlament drauf? Die nächste Meldung sollte bitte schön abgestimmt mit dem Parlament erfolgen. Wir können doch nicht den gleichen Fehler zweimal machen und die Regierung wieder etwas melden lassen, von dem wir hinterher wieder sagen, das haben wir so nicht gewollt. Das ist doch Irrsinn, was wir hier betreiben.

(Tobias Koch)

(Beifall CDU und FDP - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben genug Vertrauen in unsere Regierung! - Weitere Zurufe SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

Tobias Koch [CDU]:

Vielen Dank, Herr Präsident. Soweit zu diesem Aspekt.

Der Kollege Dr. Garg hat gerade die zweiten 10 Millionen € an Kürzungen beim UKSH angesprochen. Entweder ist es so, wie der Kollege Garg das hier dargestellt hat,

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Oder es ist ganz anders!)

dann wäre es ein unverantwortlicher Eingriff in die Finanzierung des UKSH. Die Regierung hat da eine etwas andere Legende gestrickt, dass das alles im Grunde nur zukünftige Belastungen seien, die vermieden werden sollten. Dann ist es aber eine reine Luftbuchung. Und in beiden Fällen hat diese Meldung an den Stabilitätsrat dort nichts zu suchen.

(Beifall CDU und FDP)

Entweder ist es politisch unverantwortlich, oder Sie versuchen, ihn auch an dieser Stelle wieder hinters Licht zu führen und ihm eine vermeintliche Kürzung zu präsentieren, die gar keine echte Kürzung ist. In beiden Fällen müsste auch dieser Punkt aus dem Bericht an den Stabilitätsrat entfernt und ersetzt werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Drei Punkte muss man in dieser Debatte schon einmal noch anführen. Sie müssen es schon aushalten, wenn Sie in diesem Ton die Regierung angreifen, dass man Sie mit dem konfrontiert, was Sie getan haben.

Wer allen Ernstes - es ist nicht zu bestreiten, dass wir eine kontroverse Debatte über diese Meldungen an den Stabilitätsrat und auch darüber hatten, dass das kommunikativ hätte besser laufen können - wie Sie mit einer Planierraupe sozusagen über die Uni Lübeck hinwegfegt, der müsste zu dem Thema ein fünfjähriges Bußschweigen einhalten und hier nicht in Anklägerpose auftreten, wenn wir bei den Hochschulen nicht kürzen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das wäre eigentlich die Konsequenz.

Herr Kollege Günther, hier so eine demagogische Rede zu halten und dann die BAföG-Mittel anzusprechen: Wissen Sie, bei den BAföG-Mitteln kann man darüber streiten, wofür man sie nimmt. Ich will Ihnen aber ehrlich sagen: Wenn Sie nicht diesen Kahlschlag bei den Lehrerstellen vorgenommen hätten, dann hätten wir die BAföG-Mittel nicht komplett für den Schulbereich einsetzen müssen. Das ist die Wahrheit, Herr Kollege Günther, das muss man hier einmal klipp und klar sagen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SSW)

Da wird einer mit der Hand in der Ladenkasse erwischt und ruft: Haltet den Dieb! Das ist das, was Sie hier treiben, Herr Kollege Günther. Da müssen Sie schon ein bisschen mehr bieten.

Was den Stabilitätsrat angeht: Abgesehen davon, dass ich vollständiges Vertrauen in die Finanzministerin Monika Heinold habe, um das hier einmal klar zu sagen, ist es Regierungshandeln. Sie sind doch hingegangen und haben den Kommunen irgendwelche Dinge versprochen, die Sie selbst an den Stabilitätsrat als Gegenfinanzierung gemeldet hatten. Das war doch hochgradig unseriös. Sie haben uns prognostiziert, wir würden die Schuldenbremse reißen, wenn wir Ihre „alternativlosen Dinge“ alle wieder einsammelten, die ungerecht waren. Wir haben sie eingesammelt, wir haben uns verbessert gegenüber anderen Haushaltsnotlageländern, wir haben Vereinbarungen mit dem Stabilitätsrat - alles seriöser als Sie, alles gerechter als Sie. Also halten Sie hier keine Brandreden, sondern machen Sie endlich einmal bessere Politik, wenn Sie in die Richtung kommen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Machen Sie hier einmal einen anderen Vorschlag, Herr Kollege Günther. Schneidig reden können Sie, aber es kommt kein anderer Vorschlag.

(Zurufe CDU und FDP)

Dass das Kurzzeitgedächtnis des Alterspräsidenten hier nicht mehr so ausgeprägt ist, haben wir natürlich gelernt. Aber Sie sollten schon noch ein

(Dr. Ralf Stegner)

bisschen an die kurze Zeit, die Sie hier mitregieren durften, denken.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber Sie regieren doch schon länger!)

Denn um das, was Sie an Schaden im Hochschulbereich angerichtet haben, reparieren zu können, müssten wir Jahrzehnte regieren, wenn wir das denn wollten. Wir wollen aber Gutes für die Hochschulen.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Jürgen Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Ich glaube, der Tagesordnungspunkt heißt, wenn ich das noch einmal richtig nachgelesen habe, „Kein Ausbluten der Hochschulmedizin“. Ich will mich an der lebhaften und engagierten Debatte, wer was zu welchem Zeitpunkt falsch gemacht hat oder was zu welchem Zeitpunkt dumm gelaufen ist, nicht beteiligen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ist klar!)

sondern ich will - ich glaube, das muss erlaubt sein - noch einmal auf einen Punkt in Richtung der **Entwicklung** der **Hochschulmedizin** hinweisen.

Es geht nicht um Nostalgie, wenn ich darauf hinweise, dass wir die Fragen stellen müssen, ob wir im gesamten Hochschulsystem in Schleswig-Holstein und seiner Finanzierung eine Situation haben, in der die Hochschulmedizin eigentlich stärker an den Kosten und in der tatsächlichen Struktur verankert ist als es für ein Hochschulsystem im Land insgesamt sinnvoll ist.

An dieser Frage arbeiten wir seit vielen Jahren. Wir haben vom Landesrechnungshof und von allen möglichen **Gutachtern** dazu Hinweise bekommen. Dazu will ich sagen: Die Diskussion über die Frage, ob man durch Arbeitsteilung, durch **Synergien**, durch Kooperation der beiden Fakultäten - ich rede nicht von Kliniken - zu Ergebnissen kommt, die ohne Einbußen in der Qualität Strukturen verbessern und uns die Möglichkeit geben, andere Teile des Hochschulsystems, die auch erhebliche Bedarfe haben, anders auszustatten, darf nicht verboten sein und muss meines Erachtens weiter geführt werden.

(Beifall SPD)

Dass es natürlich nicht akzeptabel ist - das ist schon hundertmal klargestellt worden -, aus dem Hochschulbereich insgesamt strukturell Mittel herauszunehmen, ist auch meine Auffassung. Ich bin angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre nach wie vor davon überzeugt - deswegen habe ich vorhin meine Zwischenfrage gestellt -, dass die Kolleginnen und Kollegen in Lübeck, wenn wir sie weiterarbeiten lassen, ohne sie in eine gesellschaftliche Debatte miteinzubeziehen - das ist ja unser Job -, weiter hervorragende wissenschaftliche Dinge leisten werden; aber von alleine - das kann ernsthaft niemand bestreiten - ist es zu keinem Prozess der Generierung von Synergien gekommen, der zu mehr Kostenbewusstsein und mehr Kooperation im Bereich der Medizin geführt hätte. Deswegen glaube ich, dass diese Diskussion - trotz des Schlagabtauschs heute - weiter geführt werden muss.

Ich möchte eine zweite Bemerkung machen. Mir ist in den letzten zehn, 15 Jahren keine Regierung und kein Finanzminister erinnerlich, die nicht Vorschläge gemacht haben, die Mittel des Haushaltstitels „Zuweisungen an das UKSH für Medizinausbildung“ zu senken. Das war, ehrlich gesagt, immer ein bisschen nach dem Prinzip: linke Tasche, rechte Tasche. Denn wenn man den Zuschuss absenkt, dann erhöht man damit natürlich gleichzeitig das Defizit.

(Zuruf FDP: Genau!)

Das kann man machen. Ich will mich nicht in die finanzpolitische Debatte einmischen. Ich will nur sagen: Der Kernpunkt ist und bleibt, dass wir uns kein Tabu auferlegen dürfen, was die Entwicklung der Hochschulen angeht. Wir haben jetzt die Situation, dass die Lübecker Universität eine Stiftungsuniversität ist und anders als alle anderen Universitäten in Schleswig-Holstein die Möglichkeit hat, zusätzliche Mittel zu akquirieren. Nichtsdestotrotz haben wir von politischer Seite immer gesagt: Das ist kein Grund, die Grundhaushalte abzusenken. Dennoch muss das mit Blick auf die mittelfristige Entwicklung betrachtet werden.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Weber!

Jürgen Weber [SPD]:

Am Schluss darf ich mir im allerletzten Satz wünschen, dass die inhaltlich-sachliche Diskussion - der Schlagabtausch muss ja sein, dafür sitzen wir ja im

(Jürgen Weber)

Parlament - um die Frage der Entwicklung der Hochschulmedizin weitergeht, auch auf qualitativer Ebene, und nicht nur Zahlen im Raum stehen, sondern die tatsächliche Entwicklung des gesamten Hochschulwesens in den Blick genommen wird. - Danke schön.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich meinen Beitrag mit der persönlichen Bemerkung beginnen, dass ich die **Gespräche** mit den Hochschulen und dem UKSH im Rahmen der Diskussion um die **Neuaufstellung unserer Hochschulmedizin** als ausgesprochen konstruktiv empfunden und auch als sehr vertrauensvoll erlebt habe. Das verdanke ich natürlich auch meinem Staatssekretär Rolf Fischer, der das monatelang vorbereitet hat. Aber ich verdanke das auch - das möchte ich hier zuallererst sagen - den Partnerinnen und Partnern in der Hochschulmedizin. Ich danke ihnen, dass ich diese Erfahrung machen durfte und dass wir diesen gemeinsamen Erfolg am letzten Freitag erarbeiten durften.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht um einen Vorgang - ich will das gar nicht mit Schärfe vortragen, aber es ist Fakt -, der jetzt fünf Jahre zurückliegt und bei dem es darum ging, die Universität Lübeck abzuwickeln. Bis heute sind wir alle hier - das ist in allen Redebeiträgen deutlich geworden - den ganzen Aktiven dankbar, die sich damals für ihre Hochschule eingesetzt haben. Insofern lassen Sie mich denen ganz deutlich für diese Landesregierung sagen: Eine Politik, die den Universitätsstandort Lübeck gefährdet, wird es mit dieser Landesregierung und mit mir als zuständiger Ministerin nicht geben.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben - ganz im Gegenteil - gemeinsam im Dialog mit der Stadt Lübeck mit anderen Partnern in der Stadt die Stiftungsuniversität auf den Weg gebracht. Wir haben den Wissenschaftsstandort Lübeck weiter gestärkt; das ist auch bei dem, was Herr Habersaat gesagt hat, schon deutlich geworden. Wenn man dorthin geht und sich anschaut, mit welcher modernen Technik dort etwas geschaffen worden ist, wie hoch innovativ da geforscht und gelehrt wird, dann weiß man, wie wichtig das ist. Wir müssen uns das schon in Erinnerung rufen: Was wäre denn gewesen, wenn die Pläne von 2010 umgesetzt worden wären?

Das muss man auch sagen: In Ihrer Regierungszeit wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die die Reduzierung der Studierendenzahlen und die Umsetzung von weiteren Kürzungen vorbereiten sollte. Wir haben an der Stelle tatsächlich Baustellen geerbt und keine Lösungen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir hatten nur Baustellen!)

Damit stand diese Landesregierung Mitte 2012 vor der grundsätzlichen Frage: Wie konkretisieren wir die von - -

(Zurufe CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns darauf verständigen, dass die Ministerin jetzt das Wort hat.

(Weitere Zurufe CDU und FDP)

- Ministerin Alheit hat das Wort, meine Damen und Herren. Weitere Wortmeldungen sind denkbar und möglich. - Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Ganz herzlichen Dank. - Ich komme jetzt näher zum jetzigen Zeitpunkt; aber die Geschichte ist da tatsächlich nicht ganz unwichtig. Wir standen nämlich im Jahr 2012 vor der grundsätzlichen Frage: Wie konkretisieren wir die von Ihnen vorgenommenen Anmeldungen beim Stabilitätsrat, und zwar ohne die Studierendenzahlen zu reduzieren, ohne die Standorte der Hochschulmedizin gegeneinander auszuspielen und ohne die Qualität von Forschung und Lehre zu verschlechtern?

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Koch?

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Im Moment nicht. Ich würde den Gedanken gern zu Ende führen. Vielleicht erledigt sich die Frage dann ja auch. - Unsere Antwort an dieser Stelle war eine systematische und mittelfristig angelegte Strategie zur Neuordnung der Hochschulmedizin - eine Neuordnung, die übrigens der Wissenschaftsrat bereits 2011 gefordert hatte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die letzte Meldung an den Stabilitätsrat - das ist hier schon völlig korrekt gesagt worden - erfolgte am 7. Oktober des letzten Jahres. Das Land war aufgefordert, differenziert und mit Zahlen unterlegt die seit Jahren gemeldeten Ziele zu konkretisieren.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Keine Konkretisierung!)

Dieser Vorgabe wurde vom Wissenschaftsministerium im Sommer 2014 nachgekommen. Parallel dazu war immer klar, dass die darin beschriebene Annahme von Synergien ganz zeitnah, und zwar zusammen mit den Hochschulen, überprüft werden muss. Denn diese Regierung - das bleibt Fakt - ist davon überzeugt, ich persönlich bin davon überzeugt - ich habe in den letzten zwei Jahren nur gute Erfahrungen damit gemacht -, dass wir solche schwierigen Fragen nur im Dialog angehen und auch regeln können.

Für uns hieß das, uns parallel zur Weiterleitung des Berichtes an den Stabilitätsrat zusammen mit den Hochschulen auf den Weg zu machen, um Lösungen zu finden. Da ging es um gemeinsame Eckpunkte und um eine Strategie, Synergien zu schaffen. Insofern ist die Neuordnung der Hochschulmedizin an die Ergebnisse dieser Diskussion mit den Hochschulen geknüpft. Im Bericht des Stabilitätsrats war auch nie etwas anderes zu lesen. Sie können reingucken: Das steht dort ganz eindeutig.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Ministerin, gestatten Sie nunmehr eine Zwischenfrage?

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Der Drang ist so groß, dass ich es jetzt zulasse. Er sollte mir danach wieder zuhören.

Tobias Koch [CDU]: Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich hatte den Eindruck, dass Ihr Gedankengang zu Ende ist, was die Vergangenheit betrifft. Insofern dachte ich mir, das wäre jetzt der richtige Zeitpunkt, einmal zu fragen. Ich mache das deswegen, weil ich es sehr bedauerlich finde, dass Sie der Legendenbildung weiter Vorschub leisten, indem Sie hier von einer Konkretisierung einer vorgefundenen Meldung sprechen. Die Finanzministerin hat im Finanzausschuss - das ist Ihnen vielleicht nicht bekannt - sehr deutlich dargestellt, dass Sie einen Prüfauftrag zur Reduzierung von Medizinstudienplätzen vorgefunden haben und Sie sich ganz bewusst politisch entschieden haben, diese Maßnahme nicht umzusetzen, nicht fortzusetzen und Sie damals stattdessen, anstatt zu konkretisieren, eine Ersatzmaßnahme gemeldet haben. Diese Ersatzmaßnahme war die Neuorientierung der Hochschulmedizin.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Es ging nicht um Konkretisierung; es ging um Austausch und Ersatz. Stimmen Sie da mit der Finanzministerin überein?

- Das, was Sie gesagt haben, bestätigt, dass wir ganz andere Ziele haben und bei der Frage, wie man mit der Universität Lübeck umgeht, sehr viel genauer hingucken und keinen Zweifel daran lassen, dass wir den Standort erhalten und auch stärken wollen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie haben doch gerade das Gegenteil erzählt in Ihrer Rede!)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Na klar, wenn wir schon so schön dabei sind.

Tobias Koch [CDU]: Würden Sie mir dann zustimmen, dass ganz andere politische Ziele nichts mit Konkretisierung von vorgefundenen Meldungen zu tun haben?

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

- Nein, da würde ich Ihnen nicht zustimmen. Das schließt sich ein Stück weit nicht aus, wenn man sich anguckt, welche Ziele damit verbunden waren, nämlich die Einsparung von 20 Millionen €, die wir dann konkretisieren mussten. Unser Punkt ist aber

(Ministerin Kristin Alheit)

der, dass wir eine andere Politik machen und wir ein anderes Vorgehen haben. Wir machen das nämlich zusammen mit den Hochschulen. Das ist eindeutig und bleibt auch so.

Ehrlicherweise würde ich jetzt gern mit meiner Rede fortfahren. Ich befürchte, wir werden uns wahrscheinlich nicht hundertprozentig einig. Damit kann ich leben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, am vergangenen Freitag - -

(Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, nunmehr hat die Ministerin das Wort.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Ich danke Ihnen, Herr Präsident. - Am vergangenen Freitag haben wir einen guten Abschluss der Gespräche verkünden können, und ich möchte die wichtigen Punkte, die natürlich noch einmal in einem Gesetzentwurf vorgelegt und miteinander diskutiert werden, vorstellen. Wichtig ist, dass wir diese am Freitag miteinander kommunizieren konnten und uns geeint haben. Das ist tatsächlich etwas anderes. Das hat etwas mit unserer Dialogkultur zu tun.

Erstens. Wir werden eine **stärkere Integration der Wissenschaft im Vorstand des UKSH** herstellen. Durch diese Stärkung der gegenseitigen Verantwortung können Mittel effizienter eingesetzt und Kosten gesenkt werden. Gerade auf diesen Punkt hat uns der Wissenschaftsrat sehr aktiv hingewiesen, und das war auch richtig so.

Zweitens. Die Einbindung der **Hochschulmedizin** in das System der **Ziel- und Leistungsvereinbarungen** des Landes mit den Hochschulen ist jetzt beschlossene Sache. Künftig werden die Rahmenbedingungen der Verwendung der Landesmittel im Dialog zwischen dem UKSH, den jeweiligen Universitäten und dem Land konkretisiert. Dieses Wort ist durch den Dialog eben ein bisschen verbrannt. Lars Harms hat richtigerweise darauf hingewiesen: Das schafft der Hochschulmedizin genau die Planungssicherheit, die dort ganz dringend benötigt wird.

Drittens. Die **strategische Abstimmung** wird in Zukunft durch eine **Universitätsmedizinversammlung** geleistet. Dieses Strategie- und Koordinierungsgremium wird den eher kleinteiligen Medizinausschuss ersetzen und dabei die Verantwortung der einzelnen Universitäten stärken. Die CAU hat in dem Diskussionsprozess in diesem Zusammenhang den Begriff Clearingstelle kreiert, und diesen Begriff finde ich sehr passend und schön.

Viertens. Die **Stärkung der hochschulspezifischen Profile** in Kiel und in Lübeck werden wir durch die Bildung von zwei standortbezogenen Campussen erreichen. Die Campusse bilden die beiden Hochschulen innerhalb der Struktur des UKSH ab. Das UKSH dient somit der Forschung und Lehre.

Fünftens. Ein letzter Punkt an dieser Stelle: Es ist uns gelungen, **gesetzliche Voraussetzungen** für die weitergehende **campusübergreifende Zusammenarbeit** zu formulieren. Das ist ein Punkt, den auch Vorrednerinnen und Vorredner schon angesprochen haben. Das Klinikum wird ein Zentrum oder mehrere campusübergreifende Zentren bilden können, wenn hierfür wirtschaftliche, strukturelle oder wissenschaftliche Gründe vorliegen. Es ist doch ganz klar, dass knappe Ressourcen so besser übergreifend eingesetzt werden können. Die Bündelung von Kompetenzen kann anders genutzt werden, und auch die Krankenversorgung kann sich dadurch verbessern. Auch dies geschieht in dieser neuen und jetzt geeinten Struktur in Absprache mit den Hochschulen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, gemeinsam haben wir die Eckpunkte für die Neuausrichtung der Hochschulmedizin formuliert und die universitäre Spitzenmedizin in Schleswig-Holstein an zwei Standorten gestärkt. Natürlich, und das ist richtig so, haben sich die Hochschulen über den Beschluss des Finanzausschusses sehr gefreut. Auch ich als zuständige Wissenschaftsministerin fand ihn gut und richtig. Es ist gut, wenn ich um die gute und starke **Unterstützung des Parlaments** für den **Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein** weiß. Der Finanzministerin war es wichtig, dass sich der Finanzausschuss gleichzeitig zu notwendigen **alternativen Konsolidierungsmaßnahmen** bekannt hat. Die Landesregierung wird in dem nächsten Bericht an den Stabilitätsrat entsprechende Konkretisierung melden. Das Verfahren dazu war eben in der Debatte ein bisschen strittig, aber der Inhalt ist klar, nämlich dass wir uns der Verantwortung nicht entziehen.

Etwas irritiert war ich über das, was in den letzten Dreiminutenbeiträgen gesagt wurde. Ja, das UKSH bleibt weiter in der Pflicht. Die Roadmap liegt auf dem Tisch. Ehrlich gesagt, ich bin zuversichtlich,

(Ministerin Kristin Alheit)

dass wir unsere Ziele auch hier Schritt für Schritt erreichen werden. Ich glaube, eigentlich sind wir uns hier im Haus einig, dass es unser gemeinsames Interesse sein muss, das Defizit des UKSH abzubauen. Die Meldung dort ist tatsächlich Teil des Abbaupfades. Daher ist sie nicht annähernd mit dem gleichzusetzen, was hier zu skandalisieren versucht worden ist.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Ja.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Vielen Dank. - Frau Ministerin, machen Sie sich das Best-Case-Szenario zu eigen? Denn als solches würde ich die Annahmen des Vorstands des UKSH beschreiben. Das bedeutet das Eintreffen sämtlicher Voraussetzungen auf Bundesebene, die der Vorstand vorgegeben hat, nämlich ein höherer bundeseinheitlicher Basisfallwert, Versorgungszuschläge beziehungsweise ein Maximalzuschlag für die Versorgung von Menschen in Einrichtungen der Maximalversorgung. Machen Sie sich dieses Best-Case-Szenario in Ihrer Betrachtung gerade zu eigen?

- Einen Teil dessen müssen wir uns genau angucken. Ich mache mir zu eigen, dass wir daran arbeiten müssen, das Defizit des **UKSH** abzubauen und dass wir bei dem gemeinsam überlegten und beschlossenen **Abbaupfad** bleiben, um das UKSH vernünftig aufzustellen. Sie haben es selbst angesprochen, ich glaube, das ist unser gemeinsames Ziel. Dieses ist dem Stabilitätsrat gemeldet, und nur darum geht es mir heute.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich abschließend noch sagen: Wir arbeiten die Themen mit Sorgfalt ab, und wir schaffen eine Menge weg.

Präsident Klaus Schlie:

Entschuldigung, Frau Ministerin, aber Herr Abgeordneter Dr. Garg möchte Ihnen eine Zusatzfrage stellen. - Bitte.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Entschuldigen Sie, aber das war nicht meine Frage. Ich habe gefragt, ob Sie sich das Best-Case-Szenario, das konkret vorliegt, zu eigen machen. Sie kennen das Schreiben von Professor Scholz. Ich nehme an, dass Sie sich dieses Best-Case-Szenario schon angesehen haben. Machen Sie sich dieses bei der weiteren Planung zu eigen? Sie müssen doch eine Vorstellung davon haben, wie genau Sie den Weg auf dieser Roadmap als Landesregierung beschreiten wollen. Wenn Sie sich das zu eigen machen, dann akzeptiere ich das so und ziehe meine Schlüsse daraus. Wenn nicht, dann müssen Sie andere Vorstellungen haben.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Herr Garg, ich mache mir, was die 10 Millionen € angeht, unsere Meldung an den Stabilitätsrat, zu eigen, und das, was wir für das UKSH gemeldet haben.

(Beifall SPD und SSW)

Lassen Sie mich mit dem Satz enden, dass meine Vorstellung davon ist, dass wir keine Baustellen vererben, sondern tragfähige und zukunftssichere Lösungen schaffen, denn das muss unser gemeinsames Ziel sein. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 5 Minuten überzogen. Diese Zeit steht nun allen anderen Fraktionen als Redezeit zur Verfügung. Zuerst hat sich Herr Abgeordneter Christopher Vogt gemeldet. - Bitte.

(Zurufe)

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident, ich brauche die fünf Minuten Redezeit nicht, und der Fraktionsvorsitzende hatte sicherlich etwas anderes befürchtet als mich. - Meine Damen und Herren, ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil wir es leider nicht hinbekommen haben, zu diesem Punkt eine gemeinsame Vorlage vorzulegen. Verfahrenstechnisch bitte ich darum, dass die Anträge als eigenständige Anträge betrachtet und entsprechend abgestimmt werden. Ich bitte darum, dass der erste Satz aus dem Koalitionsantrag gesondert abgestimmt wird, denn diesem

(Christopher Vogt)

Satz können wir zustimmen. Das ist ja nur der Verweis auf den Beschluss des Finanzausschusses, der am letzten Donnerstag einstimmig getroffen wurde.

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen, den ich auch schon in meinem Redebeitrag angesprochen habe. Kollege Andresen hat versucht, mir ein bisschen die Skepsis zu nehmen. Es betrifft die Einigung mit den Hochschulen und mit dem UKSH bezüglich der **Zusammenlegung** und der **Zusammenarbeit**. Herr Andresen, Sie haben versucht, dies als eine tolle Aktion darzustellen, bei der man keine Befürchtungen haben müsse. Ich weise darauf hin, dass zumindest meiner Fraktion die Eigenständigkeit der Universität Lübeck und das eigenständige Profil sehr wichtig sind.

Ich bin sehr beunruhigt über das, was der Kollege Jürgen Weber hier zum Besten gegeben hat. Er hat aus den Reihen von SPD und Grünen relativ viel Applaus bekommen. Er hat gesagt, man müsse gucken, ob im Bereich der **Medizinischen Fakultäten** durch **Zusammenlegungen** nicht auch Geld einzusparen sei, das dann nicht in den unterfinanzierten Medizinischen Fakultäten verbleiben solle, sondern andere unterfinanzierte Hochschulbereiche finanzieren solle.

Liebe Leute, es geht darum: Wir haben hier vor einiger Zeit ein **Stiftungsgesetz** verabschiedet. Wie soll die **Universität Lübeck** unter solchen Voraussetzungen und bei solchen Wortbeiträgen Stifter für sich einwerben, wenn gleichzeitig gedroht wird, Geld werde hintenherum wieder herausgezogen? Davor warne ich ausdrücklich.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Christopher Vogt [FDP]:

Na gut.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege Vogt, gestatten Sie mir zwei Bemerkungen.

Zum einen hat der Kollege Weber völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass es bei dem zweitgrößten Universitätsklinikum in der Bundesrepublik, das wir mit zwei Standorten haben, mit schwierigen Vorgaben in der Frage, wie wir das Defizit abbauen können, nicht von allein geschieht, dass man über Synergieeffekte an den Hochschulen und an den Fakultäten nachdenkt, sondern dass es dazu der Mitwirkung und der Gespräche mit der Politik braucht. Nur darauf hat er hingewiesen, und das hat in der Tat unsere Zustimmung. Sie können sich hier nicht hinstellen und uns anmahnen, Defizite abzubauen, jedoch nichts richtig zu finden, das dazu beitragen kann, dass das auch gelingt. - Das war die erste Bemerkung, die ich machen wollte.

Meine zweite Bemerkung ist diese: Wir haben nichts dagegen, über den ersten Satz gesondert abzustimmen. Wir haben nur deshalb auf den Finanzausschuss verwiesen, weil wir nicht vorhaben, künftig hier im Parlament über Details von Meldungen an den Stabilitätsrat zu diskutieren. Das kann von der Regierung geleistet werden; denn das ist Regierungsarbeit. Darüber kann auch im Finanzausschuss berichtet werden, in den das gehört. Wir unterstützen den Beschluss des Finanzausschusses, wollten ihn aber nicht ersetzen. Insofern können wir über den ersten Satz gern auch gemeinsam abstimmen.

- Herr Kollege Stegner, das war zwar ein netter, aber leider erfolgloser Versuch, den Beitrag des Kollegen Jürgen Weber zu relativieren; denn er hat genau das gesagt, was ich hier wiedergegeben habe. Das ist für die Entwicklung der Medizinischen Fakultät in Lübeck nicht förderlich. Ich glaube, dass das ein Problem ist. Das muss innerhalb der Koalition geklärt werden. Aber, wie gesagt, wir stimmen Ihrem ersten Absatz durchaus zu, weil wir heute ein gemeinsam getragenes Signal hinbekommen wollen, damit die Medizinischen Fakultäten der Universitäten für die nächsten Jahre Planungssicherheit haben. Genau dies aber wird durch solche Beiträge wieder infrage gestellt. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Jetzt hat der Herr Abgeordnete Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Vogt, ich hätte Sie vielleicht nicht fragen sollen, ob Sie den Bericht des Wissenschaftsrates kennen, sondern ich hätte fragen sollen, ob Sie ihn gelesen haben.

(Martin Habersaat)

(Christopher Vogt [FDP]: Anders als Sie lese ich die Vorlagen!)

- Dann bin ich beruhigt. Aber dann haben Sie sicherlich festgestellt, dass sich der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen unter anderem darauf bezieht - das steht auf Seite 11 -, dass die **Hochschulmedizin in Kiel und Lübeck** zwar viele herausragende und wichtige Partnerschaften hat, dass aber gerade Kiel und Lübeck miteinander keine besondere **Partnerschaft** verbindet. Insofern empfiehlt der Wissenschaftsrat einen Schritt nach vorne.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Er empfiehlt des Weiteren - das finden Sie auf Seite 18 -, dass man diese Partnerschaft auf dem Wege erreichen sollte, dass sich autonome Partner untereinander abstimmen. Insofern ist Ihre Sorge relativ unbegründet.

Wir haben einmal mehr Parlamentsgeschichte geschrieben, indem wir genau das getan haben, was wir immer tun. Sie werfen uns vor, uns ständig auf die Vergangenheit zu beziehen, um sich dann im nächsten Redebeitrag auf die Vergangenheit zu beziehen. Da hören wir von Ihnen, wir sollten uns nicht immer auf 2010 konzentrieren und berufen, sondern auch einmal nach vorne gucken. Das ist durchaus ein berechtigter Einwand. Ich habe in meiner Rede deswegen deutlich den Schwerpunkt auf **Wissenschaftspolitik der nächsten Jahre** gelegt. Zugleich jedoch erzählen Sie uns etwas aus der Zeit, in der der Kollege Stegner noch Staatssekretär war, was aber noch deutlich weiter zurückliegt als vier Jahre.

Ich kann nicht stehenlassen, dass der Kollege Koch es schafft, sich hier hinzustellen und zu sagen: „Sie brechen Ihren Koalitionsvertrag. Das hätten wir mit unserem nie getan!“ - Herr Koch, in Ihrem Koalitionsvertrag findet sich der Satz: „Wir wollen unsere Hochschulen“ - alle Hochschulen meinen Sie da - „unterstützen und fördern.“ Mit diesem Satz im Koalitionsvertrag sind Sie in Lübeck losmarschiert und wollten die Medizinerausbildung streichen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Tobias Koch [CDU])

In Ihrem Koalitionsvertrag stand auch: „Das Land unterstützt die Hochschulen bei Fortsetzungs- und Neuanträgen zur Exzellenzinitiative und stellt die notwenigen Komplementärfinanzierungen bereit.“ Fragen Sie doch einmal Ihren Kollegen Wiegard, ob er die notwendigen Komplementärfinanzierungen bereitstellen wollte.

In Ihrem Antrag steht: „Das Land nimmt seine Verantwortung für künftige Studienbewerberinnen und -bewerber wahr und beteiligt sich gemäß der geltenden Bund/Länder-Vereinbarung am Hochschulpakt.“ Ihre Koalition hat darüber debattiert, Studienplätze an andere Bundesländer zu verscherbeln und sich nicht daran zu beteiligen.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Der größte Gag von allen ist dieser: Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag geschrieben: Wir wollen unsere Schulen bedarfsgerecht ausstatten.

(Lachen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das lasse ich einfach einmal so stehen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Habe ich es neulich in der Zeitung richtig gelesen, dass sich der Herr Kollege Habersaat vorstellen könnte, eventuell doch Studienplätze zu reduzieren? Oder sind Sie da falsch zitiert worden?

Aber das war nicht der Grund für meine Wortmeldung, und dazu lasse ich auch keine Zwischenfrage zu; denn ich hatte mich gemeldet, um noch einmal auf die Antwort der Ministerin einzugehen.

(Unruhe SPD)

- Also gut, gern.

Präsident Klaus Schlie:

Wollen sie jetzt also doch eine Zwischenfrage zulassen?

Tobias Koch [CDU]:

Ja, dann doch gerne.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte schön.

(Präsident Klaus Schlie)

Martin Habersaat [SPD]: Ich möchte eine Bemerkung machen, die aus zwei Teilen besteht.

Ja, Sie haben das in der Zeitung gelesen. - Das ist Teil eins.

Den Teil zwei haben Sie vorhin gehört, als ich am Rednerpult stand: Diese Regierung will keine Studienplätze abbauen und verhandelt im Gegenteil im Rahmen des Hochschulpaktes mit den Hochschulen über den Ausbau der Zahl der Studienplätze.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Tobias Koch [CDU]:

Dann begrüße ich es sehr, dass Sie auch diese Überlegung schnell wieder zurückgezogen haben, Herr Kollege Habersaat, die Sie in Ihrer Partei selber angestellt haben.

Gemeldet hatte ich mich aber in der Tat, um noch einmal auf die Antwort der Ministerin auf meine Zwischenfrage einzugehen. Ich glaube, wir haben schon richtig herausgearbeitet, dass es nicht um eine Konkretisierung, sondern um eine komplett **neue Maßnahme** geht, die Sie als Ersatz an den **Stabilitätsrat** gemeldet haben.

(Beifall CDU und FDP)

Sie versuchten sich aber dann in die Begründung zu flüchten, Sie seien ja gezwungen gewesen, die 20 Millionen € zu konkretisieren.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Welche Millionen?)

- Ich meine die Millionen, die an den Stabilitätsrat gemeldet waren. Die Frage ist aber: Wann wurden diese Millionen gemeldet? Die 20 Millionen € tauchten zum ersten Mal in der **Meldung** an den Stabilitätsrat vom **Oktober 2012** auf. Da stellt sich die Frage: Wer hat denn da regiert, und wer hat denn das mit den 20 Millionen € an den Stabilitätsrat gemeldet? Das waren doch Sie. Sie mussten also Ihre eigene Meldung konkretisieren.

Die **Vorgängerregierung** hat keinen einzigen Euro Einsparung bei den Hochschulen an den Stabilitätsrat gemeldet. Das war lediglich ein **Prüfauftrag**. Richtig ist aber, dass Sie 20 Millionen € gemeldet haben. Sie mussten das konkretisieren, was Sie selber vorgeschlagen hatten. Das ist Ihr Problem, und das haben Sie vorhin leider wiederum falsch dargestellt. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte, dass im Protokoll festgehalten wird, dass die Ministerin auf meine zweite Zwischenfrage geantwortet hat, sie mache sich die Meldung an den Stabilitätsrat zu eigen.

(Zurufe SPD)

Da können Sie noch so aufgeregt dazwischenrufen. Aber das heißt explizit: Sie machen sich das Best-Case-Szenario des Vorstandes des UKSH zu eigen.

Ich bin dankbar dafür, dass der Staatssekretär der Finanzen in der letzten öffentlichen Finanzausschusssitzung dazu gesagt hat, dass sich das Finanzministerium dieses **Best-Case-Szenario** vernünftigerweise nicht zu eigen macht. Wenn Ihre weitere Gesundheitspolitik - Sie sind ja jetzt für die Krankenhäuser und für das UKSH verantwortlich - auf dieser Basis orientiert ist, dann - -

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Doch, sie hat gesagt, sie mache sich die Meldung an den Stabilitätsrat zu eigen. Diese 10 Millionen € Effizienzgewinn bedingen mindestens eine Effizienzrendite von rund 60 Millionen €, und die kommt nur unter Best-Case-Szenario zustande.

(Unruhe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das mag Ihnen jetzt nicht gefallen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, jetzt gibt es eine Reihe von Zwischenfragen. Sind Sie bereit, diese zuzulassen?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ja, selbstverständlich.

Präsident Klaus Schlie:

Dann ist zuerst der Herr Abgeordnete Matthiessen an der Reihe.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meine Zwischenfrage ist eigentlich mehr eine Bemerkung, weil Sie gesagt haben, die Äußerungen der Ministerin mögen hier zu Protokoll genommen werden. Ist Ihnen bekannt, dass hier allgemein, auch über

(Präsident Klaus Schlie)

Zwischenrufe und Beifallsbekundungen, Protokoll geführt wird, sodass Ihre Anmerkung eigentlich „gaga Garg“ nicht erforderlich war?

(Heiterkeit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ich bedanke mich ausdrücklich für diesen hilfreichen Beitrag. Der ändert aber trotzdem nichts an der Tatsache, dass ich hier festgehalten wissen will, dass ich die Aussage der Frau Ministerin genauso verstehe, wie ich das jetzt in meiner Rede, die ebenfalls protokolliert wird, zusammengefasst habe, Herr Kollege Matthiessen. Da wir ja beide schon eine recht lange Zeit im Landtag vertreten sind, bedanke ich mich noch einmal herzlich für Ihren Hinweis, dass hier Protokoll geführt wird.

Präsident Klaus Schlie:

Nunmehr wünscht der Herr Kollege Dr. Stegner, eine Zwischenfrage zu stellen.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ja, bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Garg, ich möchte mich mehr mit dem Inhalt und der Form Ihrer Behauptung gegenüber der Wissenschaftsministerin auseinandersetzen. Das erinnerte mich an die Logik, die sich dann äußert, wenn vor Gericht ein Angeklagter gefragt wird: „Geben Sie zu, dass Sie Ihren Partner geschlagen haben? Antworten Sie mit Ja oder Nein.“

Das ist nicht das, was die Wissenschaftsministerin hier gesagt hat.

(Zurufe CDU und FDP)

Die Wissenschaftsministerin hat gesagt, sie macht sich die Meldung an den Stabilitätsrat zu eigen, dass wir dort 10 Millionen € einsparen wollen. Sie hat sich mitnichten zu irgendwelchen Szenarien geäußert, optimistisch oder nicht. Sie wissen selber oder sollten es als ehemaliger Gesundheitsminister zumindest wissen, dass die Frage, ob wir am Ende bei einem Defizit beim UKSH landen, von sehr vielen Faktoren abhängt, zum Beispiel von der Frage der bundesweiten Rahmenbedingungen für die Hochschulmedizin, von der Frage von Synergieeffekten bei den Investitionen in die Hochschule und auch von der Frage, die der Kollege Weber - dessen Beitrag hier anders dargestellt worden ist als das, was er gesagt hat - angesprochen hat. Hier spielen ganz verschiedene Punkte eine Rolle.

Ja, wir als Koalition - und zwar die gesamte Koalition - haben uns dazu bekannt, dass wir als Träger des Universitätsklinikums das auszugleichen haben. Aber wir sind auch optimistisch, dass es uns gelingen kann, die Defizite zu reduzieren. Daran arbeiten wir nämlich im Gegensatz zu unserer Vorgängerregierung.

- Herr Dr. Stegner, ich respektiere und schätze ausdrücklich, wie sehr Sie sich gerade vor die Wissenschaftsministerin werfen und versuchen, sie zu verteidigen. Ich will Sie nur darauf hinweisen, dass es keine Frage wie vor Gericht ist: Haben Sie Ihre Frau geschlagen, ja oder nein? - Sondern es ist eine Frage der Grundrechenarten. Wir beide wissen ganz genau, dass es nicht nur darum geht, das Defizit zu reduzieren, sondern es geht dabei um die Erwirtschaftung einer Effizienzrendite im Laufe eines Prozesses, den wir alle gemeinsam - bis auf die Piratenfraktion - im letzten Herbst so miteinander vereinbart haben. Da geht es um weit mehr als das, was Sie gerade versucht haben, uns glauben zu machen.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Nunmehr möchte der Kollege Rother Ihnen eine Frage stellen.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ja, selbstverständlich.

Thomas Rother [SPD]: Herr Dr. Garg, ich schätze Sie als fleißigen Abgeordneten und gehe davon aus, dass Sie die Unterlagen für die nächste Sitzung des Beteiligungsausschusses zum UKSH schon gelesen und vielleicht auch einen Blick in den Wirtschaftsplan für 2015 geworfen haben, dort auch auf die Entwicklung des Defizits. Den Betrag darf man ja nicht nennen, es ist alles vertraulich.

Würden Sie mir zustimmen, dass dort unabhängig von der Frage einer Effizienzrendite zur Reduzierung des Defizits ein Betrag aus-

(Dr. Heiner Garg)

gewiesen ist, der etwas mit der Meldung an den Stabilitätsrat zu tun haben könnte?

(Christopher Vogt [FDP]: Dazu darf er nichts sagen!)

- Ich stimme Ihnen erstens zu, dass es sich dabei um vertrauliche Unterlagen handelt. Zweitens möchte ich auf den nicht vertraulichen Brief oder das nicht vertrauliche Schreiben des Vorstandsvorsitzenden des UKSH, Professor Jens Scholz, hinweisen, in dem er explizit die Annahmen durchdekliniert - also das, was er unter Roadmap versteht -, unter denen das UKSH am Ende zu einem ausgeglichenen Ergebnis kommt. Das sind genau die Annahmen, die ich als Best-Case-Szenario zusammengefasst habe.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Aber das hat doch gar nichts damit zu tun!)

Präsident Klaus Schlie:

Wenn ich es richtig verstanden habe, dann war das die Antwort auf die Frage.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ja.

Präsident Klaus Schlie:

Dann dürfen Sie jetzt entweder in Ihrer Rede fortfahren oder die Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze zulassen. - Bitte, Herr Dr. Tietze. Mir scheint, das war ein Ja.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Garg, können Sie sich noch erinnern, dass Herr Scholz in Ihrer Amtszeit als Gesundheitsminister für das UKSH eine Effizienzrendite von 30 Millionen € gemeldet hat? Haben Sie als Gesundheitsminister sich diese Summe damals zu eigen gemacht?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, ist das grausam!)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Sie kennen sicherlich den heutigen Ressortzuschnitt und den damaligen Ressortzuschnitt. Ich mache keinen Hehl daraus: Ich hätte mir gewünscht, für das UKSH verantwortlich gewesen zu sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben es ja gemerkt, die Versuche der Koalitionsfraktionen waren ausgesprochen sportlich und ambitioniert. Es ändert nichts daran, dass Sie jetzt in eine Falle gelaufen sind, dass Sie nämlich jetzt das UKSH dermaßen unter Druck setzen, dass ich Zweifel habe, dass das UKSH am Ende dieses Prozesses mit den Vorgaben, wie Sie sie mit Ihren Zwischenfragen auch noch verschlimmbessert haben, in der Lage sein wird, seine wirkliche Aufgabe tatsächlich zu erfüllen, nämlich Hochschulmedizin und Maximalversorgung. Dann stehen Sie hier vor ganz anderen Diskussionen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte, die wir hier führen, finde ich wirklich beeindruckend, und zwar deshalb, weil Herr Kollege Habersaat bei allen Wortbeiträgen des Kollegen Stegner immer wieder darauf abstellt, dass diese Regierung irgendwelchen Schrott und Mist der **Vorgängerregierung** wegräumen muss, und Sie aber gleichzeitig nicht daran erinnert werden wollen, dass Sie über 30 Jahre **Regierungsverantwortung** in Schleswig-Holstein getragen haben. Das ist vom Debattenstil her nicht ganz vernünftig.

Aber darauf will ich gar nicht eingehen, weil ich denke, dass Sie sich und wir alle uns keinen Gefallen tun, wenn Sie Überlegungen und Abwägungen - Planungen sind es ja noch nicht -, was man machen kann, jeweils damit diskreditieren, dass Sie sagen, es gebe Überlegungen, dieses und jenes zu tun. Dann kommen wir in genau die Situation, die der Kollege Weber beschrieben hat, dass man nämlich keine alternativen Überlegungen mehr anstellen kann, bis man zu einer Entscheidung kommt, weil jede Überlegung, die man anstellt, sofort in den öffentlichen Senkel gestellt werden kann.

Ich will kurz darauf hinweisen: Wir haben nicht geplant, die Universität Lübeck abzuwickeln.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Kollege Stegner, es ist völlig egal. Sie können hier sagen, was Sie wollen. - Selbstverständlich haben wir uns die gleiche Frage gestellt, auch ich als Finanzpolitiker, wie sie der Kollege Andresen aufgeworfen hat. Wir bilden 25 % mehr **Mediziner** aus, als Schleswig-Holstein selber benötigt. Das sind die **teuersten Studienplätze**, die man sich vorstellen kann. Wir haben damals schon gefragt,

(Wolfgang Kubicki)

wie der Kollege Andresen auch heute gefragt hat: Können wir andere Länder daran beteiligen? - Die anderen Länder haben Nein gesagt. Das werden sie auch wieder tun, Herr Kollege Andresen. Sie werden wieder Nein sagen. Die spannende Frage ist jetzt: Wenn wir von vornherein erklären: „Egal was passiert, wir behalten die Studienplätze“, dann müssen wir mit den anderen Ländern gar nicht mehr reden. Das ist eine Frage der Verhandlungsposition.

Wir haben festgestellt, dass wir damit 10.000 andere Studienplätze in Schleswig-Holstein finanzieren könnten, wenn wir die 25 % zusätzlichen Medizinstudienplätze einsparen würden. Überlegungen! Die gleiche Überlegung müssen Sie logischerweise anstellen. Wir laufen jetzt alle in die Falle, dass jede gedankliche Bewegung in diese Richtung sofort als Abkehr von Zusagen, als nicht sachgerecht und was auch immer denunziert werden kann. Das ist äußerst gefährlich, Herr Kollege Dr. Stegner.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise Zwischenbemerkung des Herrn Dr. Stegner?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich. Wir sollen ja einen neuen Stil pflegen, Herr Präsident.

(Heiterkeit)

Präsident Klaus Schlie:

Bitte schön.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich versuche einmal, so zu fragen, wie Sie es immer tun, Herr Kollege Kubicki. Sie fragen ja immer: Habe ich Sie richtig verstanden? - Habe ich Sie also richtig verstanden, dass Ihre Planung damals, was die Uni Lübeck angeht, von den Menschen so verstanden wurde, dass sie aus Dankbarkeit sozusagen mit Fackelzügen, mit schwarz-gelben Demonstrationen, demonstriert haben?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Kollege Dr. Stegner, Sie haben mich dahin gehend richtig verstanden, dass Sie maßgeblich daran mitgewirkt haben, die Menschen aus politischem Interesse auf die Straße zu bringen. Das ist definitiv richtig so. Wollten die mehrere hundert Pflegekräfte, die gestern vor dem Landeshaus demonstriert haben, Ihnen für die Pflegekammer Dank sagen?

(Beifall FDP und CDU)

Wir können das in gleicher Weise. Sie sind in einer Situation und kommen deshalb und sagen: Machen Sie doch **Vorschläge**. - Nein, jetzt kommt die Finanzministerin und macht Vorschläge, wo sie denn sparen will. Dann werden wir sagen: Ach, ist das sozial gerecht, ausgewogen, vernünftig? Entspricht das dem, was Sie gesagt haben? - Wir warten jetzt. Das Füllhorn des Geldes, das Sie ausgegeben haben, ist zu Ende. Wir hätten die 2 Milliarden € selbstverständlich auch ausgegeben und nicht den Reichen geschenkt, wie Sie insinuieren wollen, und zwar für vernünftige Politik in Bildung, Wissenschaft und was auch immer. Gehen Sie davon aus: Sie sind jetzt am Zuge und müssen versuchen zu erklären, warum Ihre vollmundig verkündeten Dinge finanziell nicht mehr unterlegt werden können. Wir warten da schlicht und ergreifend ab.

(Beifall FDP und CDU)

Aber eines muss sicher sein: Wir können die vielfältigen Aufgaben, die wir in diesem Land haben, Frau Ministerin, und die finanziellen Mittel, die wir übersehen können, trotz der Erwartung, dass andere uns Geld schenken werden - diese Erwartung wird sich kaum erfüllen -, nur bewältigen, wenn wir endlich damit aufhören, unterschiedliche Überlegungen bereits als feste Grundsätze zu legen und die anderen politischen Entscheidungsträger in dieser Art und Weise öffentlich zu diskreditieren.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das gilt für alle!)

- Das sage ich doch gerade: Das gilt für alle.

(Martin Habersaat [SPD]: Dann seid ihr euch in dem Fall einig!)

Frau von Kalben, Sie kommen immer und sagen: Wir erwarteten jetzt von der Opposition, dass sie sich vernünftig verhält. - Aber in jeder Rede des Kollegen Stegner tauchen Überlegungen auf, die nie zur Grundlage politischer Entscheidungen gemacht worden sind, mit der Erklärung: Sie wollten doch! - Das ist das Unvernünftige. Wir lassen es schlicht und ergreifend nicht mehr zu, auf diese Art und Weise denunziert zu werden.

(Beifall FDP und CDU)

Wir erwarten - deshalb fand ich den Beitrag des Kollegen Weber in der Sache angenehm, im Stil sowieso immer schon -, dass wir vernünftigerweise über **verschiedene Modalitäten** zunächst reden

(Wolfgang Kubicki)

können, um zu einer vernünftigen Entscheidung zu kommen, ohne dass von vornherein die Überlegungen als unsozial, ungerecht und nicht vernünftig diskreditiert werden. Sonst kommen wir in diesem Land nicht weiter. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kubicki. - Ich danke Ihnen auch sehr, dass wenigstens Sie schon die öffentliche Forderung von mir nach einem sachlichen Debattenstil aufgegriffen haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Stegner meint Sie ja und nicht mich!)

Das trägt zur Entlastung bei.

Meine Damen und Herren, wir haben noch eine Reihe von Wortmeldungen. Wir sollten den Versuch unternehmen, sie sachlich abzuarbeiten. - Der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat, ist der Abgeordnete Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass uns diese Debatte über die Vergangenheit - das sage ich in alle Richtungen - nicht weiterhilft.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Uli König [PIRATEN])

Ich glaube, dass wir uns ein bisschen weniger damit beschäftigen sollten, wer an welcher Meldung schuld war. Ich will dazu nur einen Satz sagen: Die **Meldung an den Stabilitätsrat**, auch vom Volumen her, stammt von unserer Koalition. Das will ich ausräumen. Das kann man schnell nachlesen. Das sieht man, wenn man die Berichte miteinander vergleicht.

Herr Kollege Koch, es stimmt aber auch, dass Sie im Bereich der **Studienplätze** eine Maßnahme gemeldet haben, als **Prüfung**. Das ist richtig. Die Prüfung hätte aber einen Abbau von Studienplätzen ergeben können. Sie hätten irgendwann einmal sagen müssen, was das volumenmäßig bedeutet hätte. Sie hätten nicht ewig etwas melden können, ohne es mit Zahlen zu unterfüttern. Auch Sie hätten irgendwann einmal **Zahlen** präsentieren müssen. Das heißt nicht, dass Sie dort gelandet wären, wo wir gelandet sind. Aber man spart einen Teil der Wahrheit aus, wenn man das ausblendet und so tut, als hätte das alles nichts mit der eigenen Politik zu tun gehabt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mir ist es wichtig, darauf hinzuweisen. Vielleicht spart man in Zukunft ein wenig mit Vorwürfen. Ich glaube, die Leute draußen wissen ganz gut, wer wann was gemacht hat. Ob die Leute in Lübeck das immer so wahrnehmen wie Sie, Herr Kubicki, sei dahingestellt. Nichtsdestotrotz bin ich der Meinung, dass wir das hier nicht immer kommentieren müssen. Sie sind dort übrigens ausgepfiffen worden; aber das lasse ich jetzt hier einmal weg.

Ich möchte noch etwas anderes sagen. Es geht um **Synergien** im Bereich der **Hochschulmedizin**. Herr Kollege Vogt, Ihr Wortbeitrag hat mich ein bisschen überrascht; denn Sie haben hier sehr deutlich gesagt, dass solche Synergien eigentlich nicht möglich sind, dass Kooperationen eigentlich immer den Standortinteressen widersprechen und deshalb Teufelszeug sind. Vielleicht überziehe ich jetzt ein bisschen.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja! Ein bisschen! Ein kleines bisschen!)

Aber so habe ich das aus Ihren Beiträgen herausgelesen.

(Christopher Vogt [FDP]: Dafür kann ich nichts!)

Ich habe auch wahrgenommen, dass Ihr Fraktionsvorsitzender ein bisschen anders argumentiert hat. Ich würde es schlimm finden, wenn es so wäre, wie Sie gesagt haben.

Wir Grüne haben letzte Woche deutlich gesagt: Wir wollen im Bereich der **Hochschulmedizin keine Kürzungen** vornehmen. Das heißt für uns - das ist ja ein eigenständiger Titel im Haushalt; das hat ja nichts mit den Globalzuschüssen an die Hochschulen zu tun -, dass dieser Titel nicht abgesenkt wird. Das heißt, wir nehmen keine Kürzungen im Bereich der Hochschulmedizin vor. Gleichzeitig sagen wir aber auch, dass die Mittel, die jetzt in die Hochschulmedizin fließen, aus unserer Sicht effizienter eingesetzt werden können. Wenn dazu Kooperationen zwischen verschiedenen Standorten möglich sind, dann haben wir damit kein Problem - inzwischen regen die Uni-Präsidien ja selbst solche Kooperationen an -; im Gegenteil: Wir freuen uns darüber, dass es zu **Strukturverbesserungen** kommt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Andresen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Kollege Andresen, dazu gibt es von mir im Kern keinen Widerspruch. Ich habe nur auf einen speziellen Punkt hingewiesen. Dabei habe ich den Kollegen Weber angesprochen, der hier gesagt hat: Man muss im Hochschulmedizinbereich Effizienzgewinne erwirtschaften, damit von diesen Effizienzgewinnen andere Hochschulbereiche profitieren können. Das ist genau der Punkt, über den wir uns ausgetauscht haben. Ich respektiere diese Meinung; ich bin nur einer anderen Meinung. Ich glaube, dass die Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein trotz knapper Finanzierung ein gutes Renommee hat und in diesem Bereich gute Arbeit geleistet wird. Durch massive Drittmitteleinwerbung, die bis an die Grenze des Möglichen geht, kann sie sich ordentlich über Wasser halten.

Genau das wollten wir heute aber nicht vereinbaren. Wir wollten keine Diskussion darüber führen, dass wir Geld aus dem Hochschulmedizinbereich herausholen, um es anderen Bereichen zu geben. Ich habe gedacht, dass wir uns darüber einig sind. Offenbar ist das nicht der Fall. Das habe ich kritisiert, mehr nicht.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich glaube, dass wir uns zumindest in dem Punkt gar nicht so uneinig sind. Ich habe den Kollegen Weber ein bisschen anders verstanden. Dazu haben auch andere Kollegen, zum Beispiel der Kollege Habersaat, gerade schon etwas gesagt.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Antrag. Wir bekräftigen gleich noch einmal den Beschluss des Finanzausschusses. Diesbezüglich sind Sie - so habe ich den Verfahrensantrag von Ihnen jedenfalls verstanden - mit dabei. Auch der Punkt zur Hochschulmedizin ist in dem Beschluss des Finanzausschusses deutlich geregelt worden. Da wir diesen Antrag zumindest in diesem Punkt gleich wohl gemeinsam verabschieden werden, habe ich keinen Zweifel daran, dass unsere inhaltliche Meinung hierzu gleich vom Parlament bestätigt wird.

Ich glaube, dass die Debatte in der nächsten Zeit noch einmal spannend werden könnte. In der vergangenen Woche hat diese Debatte sehr viel Aufmerksamkeit erfahren. Auch hier im Saal erfährt dieses Thema sehr viel Aufmerksamkeit. Ich würde mir wünschen, dass diese Aufmerksamkeit auch dann vorhanden ist, wenn es konkret um den Gesetzentwurf und die Feinheiten geht. Die Hochschulmedizin in diesem Land hätte, unabhängig davon, ob es um Kiel oder Lübeck geht, diese Aufmerksamkeit verdient. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe überhaupt gar keine Probleme damit, wenn wir uns hier im Plenum darüber austauschen, wer wofür wann im Bereich der Hochschulen Verantwortung getragen hat. Was aus meiner Sicht aber nicht geht, ist, dass uns die Landesregierung über Sachverhalte in Ausschüssen und Plenum unterschiedlich informiert.

(Beifall CDU und FDP)

Deswegen halte ich fest: Die Finanzministerin hat im Ausschuss explizit erklärt, dass die Einsparung von 20 Millionen € im Oktober 2012 erstmals an den Stabilitätsrat gemeldet wurde. Die Sozial- und Wissenschaftsministerin hat eben in ihrer Rede erklärt, dass sie eine **Einsparung**, die die Vorgängerregierung an den **Stabilitätsrat** gemeldet hat, konkretisieren musste. Deswegen, Herr Ministerpräsident, erwarte ich von Ihnen, dass Sie jetzt hier im Plenum richtigstellen, ob das, was Frau Heinold im Ausschuss erklärt hat, richtig war oder das, was Frau Alheit hier eben im Plenum erzählt hat. Ich möchte, dass das richtiggestellt wird.

(Beifall CDU und FDP - Birgit Herdejürgen [SPD]: Das kannst du doch in den Berichten nachlesen! Meine Güte!)

(Daniel Günther)

- Ich will mir nicht die Berichte angucken; ich möchte, dass Sie uns hier richtig informieren.

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich schlage vor, abweichend von der Geschäftsordnung den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. Widerspruch sehe ich nicht. - Dann werden wir so verfahren.

Ich lasse also zunächst über den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/2619, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Wortmeldung Uli König [PIRATEN])

- Wir sind eigentlich mitten in der Abstimmung. - Noch einmal kurz zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter König, bitte.

Uli König [PIRATEN]:

Herr Präsident, ich hatte beantragt, ihn für erledigt zu erklären.

Präsident Klaus Schlie:

Ich habe das wahrgenommen. Da unsere Geschäftsordnung das in der Form nicht vorsieht, werden wir jetzt, wie von mir eben schon angesprochen, Herr Abgeordneter König, in der Sache abstimmen. Wer also dem FDP-Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP, CDU und zwei Abgeordnete der PIRATEN.

(Zuruf PIRATEN: Drei!)

- Pardon: drei Abgeordnete der PIRATEN. - Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist der Abgeordnete Dr. Breyer. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/2653, abstimmen, und zwar, wie beantragt, zuerst einmal über den Satz 1 des Antrags:

> „Der Landtag bekräftigt den einstimmigen Beschluss des Finanzausschusses vom 15.01.2015 (Umdruck 18/3852).“

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Somit lasse ich über die weiteren Absätze dieses Antrags abstimmen. Wer diesen zustimmen will, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit sind auch diese weiteren beiden Absätze so beschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr und wünsche Ihnen eine erholsame Mittagspause.

(Unterbrechung: 13:39 bis 15:02 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, ich eröffne unsere Tagung wieder.

Ich begrüße Schülerinnen und Schüler der Grund- und Gemeinschaftsschule Viöl-Ohrstedt. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir sind in der Regel auch mehr Abgeordnete. Es sind noch nicht alle aus der Mittagspause zurück. Aber das wird jetzt sicherlich zügig geschehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 39 auf:

Energiewende- und Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein - Eckpunkte und Zeitplanung

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2580

Ich erteile das Wort dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne! Danke für die Chance, zu einem wichtigen Zukunftsthema hier zu berichten. Sie alle wissen, dass die **Energiewende** mehr ist als der Atomausstieg, dass es gleichzeitig darum geht, den CO_2-Ausstoß, den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen, zu bekämpfen und damit den Klimawandel, den wir ja haben, beherrschbar zu machen.

Das ist natürlich ein globaler Prozess, und man kann im Zweifelsfall immer sagen: Was soll ein kleines, aber feines Land wie Schleswig-Holstein

(Minister Dr. Robert Habeck)

dazu beitragen? Diese Fragestellung allein ist allerdings schon eine hilflose. Deswegen sollten wir sie auch gar nicht zulassen, sondern eher tatsächlich überlegen, wie das **Land** selber Vorreiter, aber auch **Impulsgeber** für diese **Debatte** sein kann.

Eine Möglichkeit, die verschiedenen Anstrengungen zu sammeln und zu bündeln und damit auch verpflichtend zu machen, ist, eine eigene **Klimaschutzgesetzgebung** zu schreiben und damit erstmalig in Schleswig-Holstein zu beschließen. Genau das ist das Ziel der Landesregierung und der Plan, den ich jetzt hier in den Eckwerten grob skizzieren möchte, wobei der vom Landtag gewählte Weg die großartige Möglichkeit bietet, dass wir trotz vielleicht vorhandenen Streits in einzelnen Punkten die gute schleswig-holsteinische Tradition fortsetzen, nämlich in der Energiepolitik fraktions- und parteiübergreifend mehr oder weniger gemeinsam voranzugehen und zusammenzubleiben.

Klimaschutzgesetze oder ähnliche Gesetzesvorlagen gibt es bisher in neun Ländern, und zwar aller Couleurs. Das erste richtige Klimaschutzgesetz kam aus Baden-Württemberg noch unter CDU-Führung. In allen Gesetzen ist die Handhabung etwas unterschiedlich. Sie sehen auf Seite 22 ff. des Berichts eine, wie ich finde, sehr interessante **tabellarische Zusammenstellung** darüber, welche **gesetzlichen Mechanismen und Konsequenzen** in den anderen Ländern jeweils gewählt wurden.

Gegen ein Klimaschutzgesetz ausgesprochen hat sich bisher die Bundesregierung. Das kann ich an dieser Stelle nur bedauern. Wenn man diesen globalen Aspekt ernst nimmt und zugrunde legt, dann wäre es natürlich allemal angezeigt, dass mindestens die nationale Ebene die Vorreiterrolle für sich beanspruchen und dort vorangehen würde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Das sage ich auch vor dem Hintergrund dessen, was Agora Energiewende als **Energiewende-Paradox** beschrieben hat. Sie wissen, dass mit einem Ausbau der Erneuerbaren ein steigender Anteil von CO_2 in die Atmosphäre verbunden ist, vor allem durch die Braunkohleverstromung. Ein gesetzlicher Mechanismus, vielleicht ein Kohleausstieg, jedenfalls eine Verpflichtung, auch den CO_2-Ausstoß deutlich zu mindern, wäre eine geeignete Maßnahme.

Der Bericht geht nicht auf Informationen, Beratungen oder finanzielle Förderungen ein. Alle weichen Kriterien werden darin nicht im Detail aufgelistet. Ich will aber ausdrücklich sagen, dass wir alle Maßnahmen, die wir hier auf legislativer Ebene diskutieren, flankieren müssen und auch flankieren werden. Das Land unternimmt im Rahmen seiner Möglichkeiten erhebliche Anstrengungen beziehungsweise versucht auf Bundesebene, darauf Einfluss zu nehmen.

Des Weiteren werden die verschiedenen **Regelungstatbestände** aufgeführt, die wir bisher im **Land Schleswig-Holstein** haben, beginnend beim Dauergrünlanderhaltungsgesetz, und es wird auch auf die Regionalpläne zur Ausweisung der Windeignungsgebiete eingegangen. Sie sehen, wie schnell sich so ein Bericht überholen beziehungsweise ein Bericht in die aktuelle Debatte einschwingen kann. Ich gehe darauf jetzt nicht näher ein, da ja durch den Dringlichkeitsantrag morgen ausführlich Gelegenheit bestehen wird, sich darüber auszutauschen.

In der Substanz selbst schlagen wir mit diesen Eckpunkten - wir würden sie in das vorzulegende Klimaschutzgesetz einpflegen - vor, dass das **Land Schleswig-Holstein** sich selbst verpflichtet, bis 2050 eine **Minderung des CO_2-Ausstoßes** um 95 % vorzunehmen. Damit sind wir an der obersten Grenze dessen, was auf Bundesebene diskutiert wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Wir wollen dies vor allem erreichen - Sie wissen, wie gut wir eigentlich beim Ausbau der Erneuerbaren sind; das ist in der Substanz sozusagen der harte Kern dessen, was wir anstreben -, indem wir die Wärmewende anpacken. Im Wärmebereich besteht das Ziel, dass wir 22 % erneuerbare Energien bis 2025 haben. Das wäre etwa doppelt so viel wie beim Bund. Wir sind etwas besser als der Bund. Das ist eine erhebliche Kraftanstrengung, aber eine, die wir leisten können. Das ist in dem Szenariorahmen im Bericht dargestellt.

Das wollen wir tun, indem wir einen **Systemwechsel** einleiten, der schon mehrfach mit den Fachsprechern diskutiert wurde, nämlich nicht mehr die Einzelbefeuerungsanlagen und das einzelne Haus anschauen, sondern systemisch denken, über Netze, Fernwärme- oder Nahwärmenetze, und die verschiedenen Quellen der erneuerbaren Energien in großvolumige Netzkapazitäten einspeisen. So macht es Skandinavien. So hat es uns Dänemark vorgemacht. Dänemark hat im Wärmebereich jetzt schon einen Anteil an erneuerbaren Energien von 50 %, und das bei gleichen oder schlechteren klimatischen Bedingungen. Dänemark will in den nächsten Jahrzehnten auf 70,75 % kommen. Sie ha-

(Minister Dr. Robert Habeck)

ben einen Vorsprung. Aber wir sollten zumindest versuchen, uns nicht völlig abhängen zu lassen, und den Umstieg in diesem Sinne jetzt voranbringen.

Die **Wärmeversorgung** ist in erster Linie kommunale Angelegenheit. Deswegen ist das Gesetz an dieser Stelle kompliziert. Wir können die Kommunen nur ermutigen, diesen Weg zu gehen, und wollen ihnen Instrumentarien an die Hand geben, diesen Weg zu beschreiten. So schlagen wir in diesen Eckpunkten etwa Ermächtigungen für die Kommunen vor, Wärmenetze und Wärmekartierungen aufzulegen, sowie die Möglichkeit, Daten von Dritten einzuholen. Wir überlegen, ob wir die Amtsordnung ändern können, damit sich auch die kleinen Gemeinden über die Ämter Hilfe im Klimaschutz besorgen können. Wir wollen die Ermächtigung aussprechen, weitere CO_2-Einsparungen verbindlich vorzugeben.

Selbstverständlich - das ist der erste Teil des Berichts; aber ich möchte es hier an das Ende stellen - hat die **Landesregierung** selbst eine Art **Vorbildrolle** zu erfüllen. Das wollen wir auch tun. Unsere Zielzahl ist eine Minderung des CO_2-Ausstoßes um 40 % bis 2020, die vor allem durch Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand erreicht werden soll. Aber damit endet es nicht, sondern wir wollen uns die ganze IT-Versorgung anschauen und die Beschaffung auf Nachhaltigkeit umstellen. Wir wollen bei der Überwindung der Immobilität in einer gewissen Vorreiterrolle vorankommen und so auch unseren Beitrag leisten, dass Schleswig-Holstein sein Ziel, bis 2050 möglichst CO_2-frei zu wirtschaften, erreichen kann. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute und 30 Sekunden überzogen. Diese Zeit steht jetzt allen anderen Fraktionen zur Verfügung.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der SPD-Abgeordnete Olaf Schulze.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! 2014 war das wärmste Jahr in Schleswig-Holstein seit der Wetteraufzeichnung. Dafür gab es von Mitte Dezember 2014 bis Mitte Januar 2015 mehr als vier Wochen keinen Tag ohne Regen. Das monatliche Niederschlagssoll wurde im Januar mit 60 l/m^2 im Landesmittel schon zur Monatshälfte erreicht.

Felder standen unter Wasser, und die Deiche im Binnenland drohten zu brechen. Wetterextreme werden immer häufiger, nicht nur in Schleswig-Holstein. Während es für den Tourismus in Schleswig-Holstein von Vorteil sein mag, einen schönen, warmen und trockenen Sommer zu haben, sind Stürme und Hochwasser für Schleswig-Holstein eine Gefahr. Das Schützen vor **extremen Wettersituationen** wird auch für das Land immer teurer, wie die Schutzmaßnahmen im Deichbau belegen.

Aber nicht nur Schleswig-Holstein ist betroffen. In ganz Europa, in der Welt insgesamt gibt es **Klimaveränderungen**. Der Klimawandel ist in vollem Gang. Nun kommt es darauf an, endlich schnell und konsequent zu handeln. Deshalb möchte ich mich bei der Landesregierung für den Bericht zum Energiewende- und Klimaschutzgesetz herzlich bedanken.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf CDU)

- Ich gehe davon aus, dass Sie, Herr Kollege, sich auch bedanken.

Meine Damen und Herren, auf der einen Seite ist es unerlässlich, dass sich die Regierungen beim **Weltklimagipfel** in diesem Jahr einigen und konkrete Maßnahmen verabreden, die dann auch eingehalten werden. Wir brauchen ein Bekenntnis zum 2-Grad-Ziel, das heißt, den Temperaturanstieg auf 2 °C zu begrenzen. Notwendig ist nach Ansicht der Klimaexperten des Weltklimarates der Abbau der Treibhausgasemissionen um 40 % bis 70 % bis 2050.

Auf der anderen Seite brauchen wir auch ein Bekenntnis in Schleswig-Holstein und hierfür auch konkrete Maßnahmen. Es reicht nicht allein, Klimaschutz global zu denken, nein, **Klimaschutz** fängt vor der eigenen Haustür an oder - noch genauer - bereits im **eigenen Haus**.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Dafür ist es richtig, dass die Landesregierung noch in diesem Jahr ein **Energiewende- und Klimaschutzgesetz** einbringt. Aus dem Bericht geht hervor, dass sich die Landesregierung bei dem Gesetz selbst in die Pflicht nimmt. Der Bericht gibt aber auch einen guten Überblick über die Aktivitäten der Landesregierung, die jetzt schon erfolgen. Flankierend gibt es den jährlichen Energiewende- und Klimaschutzbericht oder die regelmäßigen Sitzungen des Energiewendebeirats.

(Olaf Schulze)

Sechs Bundesländer haben bereits Energiewende- und/oder Klimaschutzgesetze, zwei weitere Länder beraten zurzeit Entwürfe und eines bereitet ein Gesetz vor. Da ist es nur richtig, dass wir uns in Schleswig-Holstein auch auf den Weg machen, vor allem, weil wir Vorreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien sind. Zielsetzung, die wir schon öffentlich genannt haben, wie die Minderung der Treibhausgasemissionen bis 2050 von 80 % bis 95 % - der Minister hat es gerade angesprochen, wir würden gern 95 % hineinnehmen - oder aber, dass wir bis 2025 mindestens 300 % des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien decken wollen, sollten in einem Energiewende- und Klimaschutzgesetz auch rechtlich verbindlich festgelegt werden.

Aber neben der Festschreibung von Zielen bei der Vermeidung von Treibhausgasemissionen bei der Strom- und Wärmeerzeugung und der Förderung der Kommunen bei der Umsetzung von Klimaschutzprojekten erwarten wir Sozialdemokraten auch Ziele beim **Umweltschutz**.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aus unserer Sicht sind gerade **Moore und Wälder** als Kohlenstoffsenken bedeutend für den Klimaschutz. Ihr Schutz sollte in das Gesetz aufgenommen werden. Das wird im Kyoto-Protokoll schon genannt. Gerade wir in Schleswig-Holstein sollten auch hier konkrete Ziele benennen. Ich freue mich auf eine vertiefte Diskussion im Ausschuss und glaube, dass wir die Diskussion auch noch führen werden, wenn wir den konkreten Gesetzentwurf vorliegen haben. Insofern beantrage ich, den Bericht dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen, sodass wir die Maßnahmen vertiefend diskutieren können. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Oliver Kumbartzky [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir haben dem **Berichtsantrag** im Jahr 2013 zugestimmt, dass Sie, Herr Minister, uns einen Bericht zum **Klimaschutz- und Energiewendegesetz** vorlegen sollen. Diesem Berichtsantrag haben wir natürlich zugestimmt. Ich will Ihnen auch begründen, warum.

Aus Ihrem jetzt vorgelegten Bericht aus dem Dezember 2014 geht für uns klar hervor, dass das, was Sie uns geschildert haben, nach wie vor sehr vage bleibt und leider viel Verantwortung auf die Kommunen abgeschoben wird. Wir haben festgestellt, mit welchen **Instrumentarien** wir heute in der Landespolitik in der Lage sind, **Klima- und Umweltschutz** zu verbessern und mit welchen Instrumentarien wir auch die **Energiewende** fördern können. Das ist alles richtig, lehnt sich aber ganz oft an die Ziele an, die wir auch auf Bundesebene verfolgen. Da hätte ich Ihnen - auch Ihnen, Herr Schulze - aus heutiger Sicht empfohlen, auch einmal das Aktionsprogramm der jetzigen Bundesregierung zu genau diesem Thema intensiv zu studieren.

(Olaf Schulze [SPD]: Eine sehr gute Bundesumweltministerin!)

Denn auf Bundesebene - das hätten wir nicht erwartet - sind sie wesentlich weiter als wir hier auf Landesebene, wo wir seit zweieinhalb Jahren versuchen, das zu diskutieren.

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Sie haben zu Recht auch in Anlehnung an die Bundesumweltministerin bekannt gegeben, dass Sie natürlich das 40-%-Ziel der **CO_2-Einsparung** bis 2020 befürworten. Daran führt kein Weg vorbei. Auch dem stimmen wir natürlich uneingeschränkt zu. CO_2-neutral wollen wir in Schleswig-Holstein bis 2015 werden. In der Bundesregierung gibt es ähnliche Sichtweisen. Auch das ist in Ordnung. Sie legen einen Sanierungsplan für Landesliegenschaften vor, einen Leitfaden für nachhaltiges Bauen. Den gibt es auf **Bundesebene** schon. Sie legen vor, wie wir besonders in Landesliegenschaften Erneuerbare installieren und wie wir das fördern wollen.

Konkret werden Sie dabei leider nicht. Das ist auch der Kritikpunkt, der Sie heute aus unserer Sicht treffen muss. Sie geben keine Rahmenbedingungen vor. Sie empfehlen den Kommunen, sie dürften mit einer Ermächtigung Satzungen erstellen, auch auf Amtsebene, wie dann in öffentlichen Gebäuden dort damit umgegangen werden soll. Konkret erklären Sie aber nicht, wie es geht.

Ich will ein Beispiel nennen. Ich bin nach wie vor in der Kommunalpolitik verankert. Wir planen seit etlichen Jahren, in einem großen öffentlichen Gebäude auch tatsächlich einmal so etwas wie eine Kraft-Wärme-Kopplung zu installieren. Die Förde-

(Heiner Rickers)

rung ist schwierig - das können Sie natürlich auf die Bundesebene schieben. Aber selbst die Informationspolitik der Landesregierung oder irgendeine Empfehlung oder Beratung aus öffentlicher Hand ist leider nicht zu bekommen. Daran scheitern wir. Sie können die Stirn runzeln, aber da scheitern wir. Da kommen wir nicht weiter. Das kann aus unserer Sicht nicht der richtige Weg sein.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Rickers, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Heiner Rickers [CDU]:

Ja, sehr gern.

> **Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, ich kann Ihnen in Ihrer Not nur den Förderlotsen der I-Bank empfehlen. Die beraten auch zu BHKW.

- Auch das haben wir getan. Da sollten wir im Zwiegespräch einmal klären, warum es am Ende gescheitert ist. Es gibt auch Aussagen des Ministers, wie die Wärmewende in öffentlichen Gebäuden hier im Land gelingen soll.

Ich kommen eigentlich zu dem **Hauptkritikpunkt**: Herr Minister, was uns fehlt, ist die **große Linie**. Sie beschränken sich auf Landesliegenschaften, Sie beschränken sich natürlich auch auf kommunale Liegenschaften. Sie gehen nicht darauf ein, dass letztendlich die Masse, der große Hebel in der Energiewende, immer nur da liegen kann, wo entweder Erneuerbare erzeugt werden oder wo Energie eingespart wird. Nach wie vor gilt der Satz: Was ist die beste Energie, Herr Matthiessen?

> (Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die, die eingespart wird!)

- Das ist immer die, die eingespart wird, richtig. Das haben wir schon einmal gemeinsam gelernt.

> (Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP] - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Breiter politischer Konsens!)

Auch das ist ein Vorwurf: Sie beschränken sich, Herr Minister, in Ihren Aussagen hier auf die **Wärmewende im öffentlichen Bereich** - bestimmt ein hehres Ziel und ein guter Ansatz. Aber wird das wirklich unser Klima verändern? Schauen Sie sich an, dass wir nicht nur im öffentlichen Bereich, sonders besonders auch im privaten Bereich über 40 Millionen Kraftfahrzeuge auf deutschen Bundesstraßen, Landstraßen, Kreisstraßen und Kommunalstraßen zugelassen haben und dementsprechend auch bewegen. Herr Matthiessen hat im letzten Halbjahr schon einmal über E-Mobilität und Lademöglichkeiten sowie den Ausbau der E-Mobilität berichtet. Dazu ist in Ihrem Bericht relativ wenig vorhanden.

> (Zuruf CDU: Gar nichts!)

Da würden wir uns freuen, wenn Sie auch zu dem Thema **Verkehr auf Straßen**, zurück zur Schiene oder andere Antriebsmöglichkeiten berichten würden. Das wäre ein großer Hebel.

> (Beifall CDU und FDP)

Wenn Sie dann darauf angehen, dass diese Gesetzgebung in anderen Landesparlamenten durchaus mit Zustimmung oder auf Initiative der CDU hin schon umgesetzt wurde, dann will ich Ihnen Beispiele nennen.

Hessen, ganz konkret: **Denkmalschutz** erleichtert, da Solar- und Energieeinspeiseanlagen auf Privatgebäuden besonders durch Denkmalschutz eingeschränkt werden. Was haben wir hier in Schleswig-Holstein erlebt? - Eine Novellierung des Denkmalschutzgesetzes. Der Umbau eines denkmalgeschützten Gebäudes, wenn es um erneuerbare Energien geht, ist damit so gut wie gestorben. Das kann es nicht sein.

> (Beifall CDU und FDP)

Ich will Ihnen ein Beispiel aus Baden-Württemberg und Hessen nennen: **Bauförderung im privaten Bereich** - besonders, wenn es darum geht, dass man Energie einsparen kann. Von Fördermöglichkeiten ist hier in Ihrem Bericht keine Rede. Sie verweisen auf die Kommunen, auf die Kreise oder auf den Bund. Auch das kann es nicht sein.

Auch zu **Bildung** in dem Bereichen Klima- und Umweltschutz steht in dem Bericht relativ wenig.

> (Beifall CDU und FDP)

Noch ein positives Beispiel aus Hessen: die **Genehmigungsoption für Kleinwindanlagen** in einem geschützten Bereich. Das ist bei uns relativ kompliziert. Sie gehen morgen vielleicht noch einmal darauf ein. In Hessen ist das in einem Energiewendegesetz verbessert. Kleinwindanlagen können erleichtert eine Baugenehmigung für Anlagen mit einer Narbenhöhe bis zu 10 m erhalten und dürfen in einem äußerst schlanken Verfahren aufgebaut werden.

Auf Bundesebene gibt es das **Aktionsprogramm Klimaschutz 2020**; das habe ich erwähnt. Dort sind

(Heiner Rickers)

all die Punkte, die wir befürworten, abgearbeitet. Klar ist das kein Gesetz, aber das lässt sich begründen. Man lässt sich den Spielraum. Die Ziele sind gleich. Man wird gemeinsam - das direkt an die SPD - versuchen, das, was man Energiewende nennt, irgendwann für den Bürger bezahlbar zu gestalten. Insofern hoffe ich, dass wir uns in der Ausschusssitzung weiterhin mit dem Thema befassen.

Ich glaube kaum, dass Sie es in den letzten zwei verbleibenden Jahren schaffen, dieses Gesetz auf den Weg zu bringen, wenn Sie in diesem Tempo weitermachen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Herr Präsident! **Energiewende** ist mehr als Strom aus Wind, Sonne und Biomasse. Ich freue mich wirklich sehr, dass die CDU offensichtlich Klimaschutz und Klimawandel zu Kernthemen erhoben hat. Erfreulich! Wenn wir da an einem Strang ziehen können, ist das eine gute Sache.

Natürlich sind **Erneuerbare** im Moment das Topthema. Heute drehen sich 2.510 Windenergieanlagen in Schleswig-Holstein mit einer Leistung von 4,4 GW. Zum Vergleich: Das letzte aktive Atomkraftwerk Brokdorf hat circa 1,4 GW Leistung. Wirtschaftlich bedeutet Windenergie jährliche Investitionen über 1 Milliarde €. Damit liegt die Windenergie weit vor anderen Sektoren unserer Wirtschaft. Und: Das vergangene Jahr war ein Rekordjahr. Erstmals wurde die beeindruckende 100-%-Hürde übersprungen. Wir erzeugen mehr Strom aus Erneuerbaren, als wir in Schleswig-Holstein insgesamt verbrauchen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn man es einmal ein bisschen salopp formulieren kann: Dadurch werden wir alle Grünstromer. Die Energiewende schreitet also voran. Mister Hundert Prozent, das ist Minister Robert Habeck!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zurufe: Oh!)

Aber Energiewende ist mehr als Strom. Wir müssen uns genauso anstrengen - da haben Sie völlig recht - bei Wärme und bei Verkehr. Wir brauchen auch engagierten **Naturschutz**. Der Wald in Schleswig-Holstein bindet 20 Millionen t Kohlenstoff. Eine Steigerung der Holzvorräte ist direkter Klimaschutz. Trockengelegte Moore führen genauso zu massiven Treibhausgasemissionen wie umgebrochenes Weideland. Wir brauchen eine gute Waldpolitik, Moorschutzprogramme, Dauergrünlanderhaltungsgesetz, Knickerlass, Maßnahmen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs, Düngeverordnung - all das dient dem Klimaschutz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wald, Moor, Grünland, Knicks, das sind CO_2-Senken und müssen als solche erhalten bleiben. Insbesondere Sie, liebe Herren von der CDU, hören Sie genau zu: Naturschutz ist Klimaschutz!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Naturschutz bewahrt unsere Zukunft. Naturschutz ist kein Thema, auf dem man politisch rumtrampelt, meine Herren. Naturschutz, die Bewahrung der Schönheit und Vielfalt unseres Landes, schafft Werte und schützt das Klima. Wann werden Sie das endlich begreifen?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe in diesem Fall die Herren angesprochen, weil diejenigen, die sich zum Thema Landwirtschaft und Naturschutz melden, bei Ihnen in der Regel Männer sind. Natürlich meine ich alle Geschlechter im Hause.

Energiewende ist mehr als Strom. Am **Primärenergieverbrauch** beansprucht der Strom circa ein Drittel, 34 %, Wärme, Raumheizung ein Viertel, ungefähr 27 %, der Verkehrssektor verbraucht ein Fünftel, also 20 %. Ich glaube, Sie brauchen uns nicht davon zu überzeugen, dass man in der Verkehrswende vorankommen muss. Ich glaube nicht, dass ein grüner Umweltminister Nachhilfe von der CDU braucht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch CDU)

Bei den harten Energieträgern Kohle, Öl, Gas und auch für Uran gilt: Wir verwandeln Stoffe durch Verbrennung unwiederbringlich in Abfall um. Danach sind sie verbraucht. Stattdessen belasten uns Treibhausgase und radioaktive Abfälle mit Ewigkeitskosten. **Nachhaltige erneuerbare Energie** ist die physikalische Erschließung der Sonnenkraft. Dafür gilt: Für Wind und Sonne schickt der liebe Gott uns keine Rechnung. Deshalb brauchen wir die Energiewende. Sie schützt das Klima.

(Eka von Kalben)

Noch hängt Deutschland am Tropf. Braunkohle ist zwar heimisch, aber dreckig. Wir importieren jedoch drei Viertel unserer Energierohstoffe. Die Ukrainekrise, der Konflikt im Nahen Osten und viele andere Konflikte machen deutlich, dass **Energiepolitik** immer auch eine **außenpolitische Dimension** hat. Der Import von Energierohstoffen, der hohe Verbrauch bei uns trägt zu den Konflikten in unserer einen Welt bei.

Der **Verbrauch in der Welt** ist sehr unterschiedlich. Das wissen wir alle. Der durchschnittliche Mitteleuropäer verbraucht 7 t Gesamtenergie im Jahr, ein Nordamerikaner 11 t, der durchschnittliche Einwohner im Tschad gerade einmal 7 kg. Die Folgen des Klimawandels sind von der Belastung her in der Regel genau umgekehrt. Das stellen Sie gerade bei den Inselstaaten fest, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sein werden.

Meine Damen und Herren, Klimaschutz und Energiewende sind auch Friedenspolitik, sind auch Außenpolitik. Deshalb ist es etwas, was wir in Schleswig-Holstein voranbringen werden. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Mister Fünf bis Achtzehn Prozent!

(Beifall FDP und CDU - Heiterkeit - Dr. Heiner Garg [FDP]: Nur nicht so bescheiden!)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir das geklärt haben, will ich sagen, dass der Landtag die Landesregierung mit Beschluss vom 24. April 2013 gebeten hat, in 2014 die Eckpunkte und die Zeitplanung für ein Energiewende- und Klimaschutzgesetz vorzulegen. Ich muss Sie leider enttäuschen. Sie sprachen eben von Einigkeit, Herr Dr. Habeck. Die FDP-Fraktion hat diesem Antrag damals als einzige Fraktion nicht zugestimmt. Das war die Drucksache 18/750. Deswegen werde ich mich gleich ein bisschen kritisch äußern; am Schluss habe ich aber auch noch ein Lob. Ich schließe meine Rede also versöhnlich ab.

Ich war zwischenzeitlich ganz froh, dass das Papier noch nicht kam. Das Jahr neigte sich dem Ende zu. Ich dachte: Na, vielleicht haben sie auch keine Lust dazu. Aber dann kam das Papier doch am 17. Dezember 2014. Sie haben sich also Zeit gelassen.

Das Papier ist an sich gut aufbereitet und stellt die landespolitischen Regelungen und die Klimaschutzgesetze anderer Bundesländer sehr ausführlich und anschaulich dar. Dafür vielen Dank! Aber - das ist mein Fazit, wenn ich mir diese Drucksache durchlese -: Die zahlreichen landespolitischen Regelungen, die es schon gibt, sind der Beleg dafür, dass wir nicht noch zusätzlich ein bürokratisches Klimaschutzgesetz brauchen.

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Ansonsten hat das vorliegende **Eckpunktepapier** neben der Ankündigung von neuer Bürokratie und ein bisschen Symbolpolitik, was die Landesliegenschaften betrifft, nicht viel zu bieten. Leider unerwähnt bleibt das wirklich sehr gute Beispiel des Klimapaktes zwischen dem Innenministerium und der Wohnungswirtschaft. Hier leisten die Partner ja schon seit über fünf Jahren freiwillig ihren Beitrag, um die Klimaschutzziele des Landes zu erreichen. Wir als FDP-Fraktion bleiben dabei, dass wir kein eigenes Landeklimaschutzgesetz benötigen.

Der Verbandsvorsitzende von Haus & Grund brachte es kürzlich in einer ersten Stellungnahme auf den Punkt, indem er sagte: Ein Klimaschutzgesetz ist nicht nur unnötig, sondern kontraproduktiv und damit unsinnig. Zudem habe die Energieeinsparverordnung 2014 den Gebäudeeigentümern schon mehr als ausreichend bürokratischen Ballast aufgebürdet. - Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

(Beifall FDP und Jens-Christian Magnussen [CDU] - Unruhe)

Meine Damen und Herren, die Pläne der Landesregierung, die Kommunen, zu ermächtigen, bestimmte Vorgaben für den Wärmeschutz von Gebäuden festzusetzen, zeigt einmal mehr, dass die Regierung nicht davor zurückscheut, privates Eigentum mit Vorschriften und **Bürokratie** regelrecht zu überschwemmen. Wir haben die Regulierungswut schon bei einigen anderen Gesetzen erleben dürfen. Das Nächste, was kommt, ist das Naturschutzgesetz.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Liebe Kollegin von Kalben, das Prinzip der **Freiwilligkeit** haben Sie offenbar vollkommen aus ihrem Sprachgebrauch gestrichen.

(Beifall FDP und CDU - Unruhe)

Wir haben vom Minister eben auch nicht gehört, wie die Kommunen diese Pläne personell umsetzen

(Oliver Kumbartzky)

sollen. Aussagen zur **Förderung** wurden auch nicht getätigt. Dabei könnten als Beispiel befristete steuerliche Anreize im Wohnungsbestand hilfreich sein. Natürlich ist dabei stets darauf zu achten, dass finanzielle Anreize beziehungsweise regulative Auflagen technologieneutral wirken und die Entscheidungsfreiheit der Energienutzer nicht außer Kraft gesetzt wird.

Eine gesetzlich erzwungene **energetische Sanierung** von **Altbauten** mit Amortisationszeiten von mehreren Jahrzehnten ist schlicht nicht zumutbar. Hauseigentümer müssen in ihren Entscheidungen über Investitionen in Energieeffizienz frei bleiben. Getätigte Investitionen müssen sich aber auch über Mieten amortisieren können. Da ist die sogenannte Mietpreisbremse kontraproduktiv.

Meine Damen und Herren, mit der heutigen Debatte wird deutlich, dass das Klimaschutzgesetz vor allem vom unglücklichen Management der **Energiewende** in Schleswig-Holstein durch die rot-grün-blaue Landesregierung ablenken soll. Hier von „Mister Hundert Prozent“ zu reden, klingt wie blanker Hohn. Der Energiewendeminister hat bislang kaum wirkliche Eigenleistungen vorzuweisen. Immerhin wird das wichtige Thema Wärmemarkt im vorliegenden Bericht zumindest einmal erwähnt. Ich bin gespannt, was daraus konkret folgen wird.

Nun komme ich zu dem Punkt, den ich lobend erwähnen möchte. Ich möchte als Abgeordneter lobend erwähnen, dass der **Landtag** in Sachen Energiewende und Klimaschutz gut eingebunden wird. Die Landesregierung legt dem Landtag jeweils zur Juni-Sitzung einen Monitoringbericht zu Indikatoren der Energiewende- und Klimaschutzpolitik vor. Außerdem gibt es mindestens zweimal pro Legislaturperiode einen umfassenden Energiewende- und Klimaschutzbericht. Des Weiteren wurde ein Energiewendebeirat einberufen.

Das möchte ich positiv herausheben, und ich sage es für einen Dithmarscher sehr euphorisch: Das ist nicht ganz schlecht, Herr Dr. Habeck. Ich möchte natürlich auch erwähnen, dass die eben erwähnten drei Punkte auf Initiativen von Union und Freien Demokraten zurückgehen; das ist ja selbstverständlich.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Abschließend möchte ich noch einmal klarstellen, dass die FDP-Fraktion ein **landeseigenes Energiewende- und Klimaschutzgesetz** ablehnt. Gerade der Klimaschutz ist eine globale Herausforderung, der man nicht mit kleinen Insellösungen begegnen kann. Definitiv und unbestritten sind der Klimaschutz und die Energiewende eine Mammutaufgabe. Wir möchten, dass Energiewende und Klimaschutz gelingen. Das darf aber nicht zulasten des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein gehen. Mit dem vorliegenden Eckpunktepapier ist die Regierung aber leider genau auf dem Weg dahin, Frau von Kalben. Es geht nur mit den Bürgerinnen und Bürgern und nicht gegen sie.

(Beifall FDP und CDU)

Ich komme zum Schluss. - Es fehlt in der Klimapolitik nicht an hehren Absichtserklärungen. Wichtiger ist die Frage, wie die Energiewende konkret vor Ort umgesetzt und Energiepreissteigerungen vermieden werden können. Auf all diese Fragen gibt dieses Eckpunktepapier keine Antwort.

Ich freue mich, dass wir dieses Papier an den Ausschuss überweisen. Dort haben wir ausgiebig Zeit, uns darüber zu unterhalten. Das sollten wir in mehreren Sitzungen tun. Vielleicht klappt es dann nämlich nicht mit einem Beschluss des Energiewendegesetzes. Das wäre gar nicht so schlimm. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der PIRATEN hat die Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorausschicken, dass meine Fraktion und ich die Zielsetzung, den Klimaschutz zu verbessern und die Energiewende voranzubringen, voll unterstützen. Dass sich die Landesregierung neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien auf 300 % nun auch dazu bekennt, die klimawirksamen Emissionen um 95 % zu senken, ist ein wichtiges Signal und ein notwendiger Schritt.

Das vorgelegte **Eckpunktepapier** stößt allerdings auch eine Debatte an, die mit Sicherheit noch für erhitzte Gemüter sorgen wird. Die Aufhebung von zwei Regionalplänen durch das Oberverwaltungsgericht Schleswig am Dienstag macht deutlich, dass wir gar nicht rechtzeitig genug damit anfangen können, die mit einem Gesetz einhergehenden Belastungen zu diskutieren. Deswegen bedauere ich, dass die FDP dem von vornherein eine Absage erteilt. Eine Blockade nach dem Motto, das müssten wir alles global lösen und Schleswig-Holstein sollte

(Angelika Beer)

nicht den Anfang machen, halte ich für eine Verweigerungspolitik, die unverantwortlich ist.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden uns im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens darum kümmern müssen, dass die unterschiedlichen Interessenlagen **rechtssicher** verankert werden können. Wir werden ja morgen noch über das OVG-Urteil diskutieren.

Die im vorliegenden Papier erwähnte Novellierung des Gemeindewirtschaftsrechts, die Gemeinden, Kreisen und Ämtern mehr Spielräume eröffnen soll, ist ein guter Ansatz, allein schon deshalb, weil Entscheidungen, die vor Ort getroffen werden, lokale Gegebenheiten fast immer besser abbilden, als wenn die Vorgabe von ganz oben durch eine Verordnung kommt.

Neben dem Gemeindewirtschaftsrecht spricht der Bericht auch das Dauergrünlanderhaltungsgesetz, das Bundes- beziehungsweise Landesnaturschutzgesetz, das Landeswasserverbandsgesetz, den Generalplan Küstenschutz, das Landesplanungsgesetz sowie weitere Regelwerke an. Es erschließt sich nach dieser Aufzählung auch mir nicht so richtig, welche Regelungen konkret und originär in das **Energiewende- und Klimaschutzgesetz** hineingeschrieben werden sollen. Hier bleibt das Eckpunktepapier vollkommen unklar.

(Beifall PIRATEN)

Wir lesen zum Beispiel, dass der Bericht keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, sondern exemplarisch ausgewählte Maßnahmen darstellt, die bereits ergriffen worden sind. Wir hören ferner, dass die Landesregierung „auch zukünftig landesplanerische Regelungen in eigenständigen Vorhaben und Arbeitsprozessen“ umsetzen wird, „die nicht unter das Dach eines etwaigen Energiewende- und Klimaschutzgesetzes fallen“. Kurzum: Es gibt eine ganze Reihe von Regelungen, die das neue Gesetz gar nicht abdecken will oder kann.

Sie haben die **Wärmewende** angesprochen. Da vermisse ich auch in den Debatten, die wir diese Woche schon geführt haben und noch führen werden, dass wir über unsere eigene Region hinausgucken. Wir haben vorhin über die deutsch-dänische Zusammenarbeit gesprochen. Warum wird das nicht auch dort angedockt? Warum wird nicht gesagt, dass **Dänemark** in diesem Bereich vorbildlich ist und wir in die strategische Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark auch den Wärmebereich mit aufnehmen wollen? Haben Sie keine Ressortabstimmung, oder schreibt jedes Ministerium nur das, wozu es gerade Lust hat?

(Beifall Uli König [PIRATEN] - Unruhe)

Ich nenne Ihnen ein zweites Beispiel zur Wärmeenergie. Wir müssen da mit Hamburg zusammenarbeiten. Warum denn nicht? **Hamburg** hat noch kein Energie- und Klimaschutzgesetz, Hamburg hat die gleichen Herausforderungen im Bereich der Wärmeenergie. Wir hören Regierungserklärungen über die zukünftige strategische Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Die letzte gemeinsame Sitzung, die ich als Ausschussmitglied vor wenigen Wochen mitgemacht habe: Ergebnis gleich null. Auch da fehlt der Blick über den eigenen Tellerrand.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gleichwohl freue ich mich und erwarte, dass wir nach dem Zeitplan, der uns heute vorgestellt worden ist, beim Energiewendebeirat am 13. März 2015 diese Eckpunkte diskutieren können. Denn die lückenhaften Eckpunkte haben ja auch den Vorteil, dass alle, die sich engagieren wollen, diese Lücken gemeinsam vernünftig diskutieren und schließen können. Das geht nur mit den Menschen in Schleswig-Holstein zusammen.

Für uns als neue Fraktion, die wir akzeptieren, dass die Klimapolitik, die Energiewende, eine **Generationenherausforderung** ist, die nachhaltig angegangen werden muss, auch für die folgenden Generationen, ist es bedauerlich, dass sich Redebeiträge der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nur an der CDU abarbeiten, ohne eine Gemeinsamkeit erkennen zu können. Da möchte ich den Minister loben, der signalisiert hat, dass er Interesse hat, mit allen Fraktionen in diesem Haus und den Bürgerinnen und Bürgern diese Riesenaufgabe, die viel Mut erfordert, aber auch viel Geld - Robert Habeck, und dazu steht im Bericht auch nichts drin - anzugehen.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Guter Minister!)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Auch vorsichtige Klimaforscher

(Flemming Meyer)

sagen inzwischen, dass wir uns mitten in einem von Menschen verursachten **Klimawandel** befinden. Der derzeitige nasse Winter mit Rekordniederschlagsmengen ist ein nicht mehr wegzudiskutierender Indikator für diesen Klimawandel. Insgesamt muss sich Deutschland in den nächsten 80 Jahren auf eine Erwärmung um 3,5 bis 4,5 #C gegenüber den Jahren 1971 und 2000 einstellen. Während die Niederschlagsmengen, vor allen in den Spitzen, weiter wachsen werden, drohen uns heiße und trockene Sommer. Die Klimasituation spitzt sich also zu und diktiert uns ein schnelles und konsequentes Umsteuern.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Schleswig-Holstein hat seine Hausaufgaben gemacht und investiert in die **Energiewende**. Die Bürgerinnen und Bürger und die meisten Unternehmen ziehen mit - viele aus einer inneren Überzeugung und um Ressourcen zu schonen, viele aber auch nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus. Kleine Autos verbrauchen nun einmal weniger Benzin als große Schlitten und schonen somit effektiv die Haushaltskasse. Sie haben auch einen geringeren Schafstoffausstoß und schonen damit die Umwelt.

Der Energieverbrauch ist in Schleswig-Holstein stärker gefallen als durchschnittlich in Deutschland: Seit 1990 ging der Verbrauch in der Bundesrepublik um 5,9 % zurück, in Schleswig-Holstein um 16,6 %. Diese Entwicklung zeigt deutlich, dass die Mehrheit der Schleswig-Holsteiner hinter der Energiewende steht und bereit ist, sie tatkräftig zu unterstützen.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies gilt insbesondere für die Westküste. Dort setzt man auf Windenergie, Energie aus Biomasse und nicht zuletzt auf die Photovoltaik - große Anlagen, regionale Arbeitsplätze. Nordfriesland erzeugt am meisten regenerative Energie in Schleswig-Holstein, und das ist bestimmt kein Zufall. Schließlich sind die Auswirkungen des Klimawandels dort aus fast jedem Wohnzimmerfenster ersichtlich: Gerade jetzt steht auf den Feldern das Wasser; die Auen und Siele laufen über. **Alternative Energiegewinnung** entspringt also dem reinen Selbstschutz. Das bedeutet auch, dass diese Einstellung sehr belastbar ist: Die Menschen werden sich nicht vom Projekt alternativer Energiegewinnung abwenden, bloß weil es vielleicht in ferner Zukunft nicht mehr so modern sein könnte. Sie handeln aus innerer Überzeugung. Sie wissen, dass sie selbst tätig werden müssen, um ihre Heimat zu schützen und zukunftsfest zu machen.

Diese Beweggründe erklären auch den massiven Widerstand gegen die **Einlagerung von CO_2**. Die Menschen haben sich mit der Energiewende auseinandergesetzt und wollen keine halben Sachen. Anstatt das Treibhausgas CO_2 in die Erde einzubringen, fordert der gesamte Landesteil Schleswig, Anstrengungen zu unternehmen, dass das Gas überhaupt erst gar nicht entsteht.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Energiewende ist eben ein gesamtgesellschaftliches Projekt, das nicht funktioniert, wenn wir unsere Probleme - in diesem Fall eben das Treibhausgas - nur auslagern, anstatt dessen Entstehung von vornherein zu verhindern.

Das gilt in besonderem Maße auch für das Fracking, für das es meiner Beobachtung nach keine gesellschaftliche Mehrheit in Schleswig-Holstein gibt.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Die Menschen lehnen die Technik ab. Warum soll man auch die Verseuchung des Grundwassers riskieren, wenn man entsprechende Energiemengen durch einen vernünftigen Windpark gewinnen könnte? - Fracking ist eine Technologie von gestern, die in Schleswig-Holstein nichts zu suchen hat.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Die Westküste ist durchaus bereit, die Lasten des Energiewandels zu schultern. Im Falle der Energiewende bedeutet das konkret auch die Schaffung qualifizierter **Arbeitsplätze**. Die Landesregierung zählte im Jahr 2012 15.400 Arbeitsplätze im Bereich erneuerbare Energien. Auch wenn diese Zahl mittlerweile wahrscheinlich höher liegt, ist da noch deutlich Luft nach oben. Schließlich entspricht die Zahl einem Anteil von 4 % der Arbeitsplätze in diesem Bereich in ganz Deutschland, und das ist meiner Meinung nach viel zu wenig. Servicetechnik für Windparks ist ein gutes Standbein.

Doch auch für die weitere wirtschaftliche Zukunft der Region müssen wir hier noch eine Schippe drauflegen und mehr Arbeitsplätze im Bereich erneuerbare Energien schaffen, gerade, was Arbeitsplätze im Bereich Forschung und Entwicklung angeht. Nur auf diese Weise sichern wir die Lebens-

(Flemming Meyer)

grundlage für den Landesteil Schleswig, einen Landstrich, der rohstoffarm und industriefern ist. Bereits jetzt verlassen junge Menschen die Region, weil sie schlicht und einfach keine Jobs oder Ausbildungsplätze finden beziehungsweise nach dem Studium keine berufliche Perspektive haben.

Langfristig gerät damit auch die **Minderheitengesellschaft** aus den Fugen. Wenn man keine neuen Arbeitsplätze schafft, erledigt sich die Frage nach dem Erhalt der dänischen und friesischen Minderheit in wenigen Jahren von selbst. Hier müssen wir energisch die Energiewende vorantreiben und sie in Arbeitsplätze, in Jobs, umsetzen.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Insel Helgoland zeigt, wie es geht: Dort wurden im Bereich Windenergie Arbeitsplätze geschaffen, was der Insel insgesamt unheimlich guttun. Und ein Ende ist nicht abzusehen: Der Bürgermeister rechnet mit 20 % mehr Arbeitsplätzen. Viele Insulaner kehren auf die Insel zurück. Und die Neu-Helgoländer wollen bleiben und bringen ihre Familien mit. Das ist für mich ein unheimlich gutes Beispiel, an dem wir uns orientieren sollten. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Uli König [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. - Herr Abgeordneter Matthiessen zur Geschäftsordnung.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, wir bitten um Überweisung federführend an den Umwelt- und Agrarausschuss wegen seiner Zuständigkeit für den Klimaschutz, mitberatend an den Wirtschaftsausschuss wegen seiner Zuständigkeit für Energiepolitik und mitberatend an den Innenausschuss wegen seiner Zuständigkeit für Bauen und Wohnen sowie an den Finanzausschuss wegen seiner Zuständigkeit für Beschaffung.

(Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Es ist beantragt worden, meine sehr geehrten Damen und Herren, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/2580, federführend dem Umwelt- und Agrarausschuss, mitberatend dem Wirtschaftsausschuss, dem Innenausschuss und dem Finanzausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

(Unruhe)

- Wir können gern weitermachen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung des Vertrauens in die Unabhängigkeit der Mitglieder des Landtags

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/608

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/2504

Ich erteile das Wort der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident, ich verweise auf die Vorlage.

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke Ihnen für Ihren ausführlichen Bericht, Frau Berichterstatterin. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht.

Dann eröffne ich die Aussprache. Die CDU-Fraktion hat nun als stärkste Fraktion das Wort, weil die erste Lesung des Gesetzentwurfs mit Aussprache erfolgte. Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Dr. Axel Bernstein.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte, meine lange Anreise zum Rednerpult zu entschuldigen. Ich hätte dem Kollegen Dudda glatt den Vortritt gelassen.

Der Innen- und Rechtsausschuss hat den Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung des Vertrauens in die Unabhängigkeit der Mitglieder des Landtags mit den Stimmen aller Fraktionen, natürlich bis auf die antragstellenden PIRATEN, abgelehnt. Dafür gibt es auch gute Gründe. Auch wenn in dem Gesetzentwurf sicherlich einzelne diskussionswürdige und auch zustimmungsfähige Punkte enthalten sind, birgt er in seiner Gesamtheit doch die Unterstellung, dass das Vertrauen in die Mitglieder des

(Dr. Axel Bernstein)

Landtages durch jede Form der Einnahme oder Tätigkeit neben dem Mandat gefährdet werden könnte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Quatsch!)

Diäten, die dafür gedacht sind, die Unabhängigkeit der Abgeordneten zu gewährleisten, würden nach dieser Logik ihren Zweck nicht erfüllen, und diese Einschätzung teilen wir ausdrücklich nicht.

Ich will vier Punkte nennen, die beschreiben, warum wir als CDU-Fraktion diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen können: Erstens. Wir haben bereits **heute umfängliche Verpflichtungen** zur **Angabe von Tätigkeiten und Einkommen**, die sicherlich weiter optimiert werden können, die sich im Ländervergleich jedoch nicht verstecken müssen.

Zweitens. Jeder Abgeordnete bleibt immer **Privatperson**. Als Privatperson ist es auch Abgeordneten unbenommen, eine berufliche Tätigkeit, egal ob selbstständig oder nicht, neben dem Mandat wahrzunehmen, denn im Unterschied zu Abgeordneten, die aus dem öffentlichen Dienst kommen, muss jeder, der eine solche Aufgabe auf Zeit übernimmt, damit rechnen, jederzeit ins zivile Berufsleben zurückzukehren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben die FDP-Abgeordneten des Bundestags leidvoll erfahren!)

Drittens. Diese Anmerkung kann ich mir nicht ganz verkneifen: Wenn es darum geht, sich ein Bild von der Person des Abgeordneten zu machen, dann kann möglicherweise die **Privatadresse** mehr über die Person eines Abgeordneten aussagen als die Höhe seiner **Kapitaleinkünfte**.

(Beifall CDU, vereinzelt FDP und SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]: Vor allem, wenn er auf Sylt wohnt!)

Schließlich ist, so glaube ich, dies ein ganz entscheidender Punkt: Die Fokussierung auf mögliche ökonomische Abhängigkeiten, die wir heute bereits weitgehend offenlegen, ist eine sehr einseitige Betrachtung der Problematik. Vielleicht ist dies ein wenig dem geschuldet, dass die PIRATEN in der Tat als relativ junge Partei und Fraktion manche Strukturen nicht haben, die ältere Parteien haben.

Mit der relativ leicht darstellbaren und offenlegbaren Frage nach **finanziellen** oder **ökonomischen Abhängigkeiten** wird völlig vernachlässigt, welche **politischen Abhängigkeiten** sich damit verbinden, wenn ein Abgeordneter ökonomisch ausschließlich auf sein Mandat angewiesen ist. Das, was partei-, wahlkreis- und fraktionsintern daran hängen kann, ist etwas, was sich schlecht abbilden lässt, das will ich gar nicht abstreiten. Gerade deshalb ist aber die einseitige Fokussierung auf den anderen Bereich etwas, das wir so nicht mittragen können. Insofern halte ich die Ablehnung an dieser Stelle für völlig gerechtfertigt, was nicht heißen soll, dass die Diskussion darüber, ob die Art und Weise, wie heute Einkommens-, Vermögens- und Berufstätigkeiten von Abgeordneten neben dem Mandat behandelt werden, der Weisheit letzter Schluss sind. Hier sind wir in der Diskussion. Dieser Ansatz schießt sicherlich über das Ziel hinaus.

(Beifall CDU, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, bevor ich dem Herrn Abgeordneten Peter Eichstädt das Wort erteile, möchte ich noch eine Bemerkung zur Reihenfolge der Worterteilungen machen: Jetzt ist die Grundlage die Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses. Daher richtet sich die Reihenfolge der Worterteilungen jetzt nach der Stärke der Fraktionen. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Peter Eichstädt das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde ein paar andere Aspekte ansprechen als mein Vorredner, aber wir wollen ein buntes Parlament sein. Von daher ist dies vielleicht ganz hilfreich. - Zu dem von den PIRATEN eingebrachten **Transparenzgesetz** haben wir bereits in der ersten Lesung deutlich gemacht, dass dieses nicht Grundlage für eine gemeinsame Lösung sein kann. Wir haben damals aber auch ausgeführt, dass wir eine **Änderung des Abgeordnetengesetzes** anstreben, nach dem Herkunft und Höhe von Einkommen aus Nebeneinkünften in Zukunft in angemessener Weise öffentlich und transparent werden.

Im Innen- und Rechtsausschuss haben die PIRATEN keine Diskussionsbereitschaft gezeigt und darauf bestanden, dass über ihren Gesetzentwurf abgestimmt wird. Das zeigt, dass es mit der Dialogbereitschaft, die die PIRATEN sonst wie eine Monstranz vor sich hertragen, nicht immer weit her ist.

(Beifall SPD - Zurufe)

- Herr Kollege Dudda, es gibt noch ein paar andere Punkte, auf die ich zurückkomme. Vielleicht ist es insofern ganz gut, dass Sie nach mir reden.

(Peter Eichstädt)

Ihre Presseerklärung nach dieser Abstimmung, die Koalitionsfraktionen würden sich einer Verbesserung der Transparenzregelung widersetzen, gibt darüber hinaus noch Auskunft über Ihre spezielle Auffassung von Wahrheit.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Eichstädt, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine -bemerkung des Herrn Abgeordneten König?

Peter Eichstädt [SPD]:

Ja.

> **Uli König** [PIRATEN]: Herr Eichstädt, da Sie gerade von Wahrheit sprechen; würden Sie dem Hohen Haus sagen, seit wann der Antrag im Innen- und Rechtsausschuss lag?

- Das ist schon länger her, ich habe das im Moment nicht parat. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass wir Ihnen ausdrücklich gesagt haben, dass wir einen Gesetzentwurf vorlegen werden und dass wir das von der Sache her tragen.

> (Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben sehr intensiv darüber diskutiert!)

Das, was ich mit meiner Aussage von einem speziellen Verhältnis zur Wahrheit angesprochen habe, ist, dass Sie - obwohl wir dies ausdrücklich zu Protokoll gegeben haben - eine Presseerklärung abfassen, die genau das Gegenteil behauptet, die nämlich behauptet, dass wir dazu nicht bereit seien. Daher denke ich, die Frage, wie lange dieser Antrag im Ausschuss gelegen hat, spielt überhaupt keine Rolle. Außerdem waren auch Sie an der Frage beteiligt, wie lange dies im Ausschuss lag.

> (Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Sie haben weiterhin das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

- Ja, ich schaue gerade, an welcher Stelle der Kollege mich aus der Kurve geworfen hat. - Wir werden der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen. Damit ist der Weg frei für gemeinsame Überlegungen zu mehr Transparenz bei Nebeneinkünften von Abgeordneten, und ich denke, das ist gut so.

Grundsatz ist, dass die **Ausübung des Mandats im Mittelpunkt der Tätigkeit** eines Abgeordneten steht, dass aber Tätigkeiten beruflicher oder anderer Art grundsätzlich möglich sind. **Tätigkeiten und Einkünfte** sind aber **anzuzeigen** und zu **veröffentlichen**. Wir werden Vorschläge vorlegen, die sich an der jetzt im **Bundestag** eingeführten Regelung orientieren, dies hatten wir bereits an anderer Stelle, auch im Ausschuss, angekündigt. Danach wird die Herkunft von neben den Landtagsdiäten erzielten Einkünften, genauso wie deren Höhe, in einem System von etwa zehn Einkünftestufen angegeben.

Berufsgruppen, die zum Beispiel zu einem Mandantenschutz verpflichtet sind, wird dieser gewährleistet, und trotzdem wird sichergestellt, dass mögliche Interessenkonflikte transparent werden. Dies wollen wir mit allen Fraktionen diskutieren. Es ist unser Ziel, einen möglichst **breiten Konsens** zu erreichen. Das gilt natürlich auch für die PIRATEN, selbst wenn sie sich in diesem Fall zu einem solchen Dialog nicht gerade aufgedrängt haben.

Die Vorwürfe, die Sie hier in der letzten Landtagssitzung erhoben haben, sind weiterhin nicht ausgeräumt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist nicht gerade eine Aufforderung zu kollegialer Zusammenarbeit, wenn Sie ohne Beleg behaupten, Sie hätten eine Reihe von Missständen im Zusammenhang mit Interessenkonflikten feststellen müssen und Sie hätten Beispiele für betroffene Abgeordnete. Es wäre gut, wenn Sie dies in Ihrem Redebeitrag aus der Welt schaffen würden. Insofern sage ich noch einmal, es ist gut, dass Sie nach mir reden.

> (Beifall SPD, FDP, SSW und vereinzelt CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Oder benennen!)

Für uns gilt als Maßstab für eine Transparenzregelung nicht, dass alles offenzulegen ist, was offengelegt werden kann. Wenn wir Ihrem Vorschlag gefolgt wären, dann führte dies zu einer Form des politischen Voyeurismus, der der Sache nicht dient, sondern Abgeordnete unter einen Generalverdacht stellt. Der Maßstab ist für uns vielmehr, das offenzulegen, was erforderlich ist, um mögliche **Interessenkonflikte transparent** zu **machen**. Ob dies mit einer Cent-genauen Offenlegung allein zu erreichen ist, beurteilen wir eher kritisch. Wir halten es für ausreichend und praktikabler, uns an dem Bundestagsmodell mit zehn Stufen zu orientieren.

Es macht bei der Beurteilung einer möglichen Interessenkollision keinen wesentlichen Unterschied, ob jemand im Jahr relevante Bezüge in Höhe von 21.544,42 € hat, oder ob er seine Einkünfte der Stufe vier mit Einkünften zwischen 15.000 und 30.000 € zuordnet. Abgesehen davon ist eine exakte

(Peter Eichstädt)

Angabe häufig gar nicht im Voraus möglich, was Probleme bei der von Ihnen ja auch geforderten Sanktion falscher Angaben aufwirft.

Meine Damen und Herren, die Chancen für eine Regelung auf breiter parlamentarischer Basis in diesem Haus stehen gut, denn sowohl CDU als auch FDP haben zumindest im Bundestag einer solchen Regelung zugestimmt. Die Ausführungen meines Vorredners machen, zumindest was die CDU angeht, auch Hoffnung, dass dies möglich sein wird. Ziel ist es aus unserer Sicht, dieses Gesetz so rechtzeitig auf den Weg zu bringen, dass mögliche Kandidaten für die nächste Landtagswahl wissen, welchen Verpflichtungen sie sich unterwerfen müssen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der PIRATEN befindet sich heute ohne Not im Plenum. Wir haben mehr Transparenz für die Nebentätigkeiten von Abgeordneten im **Koalitionsvertrag** beschlossen, und wir halten uns an den Koalitionsvertrag, wie wir es auch in vielen anderen Punkten tun. Dort steht auf Seite 54:

„Wir werden eine Regelung zur Ausweisung der Nebenverdienste von Abgeordneten schaffen, die sich an dem Modell des Bundestages orientiert, jedoch zusätzlich ergänzt wird um die Pflicht zur genauen Ausweisung der Höhe der Nebenverdienste.“

Das ist die Messlatte unserer Verhandlungen.

Auch im Ältestenrat gab es eine Verständigung darüber, dass wir eine **gemeinsame parlamentarische Initiative** dazu erarbeiten wollen. Zuletzt ist Ihnen im Ausschuss zugesagt worden, dass dazu eine Vorlage der Küstenkoalition kommen wird. Sie wollten das dann aber nicht abwarten. Ob Sie damit Ihrem parlamentarischen Anliegen, das wir im Grundsatz ausdrücklich teilen, gedient haben, müssen Sie vor Ihren Wählerinnen und Wählern sowie gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

Nach wie vor gilt auch das bereits zu Ihrem vorliegenden Gesetzentwurf Gesagte. Er zielt aus unserer Sicht in die richtige Richtung. Wir haben aber an einigen Punkten noch Klärungs- und Änderungsbedarf. Das ändert nichts daran: Wir Grüne sprechen uns deutlich für **mehr Transparenz** aus, was die Tätigkeit und Einkünfte der Abgeordneten angeht, und leben diese Haltung bereits selbst vor.

Ihr Gesetzentwurf verfolgt den richtigen Ansatz für eine Ausweitung der Offenlegungspflichten. Aber er schießt - und da bin ich mit meinen Vorrednern d’accord - in vielen Punkten über das Ziel hinaus.

Zum Beispiel ist eine **halbjährliche Anzeigepflicht** ein unnötiger bürokratischer Popanz. Eine Pflicht zur Anzeige direkt nach der Konstitution des Parlaments und im Weiteren bei jeder Änderung schafft einen wesentlich besseren Ausgleich zwischen Transparenzinteressen und Bürokratieaufwand.

Auch eine **Erheblichkeitsschwelle** oder eine Minimalschwelle, insbesondere bei unregelmäßigen sporadischen Einkünften, sollten wir einziehen. Auch da gilt es, **Transparenz** und **Bürokratie** in ein vernünftiges Verhältnis zu setzen.

Wenn bei **Beteiligungen** kein wirtschaftlicher Einfluss ausgeübt wird, ist zumindest die Frage zu stellen, ob Abgeordneten nicht insoweit auch ein Rest Privatsphäre zugestanden werden muss. Das Gleiche gilt für die Beteiligungen, die Rückschlüsse über die Höhe der Beteiligungen von Partnerinnen und Partnern in Gesellschaften offenlegen. Diese müssen nach Ihrem Vorschlag zwangsläufig ebenfalls ertragen, die Hosen runterzulassen. Das kann nicht sein.

An diesen Stellen ist ihr Gesetzentwurf also noch unausgegoren, genauso wie bei der Offenlegung aller Sachverhalte auch für die **zwei Jahre vor der Mitgliedschaft im Landtag**. Für diesen Zeitraum in gleichem Umfang eine Offenbarungspflicht zu fordern wie für die Zeit der Mitgliedschaft im Landtag schießt über das Ziel hinaus. Es soll erkennbar sein, wo die Mitglieder des Landtags vorher gearbeitet haben, um eventuell strukturelle Einflussmöglichkeiten zu erkennen. Eine vollumfängliche Angabepflicht aller Einkünfte auch für die Zeit vor dem Landtag ist allerdings völlig unverhältnismäßig.

Das sind nur einige der Gründe, aus denen wir Ihren Gesetzentwurf inhaltlich nicht mittragen können und ihn heute ablehnen müssen. Wir werden unseren Gesetzentwurf einreichen, wenn er fertig

(Burkhard Peters)

ist, und wir laden Sie ein, sich dann konstruktiv an den Beratungen zu beteiligen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu dem Gesetzentwurf der Piratenfraktion ist von unserer Seite bereits in der ersten Lesung am 20. März 2013 - es ist also schon recht lange her - das Nötige gesagt worden. Insoweit verweise ich mit Blick auf die einzelnen Argumente gegen den Gesetzesvorschlag der PIRATEN auf das Plenarprotokoll jener Sitzung. Ich fasse aber zusammen:

Der Gesetzentwurf der PIRATEN ist nach Auffassung der FDP-Fraktion weder notwendig noch sinnvoll. Er stellt für jene Abgeordnete, die nicht aus dem öffentlichen Dienst kommen und die neben dem Mandat weiterhin eine berufliche Tätigkeit ausüben oder eine wirtschaftliche Betätigung wahrnehmen, sogar eine unerträgliche Zumutung dar. Eine solche Gesetzesinitiative richtet sich gegen das Ziel, dass im Parlament möglichst viele unterschiedliche Berufsgruppen vertreten sein sollten. Eine solche Vielfalt wünschen wir uns aber. Deshalb lehnen wir die Gesetzesvorlage ab.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt das Wort der Herr Abgeordnete Wolfgang Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde meine Rede ebenso wie der Kollege der Grünen mit einem Eingangszitat beginnen:

„Wir werden eine Regelung zur Ausweisung der Nebenverdienste von Abgeordneten schaffen, die sich an dem Modell des Bundestages orientiert, jedoch zusätzlich ergänzt wird um die Pflicht zur genauen Ausweisung in der Höhe der Nebenverdienste.“

Nichts anderes wollen auch wir. Über die Einzelheiten kann man in der Tat trefflich streiten. Ich gebe unumwunden zu: Einige Dinge an unserem eigenen Entwurf gefallen auch mir nicht. Aber ich bin demokratisch überstimmt worden und muss mich dem anpassen. Das ist ein völlig normaler Vorgang.

Aber wir haben am 5. März 2013 einen Entwurf eingereicht. Das ist fast zwei Jahre her. Wir haben immer wieder gehört, von Ihnen aus der Koalition würde etwas kommen. Sie machten sich Gedanken. Darauf haben wir uns eingelassen. Am 19. November 2014 jedoch haben wir gesagt: „Da kommt nichts mehr.“ Wir haben in Ihre **Ankündigung** einfach kein Vertrauen mehr gehabt.

Vor diesem Hintergrund haben wir aus politischen Gründen, wohl wissend, dass wir mit unserem Entwurf heute scheitern würden, das Thema heute auf die Agenda gesetzt, auch weil viele unserer Wählerinnen und Wähler vom Mai 2012 an dieser Stelle exakt die Stellschrauben sehen, um **Demokratiemüdigkeit** und **Wahlmüdigkeit** zu begegnen.

(Beifall PIRATEN)

Das ist die Meinung der Leute, und das möchte ich Ihnen auch erklären. Das hat nämlich etwas mit Vertrauen zu tun.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das findet immer weniger Akzeptanz!)

Es geht nicht nur um die Art von Misstrauen, die, wie auch ich finde, von meinem Kollegen Breyer etwas überzogen in die Diskussion gebracht worden ist, also um das Misstrauen gegen jeden von uns hier. Sie erinnern sich sicherlich noch daran, dass ich das korrigiert habe; das ist unangebracht.

Aber es existieren dumme **Klischees** über das, was wir tun und wie wir hier bezahlt werden. Das Einfachste und Leichteste, das wir tun können, besteht darin, selbst dafür zu sorgen, diesen Klischees und diesen dummen Behauptungen den Boden zu entziehen, indem wir in diesem Bundesland eine zeitgemäße und vernünftige Lösung finden, um das zu veröffentlichen, was veröffentlicht werden muss. Keine Frage! Das ist das, was wir wollen.

(Beifall PIRATEN)

Wenn es uns heute gelungen ist, mit unserem Antrag die Diskussion erneut in Gang zu bringen, dann würde es mich freuen. Ich danke Ihnen, Herr Kollege Eichstedt, dafür, dass auch Sie gesagt haben, dass diejenigen, die sich im Jahr 2017 zur Wahl stellen sollen, wissen müssen, woran sie sind.

Die Bevölkerung wird von Medien und anderen Leuten immer wieder mit Falschinformationen versorgt. Wir könnten dem durch eine **einfache Regelung** entgegenwirken, wie immer sie aussehen mag. Auf jeden Fall muss sie besser sein als das, was wir

(Wolfgang Dudda)

jetzt haben. Das kostet nichts, das kostet allenfalls ein bisschen Gehirnschmalz, vernünftige Ethik und einen vernünftigen Antrag.

Dass unser Antrag in dieser Form in Gänze nicht von Ihnen allen übernommen wird, war auch uns völlig klar. Wenn man hier mit sechs Leuten im Landtag sitzt, dann muss man wissen, dass man hier nicht überregieren kann. Es musste aber etwas passieren. Der zeitliche Ablauf, Herr Kollege Eichstädt, war jedoch etwas anders. Sie haben uns stets gesagt, dass etwas kommen würde. Wir haben darauf vertraut. Das war dann aber nicht der Fall.

Ausdrücklich - das wissen Sie auch von mir persönlich - bin ich mit einem Satz in der Pressemitteilung nicht einverstanden. Das war so nicht. Wir haben immer wieder gehört, Sie wollten etwas unternehmen, aber es kam nichts. Vor diesem Hintergrund war unser Antrag nichts weiter als ein politisches Mittel, darüber heute abstimmen zu lassen, wenn auch negativ.

Was die **Einzelheiten der Regelungen** angeht, zum Beispiel, dass die Tätigkeit von zwei Jahren vor dem Einzug in den Landtag dargestellt werden muss, darüber kann man in der Tat streiten. Ich persönlich bin der Meinung, es würde auch ein Jahr genügen. Im Entwurf stehen nun aber zwei Jahre drin. Aber solche Dinge gehören einfach in das Gesetz hinein, um das Vertrauen in uns zu erhöhen oder eben auch wieder herzustellen.

Wir haben uns vor wenigen Wochen auch auf die Fahnen geschrieben, Demokratiemüdigkeit und Wahlmüdigkeit wieder zu beseitigen, uns darum zu kümmern, das sich die Leute wieder mehr für uns interessieren. Wie niedrig muss denn die Wahlbeteiligung noch werden, bevor wir diese Gesetzesinitiative in Schleswig-Holstein so anpacken, dass wir zumindest zeitgemäß sind?

(Beifall PIRATEN)

Wir sind, was unsere Vorschriften angeht, politisch und moralisch eigentlich noch in der Steinzeit, vor allem dann, wenn man das vergleicht mit dem, was der **Bundestag** und **andere Parlamente** inzwischen gemacht haben. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir das nun auch hier auf den Weg bekommen und den Entwurf der Koalition rechtzeitig vor den Wahlen zur Kenntnis nehmen könnten. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gut, dass wir uns die Frage nach unserer **Unabhängigkeit** immer wieder stellen. Die Unabhängigkeit der Entscheidungen, die hier im Landtag getroffen werden, ist nämlich das Maß für das **Vertrauen**, das die Bürgerinnen und Bürger in uns setzen. Darum bildet die Unabhängigkeit natürlich die Grundlage für unsere Entscheidungen.

(Beifall SSW und Wolfgang Kubicki [FDP])

Deswegen sollten wir uns regelmäßig die Frage stellen, wie unabhängig wir wirklich sind. Das ist nicht leicht. Gerade gegenüber den Kolleginnen und Kollegen sollten wir Konflikte weder verschweigen noch schönreden. An dieser Stelle plädiere ich für Ehrlichkeit und Fairness. Schließlich sind wir keine Entscheidungsautomaten, sondern Abgeordnete aus Fleisch und Blut. Wir sind alle geprägt von unserem beruflichen, familiären und biografischen Hintergrund. Ich bin zum Beispiel Nordfriese, bin in Nordfriesland geboren, aufgewachsen, und ich wohne dort noch immer. Selbstverständlich setze ich mich als Abgeordneter für diese Region und ihre Menschen besonders ein.

Das wird sicherlich niemanden überraschen. Diese Art der Abhängigkeit wird nicht nur allgemein akzeptiert, sondern ist nach meinem Dafürhalten sogar die Säule unserer **Demokratie**. Abgeordnete sollen ihre eigene Meinung nicht einem objektiv bestimmbaren Gemeinwohl unterordnen müssen. Unsere Demokratie lebt gerade vom **Interessenausgleich**.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Entscheidungen im Sinne eines umfassenden Gemeinwohls kommen erst dadurch zustande, das im Landtag verschiedene Regionen und Interessen repräsentiert sind.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Was sind das für Worte!)

Wir müssen mit guten Argumenten überzeugen und Interessen in Einklang bringen. Abgeordnete müssen also nicht völlig unabhängig beziehungsweise neutral sein, sondern sich um einen Interessenausgleich bemühen, bis sie zu einer guten und vernünftigen Entscheidung gelangen. Alles andere wäre ei-

(Lars Harms)

ne völlig lebensfremde Vorstellung, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und FDP)

Wozu wir allerdings alle verpflichtet sind, ist die Offenlegung dessen, was unsere Entscheidungen beeinflusst. Das Schlüsselwort heißt **Transparenz**. Sie ist in der Küstenkoalition ein wichtiges Anliegen, weil sie Außenstehenden die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen ermöglicht und uns selber ein Mittel der Eigenkontrolle an die Hand gibt. Der Koalitionsvertrag sieht darum vor, zur Ausweisung der Nebenverdienste von Abgeordneten eine neue und bessere Regelung als die derzeitige zu schaffen. Wir orientieren uns dabei an der Gesetzeslage, die der Bundestag verabschiedet hat.

Der SSW lehnt aber nicht allein deshalb den vorliegenden Antrag ab, sondern auch, weil es zwei schwerwiegende Einwände gegen ihn gibt.

Erstens. Die zeitliche Inanspruchnahme des Abgeordneten soll nach den Vorstellungen der PIRATEN detailliert aufgezeigt werden - eine Art **Stundenzettel** für **Abgeordnete**. Einmal davon abgesehen, dass dieses Vorhaben rein praktisch an Grenzen stößt, weil es uns eine erhebliche bürokratische Belastung auferlegt, jeden Monat irgendwelche Stundenzettel auszufüllen, ist dieses Vorhaben zwar sachlich gut gemeint, aber nicht optimal umgesetzt. Die PIRATEN vernachlässigen nämlich - das ist ganz wichtig - die Qualitätsdimension. Qualität ist in der Politik aber das alles Entscheidende.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Qualitätsermittlung erfolgt in unserem Land immer noch durch Wahlen und durch nichts anderes.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja, so ist es!)

Mancher mag sich von Jahresabschlussstatistiken blenden lassen. Aber die Wählergunst ist eben gerade nicht abhängig von der Zahl der Gesetzentwürfe, die man einbringt, von der Zahl der Fünfminutenbeiträge, die man hält, oder der Zahl der kleinen Anfragen und der ganzen stundenlangen Energie, die man da hineinsteckt, meine Damen und Herren. Die Wählerinnen und Wähler orientieren sich an der **Qualität** der **parlamentarischen Initiativen**. Genau die bildet ein Stundenzettel überhaupt nicht ab. Was nützt ein in wochenlanger Fleißarbeit erarbeiteter Gesetzentwurf, wenn er völlig sinnfrei ist?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So wie der jetzige!)

Dann doch lieber eine Qualitätsorientierung, über die durch Wahlen entschieden wird.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zweitens: Die **centgenaue Abrechnung** von **Einzeleinkünften** und **Gewinnentnahmen**. Wenn wir im Parlament nur noch Beamte haben wollen, die nach einer verlorenen Wahl eine Rückkehrgarantie auf ihren Arbeitsplatz haben, dann sollten wir tatsächlich alle wirtschaftlichen Tätigkeiten schonungslos offenlegen und damit unterbinden. Wenn wir aber der Vielfalt der Gesellschaft auch weiterhin Zugang zum Parlament ermöglichen wollen, dann müssen wir dafür Sorge tragen, dass die wirtschaftlichen Bande bis zu einem gewissen Grad bestehen bleiben können. Das gilt zum Beispiel für den Geschäftsführer eines Unternehmens, aber zum Beispiel auch für eine Anwältin.

Ich habe durchaus Verständnis dafür, dass manche Kolleginnen und Kollegen auch weiterhin Nebentätigkeiten aufrechterhalten, die ihnen eine Rückkehr in den Beruf ermöglichen. Das hat auch etwas mit innerer Unabhängigkeit zu tun. Das macht die Menschen unabhängig.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Ich denke nämlich, dass man denjenigen, die keine Nebentätigkeit haben - zu denen gehöre unter anderem auch ich - durchaus Abhängigkeit vorwerfen könnte, weil sie nur die Diät haben, die sie im Übrigen nicht nur für den eigenen Lebensstil zu verwenden haben, sondern auch für andere Dinge des Lebens.

Also, meine Damen und Herren, es gibt da Abhängigkeiten. Ich finde, es geht nur darum, alles transparent zu machen. Ich denke, der Kollege Bernstein hat gerade etwas Wichtiges gesagt, nämlich dass dann auch andere Dinge offengelegt werden sollten, zum Beispiel das Geburtsdatum, der berufliche Werdegang, ehrenamtliches Engagement, und zwar nicht nur jetzt, sondern auch früher.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Lebensgefährten, Freundschaften!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Lars Harms [SSW]:

Daraus ergibt sich eher ein Bild dessen, was für einen Abgeordneten handlungsleitend ist, als aus der Frage, ob er nun einen Euro mehr oder weniger verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. - Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gemeldet, weil ich die mit getragener Stimme vorgetragene Argumentation des Kollegen Dudda etwas infrage stellen will. Er treffe nur auf Leute, die Vertrauen in Parlamente verloren hätten, weil dort Menschen säßen, von denen man annehmen könne, sie würden aufgrund von Nebentätigkeiten und Finanzierung Dritter ihre Unabhängigkeit verloren haben und in deren Interessenlage stimmen. Ich treffe, Herr Kollege Dudda, immer stärker - das geht vielen von uns so - auf Menschen, die sagen: Im Parlament sitzen nur Menschen, die von der Sache nichts mehr verstehen. - Es ist doch viel gefährlicher, dass man uns vorwirft, wir kommen nicht mehr aus Berufen und haben keinen eigenen Hintergrund mehr, dass es immer mehr Abgeordnete gibt, die gar nicht wissen, worüber sie reden und dafür viel Geld bekommen. Das ist viel gefährlicher als alles andere.

Deshalb plädiere ich dafür, dass wir uns klarmachen, dass **Abgeordnetentätigkeit** eine **Beschäftigung auf Zeit** ist und dass Diäten kein Gehalt sind, was viele immer annehmen, sondern die Entschädigung dafür, dass man nicht alternativ tätig sein kann. Das mag für Menschen aus dem **öffentlichen Dienst** völlig unproblematisch sein, weil sie sicher sind, dass sie in den angestammten Job zurückkehren können. Das kann kein **Freiberufler oder Anwalt**. Herr Peters weiß das. Wenn wir als Einzelanwälte unterwegs und nur noch im Parlament beschäftigt wären, dann könnten wir unsere Kanzlei zumachen. Denn wenn wir nach vier oder fünf Jahren wieder in den Beruf müssten, würden wir auf einen Markt treffen, der entweder neu erobert werden müsste oder zu erobern wäre. Kein Arzt kann zu uns kommen. Wir hatten hier - ich will es noch einmal sagen - Kolleginnen, denen das Finanzamt unterstellt hat, dass der Geschäftsbetrieb zu Hause Liebhaberei sei,

(Lars Harms [SSW]: Das kenne ich auch!)

mit ganz schlimmen Folgen, nicht nur steuerlichen Folgen, sondern der Folge der Existenzvernichtung. Darüber müssen wir uns klar sein. Wir finden immer weniger Menschen, die bereit sind, in parlamentarische Tätigkeiten zu gehen, wenn sie aus einem bestimmten Beruf, aus einer bestimmten Gesellschaftsschicht oder aus einer bestimmten Einkommensschicht kommen, was wir doch nicht ernsthaft wollen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Argument, das auf die Zeit abstellt, in der man irgendwo herumsitzt. Schade, dass Monika Heinold nicht da ist. Ich bin ja der Alterspräsident und am längsten im Parlament. Als Anwalt gehe ich einer Beschäftigung nach, die sich in aller Regel gegen den Staat richtet, weil mein Gegner - ich bin ja Verteidiger - der Staat ist. Man könnte darüber nachdenken, ob das so sinnvoll ist. Damit verdiene ich ja dankenswerterweise aufgrund vieler Entscheidungen der Sozialdemokraten relativ viel Geld. Das ist ja auch in Ordnung. Aber da die Menschen das wissen, haben sie die FDP unter meiner Führung immer gewählt, 2009 mit 14,9 % und 2012 - Kollege Stegner war ganz traurig, das er jedenfalls diese Wette verloren hat - mit dem zweitbesten Ergebnis seit Bestehen des Landes. Das zeigt doch, Herr Kollege Dudda, dass Ihre Einschätzung, die Menschen könnten nicht zwischen Menschen, denen sie Unabhängigkeit zutrauen und bei denen sie Unabhängigkeit sehen, und den Menschen, bei denen sie das nicht vermuten, unterscheiden, schlicht und ergreifend falsch ist.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einen Satz zur **Verweildauer** sagen. Wir haben die Diskussion, meine ich, auch schon 2008/2009 geführt. Damals hat Monika Heinold - damals noch als parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Fraktion - mir immer vorgeworfen, sie würde 60 oder 70 Stunden im Parlament sein und könne sich gar nicht vorstellen, wie es mir möglich sei, überhaupt noch nebenbei tätig zu sein. Ich habe die, wie ich bekennen will, freche, aber zutreffende Aussage gemacht: Frau Kollegin Heinold, was kann ich dafür, dass sie so lange brauchen, etwas zu begreifen? - Verstehen sie: Die **Zeit** selber ist überhaupt kein **Kriterium**. Ich weiß selber auch nie, wann ich einen kreativen Gedanken bei der Formulierung ei-

(Wolfgang Kubicki)

nes Schriftsatzes habe. Ich weiß auch nicht, wann ein Künstler einen kreativen Gedanken hat, etwas zu machen. Ich weiß auch nie, wann ein Journalist einen kreativen Gedanken hat, etwas zu schreiben. Aber zu glauben, Zeit sei das entscheidende Kriterium in einer Gesellschaft, die sich wandelt und in der es auf das Ergebnis ankommt, ist so anachronistisch und so hinter dem Mond,

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

dass ich mich wundere, dass die PIRATEN als Vertreter des Web 2.0 oder 4.0 das Zeitargument überhaupt noch im Auge haben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich bin für jede Form von **Offenlegung**, kein Thema. Aber ich kann nur dafür plädieren, dass wir die **Eingangshürden** für Menschen, die nicht gerade aus dem öffentlichen Dienst kommen oder zu den sozial Schwächeren in der Gesellschaft gehören, nicht weiter heraufsetzen. Denn sonst bekommt das Parlament ein Gesicht, von dem ich nicht glaube, dass es unserem Gemeinwesen angemessen ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf in der Drucksache 18/608 abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Dann ist dieser Antrag gegen die Stimmen der PIRATEN von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Wir kommen zu den nächsten Tagesordnungspunkten 11 und 31:

Gemeinsame Beratung

a) Eine Strategie für den Nordseeraum entwickeln

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2496

b) Umsetzung der Resolutionen des 12. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kaliningrad und der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz in Olsztyn

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2393 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Europaausschusses
Drucksache 18/2606

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Europaausschusses, dem Herrn Abgeordneten Peter Lehnert.

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verweise auf die Vorlagen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Danke für den weitreichenden Bericht. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Für die Ursprungsantragsteller zu a) hat das Wort für die SPD-Fraktion die Frau Abgeordnete Regina Poersch.

Regina Poersch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erinnern Sie sich noch, wie wir im vergangenen Jahr miteinander darüber diskutiert haben, ob es richtig sei, in Krisenzeiten zum **Parlamentsforum Südliche Ostsee** nach **Kaliningrad** zu reisen? Wir haben ganz intensiv darüber diskutiert. Wir sind gefahren, und ich sage heute: Es war richtig, dass wir gefahren sind; das war gut so.

(Vereinzelter Beifall SPD, CDU und SSW)

Ich finde wirklich, in Krisenzeiten gibt es nur eines: Begegnung, Begegnung, Begegnung.

(Regina Poersch)

Neben der Begegnung haben wir auch inhaltlich ganz viel Wichtiges und Richtiges beschlossen: Wir haben die Unterstützung des Ostseejugendsekretariats und die Vertiefung von Jugendaustauschprogrammen beschlossen. Wir haben beschlossen, dass die südliche Ostsee ein neues Tourismuszentrum Europas werden sollte. Wir haben beschlossen, die Gesundheitswirtschaft mit einzubeziehen und Innovationen in der Gesundheitsförderung zu unterstützen. Schließlich haben wir immer wieder unser gemeinsames kulturelles Erbe im Ostseeraum betont. Bei all dem, was wir uns vorgenommen haben, sollten wir die Aspekte Ökologie und Nachhaltigkeit berücksichtigen.

Für mich ganz persönlich bleibt außerdem vom vergangenen Mai in Kaliningrad die Erinnerung an eine wunderbare Gastfreundschaft und an gute Gespräche über das, was damals in der Ukraine vor sich ging und leider bis heute vor sich geht, und über das, was Kaliningraderinnen und Kaliningrader sich wünschen, da - auch das haben wir erfahren - die Zeit des Königsberg-Nostalgietourismus langsam vorbei ist.

Das führt mich zu einem ganz zentralen Punkt der **Ostseekooperation**, nämlich zum **Tourismus**. Der Tourismus rund um die Ostsee ist ein wachsender Wirtschaftszweig. Es gilt, die Gemeinsamkeit zu betonen: unsere Küsten und Strände, unsere einzigartige Landschaft, unser kulturelles Erbe, die Ostsee selbst. All das hat inzwischen fast ganzjährig Saison. Ich wünsche mir aber, dass wir hier gemeinsam noch besser werden.

Wie kann aber die südliche Ostsee zu einer gemeinsamen Urlaubsregion werden, wenn eine Reise von und nach Kaliningrad so unendlich umständlich ist, wenn man nicht mal eben für ein Wochenende hinfliegen kann, wenn man nicht mal eben vom Kreuzfahrtschiff aus einen Landgang unternehmen kann, wenn die A 20 durch Mecklenburg-Vorpommern führt, aber nicht weiter durch Polen in Richtung Baltikum? Das sind ganz konkrete Punkte, die uns immer wieder beschäftigen, die wir angehen können, um die Ostseekooperation noch weiter zu verbessern.

Sehr konkret sind wir Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner vor allem beim **Ostseejugendsekretariat** geworden. Wir haben nicht nur unsere Unterschrift unter eine Resolution gesetzt, sondern in den Haushalten 2015 und 2016 auch jeweils 20.000 € dafür bereitgestellt. So wichtig ist uns die Mitbestimmung der Jugend im Ostseeraum.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb ist es bedauerlich - das gehört dringend hinterfragt -, dass die Europäische Kommission das Erasmus+-Projekt zur Sicherung des Fortbestands des Ostseejugendsekretariats abgelehnt hat. Genau das wird uns auch in diesem Jahr weiter beschäftigen, sowohl auf dem Parlamentsforum Südliche Ostsee in Hamburg als auch auf der Ostseeparlamentarierkonferenz in Mecklenburg-Vorpommern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die **Ostsee** ist europaweit das gelungene Beispiel für eine gut funktionierende **Makroregion**. Donau, Adria und andere machen es inzwischen nach. Aus unserer Sicht wäre es lohnenswert, so eine Makroregion auch für den **Nordseeraum** zu beschreiben und zu beleben. Die bisherigen Signale der Anrainerstaaten sind - ich will es einmal vorsichtig ausdrücken - zurückhaltend. Wir meinen aber, dass es sich lohnt, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln und die Zusammenarbeit auch politisch zu forcieren. Es gibt alle möglichen Bereiche, in denen sich eine solche Zusammenarbeit anbietet: Wirtschaft, Forschung und Entwicklung, Energie, Bildung, Naturschutz, Schifffahrt, Fischerei, Kultur und Minderheiten - da gibt es ganz viele Möglichkeiten.

Meine Fraktion hat im vergangenen Sommer die Niederlande bereist. Wir haben Vertreter unserer niederländischen Schwesterpartei getroffen, haben uns mit Vertretern der Region Friesland ausgetauscht und uns in der Deutsch-Niederländischen Handelskammer informiert. Die Niederlande entwickelten sich 2013 zu Schleswig-Holsteins wichtigstem Exportkunden. Mit Friesland verbindet uns auch kulturell vieles. Nur weil Dinge schon gut funktionieren, heißt das ja nicht, dass wir nicht über den Tag hinaus denken können und eine Strategie für die Makroregion Nordsee entwickeln können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das möchten wir gemeinsam mit der Landesregierung tun. Wir wissen, dass unser Antrag keiner ist, der schon in den nächsten Wochen Ergebnisse vorweisen wird - auf gar keinen Fall -, aber wir halten es für wichtig, den Nordseeraum mit derselben Aufmerksamkeit zu behandeln wie die Ostsee. Deswegen beantrage ich die Überweisung unseres Antrags Drucksache 18/2496 an den Europaausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt das Wort der Herr Abgeordnete Volker Dornquast.

Volker Dornquast [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Bezüglich der Ostseekooperation darf ich mich dem anschließen, was meine Vorrednerin gerade gesagt hat. Das ist alles ausführlich dargestellt worden. Deshalb darf ich mich auf die **Nordseeregion** konzentrieren.

Ebenso wie der Ostseeraum ist die Nordsee eine Region mit beeindruckenden Entwicklungen und mit großen Zukunftschancen. Hierzu zählen nicht nur die Energiewirtschaft, sondern unter anderem auch die maritime Forschung, die Schifffahrt und die Fischerei, um nur die vier wichtigsten Bereiche von vielen zu nennen.

Das Meer ist inzwischen weniger ein trennendes, sondern immer stärker ein verbindendes Element, welches die Möglichkeit bietet, sich in den einzelnen Anliegerregionen gemeinsam zu entwickeln. Von England und Schottland über Norwegen und Dänemark bis Schleswig-Holstein ist die Interessenlage zumindest ähnlich. Deshalb ist es zu begrüßen, dass es seit längerer Zeit **gemeinsame Gremien der Parlamente** und der **Regierungen** für die Kooperation dieser Regionen gibt, die sich mit all den Themenbereichen, die im Antrag aufgeführt sind, beschäftigen. Leider fehlen in dieser Kooperation **Hamburg und Niedersachsen**. Um die Gremien noch effektiver zu machen, sollten wir als Landtag und die Landesregierung versuchen, auf diese beiden Bundesländer einzuwirken, damit auch sie dabei sind.

Wenn man bei den Treffen der genannten Gremien ins Gespräch kommt, merkt man sehr schnell, dass nicht nur die Interessenlagen in der Nordseeregion gleich sind, sondern auch die daraus resultierenden Ziele und die jeweils gewählten Wege zumindest ähnlich sind. So wurden hier in den vergangenen Jahren viele gemeinsame Überlegungen angestellt und in die EU getragen. Oft geht es nur gemeinsam, oder es geht zumindest gemeinsam besser. Eine Stärkung der Präsenz der **Nordseekommission** in **Brüssel** halte ich für angemessen, um diese Arbeit erfolgreicher erledigen zu können.

(Vereinzelter Beifall CDU und SPD)

- Ich sehe Einigkeit. Danke schön.

Herzlichen Dank an die Regierungsfraktionen, dass Sie diese Ziele aus der Nordseekommission beziehungsweise den Arbeitsgruppen der Nordseekommission so detailliert zusammengetragen haben und dass Sie diese für Schleswig-Holstein verbindlich übernehmen wollen. Insbesondere danke dafür, dass Sie die aktive Mitarbeit unseres Landes in der Nordseekommission als notwendig erachten. Dabei haben Sie selbstverständlich die volle Unterstützung der CDU.

(Beifall Birgit Herdejürgen [SPD])

Wenn wir dies wollen, müssen wir uns fragen - ich meine dies auch ein wenig selbstkritisch -, ob der Kooperation von Landtag und Landesregierung in der Nordseekommission wirklich eine optimale **Koordinierung** der **Ministerien und** der **Gremien des Landtags** vorausgehen, ob hier nicht weitere Verbesserungen möglich und machbar sind. Ich glaube, wir dürfen uns nicht scheuen, auch über Kapazitätsfragen nachzudenken, wenn wir über die Ausweitung dieser Aufgabe diskutieren. Die anderen Regionen, die ich vorhin aufgezählt habe, zeigen uns, welche Gewichtungen sie gefunden haben.

In dem Antrag steht, dass die Landesregierung gebeten wird, sich dafür einzusetzen, dass eine Strategie der Nordseeanrainerregionen entwickelt wird. Dies ist sicherlich richtig. Das ist aber etwas wenig. Erst einmal braucht Schleswig-Holstein eine eigene übergreifende **Strategie**, mit der es in diese Kooperation gehen kann. Teilweise ist eine solche Strategie vorhanden, aber bei Weitem nicht überall.

Ich hoffe für die CDU, dass wir in der Ausschussberatung die Inhalte weiter präzisieren können, damit wir neben den Zielen auch die Wege, die zu diesen Zielen führen, aufnehmen können. Ich hoffe, dass das dann ein runder Antrag wird. Wir bitten ebenfalls um Ausschussberatung. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD und vereinzelt SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist anscheinend ein richtiger Kuschelantrag; er findet breite Zustimmung. Hier sind einmal wieder, der knappen Tagungszeit geschuldet, zwei Themen in einer Debatte zusammengefasst worden, die es eigentlich erfordern, einzeln beraten zu werden, um überhaupt ihrer Bedeutung gerecht zu werden. Aber ich nehme einmal die Her-

(Bernd Voß)

ausforderung an, Ostsee und Nordsee miteinander zu vermischen. Es gibt ja auch einen Wasseraustausch zwischen Nord- und Ostsee von 3 % im Jahr. Der ist für die Sauerstoffversorgung der Ostsee von größter Bedeutung. Von daher ist es vielleicht sehr fruchtbar, wenn die Ostseekooperation als Vorbild für die Nordseekooperation dient.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir haben im **Ostseeraum** eine jahrzehntelange **intensive Zusammenarbeit** über die Grenzen der EU hinaus. Besonders Russland und die russischen Regionen und Kommunen sind dabei. Gerade die schleswig-holsteinische Landespolitik nach 1989 - ich nenne Björn Engholm - ist zielstrebig und verbindend vorangegangen, um die Ostseeregionen zusammenzubringen. Ich nenne als Ergebnis die Ostseeparlamentarierkonferenzen, das Parlamentsforum Südliche Ostsee, den Ostseerat und die vielen regionalen und kommunalen Partnerschaften.

Wir haben dann im Zuge der Erweiterung der EU-Politik im Ostseeraum eine besondere und relativ neue Form der Zusammenarbeit, die **Makroregion**, bekommen. Es war die erste Makroregion, die im Jahre 2009 vom Rat der Europäischen Union beschlossen wurde. Damit war die Ostseeregion die erste Region, die Modellcharakter für Europa hatte. Die Donauregion ist nachgezogen. Der sogenannte Atlantische Bogen steht zur Diskussion, und es steht zur Diskussion, auch im Alpenraum eine europäische Makroregion zu schaffen.

Uns ist bewusst, dass die Entwicklung einer Strategie für eine Makroregion und der Aufbau der dafür erforderlichen Strukturen eine aufwendige Angelegenheit ist, die nicht von heute auf morgen bewerkstelligt werden kann. Uns ist auch bewusst, dass das Gelingen bei Weitem nicht allein von unserer schleswig-holsteinischen Landesregierung abhängt. Dazu ist es wirklich notwendig, dass die Regionen um die **Nordsee** herum und besonders die nationalen Regierungen dazu stehen. Ich nenne hier ganz vorneweg auch die Unterstützung der Bundesregierung. Ich muss feststellen, dass Dänemark während der letzten Legislaturperiode die Ratspräsidentschaft innehatte. Dänemark war nicht vorbereitet. Das hätte besser vorbereitet sein müssen.

Aber wir sollten auch nicht so tun, als ob es da etwas gäbe, was wir völlig neu aufbauen müssten. Wir haben **Strukturen und Kooperationen**. Wir haben die Nordseekommission; sie ist heute bereits mehrfach genannt worden, auch wenn das die Ultraperipherien des europäischen Regionenverbundes sind. Es gibt sie, und unsere Ministerin Anke Spoorendonk ist dort im Vorstand. Wir haben eine Reihe von Abgeordneten, die in den Arbeitsgruppen der Nordseekommission aktiv sind.

Auf nationaler Ebene möchte ich das OSPAR-Abkommen, das Oslo-Paris-Abkommen zum Schutz der Meeresumwelt, sowie die gemeinsamen Initiativen im Bereich der Offshore-Stromnetze nennen. Wir haben im Nordseeraum über das INTERREG-B-Nordseeprogramm ein europäisches Finanzierungs-instrument, auf das wir aufbauen können, um letztlich eine Nordsee-Strategie umsetzen zu können.

Schließlich kann die bestehende intensive Zusammenarbeit mit Dänemark - wir haben heute Morgen sehr viel davon gehört - ein Kristallisationspunkt für die erweiterte Kooperation im Nordseeraum sein.

Eine gemeinsam erarbeitete **Strategie für die Nordsee** würde das Rad nicht neu erfinden. Aber es wäre eine große Hilfe, wenn es darum geht, Schwerpunkte richtig zu setzen, Aktivitäten und Ressourcen zielgerichtet und gemeinsam zu bündeln. Wir stellen hier im Landtag immer wieder fest, dass es Dinge gibt, bei denen wir einfach gemeinsame europäische Anstrengungen brauchen. Da wäre es einfach gut, wenn die Regionen rund um die Nordsee in diesem Fall ganz konkret zusammenarbeiten könnten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich nenne nur stichwortartig die nordseeweite Hafenkooperation, vielleicht auch über die Nordrange hinaus, den Tourismus, das Welterbe Wattenmeer, das Konzept „Saubere Schifffahrt“, das ja auch umgesetzt werden muss, die SECA-Gebiete ab Anfang 2015, gemeinsame Energiekonzepte und die Weiterentwicklung der Regelungen für Ölplattformen, Pipelines und Transporte. Das sind nur einige Stichworte.

Wir möchten mit diesem Antrag einen Impuls geben. Uns ist klar, ein Landtagsbeschluss kann eine Strategieentwicklung nicht ersetzen. Dazu bedarf es eines entsprechenden Beteiligungsprozesses auf den verschiedensten Ebenen, und es sind noch viele dicke Bretter zu bohren.

Ich bitte darum, dass wir das noch einmal im Ausschuss behandeln. Ich denke, wir werden uns da ziemlich gut zusammenraufen und vorankommen.

Zum Schluss noch ein Satz zu den Anträgen zur Umsetzung der **Resolutionen** der **Ostseeparla-**

(Bernd Voß)

mentarierkonferenzen und des **Parlamentsforums Südliche Ostsee**. Besonders vor dem Hintergrund der Krisen in Osteuropa zeigt sich, wie wertvoll es ist, dass wir mit den osteuropäischen Ländern und Regionen in diesen Gremien zusammen beraten, schon lange im Dialog sind. Ich denke, wir sollten dran bleiben. Die Ostsee darf nicht erneut kalt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bevor wir in den Beratungen voranschreiten, begrüßen Sie mit mir Bürgerinnen und Bürger aus Reinbek. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren seit einiger Zeit über die Entwicklung einer Strategie für den Nordseeraum. Mit dieser Strategie soll der **Nordseeraum** zu einer **Makroregion** innerhalb der Europäischen Union weiterentwickelt werden. Wenn man jedoch ehrlich die Situation analysiert, dann muss man festhalten, dass das Projekt bislang nicht richtig vorankommt. Es ist zwar erfreulich, dass im EU-Budget Mittel für die Vorbereitung der Entwicklung einer solchen Makrostrategie eingestellt worden sind. Für das Stadium, in dem wir uns befinden, sind sie aus meiner Sicht auch in der Höhe angemessen.

Aber dabei kann es natürlich nicht bleiben. Wir brauchen weitere Maßnahmen, um das Ziel zu erreichen. Ich meine, dazu ist ein ganz wesentlicher Ansatzpunkt, dass wir die Arbeit der **Nordseekommission** weiter stärken, dass wir dort die Kräfte bündeln, und zwar insbesondere mit Blick auf eine **vollständige Vertretung der Regionen** rund um die Nordsee. Es ist nämlich aus meiner Sicht ein Problem, dass ein Teil der Regionen im Nordseeraum in dieser Kommission nicht vertreten ist, so zum Beispiel in England die East Midlands, Yorkshire and the Humber und North East England. Das führt, denke ich, zu einem weiteren Problem. In die Diskussion sind bisher nicht alle anliegenden Regionen eingebunden. Neben strukturschwachen Regionen haben wir einige sehr wirtschaftsstarke Partner, die nicht repräsentiert sind, was aber eigentlich notwendig wäre. So ist zum Beispiel Hamburg nicht Mitglied der Nordseekommission. Aber es gibt auch andere wichtige Städte, die wir in eine Zusammenarbeit im Nordseeraum einzubeziehen haben, wie beispielsweise Rotterdam. Auf jeden Fall sollten wir versuchen, die genannten Regionen, die bislang nicht in die gemeinsame Arbeit einbezogen sind, als neue Mitglieder der Nordseekommission zu gewinnen.

Ich schlage vor, den Antrag zur **Nordseeraumstrategie** an den Europaausschuss zu überweisen. Diesen Vorschlag haben andere Kollegen auch schon gemacht. Ich bin mit dem Begriff „Strategie“ übrigens sehr einverstanden, auch wenn Frau Kollegin Pauls heute Vormittag im Rahmen der Dänemark-Debatte gemeint hat, das klinge zu sehr nach Angriffstaktik, zu kriegerisch. Es ging damals um die Dänemark-Strategie der alten Landesregierung. Jetzt beantragen ihre Koalitionsfraktionen eine Strategie für den Nordseeraum.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Angelika Beer [PIRATEN])

Es wird seitens der Antragsteller hier ganz sicherlich kein Angriff gegen die Anrainerstaaten der Nordsee geplant, ganz sicher nicht. Insoweit möchte ich Sie bitten, Frau Pauls - sie ist momentan, glaube ich, nicht im Plenarsaal -, sich bei Gelegenheit etwas zu beruhigen, damit Sie sich in Zukunft über eine solche Terminologie nicht mehr so aufregen, wie das heute Vormittag der Fall gewesen ist.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ja, sie ist ruhiger als Sie, Herr Stegner; das ist ganz klar.

Abschließend eine Anmerkung zu dem **Resolutionsantrag** zum **Parlamentsforum Südliche Ostsee** und zur **Ostseeparlamentarierkonferenz**: Es sind einige wichtige inhaltliche Punkte zur Arbeit beider Institutionen gesagt worden. Wir haben darüber ausgiebig im Ausschuss diskutiert.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Die FDP-Fraktion stimmt der Beschlussempfehlung zu. - Danke schön.

(Beifall FDP, Peter Lehnert [CDU] und Kirsten Eickhoff-Weber [SPD] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wir haben versehentlich applaudiert, aber macht nichts!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir Ihren Antrag „Eine Strategie für den Nordseeraum“ jetzt mehrfach durchgelesen. Ich muss sagen: Besonders einzigartig, innovativ und integrativ finde ich ihn nicht gerade.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Einige Themen sind nur angerissen, andere fehlen völlig, und wieder andere sind einfach nicht deutlich.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Sie fordern mit Ihrem Antrag eine gemeinsame Identität der Anrainerstaaten, beziehen sich bei der Minderheitenpolitik jedoch ausschließlich auf die Unterstützung der interfriesischen Zusammenarbeit. Was ist denn mit den nationalen **Minderheiten** in den **Nordseeanrainerstaaten**, beispielsweise den Saamen in Norwegen? Was ist mit den Molukker in den Niederlanden oder der deutschen Minderheit in Belgien? - Wenn man weit über die klassische Regionalpolitik hinausgehen will, was ich durchaus nicht schlecht finde, dann muss man auch so denken.

Im Bereich der **Energiepolitik** fordern Sie multilaterale Regelungen für Zulassungsverfahren und Haftung bei Rohstoffbohrungen, Förderung und Transport von Erdgas und Erdöl.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Was heißt das denn jetzt? Mit Fracking, ohne Fracking? - Keine politische Positionierung! Man kann alles hinein interpretieren, und damit öffnet man Interpretationen Tür und Tor.

Ich habe übrigens kurz mit Frau Pauls gesprochen. Weil es doch mehrere Bereiche betrifft: Wirtschaft, Umwelt, Energie- und Europapolitik, werden wir vorschlagen - -

(Regina Poersch [SPD]: Sie haben mit mir gesprochen!)

- Entschuldigung, ich meinte Regina. Wir werden deshalb vorschlagen, es nicht nur dem Europaausschuss, sondern auch dem Wirtschaftsausschuss - -

(Zurufe FDP - Unruhe)

- Können Sie einmal die Redezeit anhalten?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich versuche schon, durch Glockenzeichen deutlich zu machen, dass Sie das Wort haben. Aber wenn das nicht ausreicht, unterstütze ich Sie gern auch verbal.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Die Redezeit läuft immer noch weiter.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, die Zeit ist schon fortgeschritten, aber das Wort hat Frau Abgeordnete Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Gut, ich habe eine Minute mehr. Danke schön.

Wenn wir schon die Nordseestrategie und die Meerespolitik mit hineinnehmen, dann wünsche ich mir auch da, dass zum Beispiel die Problematik des Plastiks in der Nordsee und die ökologischen Folgen genannt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit einer **Nordseestrategie** würden sich die beteiligten Anrainerstaaten verpflichten, enger bei der Entwicklung ihrer Regionen zusammenzuarbeiten, um das Entwicklungspotenzial dieser Regionen noch besser auszuschöpfen - und zwar über die Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union hinaus. Sie müssen dann aber auch definitiv und umfänglich definieren, welche konkreten **Schwerpunkte** die von Ihnen geforderte Nordseestrategie verfolgen soll und mit welchen Problemen sie sich beschäftigen muss. Wenn Sie eine breite Zustimmung zu Ihrem Antrag haben wollen - wir können das in den Ausschüssen beraten - werde ich auch sicherlich die Frage aufwerfen, warum nicht einmal das von Ekkehard Klug gerade erwähnte Exekutivkomitee der Nordseekommission - NSC -, in dem immerhin unsere Ministerin Spoorendonk den Vorsitz für Deutschland wahrnimmt, in dem Strategieantrag Erwähnung findet. - Vollkommen unverständlich!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur **Ostseekooperation** hat die Kollegin alles erwähnt. Es gibt viele Punkte, die wir erreicht haben. Ganz besonders hervorzuheben ist das **Ostseejugendsekretariat**. Ich denke, auch die Probleme, die angesprochen sind, sind wichtig. Man kann eigentlich kaum noch von einer Krise zwischen der Ukraine und Russland sprechen, wenn man sieht, wie die Mobilmachung läuft und wie Kräfte gegeneinander aufgestellt werden. Wir werden trotzdem für uns - da haben wir einen breiten Konsens, und das ist gut so - versuchen, die Kooperation mit den Parlamentariern aufrechtzuerhalten und - wenn auch nur im ganz Klei-

(Angelika Beer)

nen - klarmachen, dass Dialog immer noch besser ist, als gegenseitig mit den Säbeln zu rasseln.

Ich denke, wir stimmen heute der **Resolution** der **Ostseeparlamentarier-Konferenz** und des **PSO** zu. Zu der Überweisung habe ich bereits gesagt, dass wir darum bitten, die Anträge nicht nur dem Europaausschuss zu überweisen, sondern auch dem Umwelt- und Agrarausschuss sowie dem Wirtschaftsausschuss, damit wir vielleicht tatsächlich irgendwann zu einem strategischen Ansatz kommen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zusage Schleswig-Holsteins, sich stärker in der **Nordseekooperation** zu engagieren, ist aus Sicht des SSW äußerst positiv zu bewerten. Dabei geht es konkret darum, die Zusammenarbeit in der Nordseeregion praktisch und wirkungsvoll voranzubringen. Fakt ist, dass es in puncto Nordseekooperation noch sehr viel nachzuholen gibt. Dazu genügt ein kurzer Blick zur direkten Nachbarregion, nämlich zum Ostseeraum. Im Grunde genommen steht die Nordseeregion im Vergleich ganz gut dar. Die Region von Brest bis Bergen ist stark und ressourcenreich. Die **Ausgangsposition** könnte also fast nicht besser sein. So einfach ist es dann aber leider nicht. Denn trotz jahrelanger aktiver Nachbarschaftspolitik und regem Handel sind daraus keine **gefestigten Strukturen** entstanden. Diese Strukturen auf die Beine zu stellen, ist die grundlegende Herausforderung für alle hier im Antrag erwähnten Ziele.

In dieser Hinsicht müssen wir geduldig sein, denn klar ist auch, dass solche Strukturen nicht von heute auf morgen vom Himmel fallen. Was wir auf Landesebene für ein Heranwachsen von Strukturen tun können, ist, Netzwerke aufzubauen sowie bestehende Verbindungen zu pflegen und weiterzuentwickeln. Darüber hinaus geht es darum, weitere Partner für die Arbeit an einer Nordseestrategie zu motivieren.

Beim Blick auf die Mitglieder der **Nordseekommission** fällt schnell auf, dass derzeit nur zwei Mitglieder aus Deutschland mit von der Partie sind, Bremen und Schleswig-Holstein. Es ist nicht nur bedauerlich, dass unsere Nachbarn in Hamburg und Niedersachsen nicht mit im Boot sind, sondern es sollte unsere Aufgabe sein, die Vorzüge dieser Kooperation gegenüber den Nachbarn aufzuzeigen. Denn eine Strategie für den Nordseeraum ohne das Mitwirken von Hamburg und Niedersachsen oder unseren flämischen Freunden wirkt schon etwas blass. Insofern gibt es auch an dieser Stelle noch einiges zu erledigen.

Im Zuge der Zusammenarbeit der Nordseeanrainer wird oft das Fehlen einer **verbindenden regionalen Identität** bemängelt. Doch auch diesem Stereotyp können wir in Schleswig-Holstein etwas entgegensetzen; denn schließlich ist nichts so identitätsstiftend wie das Meer vor der eigenen Haustür. In diesem Punkt muss sich die Nordseeregion jedenfalls nicht hinter Ostsee- und Donauraum verstecken. Nichtsdestotrotz bleibt noch ein Stück des Weges zu gehen, um tatsächlich eine attraktive, vitale und zusammenwachsende Nordseeregion etablieren zu können.

Wir vom SSW richten dabei ein besonderes Augenmerk auf die Bestrebungen im Kulturbereich sowie in Bezug auf die interfriesische Zusammenarbeit. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit im akademischen Bereich. Hier möchten wir die kommende Berufsgeneration für die Besonderheiten und Chancen der Nordseeregion sensibilisieren. Die Bandbreite, die man den Studenten anbieten kann, ist vielfältig: Von nautischen Kenntnissen über Wassermanagement bis hin zur Energiewirtschaft gibt es deutlich mehr als nur eine Möglichkeit, um die Zusammenarbeit der Hochschulen auf ein neues Niveau anzuheben.

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass die angestrebte Strategie für 2020 in der Tat sehr ambitioniert ist. Das ist auch gut so, denn die Nordseeregion hat nichts anderes verdient. Nur durch Ambitionen kann Neues wachsen. Wir in Schleswig-Holstein können diese Ambitionen aufgreifen, indem wir eine Vorbildrolle übernehmen. Dazu, wie genau die aussehen kann, mag man dem morgen vorzustellenden Westküstenbericht schon einiges entnehmen. Die ersten Schritte sind gemacht, unsere Aufgabe ist es, den Weg weiterzugehen - für eine attraktive, nachhaltige und sachkundige Nordseeregion.

Ich möchte auch noch einige Sätze zu unserem **PSO** in **Kaliningrad** verlieren. Es war gut, dass wir letztes Jahr dort hingereist sind. Wir wollten nicht schweigen, wir wollten reden und das Netzwerk rund um die Ostsee auch weiter verstetigen und vertiefen. Wir haben viele gute Eindrücke mitge-

(Jette Waldinger-Thiering)

nommen, viele gute neue Kontakte geknüpft. Wir haben für unser Ostseejugendsekretariat gekämpft. Der Kampf ist noch nicht ganz zu Ende. Wir müssen noch weiter gemeinsam überlegen, wie wir das auch in Zukunft gestalten können. Ich glaube, es war aber gut, und ich freue mich auf die Zusammenarbeit in der PSO für dieses Jahr, für 2015. Wir werden sehen, was wir dann dem Hohen Haus berichten können, wie fleißig wir im Ostseeraum und auch im Nordseeraum sind.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Aus dem Parlament liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. - Für die Landesregierung hat jetzt hat die Frau Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beschränke mich auch auf den Antrag zur **Nordseezusammenarbeit**. Alles andere wird - denke ich - eventuell in den Ausschüssen zu diskutieren sein.

Zuerst danke ich den antragstellenden Fraktionen für den vorliegenden Antrag. Ich finde es gut, dass so ein Antrag heute vorliegt und weiter beraten werden wird. Gleichwohl muss ich sagen: Wir müssen uns endlich von dem Missverständnis trennen, dass man die - über lange Jahre erkämpfte - makroregionale EU-Strategie für den Ostseeraum „mal so eben“ kopieren und auf den Nordseeraum übertragen könnte. Das ist auch schon Teil der Debatte gewesen. Aber es ist wichtig, sich dies vor Augen zu halten.

Zwar diskutieren wir seit knapp fünf Jahren darüber, ob und wie eine Initiative für eine **makroregionale EU-Strategie** auch für den Nordseeraum entwickelt werden kann. Wir müssen die Dinge aber realistisch betrachten: Auf Sicht wird es keine EU-Strategie geben können. Die Gründe dafür sind einfach.

Makroregionale EU-Strategien für EU-Teilräume sind keine Regelaufgabe der EU, sondern eher die Ausnahme. Wenn nur eine begrenzte Anzahl von EU-Mitgliedstaaten in den Fokus von EU-Politiken rücken sollen, müssen erst recht alle 28 Mitgliedstaaten im Europäischen Rat zustimmen.

Auf EU-Ebene gibt es die klare Priorität, sich auf wenige makroregionale Strategien zu begrenzen und sich auf Regionen zu beschränken, in denen die gemeinsame Bewältigung von Herausforderungen und Problemen einen Mehrwert für die gesamte EU verspricht. Neben den EU-Strategien für den Ostsee- und für den Donauraum gibt es - wir hörten es bereits - seit Ende Oktober auch eine Strategie für den adriatisch-ionischen Raum. Für die Alpenregion ist ebenfalls eine Makrostrategie in Vorbereitung.

Und: Auf EU-Ebene hat bislang noch niemand bisherige Initiativen für eine Nordseestrategie aufgegriffen, auch keiner der EU-Mitgliedstaaten rund um die Nordsee. Das hört sich bitter an, aber so ist die Faktenlage im Moment.

Das perspektivische Ziel einer EU-Strategie auch für den Nordseeraum sollten wir dennoch nicht aus den Augen verlieren. Darin sind wir uns alle einig. Wir sollten dabei aber nicht den Eindruck erwecken, als könnte eine EU-Strategie ein Allheilmittel zur Überwindung bestehender Defizite **regionaler Zusammenarbeit im Nordseeraum** sein. Im Gegenteil, gerade die gewachsene Vielzahl der eigenständig entwickelten Kooperationen im Ostseeraum hat wesentlich dazu beigetragen, für die EU-Ostseestrategie die notwendige Akzeptanz auf Ebene der EU-Mitgliedstaaten zu schaffen.

Wir sollten auch nicht so tun, als gäbe es im Nordseeraum kein EU-Engagement. Die Nordsee ist zwar kein klassisches Binnenmeer wie die Ostsee, aber sie gehört ausschließlich zu den Gewässern von EU-Mitgliedstaaten zuzüglich Norwegens, das über den Erweiterten Wirtschaftsraum an die EU angebunden ist. Das heißt, zu Stichworten wie Maritime Raumordnung, Schiffssicherheit, Fischerei, Meeresschutz, saubere Schifffahrt und so weiter mag man ja über Qualität und **Reichweite** von **EU-Regelungen** streiten - sie gelten aber uneingeschränkt im gesamten Nordseeraum.

Die **Nordseekommission**, ein Zusammenschluss regionaler Gebietskörperschaften, hat Ende 2011 ein Strategiepapier „Nordseeregion 2020“ vorgelegt. Darin werden Stärken und Potenziale des Nordseeraums zur Umsetzung der EU-Entwicklungsstrategie „Europa 2020“ aufgezeigt. Erklärtes Ziel dabei aber war und ist, für die Etablierung einer makroregionalen EU-Strategie für den Nordseeraum zu werben. Schon die frühere Landesregierung hat hieran mitgewirkt.

Der vormalige dänische und der aktuelle norwegische Vorsitzende der Nordseekommission haben auf Einladung der Landesregierung im Europaausschuss im Februar 2013 und im November 2014 be-

(Ministerin Anke Spoorendonk)

richtet. Beide haben darauf hingewiesen, dass auch diese aufwendig erstellte Strategie auf wenig Interesse bei nationalen Regierungen und in Brüssel gestoßen ist. Dennoch will auch die Nordseekommission an dem von ihr verfolgten Ziel unbeirrt festhalten. Der aktuelle Vorsitzende will dafür die Präsenz der Nordseekommission in Brüssel stärken, um den Nordseeraum selbst stärker in das Blickfeld der EU zu rücken. Die Landesregierung unterstützt ihn darin.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Die Bemühungen der Nordseekommission allein reichen nicht aus. Es braucht deutlich mehr Anstrengungen, **strategische Kooperationsnetzwerke** aufzubauen. Eine Möglichkeit dafür bietet das EU-Programm **INTERREG Nordsee**. Sie wissen, in der neuen Förderperiode stehen bis 2020 mit 158 Millionen € deutlich mehr Fördermittel zur Verfügung als im Vorläuferprogramm. Beispiele für strategisch ausgerichtete Projekte aus der letzten Förderperiode sind „Clean North Sea Shipping“, „Northern Maritime University“, „POWER Cluster“ und so weiter. An diesen Projekten waren auch Partner aus Schleswig-Holstein beteiligt. Aber: Aus zeitlich begrenzten Projekten müssen beständigere Netzwerke werden.

Meine Damen und Herren, eine makroregionale EU-Strategie für den Nordseeraum bleibt ein längerfristiges Ziel, das den Einsatz lohnt. Wir haben es hier mit einem dickeren Brett zu tun. Zu allererst sollten wir hierzu gemeinsam für eine wichtige Grundvoraussetzung werben, nämlich für mehr **Akzeptanz** und **Interesse** an engerer Zusammenarbeit unter den **Nordsee-Anrainerstaaten** selbst. Dabei rede ich hauptsächlich über die nationale Ebene, aber - wie schon mehrfach angesprochen - auch die regionale Ebene, die verstärkt einbezogen werden müsste. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deshalb schließe ich die Beratung.

Wenn ich der Debatte richtig gefolgt habe, ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/2496 - das ist der Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW - dem Europaausschuss zu überweisen.

(Zurufe: Mitberatend in den Umwelt- und Agrar- und in den Wirtschaftsausschuss!)

- Wer diesen Antrag federführend dem Europaausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss sowie dem Umwelt- und Agrarausschuss überweisen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung zu b), Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/2393 (neu). Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Antrags Drucksache 18/2393 (neu). Wer dieser Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist auch dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Planungssicherheit schaffen - Gesundheitsinfrastruktur zukunftsfähig machen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2609

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Deshalb eröffne ich die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! **Krankenhäuser** haben seit jeher eine ganz zentrale Rolle bei der Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung gespielt. Ich glaube, man darf angesichts der demografischen Entwicklung sagen: Sie werden in Zukunft eine noch wichtigere Rolle spielen als in der Vergangenheit. Vor diesem Hintergrund ist das, was wir in unsere Krankenhäuser investieren, aus meiner Sicht öffentliche Daseinsvorsorge. Krankenhäuser gehören genauso zur **öffentlichen Infrastruktur** wie andere Bereiche. Ich muss das hier immer wieder sagen. Manchmal scheint der eine oder andere Kollege Verkehrspolitiker zu glauben, dass öffentliche Infrastruktur vor allem aus Straßen, Schienen und sonstigen Verkehrswegen besteht.

(Zurufe SPD: Oh, oh!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe sehr früh und immer wieder sehr deutlich - nicht nur in diesem Plenarsaal, sondern auch in der eigenen Frakti-

(Dr. Heiner Garg)

on, der eigenen Partei - gesagt: Es ist eine ganz zentrale öffentliche Aufgabe, für Krankenhausinfrastruktur Mittel bereitzustellen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Mal gucken, wie die Debatte verläuft. Ich will mich weitgehend an die Appelle von heute Morgen halten und nicht in die Vergangenheit gucken. Würde man nämlich in die Vergangenheit blicken, dann hätten wir das Modell der **Krankenhausfinanzierung**, wie es bis 2010 galt, fortgeführt. Dann hätten wir schon heute bei dem Schuldendienstmodell von damals fast 60 Millionen € Schulden am Kapitalmarkt aufnehmen müssen, um 50 Millionen € Investitionssumme auszulösen.

Wir haben das 2011 mit einem vollkommen neuen Modell geändert. Dieses Modell hat es ermöglicht, damals 40 Millionen € bis heute für die sogenannten Einzelinvestitionen im Krankenhausbereich zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig aufgelaufene Schulden zu tilgen. Das hat den Krankenhäusern in Schleswig-Holstein Planungssicherheit gegeben. Das ist übrigens in der gesamten Krankenhauslandschaft - was nicht üblich ist, wenn die Regierung etwas macht - unabhängig vom jeweiligen Träger ausdrücklich begrüßt worden. Sie waren froh darüber, was Innenministerium, Finanzministerium und Gesundheitsministerium damals auf die Beine gestellt haben.

Mit unserem Antrag möchten wir die Landesregierung auffordern, ein Modell, aufbauend auf dem, was die Vorgängerregierung ausgehandelt hat, anzuschließen, das Planungssicherheit für die Krankenhäuser im Land über das Jahr 2020 hinaus bis 2030 gewährleistet.

Warum heute? Frau Finanzministerin, wir haben uns im Finanzausschuss schon mehrfach darüber austauschen dürfen, dass Sie - sie ist gar nicht da - relativ viel Sympathie für dieses Modell haben. Warum heute? - Weil Planungen gerade bei Einzelmaßnahmen im Krankenhausbereich eine ziemlich lange Vorlaufzeit brauchen, nicht erst seit gestern. Die **Krankenhäuser** haben schon jetzt aufgehört, weitere **Investitionen** zu planen, weil sie schlicht und ergreifend nicht wissen, wie es nach 2020 weitergeht.

Wir sind mit dieser Initiative während der Haushaltsberatungen zugegebenerweise gescheitert. Nun könnte man annehmen, bei den haushaltspolitischen Beratungen habe das nicht ins politische Gesamtkonzept gepasst. Der Kollege Andresen fragt ja immer wieder nach Alternativen der Opposition. Das haben Sie auch gestern beim Infrastrukturbericht getan. Herr Kollege Andresen, wir beide sitzen im Finanzausschuss. Wir schlagen Ihnen heute eine echte Alternative vor.

Dieses Modell ist solide durchgerechnet. Das **Zweckvermögen** im Bereich Wohnraumförderung/ Krankenhausfinanzierung beläuft sich inzwischen auf rund 2,5 Milliarden €. Ich habe damals die Nachfrage gestellt, als die Investitionsbank zugegen war. Das wissen Sie. Man kann heute mit Fug und Recht seriös sagen, dass eine Wiedererhöhung auf 50 Millionen € jährliche Investitionssumme durch dieses Programm sehr wohl verkraftbar ist. Das wissen wir heute nach den Erfahrungen.

Wir sind gern bereit, und ich beantrage das, Frau Präsidentin, dass über diesen Antrag im Finanzausschuss und Gesundheitsausschuss diskutiert wird. Ich glaube, dass diese Entscheidung notwendig ist, weil die Investitionssicherheit für die Investitionsplanung an den Krankenhäusern eine existentielle Grundvoraussetzung dafür ist, dass Krankenhäuser in Zukunft wieder das tun können, wofür sie da sind, nämlich unsere Bevölkerung sowohl in der Stadt als auch auf dem Land mit guten, qualitativ hochwertigen stationären medizinischen Leistungen und auch immer mehr ambulanten Leistungen angemessen zu versorgen.

Ich würde mich über eine sachliche Debatte und positive Entscheidung am Ende im Ausschuss zu dieser Initiative ausgesprochen freuen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, PIRATEN und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP weist vollkommen zu Recht darauf hin, dass es zur Finanzierung der Krankenhausinvestitionen für die Jahre nach 2020 einer Anschlussregelung bedarf. Zutreffend ist auch, dass angesichts des vorhandenen Investitionsstaus die jährlich eingesetzten Mittel von 40 Millionen € nicht ausreichend sind und es einer Aufstockung bedarf. Die Analyse der FDP ist also absolut richtig. Bis dahin hat das Anliegen der FDP unsere volle Zustimmung. Wir müssen deutlich mehr für die Krankenhausfinanzierung tun. Problematisch ist aus unserer Sicht der eingeschlagene Lösungsweg.

(Tobias Koch)

Auch die CDU-Fraktion hat sich im Vorfeld der Haushaltsberatungen im letzten Jahr Gedanken über die **Krankenhausfinanzierung** gemacht. Wir haben dazu allerdings auch Gespräche mit der Investitionsbank geführt - das ist vielleicht der Unterschied zur FDP - und haben aufgrund der daraus gewonnenen Erkenntnisse davon Abstand genommen, den Weg über das **Zweckvermögen** Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung einzuschlagen. Dazu muss man sich noch einmal die durchaus komplexe Konstruktion vor Augen führen, die es ermöglicht hat, die **Investitionen** in **Krankenhäuser** mithilfe des Zweckvermögens zu bezuschussen.

Im Infrastrukturbericht der Landesregierung heißt es dazu fälschlicherweise:

> „Die 40 Millionen € für die Einzelprojektförderung wird durch eine Entnahme aus dem Zweckvermögen… sichergestellt."

Wäre dies der Fall, würde man wirklich 40 Millionen € aus dem Zweckvermögen entnehmen, würde das Zweckvermögen peu à peu schrumpfen. Wie man der Bilanz der Investitionsbank entnehmen kann, ist das Eigenkapital der I-Bank ganz überwiegend in dem Zweckvermögen gebunden. Eine Entnahme aus dem Zweckvermögen würde das Eigenkapital der Investitionsbank schmälern, damit ihre Möglichkeit, Geschäfte zu betreiben, reduzieren und letztendlich die Existenz der I-Bank gänzlich infrage stellen. Daran kann niemand ein Interesse haben.

Der 2010 eingeschlagene Weg sieht deshalb auch anders aus: Aus dem Zweckvermögen heraus wird keine Entnahme getätigt, sondern das Land Schleswig-Holstein erhält von dem Zweckvermögen ein zinsloses Darlehen in Höhe von 40 Millionen € pro Jahr, welches es dann ermöglicht, den Krankenhäusern entsprechende Zuschüsse zu gewähren. Das bedeutet mit anderen Worten: Im Jahr 2020 steht das Land Schleswig-Holstein bei der Investitionsbank, beim Zweckvermögen mit rund 400 Millionen € in der Kreide.

Dankenswerterweise ist dieses Darlehen zinslos, der Landeshaushalt wird also nicht weiter belastet, allerdings ist da ja noch die Frage der Tilgung dieses zinslosen Darlehens. Da der Landeshaushalt auch dafür keinen Spielraum bietet, steht dafür ausschließlich der Jahresüberschuss der I-Bank zur Verfügung. Dieser wird nämlich von der Bank an das Land ausgeschüttet und anschließend zur Tilgung dieses zinslosen Darlehens eingesetzt.

An dieser Stelle hilft wiederum ein Blick in die Bilanz der I-Bank. Der Bilanzgewinn beläuft sich auf jährlich 3 Millionen €. Wir können an dieser Stelle festhalten: Ende 2020 haben wir ein zinsloses Darlehen von 400 Millionen € beim Zweckvermögen aufgenommen, das wir anschließend mit 3 Millionen € pro Jahr tilgen, also sind wir in 133 Jahren damit durch.

Und jetzt kommt der FDP Antrag, das zinslose Darlehen von 40 Millionen auf 50 Millionen € aufzustocken und das Ganze bis zum Jahr 2030 fortzusetzen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So ist das!)

Herr Kollege Dr. Garg, zu diesem Zeitpunkt wäre dann das komplette Zweckvermögen, das sich nicht auf 2,5 Milliarden, sondern nur auf knapp 1 Milliarde beläuft, als zinsloses Darlehen an das Land ausgeliehen, die Tilgung mit jährlich 3 Millionen € würde dann schlappe 320 Jahre dauern - vorausgesetzt, die I-Bank macht weiter 3 Millionen € Gewinn im Jahr, denn ein zinsloses Darlehen von 1 Milliarde ist nicht unbedingt förderlich für den Gewinn der I-Bank.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Garg?

Tobias Koch [CDU]:

Sehr gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Garg, bitte.

> **Dr. Heiner Garg** [FDP]: Ich bin gerade etwas verwirrt. Denn erstens hat Herr Westermann-Lammers auf meine Frage im Finanzausschuss geantwortet, es betrage 2,5 Milliarden €. Ich habe zweimal nachgefragt. Zweitens, Herr Kollege Koch, waren Sie als finanzpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode sicherlich sehr engagiert - ich glaube, es war sowohl der damalige Innenminister, der der CDU angehörte, als auch der damalige Finanzminister, der auch der CDU angehörte, und der Gesundheitsminister, der der FDP angehörte, die sich auf dieses Modell geeinigt haben, das ich bis heute für das richtige halte. Deswegen finde ich Ihre Einwände gegen diese Finanzierungsform, so Sie denn nicht einen brillanteren Vorschlag haben, wie wir unsere

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Krankenhauslandschaft in Zukunft finanzieren - freundlich ausgedrückt -, etwas verwunderlich.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Vielleicht solltet ihr mal eine Arbeitsgruppe bilden!)

Tobias Koch [CDU]:

Herr Dr. Garg, die Verwunderung kann ich gern aufklären. Das 2010 gefundene Modell war in der Tat die richtige Antwort auf die damals erschreckende Situation, die wir vorgefunden haben mit der von Ihnen richtigerweise dargestellten Schuldenbeihilfe, die das Land bis dahin gewährt hat und die vollkommen aus dem Ruder gelaufen wäre. Also ist die 2010 gefundene Lösung richtig. Es ist eine passende Übergangslösung für den Zeitraum von 2010 bis 2020.

Wenn es damals schon möglich gewesen wäre, statt 40 Millionen € 50 Millionen € zu entnehmen, dann hätte das der damalige Gesundheitsminister - da bin ich mir sicher - auch getan. Nur gab die Lösung über das Zweckvermögen schon damals nicht mehr her, als bei der Förderung von 50 Millionen € auf 40 Millionen € herunterzugehen, und das über zehn Jahre. Das ist im Hinblick auf das Zweckvermögen verkraftbar. Alles, was darüber hinausgeht, stellt eine übermäßige Beanspruchung des Zweckvermögens dar, mit den geschilderten negativen Konsequenzen für die **Investitionsbank**. - Damit ist die Frage beantwortet.

Ich will Ihnen im weiteren Redetext gern die Alternative aufzeigen. Den richtigen Weg - was stattdessen zu tun ist - haben wir im Grunde in den Haushaltsberatungen alle gemeinsam schon eingeschlagen. Denn fast alle Fraktionen haben im Rahmen der Haushaltsberatungen einen höheren Zuschuss aus dem Landeshaushalt heraus für die Krankenhausfinanzierung beantragt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Einmalig, Herr Kollege!)

- Ihre Kritik daran ist vollkommen berechtigt. Das ist nur ein Anfang. Die 10 Millionen € aus dem Landeshaushalt, die in diesem Jahr zusätzlich bereitstehen, sind unzureichend und nur ein Anfang - zumal wenn es die Regierungsfraktionen im nächsten Jahr schon wieder auf 5 Millionen € reduzieren wollen. Das ist vollkommen unsinnig: einmalig 10 Millionen €, im nächsten Jahr 5 Millionen €. Das schafft in der Tat keine Planungssicherheit.

Das heißt aber: Wir alle müssen uns darauf vorbereiten, ab 2020 die Krankenhausfinanzierung wieder komplett über den Landeshaushalt darzustellen. Das mit dem Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung war eine Übergangslösung. Wir müssen den Landeshaushalt so aufstellen, dass wir ab 2020 die **Krankenhausfinanzierung** über den **Landeshaushalt** fortsetzen können, gegebenenfalls sogar in einem höheren Umfang als mit den bisherigen 40 Millionen €. Daran müssen wir arbeiten. Wir müssen das aus eigener Kraft stemmen. Wir dürfen nicht zurück zu dem Schuldenbeihilfemodell von Rot-Grün; aber das Zweckvermögen Wohnraumförderung ist da leider auch keine Lösung. Lassen Sie uns gern weiter im Ausschuss darüber diskutieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort hat der Kollege Bernd Heinemann von der SPD-Fraktion.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Planungssicherheit schaffen - Gesundheitsinfrastruktur zukunftsfähig machen.“ Was für ein Antrag: zukunftsweisend, geradezu ideal; nur kommt er leider vier Jahre zu spät. Sie sind fleißig - ja. Sie sind intelligent - ja. Sie sind manchmal sogar mutig - ja. Sie sind noch in Regierungsverantwortung - nein. Sie sind Gesundheitsminister - nein. Was sind sie denn? - Sie sind in der Opposition. Sie hatten Regierungsverantwortung; Sie konnten das Zweckvermögen Wohnbauförderung/Krankenhausfinanzierung von jährlich 50 Millionen auf 60 Millionen € anheben. Sie haben aber eben schon die Einwände dazu von Herrn Abgeordneten Koch gehört. Sie hätten das auch schon für 2015 festlegen können. Sie hatten zunächst aber auch noch keine Schuldenbremse.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was?)

- Zunächst mal keine Schuldenbremse. - Sie hatten die Möglichkeit. Haben Sie die Mittel zur **Krankenhausfinanzierung** angehoben? - Nein, Sie haben sie nicht angehoben. Was haben Sie gemacht? Sie haben die Mittel von 50 Millionen auf 40 Millionen € gekürzt; das haben wir eben gehört.

Sie waren aber ehrlich und ehrenwert. Zitat des Gesundheitsministers vom 26. April 2012:

„An dieser Stelle will ich nicht verschweigen, dass es richtig ist, dass mit der Ihnen gerade präsentierten Neustrukturierung eine Kürzung von 20 % einhergegangen ist.“

(Bernd Heinemann)

Das waren schlicht 10 Millionen € weniger, nicht mehr, meine Damen und Herren. Dazu hat der Kollege Koch gerade etwas gesagt.

Garanten für unsere Infrastruktur sind wir trotzdem, auch nach Ihren Worten. Schuld war natürlich die negative Rendite unserer Politik - na klar! -, aber die Zinsentwicklung spricht heute eine andere Sprache. Haben sie denn die Kommunen entlastet? - Nein, belastet, mit 50 % statt 40 % Eigenanteil. Das ist Geschichte - hätte, hätte, Fahrradkette! Aber Sie wollen die kommunalen Mehrbelastungen mit ihrem jetzigen Antrag fortsetzen.

Und was machen wir nun in der Küstenkoalition mit der Schuldenbremse und einem nach wie vor erheblichen Sanierungsstau bei den Krankenhäusern? - Das sage ich gleich, wenn Sie Ihre Zwischenfrage beantwortet bekommen haben.

(Heiterkeit SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank für die kollegiale Unterstützung, Herr Vizepräsident Heinemann. - Das Wort für eine Bemerkung hat der Abgeordnete Garg. Bitte schön.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich möchte gar nicht Ihre etwas isolierte Ansicht, ab wann wir eine Schuldenbremse hatten, weiter kommentieren, Herr Kollege Heinemann, sondern möchte Sie darauf aufmerksam machen, wenn Sie schon so wortgewaltig in der Vergangenheit herumrühren, dass das Modell des Schuldendienstes, das Ihnen offensichtlich besser gefällt - eine Alternative dazu haben Sie nicht -, den Einwohnerbeitrag bis 2020 auf über 19 € pro Einwohner hätte steigen lassen. Mit dem von Ihnen so heftig kritisierten Modell, für das ich heute noch einmal geworben habe, hätte man es aber geschafft, den Einwohnerbeitrag - ich nehme an, Sie wissen, was das ist - bis 2020 konstant bei rund 14 € zu halten, bei einem Volumen von 40 Millionen €. Bei einem Investitionsvolumen von 50 Millionen € würde der Einwohnerbeitrag einmalig leicht auf knapp unter 15 € steigen.

Bernd Heinemann [SPD]:

Bei der damaligen Zinsausrichtung war das so, aber inzwischen hat sich die Zinssituation ja völlig verändert. Insofern sind die Annahmen, die damals zugrunde lagen, falsch. Hätte, hätte, Fahrradkette - ich sagte es bereits.

Ich komme jetzt zu dem nach vorne gerichteten Teil. - Wir haben wenigstens damit begonnen, ein zusätzliches **Förderprogramm** für die Krankenhäuser aufzulegen - schon 2014, also im vergangenen Jahr, über 5 Millionen € zusätzlich. Wir entwickeln auch die **Krankenhaussanierung** so, dass es vorangeht. Die von Ihnen um jährlich circa 10 Millionen € gesenkte Investitionsförderung haben wir für die nächsten Jahre wieder angehoben und somit zusätzlich 30 Millionen € an Sondermitteln bereitgestellt. Das geht nach 2017 weiter, wegen der Planungssicherheit, und zwar in der Form, wie es Herr Koch eben geschildert hat, nämlich mit einem über den Landeshaushalt finanzierten Förderprogramm. Meine Damen und Herren, wir haben damit die Kommunen eben nicht zusätzlich belastet, was bei Ihrem Modell, das Sie jetzt vorschlagen, schon wieder der Fall wäre.

Und was tun wir noch? Wir investieren eine halbe Milliarde € in die Finanzierung unserer eigenen Maximalversorger. Das tun wir auch noch.

Was soll dieser FDP-Antrag unmittelbar nach den Haushaltsberatungen? Ist der Phantomschmerz von der verlorenen Macht nun wirklich so groß, dass es nach den Haushaltsberatungen einen Nachschlag geben muss?

Zu Ihrem Erstaunen schmettern wir Ihren Antrag aber nicht einfach ab. Nein, das tun wir nicht, obwohl sich das hier mehr als nur angeboten hätte. Anders als in Zeiten Ihrer Regierungsverantwortung - unser Antrag in ähnlicher Form ist damals abgeschmettert worden - reden wir über dieses Thema natürlich im Fachausschuss.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist ja echt gütig!)

Wir diskutieren mit Ihnen und der Öffentlichkeit gern unsere Vorstellungen einer erfolgreichen Weiterentwicklung der stationären oder - noch besser - der verzahnten Versorgung.

(Anita Klahn [FDP]: Das Ergebnis steht aber schon fest!)

Daran können Sie sehen, dass uns die Versorgung, vor allem aber auch die stationäre Versorgung, sehr wichtig ist. Aber wie sagte es Arno Sölter:

„Ein Egoist ist ein Mensch, der nur zuhört, wenn er selbst redet.“

(Torge Schmidt [PIRATEN]: Wir hören ja gerade zu!)

Ich wünsche uns gemeinsam, dass wir uns gegenseitig zuhören.

(Bernd Heinemann)

Wir sind übrigens nicht nachtragend. Aber wir haben zumindest auch nicht vergessen, dass ein liberaler Bundesgesundheitsminister die Angleichung des Bundesbasisfallwerts bis 2015 mit seiner Gesetzesvorlage schlicht torpediert hat. Auf die Angleichung hatte sich unsere Gesundheitsministerin Gitta Trauernicht mit den anderen Ländern bei der Gesundheitsministerkonferenz in Plön im Jahr 2006 eigentlich schon geeinigt. Wir hätten jetzt schon den angeglichenen bundeseinheitlichen **Basisfallwert** - torpediert, weg, Schluss, aus! Wir haben stattdessen einen von der FDP erfundenen Finanzkorridor. Und wo sitzen wir im Korridor? Wir sitzen hinten im Korridor, und das merken wir, weil dadurch unseren Krankenhäusern ein Betrag in Millionenhöhe entgeht. Das haben die Wählerinnen und Wähler übrigens nicht vergessen. Das haben Sie gemerkt. Sie haben es im Bund gemerkt, und Sie würden es auch hier merken.

Ich bitte darum, dass wir uns wirklich einigen, dass wir, die Koalition und Sie von der Opposition, gemeinsam die Chance nutzen, konstruktive Wege zu finden, und zwar so, dass es wirklich trägt.

Die Idee von 2002, die Anregung des Landesrechnungshofs aufzunehmen - das haben wir eben schon gehört - und eine monistische Finanzierung herbeizuführen, basierte nicht allein auf Schuldendienst, sondern natürlich auch darauf, dass wir Hilfe aus Berlin brauchen; wir haben sie nicht bekommen. Deswegen gibt es eben dieses DRG-Moment bei der Finanzierung der Infrastruktur leider auch nicht. Ob die Umsetzung der Idee im Lichte der Zinsentwicklung geklappt hätte -

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Bernd Heinemann [SPD]:

- werden wir sehen.

(Heiterkeit)

- Das war an die Abgeordneten gerichtet, nicht an Sie, Frau Präsidentin. Entschuldigung!

Wir wollen und wir werden mehr Planungssicherheit schaffen, und wir haben damit auch schon begonnen. Aber wie gesagt, die Haushaltsberatungen sind zu Ende. Wir werden erklären, wir werden zuhören und das Mögliche tun, gegebenenfalls mit Ihnen gemeinsam. Wir schließen uns dem Überweisungsansinnen gern an.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneter Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Überschrift des Antrags der FDP lautet: „Planungssicherheit schaffen - Gesundheitsinfrastruktur zukunftsfähig machen“. Das klingt gut und richtig, aber welche konkreten Maßnahmen fordern Sie von der Landesregierung?

Ab Juli 2015 sollen die **Krankenhäuser** in Schleswig-Holstein mehr Geld für **Investitionen** bekommen, das finde ich super; 50 Millionen € statt 40 Millionen €. Das ist ein Plus von genau 10 Millionen €. Ich freue mich, dass die FDP im Nachhinein unserem Haushalt zustimmt. Danke schön.

(Beifall Bernd Heinemann [SPD] und Lars Harms [SSW])

Genau das haben wir von der Küstenkoalition nämlich schon auf den Weg gebracht. Wir haben für die folgenden drei Jahre im Haushalt zusätzliche 30 Millionen € für die Krankenhäuser in Schleswig-Holstein eingeplant. Ich sage Ihnen ganz klar: Vom demografischen Wandel reden und ihn bedauern, wird in den nächsten Jahren nicht reichen. Wir müssen jetzt handeln, damit wir morgen eine gute Gesundheitsinfrastruktur haben.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich wage es einmal, ja.

Tobias Koch [CDU]: Es geht auch nur um Grundrechenarten. Frau Kollegin, hier können Sie mir bestimmt weiterhelfen: 10 Millionen € in 2015, davon 5 Millionen € in 2016 und auf 5 Millionen € in 2017 absenken; ich komme nur auf 20 Millionen €. Wie kommen Sie auf 30 Millionen €?

- Ich komme auf dreimal 10, also auf 30 Millionen €. Ich zeige Ihnen das gleich, wir können das gern noch einmal besprechen. Dreimal 10 Millionen € sind 30 Millionen €.

(Dr. Marret Bohn)

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW - Zuruf: Sehr gut!)

- Danke. Der Grundkurs hat gereicht, ich bin froh.

Ich muss es noch einmal in aller Ernsthaftigkeit sagen: Ich teile das Ziel, das in dem Antrag formuliert ist, nämlich die **Krankenhausfinanzierung** über das Jahr 2020 hinaus zu planen und die Weichen für die Jahre danach rechtzeitig und richtig stellen. Ich habe den Eindruck, dass der Kollege Koch, was dieses Ziel angeht, an unserer Seite ist. Nur bei dem Weg, wie wir dort hinkommen, habe ich große Zweifel, ob der Weg der FDP nicht eine steinige Einbahnstraße werden könnte. Wir sollten über all dies weiter im Ausschuss miteinander beraten, denn das Ziel ist richtig und wichtig.

Wer die Krankenhauslandschaft in Schleswig-Holstein kennt, dem ist klar, dass eine Aufstockung der Mittel für die Krankenhausfinanzierung dringend erforderlich ist. Genau aus diesem Grund stellt die Küstenkoalition in diesem Jahr 10 Millionen € zusätzlich bereit. Sie fordern also etwas, was schon in Erfüllung gegangen ist, das sagte ich bereits. Diese zusätzlichen Gelder stehen aus gutem Grund nicht im Rahmen des Zweckvermögens zur Verfügung, da gebe ich dem Kollegen Koch recht, denn dann wären die Kommunen ebenfalls zu einer Erhöhung ihrer Mittel verpflichtet gewesen. Das hat der Kollege Heinemann gerade ausgeführt.

Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin § 21 des schleswig-holsteinischen Ausführungsgesetzes:

> „Die Kreise und kreisfreien Städte beteiligen sich an den Investitionskosten der Krankenhäuser nach diesem Gesetz jährlich mit einem Beitrag in der Höhe des vom Land bereitgestellten Betrages.“

Daher haben wir genau diesen Weg nicht gewählt. Ich finde es richtig, dass wir das gemacht haben. Trotz alledem bleibt das Problem, was wir langfristig, also 2020, 2025, 2030, machen müssen, Kollege Garg.

Jetzt komme ich zur Ausgangslage zurück. Wir kitten das Porzellan, das unter Schwarz-Gelb zerschlagen worden ist. Im Jahr 2011 wurden genau die 10 Millionen € von Schwarz-Gelb gekürzt. Das war ein Fehler. Ich finde es gut, dass Sie das jetzt eingesehen haben

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nein, nein!)

und dass genau diese Kürzungen zurückgenommen werden, denn sie sind, das müssen Sie hier in aller Ehrlichkeit sagen, ein Teil des Grundes dafür, dass wir diesen Investitionsstau haben. Sie erklären nicht den ganzen, aber ein Teil ist auf die Kürzungen zurückzuführen.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] - Zurufe FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 20 Millionen € sind viel Geld. Ich sage: Ein Teil des Staus geht auf genau diese Kürzungen zurück.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Irre!)

- Das ist nicht irre, lieber Kollege Kubicki. Zweimal 10 sind 20. Möchten Sie noch ein paar Rechnungen mehr haben? - Ich glaube, das können wir uns sparen.

Um den **Investitionsstau** der **Krankenhäuser** abzubauen, sind zusätzliche 10 Millionen € pro Jahr nicht genug. In den Schubladen des Sozialministeriums liegen Anträge mit einem unterlegten Investitionsvolumen von 324 Millionen € für den unmittelbaren Bedarf. Wohlgemerkt, es geht um keine Luxusbauten, sondern um die reine Daseinsvorsorge. Nach dem Krankenhausgesetz liegt diese in der Verantwortung des Landes. Der Gesamtstau beläuft sich auf sage und schreibe knapp 580 Millionen €. Die dramatische Situation der Krankenhäuser ist in ihrer Dringlichkeit und in ihrer Größenordnung also erkannt, da braucht die Küstenkoalition keine Nachhilfe; weder in der Gesundheitspolitik noch in den Grundrechenarten.

10 Millionen € mehr pro Jahr können nur ein Anfang sein. Der nächste Schritt muss folgen. Das ist den Koalitionspartnern genauso klar wie der Landesregierung. Unser Ziel ist das Infrastrukturpaket ab 2018 mit einem Volumen von 100 Millionen € pro Jahr. Für uns Grüne ist klar, dass hierbei eine Priorität bei den Krankenhäusern liegen muss.

Sie sehen, die Details des Antrags und der Prozess, bis wir diese ganzen Krankenhäuser gebaut haben, werden uns noch einige Zeit beschäftigen. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Intellektuelle Beleidigung! Der gesamte Stau soll in zwei Jahren entstanden sein!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Prioritäten setzen heißt auswählen, was liegen bleiben soll. Diese Auswahl ist in Schleswig-Holstein nicht leicht, und ich sage dies ausdrücklich ganz ohne politische Schuldzuweisungen. Die Straßen sind marode, die Schulen sind personell unzureichend ausgestattet, an den Hochschulen fehlen Millionen sowohl für die Sanierung als auch für die Forschung und Lehre, und natürlich kranken die Kliniken im Land an einem übergroßen **Sanierungsstau**. Wo soll Schleswig-Holstein, ein Konsolidierungsland, hier **Prioritäten** setzen? Was soll liegen bleiben, bis bessere Zeiten kommen, und was muss sofort angepackt werden? - Es wird für jede Baustelle in diesem Land gute Argumente geben, um ganz oben auf die Prioritätenliste dieser Landesregierung zu kommen; allein diese Regierung muss die Auswahl treffen.

Die FDP möchte der Regierung jetzt Beine machen und fordert aus meiner Sicht zu Recht, für die **Gesundheitsinfrastruktur** zu sorgen, das Programm zur Finanzierung der Einzelbaumaßnahmen fortzuschreiben und eine Anschlussvereinbarung über das Jahr 2020 hinaus zu treffen. Fließen bisher jährlich 40 Millionen € aus dem Zweckvermögen für Wohnraumförderung in die **Krankenhausfinanzierung**, so sollen es künftig 50 Millionen € sein.

An dieser Stelle muss ich sagen, dass mir die Planungssicherheit über das Jahr 2020 hinaus wichtiger ist als die Frage von 10 Millionen € mehr oder weniger. Darüber sollten wir definitiv im Ausschuss diskutieren.

Sehr persönlich hat mich an der Diskussion gerade Ihr Wortbeitrag gestört, Herr Kollege Heinemann. Ich finde, das spiegelt nicht das wider, was ich in den letzten Monaten in den Haushaltsberatungen erlebt habe und wie wir bisher im Finanzausschuss mit diesem Thema umgegangen sind. Wir haben sehr sachlich über dieses Thema diskutiert. Herr Garg hat dieses Thema im Finanzausschuss und auch in den Haushaltsberatungen sehr häufig angebracht. Ich finde nicht, dass er hier oder im Finanzausschuss irgendwelche Schulzuweisungen gemacht hat. Daher finde ich die Art und Weise, wie Sie diesem Antrag sehr unsachlich begegnet sind, nicht in Ordnung, Herr Heinemann.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich finde, dass Ihre Betrachtungsweise dieses Problems sehr rückwärtsgewandt ist. Ich finde, der hier eingebrachte Antrag ist sehr konstruktiv. Ich freue mich tatsächlich auf die Beratungen im Ausschuss. Wir PIRATEN mahnen im Hinblick auf den Infrastrukturbericht die Notwendigkeit an, Schwerpunkte zu setzen. Das gilt für uns natürlich auch für den Gesundheitsbereich.

Ich empfehle, den vorliegenden Antrag in den Sozialausschuss und in den Finanzausschuss zu überweisen, weil diese beiden Ausschüsse fachlich dafür zuständig sind.

Es geht um viel Geld. Daher bin ich der Meinung, dass die vom Kollegen Koch angesprochenen Probleme beziehungsweise die mit der **Investitionsbank** entstehenden Konflikte durchaus erörtert werden müssen. Dafür sind die Fachausschussberatungen bekanntlich da. Ich bin sicher, dass die Investitionsbank uns in den Ausschussberatungen zur Seite stehen und dass man uns jede Frage beantworten wird.

Gesundheitsinfrastruktur ist ein Element der Daseinsfürsorge. Das ist gerade in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein besonders wichtig. Von daher bin ich - wie gesagt - inhaltlich ganz bei den Kollegen von der FDP. Parlamentarisch möchte ich diesen Antrag noch einmal beraten. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort für die Kolleginnen und Kollegen des SSW erteile ich dem Herrn Abgeordneten Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Verehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich glaube, vom Grundsatz her sind wir uns alle darüber einig, dass wir im Land Schleswig-Holstein unbedingt eine zukunftsfähige Gesundheitsinfrastruktur brauchen. Uns allen ist sicherlich auch bekannt, dass **Baumaßnahmen im Krankenhausbereich** langfristig zu planen sind.

Doch ähnlich bekannt ist vermutlich auch jedem von uns die schwierige finanzielle Lage, in der sich unser Land nicht erst seit gestern befindet. Diese schwierige Lage stellt nicht nur uns vor große Herausforderungen, sondern sie hat die FDP mit ihrem damaligen Minister Garg sogar dazu gezwungen, neben vielem anderen auch genau hier, bei den Krankenhausinvestitionen, zu kürzen.

(Flemming Meyer)

Im Antrag der FDP wird nun unter anderem gefordert, dies zurückzunehmen. Vor diesem Hintergrund sind wir alle gut beraten, uns mit Schuldzuweisungen zurückzuhalten und im Sinne einer möglichst **hochwertigen Gesundheitsversorgung** zusammenzuarbeiten. Fakt ist, dass die finanzielle Gesamtsituation unserer Krankenhäuser schon seit längerer Zeit mehr als besorgniserregend ist. Dies hat unterschiedliche Gründe, die von vergangenen Privatisierungsentscheidungen bis hin zu strukturellen und völlig ungerechtfertigten Benachteiligungen bei den **Basisfallwerten** reichen. Die Tatsache, dass der Investitionsstau der Krankenhäuser im Land bei über 300 Millionen € liegt, passt zu diesem traurigen Bild.

Fakt ist leider auch, dass wir hier und heute weder die strukturellen Benachteiligungen noch diesen Investitionsstau aus Landesmitteln auflösen können. Eines ist auch klar: Wir haben im Rahmen der Haushaltsaufstellung vor allem im Bereich der **Investitionsförderung** und bei den pauschalen Fördermitteln nachgebessert und damit getan, was unter den derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen möglich ist.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was den vorliegenden Antrag der FDP und damit die Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser angeht, will ich eines betonen: Die damalige Entscheidung, den unsicheren Weg der Schuldendienstfinanzierung über den Kapitalmarkt zu verlassen und Investitionen zukünftig aus dem Zweckvermögen zu finanzieren, war aus unserer Sicht richtig. Zwar bedaure ich damals wie heute das doch recht niedrige Niveau. Aber der SSW begrüßt in jedem Fall die hierdurch erhöhte **Planungssicherheit** für alle Beteiligten, nicht zuletzt deshalb, weil auf diesem Weg keine neuen Schulden durch die Kreditaufnahme am Kapitalmarkt entstanden sind.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unabhängig von der Art der Finanzierung ist für uns eines völlig klar: Wir wollen und wir werden unseren Krankenhäusern auch über das Jahr 2020 hinaus Planungssicherheit geben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wir haben natürlich auch das Ziel, den Investitionsstau Stück für Stück abzubauen.

Man mag vielleicht bemängeln, dass das alles noch zu wenig ist. Aber ein Blick in unsere Haushaltsplanung zeigt, dass wir uns längst auf den Weg gemacht haben. Bis 2017 werden wir 30 Millionen € an Sondermitteln in die Hand nehmen und damit deutlich mehr bewegen als bisher. Die Summe ist beschlossene Sache, und wir werden sie nach Möglichkeit noch aufstocken.

Ich habe die schwierige Situation der Kliniken angesprochen und hier mehrfach eingeräumt, dass man unseren Einsatz auch vor dem Hintergrund der **Schuldenbremse** noch für zu gering halten mag. Fakt ist aber, dass wir die Probleme rund um die Krankenhausfinanzierung nicht nur sehr genau im Blick haben, sondern auch weiterhin nach Mitteln und Wegen suchen werden, um diese Situation zu verbessern. Denn die von der FDP angemahnte **leistungsfähige Versorgungsinfrastruktur** ist selbstverständlich auch unser gemeinsames Ziel. Deshalb freue ich mich darüber, dass wir diese Anträge auch im Ausschuss noch einmal ausführlich beraten können. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg von der Fraktion der FDP das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich wage jetzt einmal den Versuch im Sinne der Aufforderung, insbesondere durch die Koalitionsfraktionen, das sehr sachlich und nicht zurückblickend zu machen.

Nach dem Beitrag des Kollegen Heinemann, auf den ich in der Sache gar nicht eingehen will, weil das meiste, was er gesagt hat, in der Sache schlicht falsch gewesen ist, möchte ich nur noch eines sagen: Herr Kollege Heinemann, Sie wollen das gar nicht, Sie wollen überhaupt keine konstruktive Diskussion über irgendetwas. Das haben Sie hier mit Ihrem Beitrag sehr eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Der Kollege Rasmus Andresen wird nicht müde - man kann sagen, zu Recht -, die Opposition aufzufordern, sie solle Alternativen vorlegen. Sie halten hier eine Philippika - ich fasse das, was mir einfällt, jetzt einmal mit meinen Worten zusammen -: Was mir einfiele, einen Antrag zu stellen; schließlich seien die Haushaltsberatungen vorbei, und außerdem würde ich in der Opposition sitzen. - Sie haben

(Dr. Heiner Garg)

hier also sehr eindrucksvoll dargestellt, worum es Ihnen in Wahrheit geht.

Liebe Kollegin Bohn, bei allem Respekt, aber auch Ihnen sage ich: Wenn man ein **strukturelles Defizit** in der Höhe vorfindet, wie wir es vorgefunden haben, dann die Chuzpe zu haben, sich hier hinzustellen und die 10 Millionen € weniger, die in den vergangenen zwei Jahren ausgeschüttet worden sind, so zu beklagen, wie Sie das getan haben, dazu gehört dann auch relativ viel Dickfelligkeit und Vergessen, wer denn auch in den Jahren 2000 bis 2005 dazu beigetragen hat, um ein entsprechendes strukturelles Haushaltsdefizit auszuräumen.

Wir haben ein Modell gefunden, von dem niemand wusste, ob es funktionieren würde. Der Kollege Koch hatte dies bereits erwähnt. Ich bin insoweit nach wie vor anderer Meinung, lasse mich allerdings im Ausschuss gern davon überzeugen, dass es einen besseren Weg gibt, in Zukunft dauerhaft Investitions- und Planungssicherheit für die Krankenhäuser herzustellen. Darüber besteht überhaupt kein Streit. Aber den eingeschlagenen Weg - zumindest darüber sind wir uns einig, Herr Kollege Koch -, der damals zwingend notwendig war, der richtig war, so zu kritisieren, wie Sie das getan haben, Frau Kollegin Bohn, das zeugt von relativ wenig Verantwortungsbewusstsein. Denn niemand von uns wusste, wie sich dieses Verfahren tatsächlich auswirken wird, weil vorher niemand diesen Weg eingeschlagen hatte.

Vielleicht bin ich zu blauäugig oder sehe das falsch, aber ich finde, es gehört zumindest zur parlamentarischen Fairness dazu - Sie sprechen ja immer von Fairness im Umgang miteinander und fordern das für sich immer wieder ein -, dann auch einzuräumen, dass das der richtige Weg war, statt drei Viertel seiner Redezeit dafür aufzuwenden, dass man etwas beklagt, was mit Sicherheit nicht zum Investitionsstau von 500 Millionen € geführt hat.

Ich kann nur sagen: Wenn die Beratungen im Ausschuss so laufen wie die Beiträge von Sozialdemokraten und Grünen, dann glaube ich nicht, dass wir am Ende zu Planungssicherheit für die Krankenhäuser kommen werden, wohl aber möglicherweise zu einem anderen Stil in dieser Frage, was ich persönlich außerordentlich bedauern würde.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich der Ministerin Kristin Alheit.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen dafür danken, dass wir heute über dieses Thema sprechen können. Ich glaube, ich kann am Anfang meiner Rede feststellen, dass es Konsens in diesem Haus ist und dass wir uns alle in der Pflicht sehen, unsere Krankenhäuser und damit eine hochwertige und zuverlässige **Gesundheitsversorgung** für die Bevölkerung sicherzustellen und dafür Perspektiven zu bieten und die Gesundheitsinfrastruktur in unserem Land überhaupt zu stärken.

Wir alle wollen **Planungssicherheit**. Diese werden wir auch über das Jahr 2020 hinaus schaffen. Das Ziel eint uns an dieser Stelle. Dass wir uns nicht immer über die Wege einig waren und sind, wie dieses Ziel zu erreichen ist, das ist auch Gegenstand dieses Antrags und war Gegenstand der dazu geführten Debatte. Ich möchte das kurz erläutern.

In dem vorliegenden Antrag wird eine Erhöhung der jährlichen Investitionsmittel für die **Einzelprojektförderung** von 40 Millionen € auf 50 Millionen € gefordert. Es wurde auch schon festgestellt, dass dieser Ansatzpunkt notwendiger Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist, weil nämlich die damalige Landesregierung die Summe von 50 Millionen € auf 40 Millionen € gesenkt hat.

Es steht also eine Forderung im Raum, durch die den Krankenhäusern wieder so viel Geld zur Verfügung gestellt würde, wie sie letztmalig 2010 hatten. In den verschiedenen Debattenbeiträgen wurde schon die Frage des Verschuldensmodells oder des zweckvermögenaufzehrenden Modells angesprochen. Was da Teufel und was Beelzebub ist, will ich an dieser Stelle nicht vertiefen. Das wurde bereits getan.

Fakt ist - das wurde bereits von mehreren Rednern festgestellt -, dass wir nicht genügend Mittel zur Verfügung haben, um alle notwendigen Infrastrukturprojekte gleichzeitig auf den Weg zu bringen. Aber das werden wir Stück für Stück ändern. Mir ist es wichtig festzustellen, dass diese Landesregierung damit bereits begonnen hat.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im vergangenen Jahr hat die Landesregierung - das ist hier noch gar nicht erwähnt worden, deswegen will ich darauf hinweisen - 5,7 Millionen € zusätzlich in die **Investitionsförderung** gegeben. Hiermit wurde gezielt der Ausbau von psychiatrischer und

(Ministerin Kristin Alheit)

psychosomatischer Versorgung insbesondere im Tagesklinikbereich im Land gefördert. Erstmalig wurde somit die Einführung eines neuen **Versorgungskonzeptes in der Psychosomatik** auch mit Investitionsmitteln unterstützt. Ich kann Ihnen versprechen: Da werden wir am Ball bleiben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gleichzeitig haben wir im Jahr 2014 die schon lange überfällige Erhöhung der sogenannten pauschalen Fördermittel umgesetzt. Das macht jährlich rund 1,2 Millionen €. In den Jahren 2015 bis 2017 - das wurde hier bereits erwähnt, wobei komische Rechenspiele gemacht wurden - werden wir nochmals zusätzlich 30 Millionen € investieren. Das ist dem Haushalt zu entnehmen.

Was mit dem Antrag gefordert wird, ist also finanziell längst umgesetzt. Mehr noch: Wir tun das, ohne die Kommunen zusätzlich zu belasten. Das ist ein entscheidender Unterschied. Ich finde, darauf muss man noch einmal hinweisen. Denn die in Ihrem Antrag geforderte Erhöhung um 10 Millionen € würden zur Hälfte die Kommunen zahlen müssen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Planungssicherheit ist bei der Förderung so komplexer Projekte wie im Krankenhausbau unstrittig ein ganz entscheidendes Kriterium. Deswegen ist es gut und richtig, dass wir uns darüber miteinander unterhalten. Die bestehende Struktur mit einer Finanzierung aus dem **Zweckvermögen Wohnungsbau und Krankenhausfinanzierung** wird sechs weitere Jahre tragen, ergänzt um die Sondermittel aus dem Landeshaushalt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Dr. Garg?

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Nein, ich möchte die Frage, ob die damalige Entscheidung des Ministers gut und richtig war, jetzt nicht erörtern. Ich lasse keine Zwischenfragen zu.

Wir werden natürlich rechtzeitig die Weichen für die Fortführung einer nachhaltigen Finanzierung im Krankenhausbau über das Jahr 2020 hinaus stellen, schon allein deswegen - darauf wurde hier schon hingewiesen -, weil wieder größere Projekte in den Blick zu nehmen sind und bewältigt werden müssen. Aus meiner Sicht besteht aber keine Not, hier auf sorgfältige Planung zu verzichten und ganz wichtige Partner in dem Ganzen für die einzelnen Projekte zu verprellen.

Angesichts der notwendigen Investitionen und der Herausforderungen, die unsere Krankenhäuser zu bewältigen haben, mag das alles ohne Frage vielleicht noch nicht genug sein. Aber wir haben zusätzliche Förderungen auf den Weg gebracht und die Kürzungen rückgängig gemacht. Ich will noch einmal daran erinnern: Von 2014 bis 2017 geben wir 35,7 Millionen € mehr in das System. Wir werden genau prüfen, in welcher Höhe wir ab 2018 weitere Mittel für die Krankenhäuser aus dem Investitionssonderprogramm der Landesregierung zur Verfügung stellen können.

Meine Damen und Herren, das macht diese Regierung, und das macht mein Ministerium. Das ist weit mehr, als in der Vergangenheit in diesem Bereich geschehen ist. Ich will es noch einmal sagen: Wir bleiben weiter am Ball.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Beantragt wurde, den Antrag Drucksache 18/2609 dem Sozialausschuss sowie dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe den letzten Tagesordnungspunkt für heute auf, Tagesordnungspunkt 41:

Bekämpfung der Einbruchskriminalität

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2585

Ich erteile dem Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten, Herrn Stefan Studt, das Wort.

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Sehr geehrte Frau Präsidenten! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Gern berichte ich hier über die Entwicklung der Einbruchskriminalität sowie über die geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung

(Minister Stefan Studt)

dieses Kriminalitätsphänomens in Schleswig-Holstein.

Das tue ich auch deshalb, weil gerade **Wohnungseinbrüche das Sicherheitsgefühl** der Menschen in besonderer Weise beeinträchtigen. So sind Einbruchsopfer nicht nur durch den Verlust von Wertsachen, Bargeld und Gegenständen mit ideellem Wert betroffen, viel schlimmer als der wirtschaftliche Schaden ist häufig - das werden die, die es schon erlebt haben, vielleicht nachempfinden - der Schock der Betroffenen, insbesondere der Verlust der gefühlten Sicherheit in den eigenen vier Wänden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz die wichtigsten Punkte aus dem Bericht zusammenfassen: In Schleswig-Holstein wie im gesamten Bundesgebiet ist ein kontinuierlicher **Anstieg der Fallzahlen** bei Wohnungseinbrüchen festzustellen, hier im Land von 5.000 im Jahr 2004 auf 7.654 im Jahr 2012. Ständige Brennpunkte sind die Bereiche um Hamburg sowie die Ballungsräume Kiel und Lübeck.

Die Auswertung dieser Taten offenbart - was nachvollziehbar ist - einen regelmäßigen Anstieg mit Beginn der dunkleren Jahreszeit. Zwei Drittel der Taten werden dann zur Tageszeit zwischen 6 und 21 Uhr begangen.

Als Konsequenz dieser Entwicklung hat die Landespolizei ein landesweites **Konzept zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität** entwickelt, das seit November 2012 Anwendung findet. Da ein Großteil der Taten überregional und bisweilen sogar **international agierenden Tätergruppierungen** zuzurechnen ist, zielt das Konzept vor allem auf diese bandenmäßig organisierten Tätergruppen ab.

Zu den Kernpunkten zählen die **intensive Tatortarbeit** in einschlägigen Fällen, die zielgerichtete **zentrale Auswertung** und Analyse im Landeskriminalamt sowie ein **verbesserter Informationsfluss** zwischen allen betroffenen Dienststellen. Damit kann die Polizei nunmehr Tatzusammenhänge schneller erkennen, Ermittlungen zielgerichtet bündeln und organisationsübergreifende Kontroll- und Zugriffsmaßnahmen durchführen, sowohl in den tatsächlichen wie in den möglichen Tatortbereichen als auch an den Aufenthalts- und Rückzugsorten der Täter.

Zur effektiven Umsetzung werden grundsätzlich alle schutz- und kriminalpolizeilichen Dienststellen eingebunden. So wurden zum Beispiel zielgerichtete Kontrollen durchgeführt und zeitlich begrenzte wie auch dauerhafte Ermittlungsgruppen gebildet. Zum Zwecke der Observation und des Zugriffs wurden und werden auch Spezialkräfte eingesetzt. Tatorte wurden durch speziell geschulte Beamte aufgenommen und die gesicherten Spuren im Landeskriminalamt vorrangig untersucht und ausgewertet. Alle Informationen und Daten laufen zudem in einer eigens dafür im Landespolizeiamt eingerichteten **Steuerungsgruppe** zusammen. Sie leitet die entsprechenden Informationen an die zuständigen Stellen weiter und koordiniert auf Grundlage vorgenommener Analysen punktgenaue landesweite Schwerpunkteinsätze.

Die gesammelten Daten stellen wir über die Landesgrenzen hinaus den benachbarten Ländern, aber auch Dänemark zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, unsere erste Bilanz zeigt: Das Konzept ist erfolgreich. So führte das strukturierte polizeiliche Vorgehen zu etwa 200 Festnahmen von überörtlich und überregional agierenden Tätern, von denen ein Großteil Serieneinbrecher war. Dies mündete in 200 Ermittlungsverfahren, wobei jedes Verfahren für eine Serie oder eine Tätergruppierung und damit für eine Vielzahl von Taten steht.

Gleichwohl gilt - das gilt es auch hier deutlich zu sagen -: Gemessen an den Fallzahlen bleibt die **Aufklärungsquote** trotz des Aufwandes in Schleswig-Holstein wie bundesweit hinter den aus anderen Deliktbereichen bekannten Größenordnungen zurück. Dies war aber auch nicht das vorrangige Ziel. Vielmehr steht die möglichst frühzeitige Identifizierung und Festnahme von Tätern zur **Verhinderung von weiteren Einbrüchen** im Vordergrund.

Wir können im Jahr 2013 in Schleswig-Holstein erstmals einen Rückgang der Taten um 1,6 % verzeichnen - das zeigt auch den Erfolg der Offensive -, während im gleichen Zeitraum die Anzahl der Taten im Bundesdurchschnitt um 3,7 % anstieg.

(Beifall SPD, PIRATEN und SSW)

Auch für 2014 besteht in Schleswig-Holstein die Aussicht, dass die Zahl zumindest nicht erneut ansteigt. Soweit aus meiner Sicht die wichtigsten Angaben zur repressiven Seite.

Gestatten Sie mir noch einen kurzen Ausblick auf die Prävention und Öffentlichkeitsarbeit. Als Stichwort will ich hier nur kurz den Tag des Einbruchschutzes und eine Vielzahl von Folgeveranstaltungen nennen. Hier bieten Landespolizei und lokales zertifiziertes Handwerk gemeinsam sehr kompetent Informationen an, wie ein jeder sein Hab und Gut

(Minister Stefan Studt)

mit manchmal auch einfachen technischen Zusatzgeräten schützen kann. Dank gilt an dieser Stelle aber auch den Medien, die hierzu sehr aktiv berichten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Fazit des Berichts ist aus meiner Sicht eindeutig: Das Konzept der Landespolizei zur Bekämpfung der Wohnungseinbruchsdiebstähle hat sich bewährt. Der notwendige, hohe personelle und materielle Aufwand ist nicht nur angemessen, sondern mit Blick auf die erhebliche **Beeinflussung des Sicherheitsgefühls** der betroffenen Menschen auch zwingend geboten.

Die Bekämpfung der Einbruchskriminalität bleibt daher ein Schwerpunkt der Polizeiarbeit in Schleswig-Holstein. Die Bereiche Einsatz und Ermittlung werden von dem 2018 einsetzenden Personalabbau ausdrücklich nicht berührt; im Gegenteil: Bereits kurzfristig wird es in diesen Bereichen durch interne Umschichtungen eine weitere Stärkung geben. Mit ihren klugen Konzepten und engagierten Beamtinnen und Beamten beweist die Landespolizei einmal mehr ihre Einsatzfähigkeit. Dafür gebührt ihnen unser aller Dank und Anerkennung. - Danke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Ekkehard Klug von der Fraktion der FDP das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei der Bekämpfung der Einbruchskriminalität hat Schleswig-Holstein eine miserable Bilanz vorzuweisen. Lag der Anteil der aufgeklärten Fälle bei Wohnungseinbrüchen 2004, also vor gut zehn Jahren, noch bei 15 %, so ist er bis 2013 auf 10,2 % abgesunken. Ich betone: von 15 % auf 10,2 % abgesunken!

(Beifall FDP)

Angesichts einer **Aufklärungsquote** von 15,5 % im Bundesdurchschnitt ist dies wirklich ein schlechtes Ergebnis, auch im Vergleich der Bundesländer. In einzelnen Regionen des Landes ist die Situation besonders unbefriedigend, etwa im Kreis Stormarn, wo nur 4,3 % der Wohnungseinbrüche aufgeklärt werden.

Die Landesregierung ist jedoch der Ansicht, dass dieses Land seit November 2012 mit dem Landeskonzept zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchs auf einem guten Weg sei; das Konzept habe sich bewährt. Das haben wir eben auch vom Innenminister gehört. Die Regierung verweist dabei darauf, dass die Fallzahlen nicht weiter stiegen, zuletzt sogar leicht zurückgegangen seien. Ich halte dem entgegen, dass die Aufklärungsquote auch nach Einführung dieses Konzeptes weiter abgesunken ist, nämlich von 2012 auf 2013 von 11,3 % auf 10,2 %. Damit haben wir nun den tiefsten Wert der letzten zehn Jahre erreicht.

Nach Auffassung der FDP-Fraktion unterstreichen diese Sachverhalte die Notwendigkeit, dass die bisherigen **Personaleinsparungspläne** der Landesregierung im Bereich der Polizei aufgegeben werden müssen.

(Beifall FDP und CDU)

Ohne einen verstärkten Personaleinsatz wird es nicht möglich sein, das fortwährende Absinken der Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen zu stoppen und die Entwicklung der letzten zehn Jahre umzukehren. Ohne eine solche Umkehr der bisherigen Entwicklung würden das Sicherheitsempfinden der Bürger und damit auch ihr **Vertrauen in die Schutzfunktion** und in die **Handlungsfähigkeit des Staates** aber einen empfindlichen und vielleicht sogar nicht mehr reparierbaren Schaden nehmen. Sollten die Bürger eines Tages zu der Auffassung gelangen, dass der demokratische Rechtsstaat nicht in der Lage ist, für den Schutz ihres Eigentums und ihrer Privatsphäre in den eigenen vier Wänden zu sorgen, so würde dies nach meiner Überzeugung zu einer Abwendung von diesem Staat führen - mit unabsehbaren Folgen für unser demokratisches Gemeinwesen. Ich warne Sie davor, dieses Risiko kleinzureden. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Axel Bernstein das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eingangs meiner Rede dreimal Danke sagen: Danke der FDP-Fraktion für diesen Berichtsantrag, Danke an den Minister und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Bericht und natürlich ein besonders herzliches Dankeschön an

(Dr. Axel Bernstein)

die Beamtinnen und Beamten unserer Landespolizei, die für die positiven Ansätze, die in dem Bericht durchaus zu erkennen sind, die Hauptverantwortung tragen.

(Beifall CDU, SPD, FDP und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Dank für den Bericht an das Ministerium soll nicht bloß eine höfliche Floskel sein. Dieser Bericht enthält durchaus Substanz. Er wirft aber auch Fragen auf - wie sollte es anders sein?

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist eine unumstößliche Kernaufgabe des Landes. Die **Schutzpflicht des Staates** gegenüber seinen Bürgern ist nicht verhandelbar. Mit Einbruchskriminalität, insbesondere durch Wohnungseinbrüche, wird unmittelbar in die **Privatsphäre** eingegriffen, in den geschützten Bereich der eigenen Wohnung. Wohnungseinbrüche hinterlassen Spuren bei den Opfern, die weit über den materiellen Schaden hinausgehen. Deswegen ist eine Schwerpunktsetzung an dieser Stelle allemal angebracht.

Die Lage ist dramatisch. Die Anzahl der Wohnungseinbruchsdiebstähle - die Zahl hat mein Vorredner bereits erwähnt -, ist in den vergangenen zehn Jahren von 4.900 auf rund 7.500 angestiegen. Hinzu kommen über 5.400 Einbrüche in Gewerbeobjekte. Auch die Zahl der versuchten Delikte ist von rund 1.900 auf gut 3.000 angestiegen. Regional - auch darauf wurde schon hingewiesen - sieht es zum Teil noch deutlich dramatischer aus. So hat sich die Anzahl der Wohnungseinbrüche im Kreis Stormarn verdoppelt, ebenso in Steinburg und in Kiel. Im Kreis Rendsburg-Eckernförde und in Plön reden wir sogar über eine Verdreifachung.

Ich möchte einmal vorsichtig schätzen: Wenn von jedem Einbruchsdiebstahl und versuchten Einbruchsdiebstahl jeweils vielleicht zwei Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner als Bewohner der Wohnung oder des Hauses betroffen sind, dann sind das pro Jahr 30.000 Bürger, die von Einbruchskriminalität betroffen sind. Angesichts dessen ist das **Absinken der Aufklärungsquote** von gut 15 % auf 10,2 % in der Tat eine dramatische Entwicklung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Zahlen sind auch absolut niedriger als 2004 oder 2005!)

Auch diesbezüglich sind die regionalen Befunde noch dramatischer. Die Aufklärungsquote in Steinburg ist im Lauf der letzten zehn Jahre um rund ein Viertel abgesunken. Sie liegt jetzt bei 9,7 %. In Rendsburg-Eckernförde hat sie sich halbiert. Dort liegt sie bei 9,3 %. Auch in Kiel ist sie auf 8,9 % abgesunken. Weil Einbruchskriminalität zu einem großen Teil organisierte Kriminalität ist, ist ein landesweites Konzept sicher ein erfolgversprechender Ansatz.

Ein Einsatzkonzept auf Grundlage eines umfassenden Lagebildes erscheint sinnvoll. Ob damit ein weiterer Anstieg der Zahlen gestoppt werden kann, bleibt abzuwarten. Dies kann für uns aber auch nur ein Zwischenziel sein; denn 30.000 Opfer Jahr für Jahr sind nicht hinnehmbar.

(Beifall CDU und FDP)

Die eine Frage ist, ob das angewandte Instrumentarium aus Spurensuche und -sicherung, zentraler Auswertung und Analyse sowie erhöhter Kontrolldichte, zum Beispiel in den Gefahrengebieten, ausreichend ist. Es ist auch zu fragen, ob es vor dem Hintergrund der hohen Einbruchszahlen richtig ist, das Konzept bei sinkenden Fallzahlen zum Ende der dunklen Jahreszeit - im Frühjahr und im Sommer - auszusetzen. Nachvollziehbar ist diese Überlegung, da das Konzept erheblich Personal bindet. Daher ist gründlich zu beobachten, ob diese richtige Schwerpunktsetzung nicht zu neuen offenen Flanken an anderer Stelle führt, die dann wieder zu einem Umsteuern, weg von der Einbruchskriminalität, führen müssten.

Der Hinweis auf die **personelle Verstärkung** mag formal richtig sein. Er muss aber bewertet werden vor dem Hintergrund Ihrer Information, dass die beim Wasserschutz abgezogenen Kräfte, die im Wesentlichen an dieser Stelle eingesetzt werden sollen, Aufgaben übernehmen, die bisher die Wasserschutzpolizei übernommen hat. Wir werden uns sehr genau anschauen, wie groß die Verstärkung am Ende tatsächlich sein wird.

Nicht nachvollziehbar ist für mich die Aussage in dem Bericht: „Es muss jedoch betont werden, dass die Erhöhung der Aufklärungsquote … nicht das vorrangige Ziel des Konzeptes“ ist. Weiter heißt es: „Im Spannungsfeld zwischen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung hat die Verhinderung weiterer WED“ - Wohnungseinbruchsdiebstähle - „Priorität.“ - Herr Minister, das ist ein Offenbarungseid. Die **Aufklärung von Straftaten** ist also kein vorrangiges Ziel der Landesregierung mehr. Potenzielle Täter wird dies freuen. Ich finde diese Haltung schlicht nicht hinnehmbar.

(Beifall CDU und FDP)

Gerade bei einem so schwerwiegenden Eingriff wie einem Einbruchsdelikt haben die Opfer ein Recht

(Dr. Axel Bernstein)

darauf, dass die Aufklärung mit Nachdruck betrieben wird. Das gilt insbesondere, da dieses sogenannte Spannungsfeld kein ermittlungstaktisches Spannungsfeld ist, das sich aus widerstreitenden Zielen in der Ermittlung ergibt, sondern ausschließlich aufgrund nicht ausreichender personeller Ressourcen besteht. Hier rächt es sich, dass von 1998 bis 2005 über 7 % der Stellen bei der Polizei abgebaut wurden.

Bei allem Lob für Teile der Konzeption bleibt am Ende: Mehr und nicht weniger Polizei ist das Gebot der Stunde.

(Beifall CDU, vereinzelt SPD und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Simone Lange das Wort.

Simone Lange [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich ausdrücklich sowohl für den Antrag als auch für den ausführlichen Bericht. Ich will es vorwegnehmen: Wir freuen uns einfach, dass etwas, was wir hier 2012 mit Innenminister Breitner schon einmal debattiert haben, nämlich dieses Konzept, erste Früchte trägt. Dazu gratuliere ich der Landesregierung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was für Polizeibeamte recht nüchtern als **ED in Wohnung** oder ED in Gewerbeobjekt bezeichnet wird, hat für die Betroffenen meist langfristig negative Folgen. Der Sachschaden ist oft sehr hoch, doch wiegt der psychische Schaden deutlich schwerer. Einbrecher stehlen nämlich nicht nur Gegenstände, sie stehlen den Opfern vor allem das Gefühl, in den eigenen vier Wänden sicher zu sein.

(Beifall SPD und FDP)

Wer noch dazu den Täter auf frischer Tat ertappt, ihm im eigenen Haus gegenübersteht, wird dies sein Leben lang nicht vergessen. Deshalb, Herr Dr. Bernstein, muss oberstes Ziel sein, jede Tat zu verhindern.

(Beifall SPD, CDU und vereinzelt PIRATEN)

Es gibt drei **Haupttätergruppen**, nämlich einmal professionelle Täter, die überregional und länderübergreifend vorgehen. Es gibt örtliche Täter, und es gibt die Täter, die mit Einbruchdiebstählen zum Beispiel ihre Drogensucht finanzieren.

Insbesondere überregional arbeitsteilig organisierte Berufs- und Gewohnheitstäter - man nennt sie auch **mobile Intensivtäter** - sind für die Strafverfolgungsbehörden eine ganz besondere Herausforderung; denn sie haben ihre Vorgehensweise derart professionalisiert und perfektioniert, dass sie kaum noch Spuren hinterlassen. Wir wissen zum Beispiel, dass solche Täter bis zu 20 SIM-Karten benutzen, um durch permanentes Wechseln der SIM-Karten und mobiler Endgeräte - Handys, Smartphones, Tablets und so weiter - ihre Kommunikation zu verschleiern. Den so agierenden Tätern auf die Spur zu kommen, ihnen einzelne Taten nachzuweisen, um ihnen das Handwerk zu legen, wird nur dann möglich sein, wenn die Polizei die dafür notwendigen Instrumente an die Hand bekommt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Vorratsdatenspeicherung?)

Solche Täter oder Tätergruppen fängt man nicht mehr nur mit dem Streifenwagen; denn sie hinterlassen oft nichts anderes als **Telekommunikationsspuren**. Ohne das Thema Vorratsdatenspeicherung hier zu strapazieren, müssen wir uns mit Blick auf die Zukunft weiterhin damit auseinandersetzen, wie wir diesen Tätergruppen polizeilich entgegentreten können; denn Telekommunikationsspuren kann man nicht mit Rußpulver sichern.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion begrüßt erneut das seit 2012 in Umsetzung gelangte **Konzept zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität**. Der Bericht zeigt auf, dass dies erste Früchte trägt. Das Konzept ist mit Blick auf die Ausrichtung der Landespolizei ein weiterer Baustein zur Spezialisierung, die wir zwingend brauchen und weiter voranbringen wollen.

Nicht nur Einbruchskriminalität, auch **Internetkriminalität** und **Wirtschaftskriminalität** sind Bereiche, die die Strafverfolgungsbehörden in Zukunft besonders herausfordern werden. Spezialisierten Tätergruppen können wir nur durch **Spezialisierung der Landespolizei** begegnen. Diese Landesregierung hat das erkannt und setzt dies konsequent um. Dafür danken wir ihr sehr.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Innenminister, vielen Dank für den Bericht. Das unter dieser Regierung entwickelte **Landeskonzept „Wohnungseinbruchdiebstahl“** zeigt den richtigen Weg zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität eindeutig auf. Die gemeinsame Einsatzkonzeption des Landespolizeiamtes und des Landeskriminalamtes legt den Schwerpunkt auf das frühzeitige Identifizieren von Tatserien überregional agierender Täter sowie die gezielte polizeiliche Intervention. Die Tatortarbeit wurde intensiviert, die Auswertung zentralisiert und der Informationsfluss verbessert und einer gezielten strukturierten Bearbeitung zugeführt. Die landesweite Vernetzung der polizeilichen Erkenntnisse und Arbeit, zum Teil mit Niedersachsen und Hamburg sowie dem Ausland, ist die richtige Strategie, gerade weil die Täterbanden überregional operieren.

Charakteristisch für das Delikt Wohnungseinbruch ist, dass es ganz überwiegend in Serie von professionalisierten Tätern und Banden begangen wird. Den Schwerpunkt auf die Verhinderung von Tatserien zu setzen, ist der richtige Ansatzpunkt. Sowohl die verstärkte **Kontrolldichte der Polizeidienststellen** in der dunklen Jahreszeit als auch die **Vertiefung der Ermittlungserkenntnisse** bei der Kripo führen zu höheren Festnahmezahlen, um Tatserien zu beenden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt doch nicht!)

Der Fokus der polizeilichen Arbeit im Rahmen des Konzepts liegt nicht in erster Linie auf der Aufklärung möglichst vieler Taten. Wegen der Gefährlichkeit bestimmter Täter und Tätergruppen sollen diese gezielt ermittelt werden, um so Tatserien zu unterbrechen. Diese schwerpunktsetzende **Präventionsstrategie** zur Verhinderung von Einbruchserien ist eine klar konzeptionierte und effektive Herangehensweise. Natürlich wird weiterhin die Aufklärung aller Wohnungseinbrüche angestrebt. Aber auch bei der **Aufklärungsquote** zeichnet sich laut Bericht in diesem Jahr eine leichte Verbesserung ab. Damit wird die große Schere zwischen bekannt gewordenen Fällen und aufgeklärten Fällen verringert.

Das oberste Ziel ist **Sicherheit** für alle Bürgerinnen und Bürger. Diese Landesregierung betreibt keine „Unsicherheitspolitik“, wie behauptet wird. Der Stellenabbau, der jetzt beschlossen ist, betrifft den Deliktsbereich Wohnungseinbruchdiebstahl überhaupt nicht. Von Anfang an war die klare Ansage, dass die Bereiche Einsatz und Ermittlungen nicht von den Kürzungen betroffen sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Seit 2012 ist es gelungen, den Anstieg der **Zahl der Wohnungseinbrüche** in Schleswig-Holstein zu reduzieren. Ob damit eine Trendwende einhergeht, werden die nächsten Jahre zeigen. Aber für Unkenrufe der Opposition, die Innenpolitik der Küstenkoalition lasse die Sicherheitszügel schleifen und behindere den Erfolg der Landespolizei durch Stellenabbau und Arbeitsüberlastung, gibt es keinerlei Anlass. Alle würden sich mehr Personal wünschen, auch zur Bekämpfung der Einbruchdiebstähle. In Zeiten von Schuldenbremse und Konsolidierungshaushalt aber müssen alle Bereiche ihren Einsparungsbeitrag erbringen.

Jeder verhinderte Einbruch zählt, vor allem, wenn man berücksichtigt, dass der Wohnungseinbruchdiebstahl in hohem Maß das Risiko eines brandgefährlichen Täter-Opfer-Kontakts bei der Tatbegehung in sich birgt. Durch diese **Täter-Opfer-Kontakte** erhöht sich die Gefahr eines durchdrehenden Täters, der zu massiver Gewalt gegen das in aller Regel unterlegene Opfer greift.

Aber auch ein weiterer Aspekt macht deutlich, dass gerade bei Wohnungseinbrüchen das Gewicht insbesondere auf Gefahrenabwehr und Prävention gelegt werden sollte. Das sind die gravierenden und zutiefst verunsichernden psychischen und gesundheitlichen **Folgewirkungen**, unter denen sehr häufig gerade die **Opfer von Wohnungseinbrüchen** leiden. Diese psychischen Folgen - darauf haben schon mehrere Redner hingewiesen - sind bei Opfern von Einbruchdiebstählen manchmal schlimmer als die materiellen Folgen. Sie bestehen oft in Schlafstörungen, Angstzuständen und andauerndem Kopfschmerz, weil die Einbrecher in die Intimsphäre der Opfer eindringen. Bis zu 10 % der Opfer erleiden posttraumatische Belastungsstörungen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr zu begrüßen ist in diesem Zusammenhang, dass das Landeskonzept „Wohnungseinbruchdiebstahl“ Prävention nicht nur durch die Festnahme von Tätern auf frischer Tat erreicht, sondern auch durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung der

(Burkhard Peters)

Bevölkerung im Bereich des Einbruchschutzes. Auch aus meiner Sicht ist der Nachweis möglichst vieler Wohnungseinbruchdiebstähle zwar wünschenswert. Ich stimme dem Innenminister jedoch uneingeschränkt zu, dass dies nicht auf Kosten der Gefahrenabwehr gehen darf oder um eine besonders positive Entwicklung der Kriminalstatistik zu erreichen; denn ein verhinderter Einbruch ist zum Schutz der Bevölkerung besser als ein aufgeklärter. Das Weitere werden wir im Innen- und Rechtsausschuss beraten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Kolleginnen und Kollegen der Piratenfraktion erteile ich dem Abgeordneten Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Einleitend ein kleiner Hinweis: Meine Stimmlage ist nicht einem pastoralen Sendungsbewusstsein geschuldet, Kollege Kubicki, sondern eher dem Umstand, dass ich gestern möglicherweise zu intensiv am Empfang des Landtagspräsidenten für Polizei und Feuerwehr teilgenommen habe.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Akzeptiert!)

Herr Innenminister, ich danke Ihnen ausdrücklich für den tollen Bericht und für den Ausdruck der großen Leistungsfähigkeit unserer Landespolizei. Der Bericht ist wirklich eindrucksvoll und zeigt, was unsere Polizei kann. Anders als meine Vorredner, insbesondere Herr Dr. Klug, sage ich: Die Statistik aus dem Jahr 2004 berücksichtigt genau das Phänomen nicht, das die Kollegin Lange erwähnte, nämlich die mobilen Intensivtäter. Die gab es zu dem Zeitpunkt in der Konstellation, wie wir sie jetzt haben, nicht. Deswegen sind Zahlen allein an der Stelle nicht aussagefähig.

Das **Konzept der Landespolizei** ist gut und richtig. Die anfangs nur repressive Ausrichtung ist dann einer präventiven Ausrichtung gewichen, was richtig ist, denn ein Einbruch, der gar nicht erst stattfindet, ist allemal besser als ein überführter Täter.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie haben alle dargelegt, warum das so ist: Neben den Schäden - es wurde gesagt, man kann es nicht oft genug sagen - an Türen, an Fenstern und an entwendetem Eigentum gibt es einen **Schaden**, den keine Haftpflichtversicherung ersetzt und der durch nichts zu korrigieren ist, das ist die **Traumatisierung** durch das Erlebnis selbst. Nach Hause zu kommen und dann ein verwüstetes durchsuchtes Heim vorzufinden, erzeugt bei den Betroffenen Angst, Wut, Ohnmacht und vor allem den Verlust des Vertrauens in die behütende Funktion der eigenen vier Wände. Es gibt viele Menschen, die dieses Trauma nie überwinden.

Deshalb ist es ganz besonders wichtig - da widerspreche ich auch dem Kollegen Bernstein ausdrücklich -, dass mehr **Prävention** stattfindet, damit solche Taten gar nicht erst stattfinden; denn das Problem ist auch, dass ein überraschter Täter zu übersteigerter Gewalt neigt. **Einbruchtäter** sind mit die feigsten Täter überhaupt. Die **Überführungsangst**, die sie haben, insbesondere dann, wenn sie überrascht werden, führt zu heftigsten Gewaltakten. Das weiß man auch aus der Kriminologie. Die sind besser verhindert, wenn man sie durch Prävention verhindert, als wenn man sie später aufklären kann. Dem trägt das Konzept der Landespolizei ausdrücklich und gut Rechnung. Das, was im Bericht unter dem Punkt Prävention beschrieben wird, kann man kaum besser machen.

Gleiches gilt auch für den Bereich **Repression**. Das aus meiner Sicht nahezu perfekt vernetzte Vorgehen durch verschiedene miteinander zusammenarbeitende Gruppen im Ministerium, im Landeskriminalamt und der Polizeidirektion bis hin zur länderübergreifenden Zusammenarbeit mit Hamburg und Niedersachsen zeigt auch Erfolge. Die rückläufigen Zahlen bei der Zunahme der Einbruchskriminalität belegen dies.

Was wir allerdings abwarten müssen - da bin ich mit den Kollegen Bernstein und Klug einig -, ist der **Rückzug der Polizei aus der Fläche**, weil unsere Tätergruppen natürlich darauf reagieren werden. Ein niedrigeres Entdeckungsrisiko stellt natürlich einen Anreiz dar, ihre Taten durchzuführen. Die Kollegin Lange erwähnte es: Tätergruppen mit mehr als 20 SIM-Karten sind völlig üblich. Die wissen ganz genau, wie sie sich darauf einzustellen haben. Nur wenn diese Lücke, die entstehen wird, im Auge behalten wird, bleibt die Qualität des von mir eben gelobten Konzeptes und seine praktische Umsetzung erhalten. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort hat der Kollege Lars Harms für die Abgeordneten des SSW.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im vorliegenden Bericht wird strukturiert und klar dargestellt, wie unsere Landespolizei mit diesem Thema umgeht. Es wird deutlich, dass die Zahl der **Wohnungseinbrüche** in den letzten Jahren nicht überbordend gestiegen ist. Im Gegenteil: Die Zahlen sind sogar leicht rückläufig. Das gilt auch für die Zahl der in diesem Zusammenhang gegen Jugendliche und junge Erwachsene geführten Verfahren. So ist es zumindest aus vorherigen Erklärungen vonseiten des Ministeriums zu lesen. Auch ohne Fachkenntnisse würde ich dies erst einmal als ein gutes Zeichen werten.

Bemerkenswert finde ich auch die Vorgehensweise in Zusammengang mit der **Prävention**. Die Aufklärung über den Schutz vor Einbrüchen ist wichtig, und sie ist auch im besonderen Maße effektiv; denn mit relativ überschaubaren Maßnahmen kann man selbst viel zur Verhinderung von Einbrüchen tun. Ich würde sogar davon ausgehen, dass es in keinem anderen kriminellen Handlungsfeld für eine Einzelperson so leicht ist, etwas zur Prävention zu tun. Man muss dazu sein Eigentum nicht gleich in eine Festung verwandeln. Insofern ist es begrüßenswert, dass die Landespolizei regelmäßig zum Ende der Sommerzeit über Einbruchskriminalität in den Medien informieren will und dass insbesondere die Medien dabei sehr kooperativ sind.

Ein weiterer Punkt, den es von dieser Seite zu begrüßen gilt, ist der der **länderübergreifenden Zusammenarbeit** zwischen Hamburg, Niedersachsen und unserem Land. Auch hier bleibt zu hoffen, dass dies auch in Zukunft so beibehalten wird. Man könnte natürlich darüber nachdenken, diese Zusammenarbeit auch auf den süddänischen Raum auszuweiten. Wie gut die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn im Norden funktioniert, darüber haben wir heute Morgen schon viel gehört.

Das Schöne an so einer Zusammenarbeit ist, dass beide Seiten vom **Wissensaustausch** profitieren können, sofern dieser denn stattfindet. Welchen Sinn hat es denn wohl, wenn aufwendige Konzepte zur Prävention oder Aufklärung von Einbruchskriminalität entworfen werden, wenn dies oder Ähnliches zeitgleich auch nördlich der Grenze oder an anderer Stelle gemacht wird? - Doppelarbeit ist der lähmende Aspekt jeglicher Tätigkeit. Dies gilt insbesondere natürlich auch im Polizeibereich. Diesen Klotz will sich sicherlich niemand ans Bein binden. Insofern ist der Ansatz zur Verhinderung von Doppelarbeit sowie dem Profitieren von Wissensaustausch durchaus ein Gedanke, über den sich das Nachdenken wirklich lohnen kann. Da darf eine Staatsgrenze kein Hindernis sein. Es sind also noch Stellschrauben vorhanden, an denen man durchaus drehen könnte.

Keine Stellschraube - um es klar zu sagen - ist allerdings die **Vorratsdatenspeicherung**.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und PIRATEN)

Telekommunikationsdaten anlasslos zu speichern, ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Persönlichkeitsrechte. Das gilt bei der Terrorismusbekämpfung genauso wie bei Einbrüchen. Grundrechte dürfen bei allem positiven Eifer nicht eingeschränkt werden.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD, Beifall Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Nichtdestotrotz ist die Landespolizei in puncto Einbruchkriminalität gut gerüstet und bearbeitet dieses Themengebiet tatkräftig und vor allem sachkundig. Der **Schutz der eigenen vier Wände** ist zweifelsohne bedeutungsvoll für das persönliche und auch ganz private Gefühl von Schutz und Sicherheit. Die Angst der Menschen vor Kriminalität ist ganz unterschiedlich ausgeprägt und lässt sich deshalb nicht verallgemeinern. Umso wichtiger ist es, mit konkreten Zahlen und Daten - so wie im Bericht - zu arbeiten. Diese Zahlen und Daten zeichnen ein durchaus positives Bild der Arbeit unserer Polizei und unserer Behörden. Dafür sind wir der Polizei und den Behörden auch dankbar. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich nun Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki von der Fraktion der FDP das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debattenbeiträge, die ich heute gehört habe, waren auf einem Abstraktionsniveau, das die deutsche Bevölkerung und die Bevölkerung in Schles-

(Wolfgang Kubicki)

wig-Holstein unglaublich beruhigen wird. Sie müssen sich jetzt keine Sorgen mehr machen, weil die **Aufklärungsquoten** von Taten bei 10 % angekommen sind. Es wird also jede zehnte Straftat in diesem Bereich aufgeklärt.

Ich bin auch ein begeisterter Anhänger von Logik - wir beide, Herr Kollege Dr. Dolgner. Ich finde es sehr schön, sodass ich bedauerlicherweise bekennen muss, dass, obwohl es im Jahr 2004 deutlich weniger Einbrüche gab, die Aufklärungsrate absolut deutlich höher lag. Man könnte jetzt vielleicht vermuten, dass es daran lag, dass der Kollege Stegner Innenminister war. Aber dass sich die nummerische Anzahl von Aufklärung in irgendeiner Weise positiv verändern muss, Herr Innenminister, wenn Sie entsprechende Maßnahme ergreifen, müsste eigentlich auch einleuchten. Sie sagen zwar, dass Straftaten verhindert werden müssten, aber jede gemeldete Straftat hätte verhindert werden können, wenn man vorher vielleicht anders agiert hätte.

Nun kann die Tatsache, dass die **Zahl der gemeldeten Einbrüche** zurückgegangen ist, möglicherweise auch etwas damit zu tun haben, dass die Bevölkerung mittlerweile die Lust verloren hat, überhaupt noch Meldungen - -

(Unruhe)

Frau Söller-Winkler, ich kann Ihnen ein halbes Dutzend Fälle dokumentieren, in denen die Betroffenen von der Polizei gefragt worden sind, ob sie wirklich Anzeige erstatten wollen, beispielsweise in Stormarn, mit der Erklärung: Sie wissen doch, dass die Aufklärungsquote nahe null liegt, deshalb macht es gar keinen Sinn, da tätig zu werden. - Ein weiteres Beispiel stammt aus Ostholstein. Das kann ich Ihnen zeigen. Wenn die Leute das Gefühl haben, der Staat nehme sie nicht mehr - -

(Zuruf Simone Lange [SPD] - Weitere Zurufe)

- Wie bitte?

(Zuruf Simone Lange [SPD])

- Das mag ja sein, aber es gibt Bürger in diesem Land, bei denen ist es passiert.

(Uli König [PIRATEN]: Das ist mir auch schon passiert!)

Die wenden sich an uns, an Sie möglicherweise auch, und wenn sie als Antwort bekommen: „Regt euch nicht auf, wir müssen mit Aufklärungsquoten von 4 % im Kreis Stormarn leben“, dann ist das schlicht und ergreifend ein Rückzug des Rechtsstaats, den ich nicht zu akzeptieren bereit bin.

(Beifall FDP und Uli König [PIRATEN])

Gerade wenn Sie erklären - das ist auch wieder eine Frage der Logik, Herr Dr. Dolgner -, dass die Hauptmenge der Einbrüche von **mobilen Intensivtätern** begangen wird, die unterwegs sind und dass sich das Konzept, das Sie haben, genau gegen diese mobilen Intensivtäter richtet, dann müsste die Aufklärungsquote in diesem Bereich steigen. Das macht sie aber nicht.

(Wortmeldung Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege!

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Wenn sie das nicht macht, Herr Innenminister, dann sind Ihre Erklärungen schlicht und ergreifend Schall und Rauch.

Ich bin gern bereit, den Kollegen Peters anzuhören.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Peters, Sie haben das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stimmen Sie mir zu, dass ein solches Verhalten von Opfern ausgesprochen unklug wäre und deswegen auch höchst unwahrscheinlich ist, dass es passiert, weil diese nämlich dann ihren Versicherungsschutz verlieren?

(Beifall SSW, Bernd Heinemann [SPD] und Kai Vogel [SPD])

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Kollege Peters, ich empfehle Ihnen wirklich - das können wir auch gern gemeinsam machen -, einmal zu Versicherungen hinzugehen. Ich bin da gelegentlich. Die erklären, dass die Meldung bei der Versicherung mittlerweile ausreicht, weil etwas anderes keinen Sinn mehr macht. Es gibt eine Meldung eines Einbruchs, dann kommt ein Sachverständiger, und das reicht aus, weil es keinen Sinn mehr macht, die Polizei damit zu belästigen. Die **Anzeige** bei der Polizei selbst ist keine Voraussetzung mehr für die **Regulierung eines Schadenfalls**. Aber auch das können wir dokumentieren.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter!

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Sofort! - Ich bin gern bereit, das zu dokumentieren, welche Bürgerinnen und Bürger sich an mich gewandt haben. Wenn sie feststellen, dass man ihnen erklärt - nachts beispielsweise, wenn sie aus bestimmten Gegenden bei der Polizei anrufen -, es dauere 40 Minuten, bis der nächste Streifenwagen komme, ist es auch eine Erleuchtung für Menschen, die sich in der Privatsphäre und in der Sicherheit ihres Eigentums bedroht fühlen.

Irgendjemand wollte noch etwas fragen, Frau Präsidentin. - Der ist abhandengekommen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Offensichtlich gibt es keine Frage.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich bin damit auch fertig. Ich sage nur: Wir sehen seit Jahren einen Anstieg der Fallzahlen, möglicherweise im Jahr 2013 einen kurzen Rückgang, über den wir uns noch unterhalten müssen. Wir sehen aber keine Intensivierung bei der Aufklärung von Straftaten. Noch einmal: Sie können Straftaten künftig nur verhindern, wenn Sie begangene Straftaten konsequent verfolgen. Es ist das **Prinzip der Strafverfolgung**, generalpräventiv zu wirken, Täter zu fassen, zu verurteilen und dazu beizutragen, dass keine Leute auf die Idee kommen, so etwas zu machen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem die Kollegin Simone Lange die Debatte genutzt hat, um auf die **Vorratsdatenspeicherung** einzugehen und ihr das Wort zu reden, möchte ich auch auf dieses Thema eingehen und Gegenargumente nennen, weil es wichtig ist, dass man sich fachlich mit diesen Vorurteilen auseinandersetzt, bevor sie sich verfestigen.

Erstens, liebe Kollegin Lange: Wenn die Täter **SIM-Karten** wechseln, können Sie so viele Verbindungsdaten haben, wie Sie wollen. Sie wissen doch nicht, wer das Handy benutzt.

(Beifall PIRATEN, CDU, FDP und Lars Harms [SSW])

Gegen **anonyme Telekommunikation** hilft Vorratsdatenspeicherung nicht. Das ist eine der vielen Umgehungsmöglichkeiten und einer der Gründe dafür, warum die Aufklärungsquote nicht angestiegen ist, als die Vorratsdatenspeicherung eingeführt wurde.

Zweitens. Ich habe gerade noch einmal nachgeschaut: Speziell bei **Wohnungseinbruchdiebstahldelikten** war es so, dass die **Aufklärungsquote** nach Einführung der Vorratsdatenspeicherung bundesweit von ursprünglich 20 % auf 18 %, 17 % abgesunken ist. Sie ist übrigens nach ihrem Ende wieder auf 18 % angestiegen. Ich glaube nicht, dass das für ein Plädoyer für Vorratsdatenspeicherung spricht. Im Übrigen ist in der Schweiz, wo es seit zehn Jahren eine Vorratsdatenspeicherung gibt, die Aufklärungsquote bei Einbruchsdelikten viel geringer als bei uns.

(Olaf Schulze [SPD]: Was hat die Vorratsdatenspeicherung mit den Einbrüchen zu tun?)

- Fragen Sie das Ihre Kollegin! Das würde mich auch interessieren. Sie hat nämlich aus diesem Anlass dafür plädiert.

Als drittes Argument möchte ich Folgendes sagen, Frau Kollegin Lange: Wenn Sie wollen, dass Straftäter in einer Wohnung dokumentiert werden, wenn sie da einbrechen, müssten Sie sich doch darüber im Klaren sein, dass Sie mit der Vorratsdatenspeicherung auch den berechtigten Bewohner und den berechtigten Besucher von Wohnungen, von Geschäftsgebäuden, von Arztpraxen, von Pressegebäuden, wenn es Informanten sind, von Drogenberatungsstellen, dass Sie die Aufenthaltsorte von allen Bürgern erfassen. Da sagen wir: Das ist völlig unverhältnismäßig und schädlich in unserer Gesellschaft. Das darf unabhängig vom Nutzen nicht sein.

(Beifall PIRATEN, CDU, FDP und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten Lange?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Lange, bitte.

Simone Lange [SPD]: Herr Breyer, geben Sie mir recht, dass ich vorhin Folgendes sagte?

„Ohne das Thema Vorratsdatenspeicherung hier zu strapazieren, müssen wir uns mit Blick auf die Zukunft weiterhin damit auseinandersetzen, wie wir diesen Tätergruppen polizeilich entgegentreten können; denn Telekommunikationsspuren kann man nicht mit Rußpulver sichern.“

Damit meinte ich **Tätergruppe**, denen man die Tat allein über **Telekommunikationsspuren** nachweisen kann.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was hat das mit Vorratsdatenspeicherung zu tun?)

- Gar nichts! Ich habe auch gesagt „ohne“ - bitte einmal zuhören! Es wird im Deutschen ja noch erlaubt sein, ein Thema auszugrenzen.

Sie - Sie sind ja immerhin als Richter tätig gewesen - greifen etwas heraus, indem Sie sagen, dass man aus Telekommunikationsdaten nicht direkt rückschließen kann, ob das Handy jemandem gehört. Das müssen Sie immer im Zusammenhang damit sehen, was vor Ort beispielsweise bei Durchsuchungen beim Täter festgestellt wurde. Wenn ich beim Täter 20 SIM-Karten feststelle, wird er schlecht sagen können: Die hat aber mein Bruder in Bayern benutzt.

Ich finde das weit hergeholt. Ich finde das auch ziemlich aus dem Kontext gerissen. Ich bitte, mich wörtlich zu nehmen. Ich habe das Thema **Vorratsdatenspeicherung** nicht thematisiert, es heute nicht befürwortet, es heute im Grunde nicht einmal angesprochen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

War das eine Frage?

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/2585, dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Tagung bis morgen früh 10 Uhr und wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:25 Uhr